

C 3428

Weimarer Republik
1922-1933



Zeitschrift der GEW Hamburg
Mai-Juni 5-6/2022

NS-Zeit
1933-1945

Nachkriegszeit
1945-1960

Konsolidierung
und Umbruch
1961-1975

kultureller Wandel
1976-2000

Neuzeit
2000-2022



Habe eben mein Gesicht im Hand-
 Wankbecken gewaschen, nur falls mich
 jemand fragt, was für ein Rebell ich bin...

→ O E 8

Es wäre vermessen zu glauben, wir hätten mit dieser Jubiläumsausgabe der hz eine Geschichtsschreibung von unten vorgelegt. Das gibt unsere Existenz als Lehrer_innen nicht her. Aber wir können mit Fug und Recht behaupten, dass es sich um Darstellungen von Chronisten handelt, deren Anliegen es war, die Welt im emanzipatorischen Sinne zu beeinflussen. Vor allem waren es selten Beiträge aus dem Elfenbeinturm. Sie waren nie wertneutral, sondern immer interessen-geleitet. Deshalb oft parteiisch, aus der Sicht politischer Gegner_innen tendenziös. Das, so unsere Hoffnung, hat der hz, trotz der nach Meinung mancher Leser_innen verstaubten äußeren Erscheinung, die notwendige Frische über die Jahrzehnte erhalten, um die Welt ein wenig zu einer besseren machen zu können – so unsere Hoffnung.

Hinter den Vorhang der Geschichte zu blicken, verlangt neben der Kenntnis der Ereignisse die Aufdeckung der dahinterstehenden Strukturen, solche, die die jeweiligen Machtverhältnisse kenntlich machen. Erst dann öffnen sich Räume, die Umrisse einer Antwort auf die Frage, was das Ganze denn mit mir zu tun hat, erkennen lassen. Das passiert eher un-
 bemerkt hinter unserem Rücken. Aber da dieses Erkennen nur im Sich-Spiegeln im Anderen möglich ist, erwächst hieraus so etwas wie ein kollektives Unterbewusstsein, in dem die Grenzen zwischen kognitiver und affektiver Wahrnehmung verschwimmen. Es geht also um die Symbiose von Wissen und Gefühl, was uns ermöglicht, die Welt besser zu verstehen. Und dies nicht als Selbstzweck, sondern um daraus Schlüsse für unser Handeln abzuleiten.

Diese sozialpsychologischen Erkenntnisse sind nicht neu, aber sie erhalten zusätzlich Kontur und Glaubwürdigkeit durch die in den letzten Jahren geführte Diskussion über die

hlz-Notiz



Existenz transgenerationaler Weitergabe von Traumata. Schon unsere Urmütter und -väter hat dieser Gedanke beschäftigt. So heißt es bereits in der Bibel: „Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifersüchtiger Gott: Bei denen, die mir Feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen, bis in die dritte und

vierte Generation.“ (2. Mose – Kapitel 20) Mal abgesehen davon, dass das Motiv der Verfasser des Alten Testaments wohl eher darin bestand, dem strafenden Gott diese Worte in den Mund gelegt zu haben, um den Gläubigen ein schlechtes Gewissen zu bereiten und ihnen damit das Schuldgefühl des Sünders bzw. der Sünderin mit auf den Lebensweg zu geben, steckt in diesen Worten aber auch viel Erfahrungswissen. Auch der für Viele von uns wichtige Denker Karl Marx wies darauf hin: „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden.“ (Aus: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, New York 1852)

Genau aus dieser Tradition speist sich also unsere Verantwortung gegenüber den nach uns Geborenen. Es geht uns in dieser Jubiläumsausgabe also darum, unsere Sicht darauf zu vermitteln, wie die aktuellen Auseinandersetzungen, die wir in der

Joachim Geffers Schatzsuche

GEW führen, als Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses zu verstehen sind, wobei die Betonung beim gewählten Titel dieses Editorials „Schatzsuche“ weniger auf der ersten Silbe liegen sollte als auf der „Suche“. Den Schatz im Sinne des Grals, der uns zu endgültiger Weisheit führt, gibt es meiner Auffassung nach nicht. Allein die Suche nach ihm lässt uns wachsen. In diesem Sinn möchten wir euch mit dieser Ausgabe der hz Inspiration für das bieten, worum es uns in unseren Auseinandersetzungen immer ging und weiterhin gehen sollte: die Befreiung des Menschen aus fremd- und/oder selbstbestimmten Zwängen.



Foto privat: Otto Dix »Großstadt« 1928, Kunstmuseum Stuttgart

Aufbruch Seite 18

Vieles, was mit dem Wechsel von der Pädagogischen Reform zur hLz transportiert wurde, trug noch den Geruch der Revolution von 1918.

Ernüchterung Seite 30

Wenn es in den ersten Jahren nach Gründung der hLz noch um die Schulstruktur ging, namentlich einer gemeinsamen Beschulung aller Kinder, verschob sich das Engagement später eher in Richtung reformpädagogischer Diskussionen.

Illusionen Seite 38

Der mit der Machtübernahme der Nazis 1933 nahezu nahtlose Übergang der Gesellschaft der Freunde (GdF) in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) zerstörte schnell alle Hoffnungen, dass es möglich sein könnte, reformpädagogische Ideen in das neue System hinüber zu retten.

Der Abgrund Seite 70

In kurzer Zeit wandelte sich die hLz ab 1933 zu einer Kampfschrift mit dem Ziel, die nationalsozialistische Ideologie zu verbreiten.



Quelle: Arno Breker: Zeitzeichen – WDR, 1991

Editorial	3
Geleitwort	7
Einführung – 100 Jahre hLz Redaktionen	8

1877-1921

Pädagogische Reform als Vorläuferin der HLZ	10
Zwei herausragende Vertreter der Hamburger Lehrerschaft	12
Wahl des Lehrerrats 1918 im Curio-Haus	16

1922-1933

Freier Meinungskampf „unter gemeinsamer Flagge“	20
Erster Schriftleiter der neuen gegründeten HLZ: Fritz Köhne	22
Kein Mann diplomatischer Halbwahrheiten	30
„Hitler verpasste seine Stunde“	38
Wir fürchten Kräfte, die Macht wollen	42
Junglehrernot und Auseinandersetzungen in der GdF	44
Oppositionelle Lehrer von den Nazis verfolgt	46

1933-1945

Übergang der Schriftleitung in die NS-Zeit	52
Gescheiterter Versuch der Vermittlung	54
Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde (GdF)	64
Die HLZ als Nazi-Zeitung	70
Rassenhass und Kriegsvorbereitung	76
Schriftleiter in der NS-Zeit: Max Fehring	78

1945-1960

Albert Herzer – verlor nie die Zuversicht	88
---	----

1961-1975

Schriftleiter aus den außerschulischen Bereich	96
Das Gedächtnis der HLZ	99
Schriftleitung in die Wiege gelegt	100
Gespräch mit Peter Krup	103
Redaktion in Zeiten innergewerkschaftlichen Streits	105
HLZ in stürmischer Zeit	107

1976-2000

Als die GEW-Hamburg vor der Spaltung stand	110
Neugestaltung einer kämpferischen HLZ	122
Gespräch mit Udo Hergenröder	126
Die letzte HLZ in Blei	128
Karl Fisher erinnert sich	129
Konzept und Gestaltung weiterentwickelt	131
Künstler in der Redaktion	135
Staffelstab weitergegeben	136
Der Kampf gegen „Reformen“	138
Mitternachtsspitzen	142
Rebellion ist gerechtfertigt	146

2000-2022

Die hLz in Zeiten von Globalisierung	152
--------------------------------------	-----

Rubriken

Rätsel	174
Aus der Redaktion	175
Impressum	177



Heliodor 1960

Hoffnung und Verdrängung Seite 88

Die Nachkriegsordnung mit wirtschaftlicher Knappheit und dem sich hieraus begründenden Aufbauwillen erklärt zugleich die Verdrängung der Verwicklung in die Nazibarbarei. Vordergründig schien Vieles unpolitischer – wie es sich auch in der hLz widerspiegelte.

Urknall Seite 96

Was studentisch-akademisch als Aufstand der Jungen gegen die Alten Mitte der 1960er Jahre begann, legte den Grundstein für den gesellschaftspolitischen Wandel in den nachfolgenden Jahrzehnten.

Auf Messers Schneide Seite 110

Was mit dem Aufstand der Student_innen begonnen hatte, führte verstärkt ab 1976 zu einem kulturellen Wandel auch innerhalb der Gewerkschaften. Die sich neu entwickelnde Kultur zeitigte vor allem Massenproteste.

White Privileges Seite 154

Eine veränderte politische Kultur ab der Jahrtausendwende in Verbindung mit der Mehrbelastung für Lehrer_innen führte dazu, dass sich der Massenprotest zurückentwickelte. Die hLz reagierte darauf mit vermehrt feuilletonistischen Beiträgen – nicht zuletzt auch als Reaktion auf die Möglichkeiten aktueller Berichterstattung im Newsletter.



Foto: hLz

„Die HLZ ist nicht die Aufgabe eines einzelnen, nicht des Schriftleiters, nicht des Presseausschusses, sie ist ... neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlichem Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen.“ (Fritz Köhne in der ersten HLZ vom 4.1.1922)

KARL-HEINZ AHLBRECHT, STEPHAN ALBRECHT, JOCHEN AMME, FRIEDER BACHTALER, WILLI BARTELS, JÜRGEN BARTHEL, KARL-FRIEDRICH BECK, SUSANNE BERG, JÜRGEN BEUCHE, ANDRÉ BIGALKE, MONIKA BISTRAM, ELISABETH VON BLOMBERG, OTFRIED BÖRNER, GABRIELE BROCKMANN, ASTRID BULL-SCHERER, SABINE BURSIE, JÜRGEN DEPENAU, HELGA DÖRWALD, ILONA EBINAL, BRITTA ERHARDT, MAX FEHRING, BENNO FINKELMEYER, KARL FISHER, ROLF FREITAG, STEVEN GALLING, CINDY GATES, JOACHIM GEFFERS, HEINRICH GEFFERT, KURT G. GEHRKEN, STEFAN GIERLICH, EYKE GREVE, FRIEDRICH GROSSMANN, JUDITH GÜTTNER, AUGUST HACHMANN, ALBRECHT HANF, BEATE HANSEL, MANNI HEEDE, UDO HERGENRÖDER, ALBERT HERZER, BRIGITTE HOLSTEIN, HANS-JÜRGEN HÜBBE, DETLEV ISTERLING, JACOB JÄGER, THIES JENSEN, ARNIM JOOP, HERMANN KAHLE, HERMANN KAIENBURG, WOLFGANG KNOBEL, RITA KNOBEL-ULRICH, REGINA KNÖSEL, GERD KOCH, WOLFGANG KOPITZSCH, FRITZ KÖHNE, ANDREAS KÖPKE, URSULA KOPPE, FRIEDRICH KRAUS, MICHAEL KRATZ, PETER KRUG, PETER KRUP, BERNHARD KULICH, GUSTAV KÜCHLER, WOLFGANG LAHANN, THOMAS LAMM, ULF LEBUHN, GERHARD LEIN, BÄRBEL LIENAU, ANTJE LIENING, MAX LILL, HANS-PETER DE LORENT, RAINER LÜCHT, HELMUT LÜTTMANN, KARLHEINZ LUTZMANN, PETER MAY, GÜNTER MICHALKE, EVELIN MOEWS, BRIGITTE MORITZ, C. HERMANN MÜLLER, JÜRGEN NAUJOKS, BERNHARD NETTE, JÖRN NORDEN, STEPHANIE ODENWALD, PETER PAPE, FRITZ PATZELT, RAINER PETERSEN, BETTINA PRIES, DAGMAR PRÖVE, BOTHO REGIER, KARL-HEINZ REINEKE, SABINE ROEVER, JOSCHA ROSENBUSCH, HARRI RUSCH, HERBERT SASS, HAJO SASSENSCHEIDT, GÜNTER SEIDEL, MATTHIAS SCHILDT, JÜRGEN SCHLALOS, ANNEMARIE SCHMIDT, REINER SCHOLZ, LUDGER SCHOPMEYER, TILL SCHRÖDER, ROLAND VON SELZAM, WOLFGANG SENFF, HEDDA STEINER, PETER STRUCK, WOLFGANG SVENSSON, WOLFGANG THORUN, CASPAR TIEDEMANN, JÖRN TIEDEMANN, MATIAS TÖPFER, BARBARA TSCHESLOG, HANS TSCHIRSCHNITZ, JASON TSIAKAS, VOLKER ULLRICH, HELMUT VOGT, ANGELA VORWERK, CLAUS VOSS, MICHAEL WEIGT, PETER WEISSENBURGER, SABINE WENZEL, STEPHAN WILLERS, BARBARA WISCHNEWSKI, INGO WOLKENHAAR, DETLEF ZUNKER

Stellvertretend für alle Mitarbeiter_innen in der Geschäftsstelle seien GISELA SCHOPMEYER, GUNNEL HAENSEL und ANNETTE MEENTS genannt, für alle Mitarbeiter_innen aus dem Satz VIOLA BRAUNBURG und CHRISTIAN ALBERS.

Im Geiste aller Genannten wünschen wir den Nachfolger_innen ANTJE GÉRA, MARK LÜCKHOF und SEBASTIAN SCHREULL viel Erfolg bei der Weiterführung unseres gemeinsamen Werks.

Hamburg im Mai 2022



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
diese Ausgabe der hLZ macht etwas Unge-
wöhnliches. Sie widmet sich nur einem The-
ma: Nämlich sich selbst.

Im Januar 1922 erschien die erste Ausgabe
der Hamburger Lehrerzeitung (hLZ). Sie sollte
einen freien Meinungskampf „unter gemein-
samer Flagge“ ermöglichen. Über 100 Jahre
hinweg haben die Redakteur_innen und Au-
tor_innen der hLZ sich dafür eingesetzt, diesen
Kampf lebendig zu halten. Sie haben dafür ge-
sorgt, dass diese Meinungsvielfalt bis heute
gegeben ist.


Als Mitgliederzeitschrift schafft die hLZ ein
hohes Maß an Identifikation innerhalb der
Mitgliedschaft, nach dem Motto: „Von Mit-
gliedern für Mitglieder“. Sie befördert die or-
ganisationsinterne Diskus-
sion auch über schwierige
Themen und hilft dadurch,

die sich im realpolitischen Alltag schnell ver-
stellende Sicht auf die Komplexität politischer
Gemengelagen immer wieder freizuräumen.
Die hLZ provoziert auch die für eine politische
Organisation so wichtige interne Reibung,
welche ja allererst erlaubt, zu einem wirkli-
chen Meinungsbildungsprozess zu führen.

Dass dies so ist, wird maßgeblich durch die
redaktionelle Unabhängigkeit der hLZ gewähr-
leistet. Auch wenn ein Verlautbarungsorgan
einem/r Vorsitzenden sicherlich manchmal
genehmer wäre, so ist mir die redaktionelle
Unabhängigkeit doch ein wichtiges und ho-
hes Gut: Nur der Meinungsstreit bringt uns
inhaltlich weiter, nur in einer unabhängigen
Zeitschrift kann sich der demokratische und
partizipative Leitgedanke der „Mitmachge-
werkschaft“ vorbildlich manifestieren. Trotz
aller Unterschiede ziehen wir als Gewerk-
schaft an einem Strang – manchmal zwar im
Sinne getrennter Wege, aber immer in Rich-
tung eines gemeinsamen Ziels. Für diese ver-
bandsinternen Verständigungs- und Selbst-
versicherungsprozesse leistet die hLZ einen
unschätzbar großen Beitrag.

Ich wünsche der neuen Re-
daktion, dass es ihr gelingen
möge, diesen Geist der hLZ-Tradition zu wahren
und fortzuführen und danke noch einmal
der bisherigen Redaktion für ihre mehr als
zwanzig Jahre lang unermüdlich geleistete
streitbare Arbeit!

SVEN QUIRING
1. Vorsitzender



100 Jahre HLZ-Redaktionen

Vor 100 Jahren erschien die erste Hamburger Lehrerzeitung, die HLZ. Es entsprach dem Selbstbewusstsein der schon 1805 gegründeten „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, in Hamburg eine eigene Zeitung herauszugeben. Nach dem Krieg, der Novemberrevolution und der Bildung eines Lehrerrates, sollten die Forderungen nach Demokratisierung des Bildungswesens, der Selbstverwaltung der Schulen, und die Orientierung auf eine Einheitsschule mit Unterstützung der HLZ vorangebracht werden. Von 1877 bis 1921 hatten führende Hamburger Reformpädagogen mit der Zeitschrift „Pädagogische Reform“ schon dafür gewirkt. Und im Jahre 1911 war von der „Gesellschaft der Freunde“ das nach ihrem Gründer genannte „Curio-Haus“ als Stätte der Begegnung und Konzeptentwicklung ge-

baut worden. Und auch der Sitz des Verlags der „Pädagogischen Reform“ war schon seit dieser Zeit das „Curio-Haus“ gewesen.

Mit dieser Sonderausgabe der HLZ soll die Arbeit der Redaktionen der 100 Jahre mit ihren HLZ-Schriftleitungen vorgestellt werden. Wobei es lange Zeit vornehmlich die Arbeit von einzelnen Personen war, die mit der Verantwortung für die HLZ betraut wurden, freilich Unterstützung von anderen Mitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“ fanden, ohne dass feste Redaktionen gebildet wurden.

Insbesondere die nicht mehr persönlich bekannten HLZ-Schriftleiter werden porträtiert in ihrer Zeit mit den damaligen Themen im Bildungsbereich. Keine Zeitphase war ohne Auseinandersetzungen. Vieles, fast alles musste erkämpft werden. Der Status, die Arbeitsbedingungen und

die Bezahlung der Lehrkräfte und der im Bildungsbereich Beschäftigten. Eine akademische Ausbildung der LehrerInnen. Dazu war eine aktive Interessenvertretung notwendig, eine starke Gewerkschaft und eine wirkungsvolle Arbeit der Personalräte und Selbstverwaltungsgremien. Genau dafür war die HLZ eine wichtige Plattform für den Austausch, für Konzeptentwicklung und Berichterstattung.

Die HLZ gab wesentliche Impulse in der reformpädagogischen Blütezeit in Hamburg in den 1920er Jahren. Sie dokumentierte aber auch das Zerplatzen der Hoffnungen in der Weltwirtschaftskrise, die Junglehrernot und die Auseinandersetzungen darum innerhalb der „Gesellschaft der Freunde“ in den Jahren 1929-1933. Natürlich auch das folgenschwere Erstarken der Nationalsozialisten in Hamburg, der vergebliche Kampf darum, zu

retten, was nicht zu retten war. Und welche Rolle die Schriftleitungen in dieser gleichgeschalteten Zeit spielten.

In allen Zeiten wurde in der GEW intensiv diskutiert und zuweilen heftig gestritten. 1975/76 stand die Hamburger GEW vor der Spaltung. Diese Zeit haben noch viele GEW-KollegInnen selbst miterlebt. Auch die HLZ-Redaktionen waren dabei und insbesondere danach keine monolithischen Blöcke. Mit Leidenschaft wurde um den richtigen Weg gerungen. Als die HLZ-Schriftleitungen nicht mehr vom Vorstand bestimmt, sondern in GEW-Basis- oder Delegiertenversammlungen gewählt wurden, stieg auch der Druck, die Redaktionen breiter aufzustellen. Das hat der HLZ zumeist nicht geschadet, auch wenn die Arbeit dadurch vielleicht mühsamer wurde.

HANS-PETER DE LORENT

Die „Pädagogische Reform“ – Vorläuferin der HLZ

Die Gründung der HLZ hatte natürlich eine Vorgeschichte. Und zwar eine ziemlich lange. Schon 1877 schuf die reformpädagogische Hamburger Lehrerschaft für ihre Kommunikation ein Organ, die „Pädagogische Reform“, „bescheiden nach Umfang und Inhalt, mit vier Ausgaben in einem Vierteljahr“

Der erste verantwortliche Redaktionsleiter, der Volksschullehrer Harro Köhncke (1846-1913), war seit Anfang der 1870er Jahre Volksschullehrer in Hamburg und Mitbegründer und mehrmaliger Vorsitzender des Vereins Hamburger Volksschullehrer (VHV). Bis 1907 war er erster Schriftleiter und danach Herausgeber der „Pädagogischen Reform“ und von 1907 bis 1912 sozialdemokratisches Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Die Intention der neuen Zeitung im DIN-A 4-Format wurde in der Probenummer vom 24. April 1877 klar benannt:

„Die ‚Pädagogische Reform‘ will besonders den Hamburger Lehrern ein Sprechsaal sein, sodann aber auch die wichtigsten Nachrichten aus dem Gesamt-Gebiete der Pädagogik im gedrängter Kürze bringen. Sie tritt voll und ganz ein für die *allgemeine Volksschule*. Sie steht durchaus frei und unabhängig da und wird stets auf der äußersten Linken kämpfen; sie wird aber auch jeder gegenteiligen Meinung ihre Spalten öffnen, soweit es der beschränkte Raum d. B. gestattet. Sie verzichtet dagegen darauf, ausführliche Artikel über Methodik u. s. w. zu bringen, dies den größeren Zeitungen und Lehrbüchern überlassend.

Da die Zeitung für Lehrer bestimmt ist, steht es jedem Mitarbeiter frei, sich seine Orthographie zu wählen. Es wird sich ja zeigen, ob die Zeitung den rech-

ten Ton zu treffen weiß und ob hier in Hamburg ein Bedürfnis für eine pädagogische Zeitung vorhanden ist. Wünsche und Vorschläge betreffs der Zeitung werden wir dankbar entgegennehmen.“

Die „Pädagogische Reform“ entwickelte sich zu einem spannenden Projekt. Im Vordergrund standen Artikel, die aufriefen zur Reform des Bildungswesens, zum „Kampf für die Volksschule und für den aufstrebenden Lehrerstand“.

Alle bedeutenden Hamburgischen Schulreformer schrieben für das Blatt. Spätere Schriftleiter waren Rudolf Roß (von 1903 bis 1911), Direktor der Volkshochschule von 1921-1928, Präsident der Bürgerschaft von 1920 bis 1928, danach Senator, zweiter Bürgermeister und von 1931 bis 1933 Erster Bürgermeister in Hamburg. Ihm folgte Wilhelm Paulsen als Schriftleiter der „Pädagogischen Reform“ von 1911 bis 1919. Paulsen war Schulleiter der Versuchsschule Tieloh-Süd, später Stadtschulrat in Berlin und danach Professor in Braunschweig.

Nachfolger von Wilhelm Paulsen wurde dessen Schwager Johannes Hein, der aktiv in der „Gesellschaft der Freunde“ tätig war, außerdem Verwalter des Curio-Hauses und Schulleiter der Siedlungsschule Langenhorn von 1921 bis 1926. Er hatte die Schriftleitung der „Pädagogischen Reform“ von 1919 bis zu deren Einstellung am Ende des

Jahres 1921 inne.

Die Zeitung trat vehement für die äußere Reform des Schulwesens ein, indem sie statt der bestehenden ständischen Gliederung die „Allgemeine Volksschule“ für alle Kinder bis zum 14. oder 15. Lebensjahr forderte, was sich später in abgewandelter Form in den Bestrebungen für die „Einheitsschule“ wiederfand. Aber auch Impulse von Alfred Lichtwark, dem neuen Leiter der Hamburger Kunsthalle und Carl Götze mit seiner Schrift „Das Kind als Künstler“ und von Heinrich Wolgast über das „Elend der Jugendliteratur“, so wie das Buch der Hamburger Reformpädagogen Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus „Unser Schulaufsatz ein verkappter Schundliterat“ waren Impulse, Kunsterziehung und eine andere Jugendliteratur, die Pflege der künstlerischen Bildung in die Schule einziehen zu lassen, mit großer Resonanz in der „Pädagogischen Reform“ und auch in der „Gesellschaft der Freunde“.

Johannes Hein schrieb in der letzten Ausgabe der „Pädagogischen Reform“ am 30. Dezember 1921, immerhin der 52. Ausgabe in diesem Jahr, „Zum Abschied“:

„Zum letzten Male geht heute die ‚Pädagogische Reform‘ hinaus in die Öffentlichkeit, nachdem sie 44 Jahre den Interessen der Hamburgischen Schule und der Hamburger Lehrerschaft gedient hat.“ Der vierjährige Krieg habe die Arbeit manchmal nahezu zum Stillstand gebracht;

die meisten Mitarbeiter und die Hälfte der Lehrerschaft standen im Krieg und nicht in der Schule. Und es wäre an der Zeit, das zu realisieren, was in den Blättern der „Pädagogischen Reform“ zwei Jahrzehnte lang erörtert worden war: „Das hohe Ideal der Einheitsschule, die Hochschulbildung für jeden Lehrer und jede Lehrerin, die endgültige Abschaffung der autokratischen Schulverfassung, die Orientierung der Pädagogik nach dem Wesen des Kindes.“

Man lebte in schwierigen Zeiten: „Heute, wo nicht abzusehen

ist, wie aus der Not des Vaterlandes ein Ausweg gefunden werden soll, wo nagende Sorge ums tägliche Brot ein ständiger Gast in den Lehrerfamilien ist, wo der tägliche Blick auf die bleichen Wangen unserer Kinder und die vergrämten und besorgten Züge unserer Gattinnen jeden hohen Gedankenflug hemmt“.

Es gab aber auch durchaus ein Hoffnungszeichen: „So wurde die Pressefrage eine Gewerkschaftsfrage; die Garantenschaft erklärte sich bereit, die Pädagogische Reform eingehen zu lassen, wenn der leistungsfähige

Lehrerverein ein Organ größeren Stiles schaffen werde. Das ist nun geschehen; die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens wird vom 1. Januar an die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ herausgeben, die alle die Aufgaben zu lösen bestrebt sein wird, die wir nicht mehr erfüllen konnten.“

Damit war der Staffelnstab an die Gesellschaft der Freunde und den ersten Schriftleiter der HLZ, Fritz Köhne, übergeben worden.

HANS-PETER DE LORENT

Pädagogische REFORM

Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis pr. Quartal 1 Mk. incl. Besorgungsspesen, bei direktem Abholen aus der Expedition 75 ¢, Einzelnummer 20 ¢. Abonnements nehmen an: die Expedition, Kraienkamp 22, H. 9. II. Etage, sowie St. Pauli, Thalsrasse 73a, II. Etage 1., Joh. Walther's Buchhandlung, Alsterthor 21, H. Axen, Lohbuschstrasse 35, Ottensen, alle Zeitungs-läden, Kolporteurs und auswärts alle Post-Anstalten. Inserate nehmen alle Annonzen-Bureaux und die Expedition zum Preise von 20 ¢ pr. Petitzeile entgegen. Briefe an die Redaktion und Expedition franko.

Probenummer Hamburg, den 24. April 1877

Was wir wollen.

Die ‚Pädagogische Reform‘ will besonders den Hamburger Lehrern ein Sprechsaal sein, sodann aber auch die wichtigsten Nachrichten aus dem Gesamt-Gebiete der Pädagogik im gedrängter Kürze bringen. Sie tritt voll und ganz ein für die **allgemeine Volksschule**. Sie steht durchaus frei und unabhängig da und wird stets auf der äussersten Linken kämpfen; sie wird aber auch jeder gegentheiligen Meinung ihre Spalten öffnen, soweit es der beschränkte Raum d. B. gestattet. Sie verzichtet dagegen darauf, ausführliche Artikel über Methodik u. s. w. zu bringen, dies den grösseren Zeitungen und Lehrbüchern überlassend.

Da die Zeitung für Lehrer bestimmt ist, **steht es jedem Mitarbeiter frei, sich seine Orthographie zu wählen**.

Es wird sich ja zeigen, ob die Zeitung den rechten Ton zu treffen weiss und ob hier in Hamburg ein Bedürfniss für eine Pädagogische Zeitung vorhanden ist. Wünsche und Vorschläge betreffs der Zeitung werden wir dankbar entgegen nehmen. Zum Abonnement und zur Mitarbeit ladet ein

Redaktion und Expedition
der
‚Pädagogischen Reform‘.

(X!) „Gesetz

betreffend die Gehaltsverhältnisse der an den Lehrerbildungs-

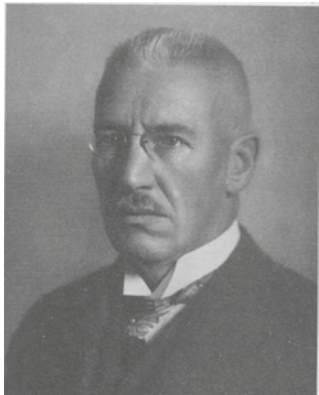
gelten, gerne akzeptieren könnte. Diese Bedingungen sind: eine den Anforderungen genügende 2–3jährige amtliche Thätigkeit und die Absolvierung des sog. 2. Examens.

Die Pädagogische Reform wollte wie später die HLZ ein Forum zur Debatte sein. Sie verstand sich als frei, unabhängig und links und stellte es „jedem Mitarbeiter frei, sich seine Orthographie zu wählen“.

Rudolf Roß und Wilhelm Paulsen:

Zwei herausragende Vertreter der Hamburger Lehrerschaft

Für die „Hamburger Lehrerzeitung“ und deren Vorläufer die „Pädagogische Reform“ (seit 1877) haben in den zusammen fast 150 Jahren ihrer Existenz mehr als 30 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer als SchriftleiterInnen gewirkt. Einige von ihnen nahmen danach hervorgehobene Funktionen im Hamburger Schulwesen ein, zwei in dieser langen Reihe ragen dabei heraus: Der eine – Rudolf Roß – als Politiker in seiner Heimatstadt, der andere – Wilhelm Paulsen – als Stadtschulrat in der Reichshauptstadt Berlin.



Abgeordneter Rudolf Roß 1925

Die Karrieren dieser beiden ehemaligen Volksschullehrer können auch als Beleg für den sozialen Aufstieg der Volksschullehrerschaft im 19. und 20. Jahrhundert gesehen werden. Vor allem in der Weimarer Republik erfuhr dieser einen starken Zuwachs. In der ersten demokratischen Republik auf deutschem Terrain war es möglich geworden, dass Volksschullehrer wie Rudolf Roß und Wilhelm Paulsen zum Bürgermeister einer international ausgerichteten Handelsmetropole bzw. zum politisch und pädagogisch verantwortlichen höchsten Beamten für das gesamte Schulwesen in der Reichshauptstadt reüssieren

konnten. An diese beiden Hamburger Volksschullehrer und Schriftleiter der Pädagogischen Reform will der nachfolgende Artikel erinnern.

Rudolf Roß (1872-1951)

Dass Rudolf Roß einmal der Erste Bürgermeister seiner Heimatstadt Hamburg werden würde, war ihm aufgrund seiner Herkunft wahrlich nicht mit in die Wiege gelegt worden. Geboren im berüchtigten Hamburger Gängviertel erlebte er eine Kindheit in schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Nach dem frühen Tod der Eltern übernahm die Großmutter Erziehung und Versorgung des Kindes. Der junge Rudolf Roß erwies sich als ein wissbegieriger und begabter Schüler, den frühen Wunsch, einmal den Lehrerberuf zu ergreifen, verfolgte er zielbewusst. Nach seiner Ausbildung am Lehrerseminar in der ABC-Straße begann er seine Lehreraufbahn an der Knabenschule Poolstraße 5 in der Hamburger Neustadt. Bereits als 22-jähriger und noch nicht festangestellter Lehrer schreibt er seinen ersten bildungspolitisch ausgerichteten Artikel. Unter dem Thema „Volksbildung und Volkseutwicklung“ vertrat er die Auffas-

sung, dass der soziale Aufstieg der breiten Masse der Bevölkerung nur mit der Verbesserung der Erziehungsmöglichkeiten und Bildung einhergehen kann. Den Ausbau der Bildungseinrichtungen und die Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten an Bildung und Kultur beschreibt er als drängende politische Aufgabe.

Nur unschwer war zu erkennen, dass sich hier jemand zu Wort meldete, der bereits in jungen Jahren über den engen Rahmen der eigenen Lehrtätigkeit hinausschaute, und der mutig genug war, die Klassengesellschaft des Kaiserreichs zu kritisieren und die bildungspolitischen Ziele der Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Als Mitglied der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ kam Rudolf Roß schnell in Kontakt mit den führenden Vertretern dieser Berufsorganisation der Hamburger Lehrerschaft. Die „Gesellschaft der Freunde“ sorgte seit 1805 für die sozialen Belange und die Fortbildung ihrer Mitglieder, war aber, als Roß Lehrer wurde, inzwischen auch zu einem Reformtreiber für das Hamburger Schulwesen geworden.

Bereits 1902 tritt Roß in den Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ ein, ein Jahr später wird er „Schriftleiter“ der „Pädagogischen Reform“, deren Titel auch Programm war. Zwar gab es verschiedene pädagogisch wie schulpolitisch motivierte Strömungen in der „Gesellschaft der Freunde“, aber die Überwindung der autoritären Pauk- und Buchschule des Kaiserreichs und die Aufhebung der ungleichen Bildungsmöglichkeiten galten wohl für alle in der „Gesellschaft der Freunde“ organisierten Volksschullehrer als allgemeingültige Ziele. Fritz Köhne schreibt 1951 in seinem Nachruf zu Rudolf Roß in der HLZ, dass es die Jahre seiner Schriftleitung gewesen seien, die der „Pädagogische Reform“ weit über Hamburg hinaus „starke Beachtung bei Freunden wie Gegnern verschafft“ habe.

1911 gibt Roß die zeitintensive Schriftleitung der „Pädagogischen Reform“ ab, übernimmt dafür aber den Vorsitz im neu gegründeten Universitätsausschuss. Die Hamburger Lehrerschaft, wie auch andere Vertreter des Bildungs- und Kulturlebens, drängten auf die längst überfällige Gründung einer Universität in der Hansestadt. Das seit längerem bestehende Allgemeine Vorlesungswesen galt als eine Errungenschaft, für eine Universität war dies aber kein dauerhafter Ersatz. Erst in der Weimarer Republik war es soweit, 1919 nahm die Universität Hamburg einen eigenen Vorlesungsbetrieb auf, mit der universitären Volksschullehrerausbildung dauerte es jedoch noch einige Jahre. Rudolf Roß hatte bereits 1913 mit seinen „Vorschlägen zur Reform der Lehrerbildung in Hamburg“ dazu die Grundlage gelegt. Als 1926 die ersten Studierenden für das Volksschullehramt ihr Studium an der Universität aufnahmen, war das nicht zuletzt ein Verdienst des umtriebigen ehemaligen Schriftleiters der „Pädagogischen Reform“. Fra-



7.1.1903 – die erste von Rudolf Roß verantwortete Ausgabe der Pädagogischen Reform: „Den Haß aller Schulleinde, Bildungsmonopolisten und Mucker hoffe ich mir wenigstens ehrlich zu verdienen.“

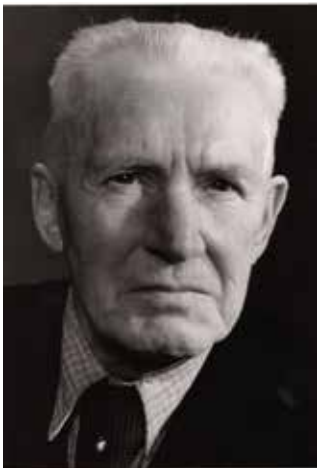
gen der Weiterbildung blieben auch in der Weimarer Republik ein Schwerpunkt seiner Arbeit. An der Gründung der Hamburger Volkshochschule im Jahre 1919 war er maßgeblich beteiligt. Rudolf Roß war ihr erster Direktor und blieb in diesem Amt bis 1928.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wird Roß zum Kriegsdienst eingezogen. Vom ungedienten Landsturmmann im Heeresdienst steigt er in den Offiziersrang auf. Auch das eine nicht gerade gewöhnliche Laufbahn. Zurückgekehrt nach Hamburg drängt ihn sein gesellschaftliches Engagement in die Politik. Für das Gelingen der neuen Demokratie wollte Roß in seiner Vaterstadt seinen Beitrag leisten. 1919 zieht er für die SPD in die Hamburger Bürgerschaft ein, noch im selben Jahr wird er Schriftführer, ein Jahr später und bis 1928 Präsident der erstmals demokratisch gewählten Volksvertretung. Bis 1933 bleibt er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Ab 1929 gelangt er sogar in die höchsten politischen Ämter der Hansestadt. Im Wechsel mit Carl Petersen von

der Deutschen Demokratischen Partei ist er zunächst Zweiter Bürgermeister, von 1931-1932 Erster Bürgermeister, danach bis zum März 1933 wieder Zweiter Bürgermeister.

In den Jahren der NS-Herrschaft zieht sich Rudolf Roß in den Kreis der Familie zurück, mit den Nazis wollte er nichts zu tun haben. Nur noch einmal ergreift er öffentlich das Wort. Am Grabe seines Freundes, Weggefährten und langjährigen (1919 bis 1933) Hamburger Schulsenators Emil Krause beschreibt er dessen Leben und die politischen Verdienste seines Weggefährten. Er folgte damit dem Wunsch des im Oktober 1943 Verstorbenen. Die Anwesenheit der Gestapo ignoriert Rudolf Roß.

1945 erfasst Rudolf Roß eine schwere Krankheit, die Seele, Körper und Geist fortschreitend lähmt. Im Februar 1951 verstirbt er, die Trauerrede bei seiner Beerdigung hält der Sozialdemokrat und damalige Erste Bürgermeister Max Brauer. Seine Ansprache wird zu einer Ehrung eines durch die Nazis Verdrängten und in der Öffentlichkeit nahezu Vergessenen.



Rudolf Roß 1946

Die Stadtgesellschaft hat Rudolf Roß nach seinem Tode die Erinnerung bewahrt. 1954 übernahm die Schule Poolstraße seinen Namen, 1959 wurde die Rudolf-Roß-Allee im Stadtteil Horn nach dem Pädagogen, Lehrvertreter und Politiker benannt. Bis heute führt der Grundschulzweig der 2010 gegründeten Stadtteilschule in der Hamburger Neustadt seinen Namen. Ein Portrait von Rudolf Roß aus der Hand des Hamburger Malers Friedrich Schaper hängt seit 1951 in der Reihe der ehemaligen Bürgermeister im Hamburger Rathaus.

Wilhelm Paulsen (1875-1943)

Am 16. Januar 1921 heißt es in der „Pädagogischen Reform“ zum Wechsel des ehemaligen Schriftleiters dieser renommierten Lehrerzeitung in das bedeutende Amt des Stadtschulrats nach Berlin: „Nun bringt ihn das Geschick an eine Stelle, wie sie wichtiger im deutschen Schulleben wohl kaum vorhanden ist. Abgrundtief klaffen in der Riesenstadt die Gegensätze in der Bevölkerung und ihrem Parlament wie in der Lehrerschaft. Und doch dürfen wir nicht nur hoffen, sondern auch die Erwartung hegen, dass Paulsen sich dort durchsetzen wird.“

Wilhelm Paulsen, 1875 in

Schleswig geboren, hatte sich in der Hansestadt in den Jahren vor und nach dem ersten Weltkrieg einen Namen als Schulreformer gemacht. 1897 war er nach Absolvierung einer Ausbildung als Volksschullehrer am Lehrseminar in Segeberg nach Hamburg gekommen und hatte hier eine Lehrerstelle angenommen. Für junge, reformbewegte Lehrkräfte war die stark wachsende Hansestadt in diesen Jahren hoch attraktiv. Anziehungspunkte waren das gute und expandierende Schulwesen, der liberale Geist der Wirtschaft- und Kulturmetropole, die hier besonders aktive reformpädagogische Bewegung sowie die starke Präsenz der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie. 1898 tritt Paulsen der Sozialdemokratischen Partei bei, 1902 gründet er mit der Pazifistin und Frauenrechtlerin Elsa Rieper eine Familie.

Wie Rudolf Roß wird er bereits als Junglehrer Mitglied der „Gesellschaft der Freunde“ und schreibt in der „Pädagogischen Reform“. Er engagiert sich für die Selbstverwaltung der Schulen und für die Einrichtung weltlicher Schulen, d.h. für eine Trennung von schulischem Unterricht und religiöser Erziehung. 1906 wird er zum Gründer und ersten Vorsitzenden des später so sehr einflussreichen „Pädagogischen Ausschusses“ der „Gesellschaft der Freunde“. Von 1911 bis 1919 übernimmt er die Schriftleitung der „Pädagogischen Reform“ und ist damit der unmittelbare Nachfolger von Rudolf Roß in diesem Amt. Neben der Selbstverwaltung werden unter Paulsen die Arbeitsschule und die Einheitsschule zu wichtigen Themen der Zeitschrift.

Nach der Novemberrevolution spielt Wilhelm Paulsen im Prozess der Neuorientierung der pädagogischen Landschaft eine zentrale Rolle. Er wird Schulleiter am Tieloh-Süd, eine der vier Versuchsschulen des Volksschul-

wesens in der Hansestadt. Diese Schulen erhalten die Freiheit, Wege einer kindgerechten Pädagogik zu beschreiten, sie verstehen sich als Wegbereiter einer „neuen Schule“. Gleichzeitig gründet Paulsen die „Hamburgische Schulengemeinschaft“, denn neben den offiziellen Versuchsschulen gab es zahlreiche weitere Schulen, die sich pädagogisch neu und frei entwickeln wollten. Für Paulsen sollten diese Schulen zum Modell der neuen Gemeinschaftsschule werden, im Inneren pädagogisch kindgerecht gestaltet, von der Struktur her sollten sie Einheitsschulen werden. Seine Ende 1920 in der „Pädagogischen Reform“ veröffentlichten „Leitsätze zum inneren und äußeren Aufbau des Schulwesens“ zeigen ihn als einen weit voraus denkenden Strategen einer umfassenden Schulreform. Vielleicht waren es diese Leitsätze, gewiss aber auch seine langjährigen publizistischen und öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten in der praktischen Schulreformarbeit, die ihn so interessant für die Schulpolitiker der Reichshauptstadt machten.

Als er im Januar 1921 in der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD und KPD gewählt wurde, war er nicht der einzige Hamburger Schulreformer, der nach der



Wilhelm Paulsen ca 1920

Foto: Hamburger Schulmuseum

Novemberrevolution in eine bedeutende Stellung in der Reichshauptstadt gewählt wurde. Der Volksschullehrer und als Reform des Deutschunterrichts schon vor 1914 weit über Hamburg hinaus bekannte Adolf Jensen war bereits zuvor in Neukölln an der Rütli-Schule als Lehrer und dann als Rektor tätig geworden. 1923 folgte Fritz Jöde aus Hamburg an die Berliner Akademie für Kirchen- und Schulmusik. In seiner Berliner Schulgeschichte von 1981 schreibt Wilhelm Richter dazu: „So waren wirksame Reformansätze Hamburger Provenienz in Groß-Berlin von der Zentrale wie von der Peripherie aus gegeben, denen genuine Berliner Bestrebungen zur Errichtung weltlicher und sozialistischer, aber auch vom Geiste der Jugendbewegung geprägter Schulen seit der Novemberrevolution entgegen kamen.“

Obwohl umstritten und von den bürgerlichen Parteien, Eltern- und Lehrerverbänden heftig bekämpft, konnte Wilhelm Paulsen insbesondere für die Reformschulbewegung in der Hauptstadt viel bewirken. Paulsen unterstützt die Schulen bei der inhaltlichen Gestaltung und bewerkstelligt organisatorische wie materielle Hilfe. Großprojekte wie der von Fritz Karsen in Neukölln aus einem Realgymnasium entwickelte Neuköllner Schulenkomplex, eine Art Einheitsschule, seit 1929 in Karl-Marx-Schule umbenannt, oder die Schulfarm Scharfenberg auf der gleichnamigen Insel im Tegeler See wären ohne die Unterstützung von Wilhelm Paulsen kaum möglich gewesen. 1924 wird Paulsen von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien und mit den Stimmen der

16. DEZ. 20

PÄDAGOGISCHE REFORM

ZUGLEICH ZEITSCHRIFT DER HAMBURGER LEHRMITTEL-AUSSTELLUNG
HERAUSGEGEBEN VOM VORSTANDE DER PÄDAGOGISCHEN REFORM

Erscheint jeden Mittwoch und ist durch alle Buchhandlungen und die Post zu beziehen. In Hamburg-Altona auch durch den Verlag. Preis M. 7,00 das Vierteljahr.	Verantwortlicher Schriftleiter IOHANNES HEIN, HAMBURG 39 Alsterdorferdamm 21 Fernsprecher: NORDSEE 5854, 2	Anzeigen (die fünfspaltige Zeile M. 9,00, Familienanzeigen M. 10,00, Vereinsanzeigen 50 Pf.) nehmen alle Anzeigen-Annahmen und den Verlag entgegen.
--	---	---

Verlag und Versand: WILHELM SENGER, HAMBURG 36, Rothenbaumchausee 15, Curiohaus. Tel.: Nordsee 4415.

44. Jahrgang. Hamburg, Mittwoch, den 15. Dezember 1920. Nr. 50.

<p>Inhalt: Leitsätze zum inneren und äußeren Aufbau unseres Schulwesens. Von W. Paulsen. — Die verlorenen Schicht — Eltern im Unterricht. Von F. Kraus. — Pazifistische Pädagogik. Von F. Bloh. — Unsere Turnhallen eine Stätte für Leibesübungen. Von Henry Rechten. — Noch einmal: 9. Schuljahr! Von L. Kruse. — Umschau. — Aus Hamburg. — Literatur. — Vereins-Anzeiger.</p> <p>Leitsätze zum inneren und äußeren Aufbau unseres Schulwesens. Von W. Paulsen.</p> <p>Vorwort. Die folgenden Sätze waren zunächst eine einfache Abschrift meines pädagogischen Denkens, eine logische Folge epigrammatischer Sätze über die neue Schule und ihren Aufbau. Aus besonderer Veranlassung versuchte ich sie darauf politisch zu fassen, sie sozialistisch zu durchdenken und zu durchführen. Der Hintergrund weitete sich, der Sinn wurde bedeutsamer. Diese Wirkung blieb, als ich nachträglich an entscheidenden Stellen die politische Wortprägung wieder aufhob und die vorliegende Fassung herstellte. Für mich war dies der überzeugende Beweis, daß wahrhaft sozialistisches Denken und Wille zur Kultur eins sind. Die Unabhängigkeit der Erziehungswissenschaft von politischen Auffassungen darf zwar nie zerstört werden, die Pädagogik orientiert sich am Leben des Kindes, nicht an politischen oder kirchlichen Zwecksetzungen. Und doch vernimmt sich irgendwo, wie immer in der Wissenschaft, das parteiliche, persönliche Wesen des Wissenschaftlers mit dem Ergebnis der Wissenschaft selbst. Es gibt innerhalb der Schulen keine Parteien, wohl aber feste Blickrichtungen in den Entwicklungen, die Gegner und Freunde einer Auffassung in großen Gruppen zusammenschließen. Den nachfolgenden Sätzen muß jeder zustimmen können, der in sozialem Geist sich um das Werden der neuen Kultur müht.</p> <p>Wesen der Schule. Die Schule ist nichts Fremdes in der menschlichen Gesellschaft, nichts von ihr Losgelöstes, sondern ein glückliches, lebendiges Glied der Gesamtveranstaltungen ihres Lebens. Sie ist nicht Unterrichts- und Erziehungsanstalt, sondern schlechthin die Lebensstätte der Jugend, beherrscht von ihrem ureigenen Lebensgesetz.</p> <p>Arbeitsschule. Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formentfaltung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion entseisset in unendlicher Wechselwirkung und Mannigfaltigkeit die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Unter</p>	<p>diesem Gesetz stelle sich auch die Schule. Arbeit bilde und forme den Menschen.</p> <p>Die Schule sei darum eine Stätte sinnvoller wirtschaftlicher Arbeit, die je nach großstädtischen oder ländlichen Voraussetzungen tatsächliche Lebensarbeit bestreibe. In seiner Arbeit ahne das Kind den gewaltigen Produktionsprozeß der Volkswirtschaft, beginne ihn werktätig zu begreifen.</p> <p>Die Schule sei die Stätte der Ausübung schöpferischer Kraft im Kinde, sie sei die Stätte der Forschung, der Kunst und des darstellenden Gewerbes. Zwischen ihr und der Arbeit Akademie und Werkstatt besitze kein wesentlicher Unterschied. Hinter der schöpferischen Arbeit des Kindes erstere der Hintergrund der Gesamtkultur des geistig schaffenden Volkes.</p> <p>Gemeinschaftsschule. In der kommenden, wirtschaftlich und kulturell reicher entfalteten Gesellschaft wird die Schule den Arbeits- und Erbauungsstätten der Menschheit zugeordnet. Das Leben selber fließt durch die Schule. In der Gegenwart muß die Schule in Lebensnähe gerückt werden. In Lebens- und Arbeitsgemeinschaften wachse das Kind natürlich heran. Das Kind diene der Gemeinschaft, die Gemeinschaft diene dem Kinde. Unter der Wechselwirkung beider Pole, des individuellen und des gesellschaftlichen Seins, vollzieht sich das Grundgesetz persönlichen Werdens.</p> <p>Freie Schule. Die Schule sei der Weg des Kindes zu sich selbst, nicht zu Dogmen, Zwecken und Programmen. Jedes begrifflich vorweggenommene Ziel der Erziehung droht Lüge und Verrat an Kinde zu werden. Die Schule ist nicht Werkzeug kirchlicher oder politischer Parteien, sondern Subjekt eigener Lebensäußerungen. Sie kann darum nicht anders als unpolitisch und unkirchlich sein, frei von dem unerträglichen Zwang eines Bekenntnisses.</p> <p>Einheitsschule. Mit der freien Schule verschwindet zugleich die Klassenschule. Eine wahrhafte Volksgemeinschaft kennt keine Unterschiede des Standes und Besitzes. Ihre Einheitsschule ist kein organisatorisches Zweckgebilde, sondern eine einheitliche, aus innerer Notwendigkeit erwachsene Kulturveranstaltung von Kindergarten bis zur Hochschule. Sie ist Kulturwille und Kultur Ausdruck der Volksgemeinschaft.</p> <p>Pädagogische Grundforderung. Der Gedanke der Unerschöpflichkeit des Kindes beherrsche und leite die Schule. Das jugendliche Leben ist der Beginn des menschlichen Lebens überhaupt, es darf nicht zerissen, gefälcht und vergewaltigt werden. Die Schule unterbricht nicht das Leben, sie hat es zu erfüllen.</p> <p>Aufbau. Damit sich die Schule zur eignen und freien Verfassung erhebe, ist schon für die Gegenwart die volle Unabhängigkeit</p>
--	--

Viel beachtet auch außerhalb Hamburgs: Wilhelm Paulsens Artikel zur Schulreform (Pädagogische Reform v. 15.12.1920)

KPD abgewählt. Er betätigt sich in den folgenden Jahren als pädagogischer Autor und verfasst unter dem Titel „Die Überwindung der Schule – Begründung und Darstellung der Gemeinschaftsschule“ (1926) ein Standardwerk der Schulreformbewegung der Weimarer Republik. 1929 erhält er einen Lehrauftrag für Pädagogik an der technischen Universität in Braunschweig. 1932 wird er von dem braunschweigischen Minister für Inneres und Volksbildung, Dietrich Klagges (NSDAP), entlassen. Paulsen wird zu einem der ersten prominenten

Berufsverbotsopfer der Nationalsozialisten, die im Freistaat Braunschweig bereits seit 1930 an der Regierung beteiligt waren. In der NS-Zeit wird es still um ihn.

Im März 1943 verstarb Wilhelm Paulsen in Berlin an einem Krebsleiden. Seine Urne wird nach Hamburg überführt und auf dem Ohlsdorfer Friedhof bestattet. An beiden Orten seines pädagogischen, publizistischen und politischen Wirkens, in Hamburg wie in Berlin, scheint er in Vergessenheit geraten zu sein.

REINER LEHBERGER

2300 Lehrer_innen im Curiohaus

Hamburgs Lehrerschaft für Einheitsschule und Selbstverwaltung – Teilerfolge im Zuge der Novemberrevolution 1918

Kaum war der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat am 6. November 1918 gebildet, so setzte er die Neugestaltung des Schulwesens auf die Tagesordnung. Die Initiative war ausgegangen von drei Mitgliedern der *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg* (GdF), der Vorläuferorganisation der GEW-Hamburg. Bereits am 12. November kam es in beiden Sälen des Curiohauses zu einer allgemeinen Lehrerversammlung mit 2300 TeilnehmerInnen. Neben der Wahl eines Lehrerrats kam es zur Beratung und Verabschiedung der zentralen Forderungen, die zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg durchgesetzt werden sollten (Ein ausführlicher Bericht findet sich in der *Pädagogischen Reform* vom 19.11.1918 – vgl. folgende Seiten).

Trotz teilweise heftiger politischer Differenzen in den vorangegangenen Jahren wurden nahezu einstimmig folgende Ziele beschlossen: Einführung der Einheitsschule; Selbstverwaltung der Schule unter Beteiligung der Eltern; politische, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Verankerung der Forderungen in einem Reichsschulgesetz.

Die Selbstverwaltung beinhaltete vor allem die Wahl der Schulleitung und die Übertragung von mehr Verantwortung für die Kolleg_innen an den Schulen: „Der Leiter der Schule ist nicht mehr Vorgesetzter, sondern Vorsitzender“, sagte Hermann Leo Köster, ein langjähriger Sprecher der Lehrer_innen auf der Versammlung. „Ein

einheitlicher, wissenschaftlich vorgebildeter Lehrerstand, in lebendiger Verbindung und Gemeinschaft mit den Organen der Eltern und des Staats, verwalte frei von allen *wesensfremden, behördlich gesetzten Autoritäten* die unabhängige Schule“, hatte schon die *Pädagogische Reform* gefordert (12.11.1918; Hervorhebung im Original).

Die Versammlung wählte einen 30-köpfigen Lehrerrat, der in den folgenden Monaten sowohl mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als auch mit der fortbestehenden Schulbehörde verhandelte. Angesichts der Aufbruchstimmung erklärten sich überraschend auch die Vertreter der Oberlehrer aus den höheren Schulen bereit, auf dem Boden der vier Forderungen mitzuarbeiten. So konnte der Lehrerrat ohne nennenswerte Kritik konkretere Forderungen zur Einführung der Einheitsschule beschließen: u.a. den Wegfall des Schulgelds an staatlichen Schulen und die Abschaffung der Vorschulen (gemeint waren spezielle Grundschulen für Gymnasien).

Als der Arbeiter- und Soldatenrat jedoch im Dezember 1918 auf Vorschlag des Lehrerrates die Abschaffung des Religionsunterrichts verfügte, entlud sich der Unmut der Mehrheit der Oberlehrer, die als sehr konservativ galt. Mit dem Hinweis, der Lehrerrat habe die vier Grundforderungen in der Ausführung „überspannt“, wandten sie sich jetzt auch gleich gegen die Wahl der Schulleiter auf Zeit und die Einführung der Einheitsschule zu Ostern 1919. Der noch existierende Senat, im Aufwind

durch das allgemeine Erstarken restaurativer Kräfte im Reich, verschleppte unter dem Vorwand der bevorstehenden Bürgerschaftswahl die Umsetzung des neuen Schulleiteramts.

Gestärkt durch Proteste von LehrerInnen gelang es GdF-Vertretern jedoch, den kaum noch tagenden Arbeiter- und Soldatenrat zur Einführung der Selbstverwaltung an den Schulen zu bewegen. In seiner letzten Verordnung überhaupt legte er am 23.3.1919 fest, dass Schulleiter vom Lehrerkollegium zunächst nur noch für ein Jahr zu wählen seien. Bisherige Schulleiter würden wieder einfache Lehrer, außer im Fall der Wiederwahl.

Obwohl die Verordnung sofort in Kraft trat, verbot die Behörde die Wahlen. Die am 16.3.1919 gewählte Bürgerschaft bestätigte die Regelung jedoch Ende April mit klarer Mehrheit. So kam es im Mai an 198 Schulen zu den Wahlen, bei denen auch je drei Elternvertreter Stimmrecht erhielten. Dabei wurde etwa ein Drittel der bisherigen Schulleiter nicht wiedergewählt – eine Bestätigung für die Reformkräfte.

Die in der Novemberrevolution erhobenen Forderungen fanden sich abgeschwächt auch in zwei neuen Gesetzen wieder: Das „Gesetz über die Einheitsschule“ vom 16.5.1919 bewirkte die einheitliche vierjährige Grundschule sowie für Volksschüler die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit. Im Selbstverwaltungsgesetz vom 12.4.1920 wurde die Wahl des Schulleiters auf drei Jahre und die Abschaffung seines Vorgesetztenstatus verankert. Diese Regelung ging auch weit über die heutigen Be-

PÄDAGOGISCHE REFORM

ZUGLEICH ZEITSCHRIFT DER HAMBURGER LEHRMITTEL-AUSSTELLUNG
HERAUSGEGEBEN VOM VORSTANDE DER PÄDAGOGISCHEN REFORM

ERSCHEINT JEDEN MITTWOCH UND IST DURCH ALLE BUCHHANDLUNGEN UND DIE POST ZU BEZIEHEN. IN HAMBURG-ALTONA NIMMT AUCH DER VERLAG BESTELLUNGEN ENTGEGEN.

VERANTWORTL. SCHRIFTLEITER
WILHELM PAULSEN
HAMBURG-FUHLSBÜTTEL
BROMBEERWEG 28

BEZUGSPREIS 1,20 M. DAS VIERTELJAHR ANZEIGEN (DIE 50GSP. ZEILE 25 PF., FAMILIENANZEIGEN 20 PF.) NEHMEN ALLE ANZEIGENANNAHMESTELLEN U. D. VERLAG ENTGEGEN.

VERLAG U. VERSAND: WILHELM SENGER, HAMBURG 36, ROTHENBAUMCHAUSSÉE 15, CURIOHAUS. TEL. GR. 5, 4415

42. JAHRGANG HAMBURG, DIENSTAG, DEN 19. NOVEMBER 1918 NO. 47

Vor der Erfüllung. Die Einheitsschule und ein einiger, unabhängiger Lehrerstand in Hamburg.

12. November 1918.

Einsetzung eines Lehrerrates.

Der Geist, der draußen unter der geschichtlichen Führung des vierten Standes alle Menschen aufruft, um in Deutschland einen neuen Kulturstaat aufzubauen, greift auch tief in das Schulleben ein. Auf der großen, allgemeinen Versammlung aller Lehrer der Volksschulen, höheren Schulen, Fortbildungs- und Privatschulen hat sich die Gesamtlehrerschaft zu den Hauptforderungen der deutschen Schule bekannt, alle Schulgattungen zur Einheitsschule zusammenzulassen, ihr das Selbstverwaltungsrecht zu geben und sie beherrschen zu lassen vom Geist wahrhafter politischer und religiöser Duldung. Alle drei Forderungen sollen in einem Reichsschulgesetz fest verankert werden. Damit sind auf einen Tag alle fast unüberbrückbar scheinenden Gegensätze gefallen. Erhebend wirkte es, daß die Versammlung die Mittelung entgegennehmen konnte, daß die Oberlehrer einmütig diesen Forderungen zustimmten. Diese Tat hat alle vergangenen Kämpfe vergessen gemacht. Konnte die Massenversammlung, die von nachmittags 3 Uhr bis tief in den Abend hinein dauerte, auch nicht überall Höhepunkte zeigen, und klang auch nicht jeder Ton so ganz voll und rein, wie die Gefühlsspannungen es erwarteten, so wurden doch Verlauf und Erfolg des Abends zu einem Ereignis, das den 12. November zu dem denkwürdigsten Tag im Leben der hamburgischen Schule erhob. Die Aussprachen fanden ihren Abschluß mit der Einsetzung eines Lehrerrates, dem in seinen Verhandlungen mit der Gesetzgebung das zukünftige Geschick der Verfassung der hamburgischen Schule anvertraut wurde. Die hamburgische Schule ist nun frei, ihre Fesseln sind gefallen, und das neue Leben der Zukunft, das mit dem Frieden im Volke erwacht, wird auch in sie einziehen. Die Kräfte, die es in uns allen auslösen wird, das Berufsglück, das uns in unserer Arbeit und der Jugend in ihrer Entwicklung erwachsen wird, sind für uns heute noch unabschätzbar.

Möge sich die Zukunft danach gestalten!

Mitglieder des Lehrerrates sind:
1. Volksschullehrer: Wolgast, Lottig, Götz, Blinckmann, von Borstel, Köster, Lamszus, W. Paulsen, Schumann, Schlitz, K. Hiller, Jöde, Ballerstaedt, Harbeck. 2. Volksschullehrerinnen und Privatschullehrerinnen: E. Seifarth, Ruge, Burchard, Wolgast, O. Petersen, R. Wiese, Mittel, Schlichtkrull. 3. Oberlehrer: Umlauff, Wendt, Loewenberg, Adams, Doermer, Dissei (nicht, wie irrtümlicher Weise an die Zeitungen berichtet war, auch die Herren Direktor Schwenkow und Professor Berg). 4. Oberlehrerinnen: Blümer, Glinzer.
Zum ersten Vorsitzenden wurde in der verfassunggebenden Sitzung des Lehrerrates Hein-

rich Wolgast, zum Geschäftsführer H.L. Köster, zum zweiten Vorsitzenden Dr. Dörmer und zum dritten Frh. Seyfarth gewählt. Schriftführer wurden Frh. Ruge und Frh. Burchard. Auf Wunsch des Professorenkonvents wurden Dr. Stern und Dr. Parsage hinzugezogen.

So ist Heinrich Wolgast Präsident des Lehrerrates. Die hamburgische Lehrerschaft erlebt mit dieser Tatsache eine tiefe Genugtuung. Das Recht ist in sich zurückgekehrt. Die Bürokratie, die das Erbe Lichtwarks gefährdete, die in Unverständnis und Engherzigkeit die Lehrerschaft um die Frucht ihrer geistigen Arbeit der letzten Jahrzehnte brachte, die in Unduldsamkeit Heinrich Wolgast, der das geistige Programm der Lehrerschaft verkörperte, vom höheren Schulaufsichtsdienst fernhielt und ihm in seiner Arbeit als Vertreter der Lehrerschaft einen so zähen und geschlossenen Widerstand entgegensetzte, daß er sein unfruchtbares Amt in der Oberschulbehörde niederlegte, – diese Bürokratie ist heute gebrochen. Die Lehrerschaft erhob Heinrich Wolgast in das höchste Vertrauensamt, das sie zu vergeben hat. Alle niedrigen Verdächtigungen und Anklagen, die man gegen ihn und die Lehrerschaft schleuderte, um den Fortschritt zu hemmen, sind damit in ein Nichts zerfallen. Die Träger und Nährer jenes verhängnisvollen Systems leben noch und weilen mitten unter uns. Aber lassen wir sie am Wege stehen, die Demokratie ist stolz und ohne Rache.

Und nun zur aufrichtenden Arbeit. An früheren Kämpfen und Arbeiten gemessen, hat es der Lehrerrat leicht. Der Auftrag, den ihm die Gesamtlehrerschaft gab, macht ihn zum Kultusminister, denn seine Beschlüsse sind nach dem betreffenden Programm der Reichsregierung der Zustimmung auch unserer vorläufigen Regierung in Hamburg sicher. Und er hat die Gewähr, daß auch jede nachfolgende Regierung sie gutheißen wird und sie bestätigen muß. Darum heißt es jetzt handeln, die Zeit der theoretischen Betrachtung und Beratung ist vorbei. Wohl ist die Umwandlung unseres Schulwesens eine schwierige, unsere ganze Kraft in Anspruch nehmende Arbeit. Aber gleich morgen schon kann ein Stück neuen Geistes in die Schule einziehen: die Geheimtaten werden zerrissen; die politische und religiöse Gewissensfreiheit wird in Übereinstimmung mit dem Reichsgesetz sofort hergestellt; die Oberschulbehörde erhält einen Beirat; die Vorschulen werden sofort aufgehoben; das Schulgeld fällt an allen öffentlichen Schulen weg; die Schulen werden der Verwaltung des Lehrerkörpers übergeben, Schulleiter, die nicht wiedergewählt werden, kehren in die Klasse zurück; die Schulinspektoren werden auf die neuen Grundsatze verpflichtet und verbleiben vorläufig im Amt – werden sie später von der Lehrerschaft nicht bestätigt, gehen sie in den Verwaltungsdienst

über oder kehren in die Klasse zurück. Das Amt am Kinde soll wieder Hochdienst werden. Vorgesetzte, wie sie aus Prüflingen wurden, haben es zum niederen Dienst herabgedrückt.

Wir wollen dem Lehrerrat nicht vorgreifen, aber doch an dieser Stelle die Empfindung der Lehrerschaft zum Ausdruck bringen. Es läßt sich gleichsam an einem Tag unendlich viel bauen. Die Freiheit darf der Schule wie Luft und Licht allen Lebewesen keine Stunde länger vornehmlich bleiben, als nötig ist. Wir wissen heute alle: Handeln nicht wir, dann tun es die politischen Kräfte und Mächte, und wir sind nicht Führer, sondern die Geführten.

Die große allgemeine Versammlung.

Die große Woge des Freiheitsverlangens, unter deren Anprall die morschen Staatssäulen gleich Strohhalmn zusammenknickten, sie mußte auch den Lehrstand erfassen und über seine bisherige Stellung hinausweisen. Besteht doch zwischen Staats- und Schulverfassung unauflösbar ein ursächlicher Zusammenhang. Ein freier Lehrstand und eine freie Schule sind nur in einem freien Volke denkbar, während der Obrigkeitsstaat die Schule immer als politisches Werkzeug betrachtet wird. Bedarf es noch der Aufzählung von Fällen der Lehrermäßigungen zur Erläuterung der Tatsache, daß ein Obrigkeitsstaat die irke Lehrerpersönlichkeit nur widerwillig oder gar nicht erträgt? Will die Obrigkeitsregierung sich nicht selber aufgeben, muß sie sich einer freiheldischen Ausgestaltung des Bildungsweises mit härtnächtiger Zähigkeit entgegenstellen. Unter solchen Verhältnissen konnte der unermüdlich und leidenschaftlich geführte Kampf der Lehrerschaft und die äußere und innere Neugestaltung der Schule nur geringe Erfolge zeitigen. Der organisatorischen Fähigkeit der Lehrer war auf dem Gebiete der Schulorganisation kein Betätigungsfeld eingeräumt. Ihre Führer und Kämpfer konnten nicht handeln, gestalten, da die politischen Gewalten nichts von der Durchführung der Forderungen der Lehrerschaft wissen wollten.

Heut doch der Unterrichtsgesetzesentwurf vom März d. J. unbekümmert darum, daß er sich mit dem Geiste seiner grundsätzlichen Ausführungen in Widerspruch setzte, starr an der Vorschule fest. Wer es noch nicht wußte, daß die schultechnischen, pädagogischen und finanziellen Gründe, die gegen die Lehrerforderungen ins Feld geführt wurden, nur Scheingründe waren, dem mußte die Binde von den Augen fallen, als der Senat sich kürzlich, dem Zwange der Verhältnisse fügend, zur Vorschulauhebung entschloß. Zu spät erkannte die gesetzgebende Körperschaft, daß sie das Gesetz der fortschreitenden Demokratisierung nicht aus der Welt schaffen konnten. Auch in jenen Tagen noch konnte der Senat sich durchaus nicht zu unsingekränkter Verwirklichung der Forderungen an ein zeitgemäßes Unterrichtsgesetz entschließen.

Die fortschrittlichen Schranken sind nun von der Woge des Selbstständigkeitsdranges, die in diesen Tagen unser Volk erfaßte, niedergeworfen worden. Nunmehr kann und muß auch die Lehrerschaft handeln. Die Worte, mit denen

stimmungen hinaus und galt bis zur NS-Machtübernahme im Jahr 1933.


Hamburgs Lehrer_innen machten nach 1920 vor allem

durch pädagogische Neuerungen, durch Versuchsschulen und Gemeinschaftspädagogik von sich reden. Die ab 1922 erscheinende HLZ sollte dabei eine

Stütze sein.

MANNI HEEDE

(Erschienen in hlz 9/2003)



1922-1933

Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.

Marcus Tullius Cicero.

Konsul in Rom im Jahr 63 v. Chr.

„Freier Meinungskampf unter gemeinsamer Flagge“

Im Januar 1922 erschien die erste Ausgabe der HLZ. Bis dahin begleitete die Pädagogische Reform den Kampf für ein demokratisches Schulwesen.

Die Geburtsstunde der *Hamburger Lehrerzeitung* (HLZ) führt zurück in den Januar 1922, gut drei Jahre nach der Novemberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Obwohl es die Vorläuferorganisation der GEW-Hamburg, die *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg*, bereits seit 1805 gab, erschien erst jetzt ein eigenes Vereinsorgan.

Der durch die Novemberrevolution ausgelöste Enthusiasmus und Reformwille der Hamburger Lehrerschaft fand sein Sprachrohr noch in der *Pädagogischen Reform*. Diese wurde seit 1877 von einzelnen Mitgliedern des Vereins Hamburger Volksschullehrer herausgegeben, eines kämpferischen Verbandes, dessen Mitglieder 1894 gemeinschaftlich der *Gesellschaft* beitraten und dort für neuen Schwung sorgten.

Die vereinsunabhängige Erscheinungsform der *Pädagogi-*

schon Reform wurde vor allem gewählt, um „der zumeist stockreaktionären Behörde gegenüber ihre Freiheit wahren“ zu können. Die *Gesellschaft* dagegen hatte sich in ihrer Geschichte mehrfach Selbstbeschränkungen auferlegt, um ihre sozialen Kassen, die zum großen Teil auf Schulbuchverkäufen an die Behörde beruhten, nicht zu gefährden. Dass der Vorstand 1905 aus Angst um die Witwenkasse seine Kritik an einer undemokratischen Wahlrechtsvorlage des Senats zurücknahm, war für die *Pädagogische Reform* ein „Kniefall vor der Behörde“.

Nach dem Ende des Obrigkeitsstaates gab es jedoch eine neue Situation: Die Lehrerschaft war vor allem durch das Selbstverwaltungsrecht von 1920 gestärkt, und in Behörde und Bürgerschaft teilte eine Mehrheit viele ihrer Reformziele.

1922 löste die HLZ die *Pädagogische Reform* ab. In der ersten Nummer heißt es dazu, die Entwicklung der *Gesellschaft* zur Gewerkschaft „nötigt uns zur Gründung einer Vereinszeitung“. An anderer Stelle wird als Grund eine finanzielle Notlage der *Pädagogischen Reform* angegeben, obwohl diese gerade 1920 ihre höchste Auflage erreicht hatte.

Die Diskussion auf den Hauptversammlungen der *Gesellschaft* im Jahr 1921 zeigt jedoch, dass es vor allem darum ging, den Veränderungen seit der Novemberrevolution gerecht zu werden: Wie die *Pädagogische Reform* in ihrer letzten Ausgabe beschrieb, lag inzwischen „eine starre Läh-

mung über der hamburgischen Lehrerschaft“. Als Grund wurde einerseits gesehen, dass viele Führer der Bewegung inzwischen in die Politik gewechselt waren oder in die Schulverwaltung, um so den Aufbau des neuen Schulwesens zu befördern. Andererseits sei „nagende Sorge ums tägliche Brot ein ständiger Gast in den Lehrerfamilien“. Bei vielen KollegInnen dürfte auch eine Enttäuschung hinzugekommen sein, die Ziele von 1918 nur teilweise erreicht zu haben.

Die Aktivitäten vieler Lehrer_innen hatten sich von den Versammlungen vermehrt in die Schule verlagert. Wurde früher über Selbstverwaltung und Umgestaltung der Schule theoretisch diskutiert, so war jetzt die praktische Ausführung das Thema. Informationen dazu und Beschlüsse der *Gesellschaft* sollten auch denjenigen bekannt gemacht werden, die nicht zu den schlecht besuchten Versammlungen kamen.

Mit der Vereinszeitung sollte die Lehrerschaft zusammengehalten und ihre Kampfkraft – vor allem in der drückenden Gehaltsfrage – wieder entwickelt werden. Die *Pädagogische Reform* hatte diese Aufgaben auch wahrzunehmen versucht, ein Organ größeren Stils konnte jedoch nur von der finanzkräftigen *Gesellschaft* selbst herausgebracht werden.

In der neuen *Hamburger Lehrerzeitung* sollte der freie Meinungskampf innerhalb der Lehrerschaft „unter gemeinsamer Flagge“ verbessert werden

– so der langjährige Vorsitzende Theodor Blinkmann. Gegensätzliche Positionen sollten abgedruckt und die Ansicht des Vereins hervorgehoben werden. Die Zeitungsleitung müsse darauf achten, dass dabei „keine Gehässigkeiten vorkommen“. Denn, wie Richard Ballerstaedt es formulierte: „Politische Geg-

ner können in Schulfragen einander sehr nahe stehen.“

Mit der *Pädagogischen Reform* hatte Hamburgs Lehrerschaft eine der angesehensten pädagogischen Zeitungen hervorgebracht, die sich allen Disziplinierungsversuchen zum Trotz entschlossen für eine fortschrittliche Entwicklung des Schul-

wesens und für die Rechte der Lehrerschaft einsetzte. Der HLZ stand ihr dunkelstes Kapitel ab 1933 noch bevor.

MANNI HEEDE

(Erschienen in hLZ 9/2003 unter dem Titel 1922: *Gegen die „starre Lähmung“*)

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben der Gesellschaft vaterländischen Erziehungswesens

und verlegt von der Freunde des Schul- und Erziehungswesens in Hamburg

1. Jahrgang Hamburg, Mittwoch, den 11. Januar 1922 Nummer 2

Die Hamburger Volksschullehrerschaft im Kampfe ums Dasein.

Rück- und Ausblicke.

Befolgungskämpfe der Beamten sind heute keine Erkenntnis-, sondern reine Machtfragen. Ein großer Teil der Beamenschaft hat dies bereits erkannt, der Rest wird es einst erkennen, und zwar dann, wenn die Not noch größer geworden ist. Heute noch Worte über unsere wirtschaftliche Not zu verlieren, erübrigt sich. Jeder spürt sie tagtäglich am eigenen Leibe, der Alte wie der Junge, der Ledige wie der Familienvater. Nur grinst sie diesen noch viel schredlicher an, denn er soll mit fast demselben Einkommen drei, vier und mehr hungrige Leiber satt machen und kleiden. Je größer die Familienzahl, desto kleiner die Ration, die auf den einzelnen entfällt. Und das Los unserer armen Frauen grenzt ans Unerträglich. Die Frage: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn muß bei noch weiterem wirtschaftlichen Rückgang erneut geprüft werden, wenn man nicht endlich, solange man Kinderzulagen gewährt, diese endlich ausreichend bemißt. Die Klippe, daß dabei das Grundgehalt gedrückt werde, muß überwunden werden. Der allergrößte Teil der Beamenschaft — es sind die unteren und mittleren Gruppen — ist in unhaltbare Zustände hineingekommen. Sein Einkommen ist unter das Existenzminimum gesunken. Wird diesen Verhältnissen nicht in allerhöchster Zeit gesteuert, so müssen sie zur Katastrophe, nicht nur für die beteiligten Beamten allein, sondern für unser ganzes Volk werden. Die Reichsregierung hat die Pflicht, dem vorzu-

größten indirekten Steuer, gesteuert. Wir sehen aus diesen wenigen Andeutungen schon, daß unsere Befolungsfragen eng mit steuerpolitischen Fragen zusammenhängen. Jeder Beamte sollte sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, um dadurch eventuell der Not seines Standes zu steuern. Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, diesen Gedanken weiter auszuspinnen, obgleich es lohnend wäre; vielleicht komme ich aber in einer der nächsten Nummern unserer Vereinszeitung darauf zurück.

In Erkenntnis der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Forderungen auch im Lehrerstande in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen, die wichtigsten sein werden, wurde auf dem letzten Vertretertag der Deutsche Lehrerverein als Gewerkschaft der in ihm organisierten Lehrer erklärt. Ausschlaggebend war der Gedanke, den der Vorsitzende, Kollege Köhl, in seinen Begrüßungsworten aussprach: „Der Befolgungskampf ist im großen und ganzen in den meisten deutschen Staaten erledigt. Wir haben diesen Kampf nicht gewonnen.“ Der gewerkschaftliche Gedanke ist seit der Zeit marschiert. Viele Zweigvereine, vor allen die größeren, arbeiten bereits nach gewerkschaftlichen Grundfäden, so auch unsere „Gesellschaft der Freunde“. Der Ausschub für Standesfragen hat laut Satzungen die wirtschaftlichen Angelegenheiten des hamburgischen Lehrerstandes nach gewerkschaftlichen Grundfäden zu bearbeiten und vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Diese Arbeitsweise wird einst sicher ihre Früchte tragen. Daß wir bisher nicht mehr ernten konnten, liegt einmal an dem hartnäckigen Widerstand, der von Berlin aus auch berechtigten Forderungen entgegengesetzt wird, und zweitens daran, daß der gewerkschaft-

Die zweite HLZ vom 11.1.1922: Entsprechend dem Ziel, die Forderungen der Lehrerschaft zu vertreten, eröffnet die HLZ mit einem Artikel zum Kampf für eine Gehaltsanhebung der Volksschullehrer. Diese wurden meist zwei bis drei Gehaltsgruppen niedriger als die Oberlehrer eingruppiert und befanden sich zunehmend in sozialer Not.

Fritz Köhne

Erster Schriftleiter der neu gegründeten HLZ 1922

Fritz Köhne hatte für das Hamburger Schulwesen eine besondere Bedeutung. Als die Gesellschaft der Freunde sich dafür entschied, eine eigene Zeitung zu gründen und herauszugeben, wurde Köhne mit der HLZ-Schriftleitung betraut. Fast zur gleichen Zeit wurde er Schulleiter der Versuchsschule Telemannstraße, später Schulrat in der Schulbehörde. Eine besondere Bedeutung hatte er zum Schutze vieler gefährdeter Kolleginnen und Kollegen in der NS-Zeit und auch wieder beim Aufbau demokratischer Strukturen nach 1945.

Fritz Köhne wurde am 27. Juni 1879 in Lesum bei Bremen geboren. Sein Vater war dort bei der Eisenbahn als Weichensteller beschäftigt. Köhne besuchte bis ins 14. Lebensjahr die Schule im bremischen Nachbarort Gramke, wo nur Plattdeutsch gesprochen wurde. Erst als er mit 14 Jahren Schüler einer Präparandenanstalt wurde, lernte er Hochdeutsch zu sprechen.

Für viele Kinder aus sozial

einfachen Verhältnissen gab es zu dieser Zeit nur den einzigen sicheren Weg, „höhere Bildung“ zu erreichen: Man wurde Volksschullehrer. Die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar erfolgreich zu absolvieren, das war für Fritz Köhne keine wirkliche Hürde. Er besuchte von 1896 bis 1899 das Lehrerseminar in Stade und wurde im Oktober 1899 Lehrer in der Nähe seines Heimatortes. Hier fand er den

Kontakt zu einem Kreis junger Lehrer, die politisch und schulpolitisch interessiert waren und die ein schulisches Leben jenseits der Bürden der geistlichen Schulaufsicht anstrebten.

Köhne unterrichtete dann noch einige Jahre an der Präparandenanstalt in Stade und folgte bald seinem Lesumer Freund Georg (Gerd) Niebank nach Hamburg. Im Oktober 1904 trat er seinen Dienst als Hilfslehrer in der

Volksschule Schanzenstraße an. 1906 wurde er hamburgischer Staatsbürger. Und 1910 heiratete er Martha Hinrichsen, mit der er zwei Kinder hatte.

Niebank war es auch, der Köhne mit in die Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungen der „Gesellschaft der Freunde“ zog.

Köhne arbeitete im Eimsbütteler Volksheim, in Jugendverbänden und bald war er wie sein Freund Gerd Niebank Mitglied im Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ und in deren Ausschüssen.

Köhnes große Gabe war es schon in dieser Zeit, ein besonderes Einfühlungs- und Ausgleichsvermögen zu haben. Köhne konnte jeder Fragenden und jedem Ratsuchenden sensibel und geduldig zuhören, Ursachen und Bedingungen beruflicher oder privater Nöte rasch erkennen und Hilfesuchende ermutigen, sich selbst auf den Weg nach Lösungen zu machen, wie César Hagener es beschrieb.

Das befähigte ihn dazu, in Gruppen gleichgesinnter Kollegen unbeabsichtigt eine Steuerungsfunktion zu übernehmen. Dies führte ihn dazu, nach 1918/19 in den ersten schwierigen Jahren der Weimarer Republik, als die Umsetzung schulreformerischer Ideen in die Schulpraxis zu Konflikten in manchen Lehrergruppen führten, den Prozess zu moderieren, wie man heute sagen würde.

Nach Gründung der Versuchsschule Telemannstraße, die 1919 erst von Carl Götz geleitet wurde, der aber schon ein Jahr später als Oberschulrat in die Schulbehörde wechselte, wurde Fritz Köhne zum 1. Oktober 1922 zum Schulleiter gewählt. Dabei war er erst ein Jahr in der Schule als Lehrer tätig gewesen. Fast zur gleichen Zeit, einige Monate vorher, trug die Gesellschaft der Freunde Fritz Köhne die Schriftleitung der neu gegründeten Hamburger Lehrer-

zeitung an. Da hatte auch Gerd Niebank Überzeugungsarbeit geleistet, der parallel dazu den Presseausschuss leitete und der später, von 1926 bis 1929, Proponent (Vorsitzender) der „Gesellschaft der Freunde“ wurde.

Für Fritz Köhne begann damit eine ungeheure Doppelbelastung.

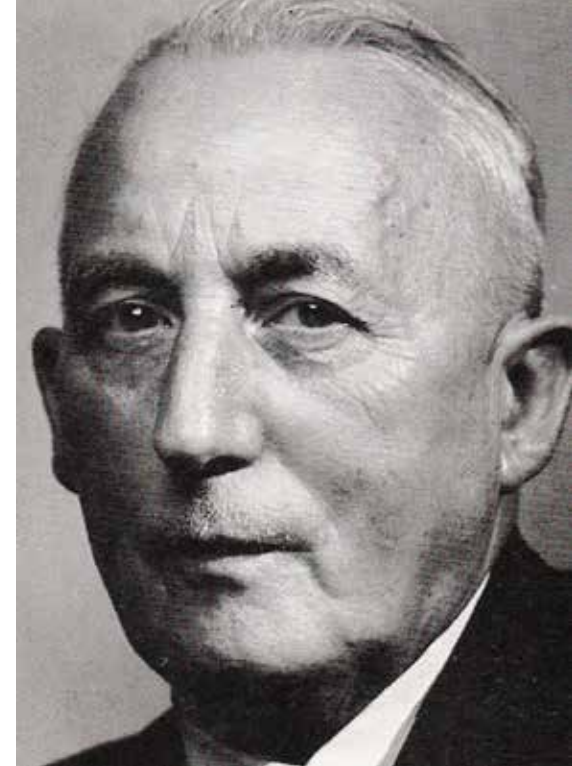
Die Lehrerin der Telemannstraße, Gertrud Klempau, die Köhne auch persönlich sehr verbunden war, schrieb in der HLZ-Beilage 16/1956 eine Würdigung der Leistung Köhnes als Schulleiter:

„Der Höhepunkt seines Lebens war seine Arbeit in und mit der Schule Telemannstraße. Hier hat er ein Beispiel einer Großstadtschule aufgestellt, wie es idealer nicht gedacht werden kann. Noch heute schätzen sich alle glücklich, die diese Zeit miterleben durften. Für Fritz Köhne war das Hauptziel, die Schule zu einem Kulturmittelpunkt eines Stadtteils zu machen. Ja, er hat erreicht, dass die Schule Mittelpunkt und Hauptinhalt des Lebens fast aller Eltern wurde.“

Das Schulleben schilderte sie so: „Fast jeden Abend war das Schulhaus bis 22 Uhr erleuchtet. Es war immer etwas los: alle vier Wochen Elternabend, der Zeichensaal bis auf den letzten Platz besetzt, Fensterbänke eingeschlossen; alle 14 Tage Volkstanz für Eltern, damit abwechselnd Mütterabend, auf dem die Frauen bei frei Licht und Wärme handarbeiten konnten, dazu gute Unterhaltung; das Schulheim Neugraben wurde aufgebaut, eingerichtet und in Ordnung und Farbe gehalten;

für die Kinder wurde genäht, gewaschen und gekocht; die Baracke gab aber den Eltern auch Gelegenheit zu frohem Beisammensein nach der Arbeit, zu Sonnenwend- und Weihnachtsfeiern. Und Fritz Köhne überall dabei, hier als Gleicher unter Gleichen. Schulverein, Elternchor, Elternzeitung, Sonntagswanderungen und sogar Elternreisen fassten anders Interessierte und Willige zusammen. Schließlich konnten wir sogar trotz starker weltanschaulicher und religiöser Verschiedenheiten der Eltern eine gemeinsame Jugendweihe der Schule gestalten, die Jahr für Jahr fast alle Schulentlassenen vereinigte.“

Das war also die Hauptbeschäftigung von Fritz Köhne. Was blieb da für die HLZ? Der Unterschied zu vielen später verantwortlichen Redaktionsleitern der HLZ, die, wie Köhne, diese Arbeit auch neben voller beruflicher Tätigkeit ausübten, war, dass sich Köhne auch hier



Fritz Köhne nach 1945 beim demokratischen Wiederaufbau des Hamburger Schulwesens



Fritz Köhne 1904 mit seiner Klasse in der Schule Schanzenstraße 105

weitgehend auf die moderierende und ausgleichende Funktion beschränkte. Er war selbst kein Vielschreiber. Aber auch das kostete enorme Zeit, für die Abend- und Nachtstunden genutzt werden mussten. So waren seine Beiträge in der HLZ zwar spärlich, aber pointiert und richtungsweisend. Immerhin erschienen im ersten Jahr 52 Ausgaben mit in der Regel etwa 16 DIN- A 4- Seiten. Das musste erst einmal bewältigt werden.

1922: Die erste HLZ

Die erste Ausgabe der Hamburger Lehrerzeitung vom 4. Januar 1922 erschien mit dem Bildnis des Gründers der „Gesellschaft der Freunde“, Johann Daniel Curio im Titel. Fritz Köhne stellte seine „Worte und Wünsche“ für die Zeitung voran:

„Sie steht nicht im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft; sie dient allein der Schule, der Jugend und ihrer Lehrerschaft. Sie weiß sich verbunden mit allen wesenhaften Menschen, die aus innerer Nötigung und Berufung Jugend- und Volkserzieher sind. Sie stellt sich allen zur Verfügung, von denen wir spüren, dass von ihnen lebendiges Leben ausgeht, dass ihr Menschentum der Jugend, der Schule und unserem Volke den Weg bereiten hilft. Sie will die Kräfte der Hamburger Lehrerschaft zusammenfassen, ihre Forderungen vertreten, ihre Not beseitigen helfen, sie will ihr Bote, ihr Förderer, ihr Vorkämpfer, ihr Gewissen sein. Die Hamburger Lehrerzeitung vertritt eine zukunftsmutige soziale Pädagogik und Schulpolitik. Sie wird die Forderungen einer neuen Zeit an Schule und Jugenderzieher mit starker Werbekraft und Wahrhaftigkeit durch alle Schwierigkeiten und Nöte hindurch zur Erfüllung bringen helfen. Sie wird das junge Geschlecht vor den Tendenzen einer niedergehenden entseelten

Gesellschaftsordnung schützen wollen, die freie einheitliche Schule verteidigen und ausbauen und darüber wachen, dass die Eigenentwicklung unseres Hamburger Schulwesens nicht durch ein Reichsschulgesetz nach Art des Sperrgesetzes zum Stillstand kommt. Die wirtschaftliche Not unseres Standes zwingt uns zur stärksten organisatorischen Zusammenfassung, zur Not- und Tatgemeinschaft, zur Gewerkschaft. Die Zeit der Resolutionen ist für uns vorbei. Es geht nicht an, um der Schule, der Jugend und unserer selbst willen nicht, dass die Lehrerschaft durch wirtschaftliche Not vom geistigen Leben, von innerer Bereicherung und notwendiger Erholung abgedrängt wird. Wir dürfen als Erzieher des jungen Geschlechtes nicht verbittern. Wir stehen an einer entscheidenden Wende in unserer Vereinsarbeit. Soll die ‚Gesellschaft‘ ihre Stoßkraft, zu der uns die Tradition gegenüber der deutschen Lehrerschaft und der Öffentlichkeit verpflichtet, behalten, dann muss ihre Arbeitsorganisation mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Wir müssen erkennen, welche Aufgaben nur von der Gesamtheit in starker Geschlossenheit zu erfüllen sind, welche Probleme nur in lebendiger freier Arbeitsgemeinschaft oder vom einzelnen gelöst werden können. Die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ ist nicht die Aufgabe eines einzelnen, nicht des Schriftleiters, nicht des Presseausschusses; sie ist nicht der Sprechsaal unmaßgeblicher Meinungen aller Richtungen, nicht ein Mitteilungsblatt für die Vereinsmitglieder. Sie ist die gemeinsame Aufgabe aller, die aus innerer und äußerer Not zum Dienste an der Gemeinschaft emporsteigen wollen. Sie wird nur dann zu einer lebendigen Kraftquelle, wenn sie geistig junge Mitarbeiter findet, Freunde und Förderer, die sich ihr gegenüber innerlich verpflichtet fühlen in wesenhafter Gestaltung und

sachlicher Kritik.“

Fritz Köhne war zwar ein Mann des Ausgleichs, aber er konnte auch Grenzen ziehen und klare Worte finden. Mir gefällt, wie er „ein Kapitel an unsere Jüngsten“ adressierte. Darin berichtet er, dass über 100 junge Lehrer und Lehrerinnen nach Ostern in den Hamburger Schuldienst gekommen seien und er schrieb:

„Es ist ein wunderbares Gefühl, wenn man nach jahrelangem Studium und nach Examensnöten als freier, auf sich selbst gestellter Mensch zum ersten Male vor die eigene Klasse tritt, wo 60, 70 Kinder Augen einem mit banger und froher Erwartung entgegensehen. Wenn da nicht alles in dir jubelt und singt, wenn nicht ein Strom heißer Schaffenslust dir zum Herzen braust, dann gehe still aus dem Schulhause hinaus und setze dich meinetwegen hinter die Schreibmaschine. Zum Erzieher bist du nicht berufen.“ (HLZ 17/1922, S. 265)

Fritz Köhne war kein seelenloser Gewerkschaftsfunktionär, sondern zutiefst an der Entwicklung der Kinder und der Schule interessiert. Das zeigte und lebte er auf allen Ebenen seiner Arbeit.

Die HLZ focht in dieser Zeit für die materiellen Interessen der Lehrerschaft zu Gehaltsfragen und zur Neuregelung des Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgungsgesetzes. Sie schrieb über die Notlage stellungloser Junglehrer. Aber sie war vor allem auch Sprachrohr moderner pädagogischer Ideen, wie von den wegweisenden Hamburger Schulreformern William Lottig, Johannes Gläser, Nikolaus Henningsen und Carl Götz.

Nach dem ersten Jahrgang der Hamburger Lehrerzeitung notierte Fritz Köhne:

„Nicht Gegenwartsflucht, nicht Einsiedelei, nicht Vergangenheit in romantischer Verschönerung bringt uns die gesellschaftliche Erneuerung, sondern

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben
der Gesellschaft
vaterländischen
Zielungsweßens



und verlegt von
der Freunde des
Schul- und Er-
in Hamburg

1. Jahrgang

Hamburg, Mittwoch, den 4. Januar 1922

Nummer 1

Inhalt: Worte und Wünsche. / 60 Jahre deutscher Lehrerverein. / Hamburgische Woche für Erziehung und Unterricht. / Schul- und Volkserziehung. / 45 Jahre Pädagogische Reform. / Vom Fundament der Gewerkschaften. / Briefe, Ausstellung von Schülerarbeiten. / Mitteilungen der „Gesellschaft“.

Worte und Wünsche.

Die Hamburger Lehrerzeitung tritt mit der vorliegenden Nummer als freies Vereinsorgan der „Gesellschaft der Freunde“ in die Öffentlichkeit. Sie steht nicht im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft, sie dient allein der Schule, der Jugend und ihrer Lehrerschaft. Sie weiß sich verbunden mit allen wesenhaften Menschen, die aus innerer Nötigung und Berufung Jugend- und Volkserzieher sind. Sie stellt sich allen zur Verfügung, von denen wir spüren, dass von ihnen lebendiges Leben ausgeht, dass ihr Menschentum der Jugend, der Schule und unserem Volke den Weg bereiten hilft. Sie will die Kräfte der Hamburger Lehrerschaft zusammenfassen, ihre Forderungen vertreten, ihre Not beseitigen helfen, sie will ihr Bote, ihr Freund, ihr Förderer, ihr Vorkämpfer, ihr Gewissen sein.

Die Hamburger Lehrerzeitung vertritt eine zukunfts- mutige soziale Pädagogik und Schulpolitik. Sie wird die Forderungen einer neuen Zeit an Schule und Jugenderzieher mit starker Werbekraft und Wahrhaftigkeit durch alle Schwierigkeiten und Nöte hindurch zur Erfüllung bringen helfen. Sie wird das junge Geschlecht vor den Tendenzen einer niedergehenden entseelten Gesellschaftsordnung schützen wollen, die freie einheitliche Schule verteidigen und ausbauen und darüber wachen, dass die Eigenentwicklung unseres hamburgischen Schulwesens nicht durch ein Reichsschulgesetz nach Art des Sperrgesetzes zum Stillstande kommt.

Die wirtschaftliche Not unseres Standes zwingt uns zur stärksten organisatorischen Zusammenfassung, zur Not- und Tatgemeinschaft, zur Gewerkschaft. Die Zeit der Resolutionen ist für uns vorbei. Es geht nicht an, um der Schule, der Jugend und unserer selbst willen nicht, dass die Lehrerschaft durch wirtschaftliche Not vom geistigen Leben, von innerer Bereicherung und notwendiger Erholung abgedrängt wird. Wir dürfen als Erzieher des jungen Geschlechtes nicht verbittern und wie zur Zeit der Principia regulativa auf Tagelohn gehen. Wir stehen an einer entscheidenden Wende

in unserer Vereinsarbeit. Soll die „Gesellschaft“ ihre Stoßkraft, zu der uns ihre Tradition gegenüber der deutschen Lehrerschaft und der Öffentlichkeit verpflichtet, behalten, dann muß ihre Arbeitsorganisation mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Wir müssen erkennen, welche Aufgaben nur von der Gesamtheit in starker Geschlossenheit zu erfüllen sind, welche Probleme nur in lebendiger freier Arbeitsgemeinschaft oder vom einzelnen gelöst werden können. Unsere Zeitung gehört der Gemeinschaft, aber diese kann und soll so geartet sein, daß sie, selbst ganz aus freien Eigenkräften erwachend, diese Eigenkräfte für sich fordert und also entwickelt.“ (Matopp.)

Die „Hamburger Lehrerzeitung“ ist nicht die Aufgabe eines einzelnen, nicht des Schriftleiters, nicht des Presse- ausschusses; sie ist nicht der Sprechsaal unmaßgeblicher Meinungen aller Richtungen, nicht ein Mitteilungsblatt für die Vereinsmitglieder. Sie ist die gemeinsame Aufgabe aller, die aus innerer und äußerer Not zum Dienste an der Gemeinschaft emporsteigen wollen. Sie wird nur dann zu einer lebendigen Kraftquelle, wenn sie geistig junge Mitarbeiter findet, Freunde und Förderer, die sich ihr gegenüber innerlich verpflichtet fühlen in wesenhafter Gestaltung und sachlicher Kritik. In dem Willen zur Zusammenfassung im wesentlichen ist unsere Vereinszeitung neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlchem Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen. Erziehungsaufgaben werden heute Gemeingut des Volkes. Unsere Jugend, die Elternschaft, Künstler, Gelehrte, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und politische Parteien führen sie zur Tat. Jugendnot ist Volksnot. Wir freuen uns der Bundesgenossen. Wir erstarren nicht in Standesdünkel und „Sachverstand“, sondern stellen uns als Anwalt der jungen Generation hinein in den Gesamtstrom der Entwicklung in lebendiger Anteilnahme an dem Kulturwillen unserer Zeit. In diesem Sinne wollen wir nach Curios Wort „säen, pflanzen und begießen, damit unsere Entel dereinst ernten können“.

Die allererste HLZ 1922 mit den Worten und Wünschen des Schriftleiters Fritz Köhne.



Abb. 209. Volksschule Telemannstraße, Ansicht.

Entwurf: Bauinspektor Dr. Ing. Erbe.
Ausführung: Bauinspektor Schmidt.

Die neugebaute reformpädagogische Versuchsschule Telemannstraße in Eimsbüttel, an der Köhne zum 1.10.1922 zum Schulleiter gewählt wurde

allein die gestaltende Arbeit in der Wirklichkeitswelt im Dienste an der Idee. Nur aus der Weiterbildung und Gesundung heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwächst in enger Verbindung mit einem Gesinnungswandel ein Menschentum, wie wir es ersehnen. Mag auch der Weg zu diesem Ziel noch weit und beschwerlich sein, wir werden ihn gehen unter Anspannung aller gesunden Kraft. Es gibt für uns kein Zurück, sondern nur ein Hindurch. Wir Lehrer sind Hüter des jungen Geschlechts. Soll unsere Arbeit Zukunftswert haben, so müssen wir sie einbetten in die Kultursehnsucht unserer Zeit. Unsere Schule ist Volksgut; wer sie um ihrer selbst willen bauen helfen will, dem reichen wir zum Bunde die Hand. Sie

wächst nicht auf einer stillen Insel, sondern in der harten Wirklichkeitswelt. Wir werden für ihre Weiterentwicklung im kleinen Kampf des Tages stehen müssen als das Erziehergewissen der heutigen Gesellschaft. Das starke Bewusstsein unserer Verbundenheit im Geistigen, der Wille zu innerer Wahrhaftigkeit, das Verstehen jedes ehrlich Suchenden unter uns möge die Kämpfe der Gegenwart beseelen, Spannungen ausgleichen, vorhandene Bitterkeit versöhnen und jeden Einsiedler zum Mitarbeiter rufen.“ (HLZ 1/1923, S.1)
Im zweiten Erscheinungsjahr erhielt die HLZ auch ein neues Signum, den Gärtner, den es in abgewandelter Form auf dem Titelblatt der HLZ heute immer noch gibt. Man startete in das

zweite Jahr mit einem gravierenden Währungsverfall, an dessen Ende die Währungsreform stand. „Köhne war in diesen Zeiten Nachtreakteur. Wenn die Uhr Mitternacht schlug, dachte er noch lange nicht ans Schlafen, sondern saß zwischen Artikeln, Zeitschriften, Neuerscheinungen, las, sichtete und regelte. Die HLZ erschien in dieser Zeit 52 mal, an jedem Sonntag der Woche. Die meisten Mitglieder der Gesellschaft empfingen ihr Sonntagsblatt wie ein Geschenk und dachten über die Nöte der Urheberschaft wenig nach. Die HLZ war ‚eine kulturelle Wochenschrift‘ von Wert und Ansehen geworden“, stellte sein Nachfolger Gustav Küchler fest. (Beilage zur HLZ 16/1956, S. 6)

Nachdem Fritz Köhne 1927 Schulrat geworden war, gab er die Leitung der HLZ Ostern ab an Gustav Küchler. Köhnes Freund, Gerd Niebank, war 1926 Proponent der „Gesellschaft der Freunde“ geworden. In dieser Zeit bestimmte die Satzung noch, dass man lediglich drei Jahre lang den Vorsitz der „Gesellschaft der Freunde“ ausüben konnte. 1929 hieß es nicht mehr, wie seit 1805, Proponent, sondern der Zeit angemessen, erster Vorsitzender. Zu Beginn der Gründung der HLZ war Fritz Köhne unterstützt worden von dem nach den aufwühlenden Wochen der Novemberrevolution und des infolge des Arbeiter- und Soldatenrates erstmalig gebildeten Lehrerrats, 1920 als Proponent gewählten jungen Schulleiter Max Traeger. Nach dessen Proponentenzeit bis 1923 wählte die „Gesellschaft der Freunde“ Traeger die nächsten drei Jahre noch zum zweiten Vorsitzenden. Weiterhin schrieb Traeger regelmäßig Beiträge für die HLZ, insbesondere zu Fragen der Besoldung und des Status der Lehrerschaft.

Fritz Köhne, der die Hamburger Volksschullehrerschaft gut kannte, sich für sie und die ihnen anvertrauten Kinder und

eine fortschrittliche Pädagogik entflammt gezeigt hatte, behielt ihr Vertrauen als Ratgeber und Schulrat, der stets ein offenes Ohr für die Kolleginnen und Kollegen hatte.

Sechs Jahre später, als auch in Hamburg die Nationalsozialisten regierten, fand im Leben für Fritz Köhne ein tiefer Einschnitt statt. Er schrieb:

„Nach der Machtübernahme 1933 musste ich mich schriftlich bereit erklären, als Lehrer für Lehrergehalt zu arbeiten, andernfalls sollte ich in den Ruhestand versetzt werden. Man hat aber davon abgesehen und mich als Schulrat im Dienst belassen! Meine Arbeit war schwer; ich musste auf Wort und Schrift in der Öffentlichkeit verzichten und konnte zu meinem Leidwesen den Niedergang des Hamburgischen Schulwesens nicht aufhalten, wohl aber im einzelnen manches zum Guten wenden.“ (Zitiert von Hartwig Fiege in: Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann, Hamburg 1986, S. 78)

Köhne – ein Rädchen im NS-Getriebe?

Ich beschäftige mich seit etwa 40 Jahren mit Fritz Köhne. Als Redaktions-Verantwortlicher der Hamburger Lehrerzeitung seit 1981 versuchte ich den ehemaligen Landesschulrat Ernst Mathewes und Prof. Caesar Hagener dafür zu gewinnen, ein Porträt von Köhne für die HLZ zu schreiben. Als ehemaliger Lehrer der Schule Telemannstraße, allerdings nach Köhnes Schulleitertätigkeit, suchte Hagener die Kommunikation mit dem ehemaligen Kollegen Carl Schietzel, später ebenfalls Professor in Hamburg und sagte zu. Während des Schreibprozesses teilte er mir mit: „Der Auftrag ist im Übrigen schwieriger, als ich dachte.“ (Schreiben vom 23.4.1983)

Eine Schwierigkeit war, zu erklären, dass Fritz Köhne durch

seine Bereitschaft, von 1933 bis 1945 Schulrat und am Ende sogar als zum Oberschulrat für das Volksschulwesen Ernannter, nicht als diskreditierte Person zu sehen ist. Hageners Portrait Köhnes erschien dann in HLZ 8/1983 und später in dem von Ursel Hochmuth und mir herausgegebenem Band: Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 244 ff.

Im ersten Band der „Täterprofile“ schrieb ich über den komplizierten Prozess der Entnazifizierung in Hamburg. Dabei spielte Fritz Köhne eine wichtige Rolle. Ich fasse noch einmal die wichtigsten Argumente zusammen:

Fritz Köhne wurde von den Nazis im Schulratsamt belassen, weil sie auf sein Wissen und seine Erfahrung nicht verzichten wollten. Außerdem verfügten sie über keinen nennenswerten Kreis pädagogischer Fachleute. Den anderen von ihnen eingesetzten Schulräten wurden keine sonderlichen Qualifikationen zugeschrieben.

Hans Wilhelm Eckardt zitiert Fritz Köhnes Maxime so: „Wo ich stehe, kann kein anderer Unsinn machen.“ (Hamburgische Biografie. Personenlexikon, herausgegeben von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke, Bd. 4, Göttingen 2008, S. 196)

Wichtige Zeugen für die Frage der persönlichen und politischen Glaubwürdigkeit Köhnes in dieser Zeit sind für mich die Autoren, die in den fünfziger Jahren parallel und in Konkurrenz zur HLZ monatlich im etwas kleineren Format als die HLZ eine Zeitung herausbrachten unter dem Titel: „Der Pflüger“. Blätter für pädagogische Begegnung.“ Hier wollten sozialistische und kommunistische Pädagoginnen und Pädagogen dafür sorgen, dass der Boden vom pädagogischen Gärtner nicht nur begossen, sondern umgewälzt, gepflegt werden sollte. Das muss man im Einzelnen nicht alles teilen.

Da sich hier aber Autoren zusammenfanden, die in der NS-Zeit von den Nationalsozialisten besonders verfolgt wurden und eines Schutzes bedurften, bekommen ihre Artikel und Würdigungen von Fritz Köhne Glaubwürdigkeit und Gewicht.

Nach Köhnes Tod am 7.8.1956 schrieb der Autor „Kappa“ in „Der Pflüger“, Heft 6/7, Ende September 1956:

„Als in den zwanziger Jahren das Vertrauen seiner in der ‚Gesellschaft der Freunde‘ organisierten Kollegen ihn als Schulrat in die Behörde entsandte, blieb er der von Verwaltungsenge unangekränkelte Berater und Anreger, Seelsorger und Kinderfreund, der er immer gewesen. Er war – weit über seine Amtsstunden hinaus – für jeden zu sprechen, der etwas Ernstliches auf dem Herzen hatte. Die Kinder meiner Klasse und ich waren immer froh, wenn er als Schulrat zu uns auf Besuch kam. Wir fühlten uns durch seinen Rat und seine herzliche Zuneigung jedes Mal gehoben und bereichert.“

Weiter heißt es: „In der Nacht des Dritten Reiches hielt Fritz Köhne seine schützenden Hände über gefährdete Kollegen, und wenn diese am Leben bedroht waren, scheute er auch nicht vor Mitteln zurück, die bei Entdeckung ihn nicht nur sein Amt – daran hing er nicht – sondern auch Freiheit und eigenes Leben gekostet haben würden. Wie viel Schaden er in jener trüben Zeit von der Hamburger Volksschule abgewendet, wie viel Trost und Hilfe er den Familien, Soldaten und Kriegsgefangenen gebracht hat, ist nicht mit wenigen Worten zu sagen. Auch vor den braunen Bonzen verlor der Oberschulrat Köhne nie die Zivilcourage, und manchmal gaben sie sich vor seiner Ehrwürdigkeit und seinem Sachverstand geschlagen. Sein großer Kummer blieb, dass er nicht alle Kollegen retten und nicht alles Übel in der Schule verhindern konnte.“

Wie Köhne NSDAP-Mitglied wurde

Im März 1937 trat Köhne in die NSDAP ein. In seinem beruflichen Lebenslauf vermerkte er selbst dazu: „Am 15. März wurde ich im besonderen Auftrage von Oberschulrat Mansfeld aufgefordert, in die NSDAP einzutreten, da es sonst wegen meiner früheren Zugehörigkeit zur SPD nicht möglich sei, mich weiterhin im Amte zu belassen. Im Einverständnis mit meinen schulpolitischen Freunden bin ich der Partei beigetreten, damit die Lehrerschaft weiterhin einen Anwalt und Vertrauensmann in der Schulverwaltung behielte. Die Hamburger Lehrerschaft weiß, dass sich in meiner Haltung und Gesinnung durch diesen Schritt, der mir innerlich sehr schwer geworden ist, nichts geändert hat.“

Unbestritten hat Fritz Köhne unzähligen, insbesondere antifaschistischen und Nicht-Nazi-Lehrern geholfen. Sowohl Caesar Hagerer als auch Hartwig Fiege berichten davon. Hagerer schreibt:

„Ich hatte im Mai 1932 mein Lehrerexamen gemacht, mich um eine Lehrerstelle in der Versuchsschule Telemannstraße bei Köhne beworben und die Zeit der Erwerbslosigkeit (bis April 1933) mit Vorstudien für eine Dissertation und mit Aktivitäten im Freizeitbereich sozialistischer Kinder und Jugendgruppen verbracht. Am 4. April 1933 war mein erster Schultag in der Telemannstraße, an dem ich 35 Erstklässler (Mädchen und Jungen) als Klassenlehrer übernahm. Sieben Wochen später, Ende Mai, schien das große Glück, endlich als Erzieher und Lehrer in einem Kollegium voller reformerischer Fantasie (in dem es noch keinen Nazi gab) arbeiten zu können, gestützt von einer pädagogisch und politisch engagierten Klassenelternschaft, dieses große Glück schien plötzlich am Ende. Eine ältere Kollegin hatte mich

in der großen Pause beiseite genommen, um mir zu sagen, dass Köhne mit mir dringend außerhalb seiner Sprechstunde zu reden habe. – Und dann saß ich wenige Stunden später Fritz Köhne gegenüber und blickte in sein ernstes, gütiges Gesicht – wahrscheinlich etwas erschrocken. Denn was mir eben eröffnet worden war, ich stünde auf einer Liste kommunistischer Lehrer, deren sofortige Entlassung der Personalchef einzuleiten habe, empfand ich als das endgültige ‚Aus‘ für mein Berufsleben, das gerade eben erst begonnen hatte. Was Köhne damals wortwörtlich sagte, auf welche Weise er mich tröstete, weiß ich nicht mehr. Nur eines weiß ich sicher, dass ich die Behörde in der Gewissheit verließ, dieser Köhne würde nichts unversucht lassen, die schon halbwegs angeordnete Entlassung aufzuschieben und auch durch Gegenmaßnahmen vielleicht ganz zu vereiteln. Dieser Eindruck hat mich damals nicht getäuscht. Was immer Köhne im Juni 1933 in meiner Sache unternommen hat, um mich im Amt zu halten (ich hab es nie erfahren) – sicher war eine Portion Bauernschläue dabei, aber vor allem jenes schon damals selten gewordene Stück Zivilcourage, die die meisten Außenstehenden diesem ‚gütigen alten Herrn‘ gar nicht zutrauten.“

Mit Dietrich Rothenberg, den ich 1982 kennenlernte, als wir in einer Serie für die Hamburger Lehrerzeitung Antifaschisten porträtierten, die als Lehrer gegen die Nazis gekämpft hatten, war ich seit dieser Zeit gut befreundet. Ich schrieb über ihn in der HLZ und veranlasste ihn, andere Kolleginnen und Kollegen zu porträtieren. Er gehörte zur Gruppe der „Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer“, die sich schon in der Weimarer Republik gebildet hatte und die in der Gleichschaltungsversammlung der „Gesellschaft der Freunde“ auf Antrag ihres

Freundes und KPD-Kollegen Rudolf Klug dafür gestimmt hatten, eine Aussprache darüber zu führen, ob diese Gleichschaltung mit dem NSLB vollzogen werden sollte. Dieter Rothenberg hat in unseren Gesprächen immer wieder bezeugt, dass Köhne in den zwölf Jahren der braunen Herrschaft alles dafür getan hat, gefährdete Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Auch Caesar Hagerer zitiert Rothenberg:

„Die antifaschistischen Lehrer schätzten Fritz Köhne als ihren zuverlässigen Freund und Berater. Für ihn war es selbstverständlich, dass er sich schützend vor die bedrohten Lehrer stellte und viel Unheil abzuwehren wusste. So wurde er Mittelpunkt und Zuflucht aller bedrängten Lehrer. Als man ihn 1937 vor die Alternative stellte, der NSDAP beizutreten, da waren es die Lehrer, die ihn bedrängten, zu bleiben. So nahm er schweren Herzens den Eintritt in die NSDAP auf sich und konnte Schulrat bleiben, obwohl NS-Gutachten feststellten, dass er seine Gesinnung nicht geändert habe.“

Und es gibt noch eine anderen glaubwürdige Person, die für Fritz Köhne aussagte. Sein Schulratskollege vor 1933 und nach 1945, Kurt Zeidler, erster Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde 1929-1930:

„Die vielleicht größte Tat im Leben dieses in selbstverleugnender Hilfestellung für andere sich erschöpfenden Mannes war sein selbstverleugnendes Ausharren in der Schulbehörde während der Jahre der NS-Herrschaft. Der bezwingende Charme seiner einfachen, lauten, geraden Güte entwarfnete selbst die damals regierenden Rauhbeine, und so konnte er bleiben und seine Hand im Spiel behalten.“

In den Briefen des Köhne-Nachlasses im GEW-Archiv gibt es mehrere Dankesschreiben. Unter anderem von der jüdischen Lehrerin Betty Rosen-

baum, die 1950 aus New York schrieb: „Ich gehöre zu denen, die Ihnen unendlich zu danken haben; denn Sie rieten mir ernsthaft, nicht mit meinem jüngsten Sohn in Deutschland zurückzubleiben und nicht meinen Mann mit meinem ältesten Sohn allein auswandern zu lassen. So sind wir 4 gerettet.“

Köhnes Doppelrolle

Fritz Köhne arbeitete im NS-Apparat der Schulbehörde in der Dammtorstraße. Er hatte zwölf Jahre lang mit Nazis neben und über sich zu tun. Somit war auch er – trotz alledem – ein Rädchen im Getriebe des NS-Staates gewesen.

Zu Recht fragte Caesar Hagerer: „Wie Köhne allerdings selbst mit dieser Doppelrolle, einmal Personalchef einer NS-Behörde und zum anderen Vertrauter verzweifelter Menschen, oft Beichtvater von NS-Verfolgten – innerlich zurechtgekommen ist, wissen wir nicht. Köhne hat sich darüber, wie über vieles Leidvolle, das sein privates Leben bedrückte, niemals geäußert.“

Entnazifizierung

Der Zentrallausschuss für die Entnazifizierung hatte in Fritz Köhnes Entnazifizierungsverfahren festgestellt: „Oberschulrat Köhne ist zwar im Jahre 1937 Mitglied der NSDAP geworden, es steht aber fest, dass dieses mit Wissen und Willen von Gegnern des Nationalsozialismus geschah und das Oberschulrat Köhne während der ganzen Zeit gegen den Nationalsozialismus illegal gearbeitet hat. Der erweiterte Vorstand des Zentrallausschusses ist deshalb einmütig der Ansicht, dass Oberschulrat Köhne als unbestreitbarer Anti-Nationalsozialist anzusehen ist und als Leiter der Schulverwaltung geeignet ist.“

Im Entnazifizierungsverfahren bezeugten die von den Nationalsozialisten entlassenen ehemali-

gen Schulaufsichtsbeamten Johannes Schult (Berufsschulen), Gustav Schmidt (Volksschulen), der Oberschulrat für die Gymnasien, Heinz Schröder, der als Sozialdemokrat und Lehrer am Johanneum von den Nationalsozialisten 1933 entlassen worden war und von den Nationalsozialisten aufgrund heftigen Protestes von Schülern, Eltern und Kollegen 1934 als Lehrer wieder eingestellt wurde, die Lauterkeit Fritz Köhnes.

Schult, Schmidt und Schröder waren beim demokratischen Wiederaufbau des Hamburger Schulwesens wieder als Oberschulräte eingestellt worden und waren entscheidend in den Entnazifizierungsverfahren beteiligt mit ihrer umfassenden Kenntnis der Personalsituation in den 1920er und 30er Jahren bis 1945. Sie bildeten den zentralen Ausschuss, der über Fritz Köhne der Britischen Militärregierung folgendes Urteil vorlegte:

„Oberschulrat Köhne ist fast der einzige Hamburger Schulaufsichtsbeamte aus der Zeit von 1933, der von den Nazis nicht aus dem Amt entlassen worden ist. Es ist in allen beteiligten Kreisen bekannt, dass er sich bis zum Äußersten gestraubt hat, Mitglied der NSDAP zu werden und lieber sein Amt aufgeben wollte. Er hat auch nach 1933 kein Hehl daraus gemacht, dass er sich nicht zu den Grundsätzen des Nationalsozialismus bekennen könne.

Er war der einzige führende Kopf der Lehrerschaft, der noch an verantwortlicher Stelle belassen worden war und der nun sein Möglichstes tat, die gute Tradition des Hamburger Schulwesens aufrecht zu erhalten. Das wusste auch die Hamburger Volksschullehrerschaft, deren Führer er vor 1933 gewesen war und die zu ihm restloses Vertrauen hatte. Die Nazis wagten nicht, Oberschulrat Köhne, der der einzige angesehene Fachmann des Schulwesens war, aus seinem

Amt zu verdrängen. Schließlich händigten sie ihm 1937 ein Parteimitgliedsbuch aus.

Oberschulrat Köhne hat von 1933-1945 in enger Fühlung mit den Schulaufsichtsbeamten gestanden, die vor 1933 im Amt waren und die 1933 aus politischen Gründen entlassen wurden. Von 1933-1943 kam er monatlich einmal regelmäßig mit diesen Männern zusammen und bekannte sich zu seinen früheren demokratischen, liberalen und sozialen Auffassungen. Die Gegner des Nationalsozialismus waren froh, dass er als letzte Garantie des früheren Geistes im Schulwesen verblieb. Seit der Kapitulation hat Oberschulrat Köhne mit großem Eifer und Erfolg und unter Anerkennung aller Gegner des Nationalsozialismus am neuen Aufbau des Hamburger Schulwesens gearbeitet, und es würde für das Schulwesen einen sehr großen Verlust bedeuten, wenn er nicht mehr mitarbeiten dürfte.“

(5. März 1946, Entnazifizierungsakte Köhne)

Das hohe Maß an menschlichem Einfühlungsvermögen und sein ausgleichendes Wesen führten nach 1945 allerdings auch dazu, dass Fritz Köhne für manche ehemalige Nationalsozialisten Leumundszeugnisse über deren positiven charakterlichen Züge ausstellte, die manchmal verwundern.

Fritz Köhne blieb als Oberschulrat der Schulbehörde für die Volksschulen im Hamburger Schulwesen erhalten, bis zum 30. September 1949 als er, bereits über 70 Jahre alt, in den Ruhestand trat. Er war auch der Schule Telemannstraße, dem von ihm gegründeten Volksheim Eimsbüttel und der Gesellschaft der Freunde weiterhin eng verbunden.

Fritz Köhne starb am 7.8.1956.

HANS-PETER DE LORENT

Gustav Küchler

„Er war im Kampf um das Recht der Schule und des Lehrerstandes nicht ein Mann diplomatischer Halbwahrheiten.“

Gustav Küchler war eine der führenden Personen innerhalb der Gesellschaft der Freunde in der Weimarer Republik gewesen. Als Fritz Köhne 1927 die HLZ-Schriftleitung abgab, wurde Küchler sein Nachfolger, bis er 1930 zum letzten ersten Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde vor der Gleichschaltung mit dem NSLB gewählt wurde.



Gustav Küchler (auf dem einzigen von ihm bekannten Foto)

Gustav Küchler wurde am 16.12.1883 in Pommern geboren. Aus einfachen Familienverhältnissen stammend, besuchte er in Stettin die Volksschule. Seine Berufsausbildung hat er in einem Lehrerseminar in Pyritz erhalten. Nach vierjähriger Lehrtätigkeit in einer kleinen pommerschen Halbtagschule

kommt er Ostern 1907 nach Hamburg und wird Lehrer an der Schule Eilbektal 37. Hier beginnt für ihn eine fruchtbare und langjährige Berufsarbeit. Unterbrochen wird diese 1914 durch den Kriegsdienst. Erst am 1. Januar 1919 kehrt Küchler mit einer Kriegsbeschädigung in den Beruf zurück. Nach langsamer Erholung von den physischen und psychischen Strapazen des Kriegsdienstes beginnt Gustav Küchler neben seiner Schularbeit eine ununterbrochene und leidenschaftliche Tätigkeit in der „Gesellschaft der Freunde“. Seine Schwerpunktthemen sind schulpolitische und Standes- bzw. Besoldungsfragen. Küchler arbeitet mit im schulpolitischen Ausschuss der Gesellschaft der Freunde, in den man berufen werden musste und focht leidenschaftlich in der Hamburger Lehrerzeitung für die Interessen und für die Achtung des Lehrerstandes. Man sah ihn als klugen und unerschrockenen Kämpfer in gewerkschaftlichen Fragen, „der für das, was er als Recht er-

kannt hatte, rücksichtslos eintrat, sowohl auf der Tribüne als auch in Verhandlungen oder Einzelgesprächen, und er schonte dabei weder die Mächtigen noch die Massen, auch nicht seine nächsten Freunde und Mitarbeiter“, schrieb Friedrich Kraus (HLZ 6/1950, S. 3). „Alle wussten, dass, wenn Gustav Küchler etwas für die Schule oder für die Lehrerschaft oder die Beamten-schaft forderte, es sich um etwas Notwendiges und Erfüllbares handelte. Darum fand er auch die Zustimmung der Kollegenschaft. Als er 1940 starb, hielt Fritz Köhne die Trauerrede und er sagte: „Gustav Küchler ist im Kampf um das Recht der Schule und des Lehrerstandes nicht ein Mann diplomatischer Halbwahrheiten, sondern der klaren, harten Forderung. Bei ihm gilt nicht das Ansehen der Person noch der Partei, sondern die eindeutige Grundsatzhaltung: Hier die Schule des deutschen Volksstaates und eine freie mündige Lehrerschaft! Die Gesellschaft der Freunde als Kampfplatz freier

Meinungsäußerung und zusammengefasste Kraft des Lehrerstandes.“ (150 Jahre Gesellschaft der Freunde, Hamburg 1955, S. 121)

Wenn er zum Beispiel schrieb: „Der Bürgermeister hat erklärt, dass es ihn unangenehm berührt habe, dass die Lehrerschaft einen unerhörten Druck auf die Parteien ausgeübt habe. Was dem Bürgermeister im letzten Punkte unangenehm ist, ist uns gerade angenehm. Erwartet man von uns, dass wir unsere Methode ändern und heimlich arbeiten? Wir sind gewillt, von der gewerkschaftlichen Waffe, den Versammlungen, soviel Gebrauch zu machen, wie wir für richtig halten.“ Oder: „Der Vorwurf des Radikalismus schreckt uns nicht. Es kommt darauf an, wer das ist, der den Vorwurf erhebt.“ (Zitiert in HLZ 6/1950, S. 3)

Küchler war in Wort und Schrift immer eindeutig und herausfordernd.

So schrieb er 1924 in der HLZ über den „Beamten als Freiwill der Presse“:

„Ich glaube, diese Presse würde ihre Begriffe über Produktivitätsmangel der Beamten-schaft in dem Augenblick ändern, in dem die Eisenbahnzüge ihr keine die Volksseele vergiftende Drucker-schwärze und kein Papier mehr heranrollen, Post und Telegraph ihre Gehirnprodukte nicht mehr verbreiten, die Polizei nicht mehr die Unversehrtheit ihrer Fensterscheiben und Geldschränke garantieren, die Bildungsanstalten keine produktiven Redaktionsstabe, dafür aber Alphabeten als Zeitungsleser und Setzer der Zukunft liefern würden, der Beamte aber bis zur Erreichung dieses Zeitpunktes mindestens Produkte dieser Art, die ihn als Schädling der Volkswirtschaft hinstellen, nicht mit 3 % seines kärglichen Einkommens bezahlt, während er früher nur ein halb Prozent für eine etwas anständigere Behandlung aufzuwenden hatte.“ (HLZ 1924)

Kämpfer für den Erhalt der Standesinteressen der Lehrerschaft

Es wundert nicht, dass Gustav Küchler nach Fritz Köhnes Ausscheiden als HLZ-Schriftleiter zu dem Kreis seiner Nachfolger zählte. Nach dem Reglement der Gesellschaft der Freunde war es Aufgabe des Presseausschusses, nach geeigneten Kandidaten zu suchen und der Hauptversammlung Vorschläge zu präsentieren. Es waren Friedrich Kraus, Gustav Küchler und Kurt Zeidler als HLZ-Schriftleiter-Kandidaten für die Abstimmung in der Hauptversammlung vorgeschlagen worden. Gewählt wurde Gustav Küchler mit 193 von 346 Stimmen. Und einer seiner Gegenkandidaten schrieb später darüber: „Die ihm die Stimme versagten, wollten ihn freihalten für die bevorstehende Proponentenwahl. Einige mochten auch befürchten, dass die neue umfangreiche Arbeit ihn auf Kosten der Führung des gewerkschaftlichen Kampfes zu sehr mit Beschlag belege, andere dagegen, dass eine so robustere Natur nicht Ruhe und Sorgfalt genug aufbrächte, die feinmaschige reformpädagogische Arbeit zu lenken, welches doch zum Programm der Lehrerzeitung gehörte.“ (Friedrich Kraus: 40 Jahre Hamburger Lehrerzeitung, HLZ 1/1962 S. 20)

Während Fritz Köhne in der Startnummer der HLZ 1922 „Worte und Wünsche“ vorangestellt hatte, musste Küchler seinen Start als HLZ-Schriftleiter „Rückblick und Ausblick“ nennen. Es gelang Küchler, die Verbindung herzustellen und die Kontinuität der Arbeit zu betonen:

„Als vor mehr als fünf Jahren die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ als Erbin des Geistes der ‚Pädagogischen Reform‘, aber in der Gestalt eines Vereinsorgans der ‚Gesellschaft der Freunde‘ ins Leben gerufen wurde, da hatten die Zaghaften tausend

Bedenken, und manche Zuversichtliche waren nicht ohne stille Sorge. Sie selber, die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘, hat die Denkweise und die Gefühlswelt der Bedenklichen und Sorglichen gewandelt. Heute ist sie, da selbst nicht die Stürme der Geldentwertung ihre Blätter hinwegfegen konnten, unantastbar in ihrem Dasein, in Gestalt und Umfang gesichert, geschätzt als ein Wegbereiter zukunftsverheißender und gegenwartswirklicher Pädagogik, gewertet als ein Herold aller Kulturbestrebungen und als Anwalt jeder Jugendnot, beachtet als Sprachrohr schulpolitischer Ideale, anerkannt als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Hebung unseres Standes.

Die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ gehört, das darf man getrost und freudig bekennen, ohne falschen Stolz an den Tag zu legen, zu den besten Fachblättern ihrer Zeit. Zwar ist die Formung ihres Antlitzes längst nicht das ausschließliche Werk eines einzelnen, denn unzählige Federn haben ihre Charakterzüge gezeichnet, ja man kann wohl sagen, ein beträchtlicher Teil der Gesamtlehrerschaft Hamburgs war der Mitarbeiterstab und schuf sich sein Organ mit größter Aktivität in den verschiedensten Provinzen des Bereiches der ‚Hamburger Lehrerzeitung‘, und doch gerade dies auf Vertrauen gegründete Werk geschaffen zu haben, ist im wesentlichen die Leistung eines einzelnen, das Werk unseres Fritz Köhne.

Er hat in den verflossenen fünf Jahren die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ von einer Zeitung zu unserer Zeitung gemacht. Dafür gebührt ihm unser Dank. Zwar hat er die Schriftleitung aus der Hand gelegt, doch niemals wird er uns wie leider manch anderer, der unseren Stand verließ, ein Fremder werden, er bleibt unser. Er bleibt ein Ratgeber und Mitarbeiter für die Lehrerzeitung, er bleibt der warmherzige Freund unseres Standes, der er bisher

war, wird kein Verwaltungsbeamter, der in Wolken thront.

Gerade in schwerer Zeit hat er das Steuer aus der Hand gelegt, zu einer Zeit, da wir uns überall im Wellental und in der Gefährdung durch Sturzseen befinden, die alles verschütten können.“ (HLZ 16/17-1927, S. 277)

Nach der Würdigung des Vorgängers beschrieb Kückler, zu welcher Akzentverschiebung es jetzt kommen würde:

„Der pädagogische Schwung, der vor Jahren noch zuweilen auf Kritik abhold der Romantikhöhe nur heißem Herzensdrange das Ohr lieh, ist zur Vertikalen der richtlinienmäßigen Erfassung und Bearbeitung des Arbeitsschulgedankens zurückgependelt. Heute stehen wir bei der Umprägung der pädagogischen Ideenwelt des letzten Jahrzehnts in die gangbaren Münzen des täglichen Verkehrs. Das Ziel aller utopischen Theorie – utopisch im besten Sinne genommen – ist ihre Verwirklichung bis zur größten Annäherung an das innerlich geschauten Ideal. Unsere pädagogische Gegenwartsaufgabe lautet also, nachdem wir glauben, klar zu sehen, was wir wollen, wie machen wir's morgen, oder besser, heute schon. Wer einst Paniere aufpflanzte, muss jetzt als ein Wegbahner vor die Front, zu der auch die Spalten dieser Zeitung gehören, auf dass der ganze Heerbann folge; doch gebe jeder acht, dass das Pendel nicht in die Vertikalen erstarre!

Aber bei allem hingebungs-vollen Versenken in das unmittelbare Werk am Kinde mögen wir ja nicht im Drange des Eifers übersehen, wie draußen die Mächte einer anderen Welt das Geschick des Schulwesens überhaupt gestalten. Der Traum einer Reichsschulpolitik, die energisch mit Schuleland und Kulturturn aufräume, und pflegsam nach dem verlorenen Weltkrieg die Qualität des Menschennachwuchses zu heben suche, was an Verlusten der Quantität zu beklagen

gen ist, ist längst ausgeträumt. Was gut ist an der Reichsverfassung, blieb auf dem Papier oder wurde mit parlamentarischen Schlichen zurückgekoppelt; was von vornherein schlecht war, droht in wenigen Wochen sich zum katastrophalen Verhängnis für die Schule auszuwachsen. Es wird der Zusammenreifung aller verfügbaren Kräfte bedürfen, um aus dem Tiefpunkt schulpolitische Konstellation die Unversehrtheit der Stadtschule und ein erträglich einheitliches, leistungsfähiges und von außerschulischen Mächten unabhängiges Schulwesen zum Lebenslicht emporzutragen.“

Es war abzusehen, dass Gustav Kückler, der Kämpfer für den Erhalt der Standesinteressen der Lehrerschaft andere Akzente setzen würde, als die Generation derer, denen es schwerpunktmäßig um die reformpädagogische Auseinandersetzung ging. Kückler ergänzt:

„Und um unser gutes und verbrieftes Recht, als Stand einen wärmeren Platz an der Sonne zu erhalten, ringen wir schon seit Jahren. Vorenthalten, hinhalten, nichts verwirklichen! Diese Worte charakterisieren den gegenwärtigen Tiefststand des parlamentarischen Pegels in der Bemessung der Volksschularbeit. Die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ wird auch dagegen ihre Stimme erheben, einerlei ob es allen Leuten genehm ist oder nicht, sie ist auch gewerkschaftliches Organ und wir wissen, was sie zu tun hat.

Werkzeug und Waffe sei unsere Zeitung. Sie helfe mit am Bau der neuen Schule, und stets habe sie ein Herz für Jugendnot und Kulturbedrängnis. Das seien ihre vornehmsten Aufgaben! Aber sie sei auch der historischen Gegenwartsforderung eingedenk, nicht müßig beiseite zu stehen, wenn fremde Mächte sich anschicken, eine Aufteilung des Schulwesens nach Interessensphären vorzunehmen, und sie vergesse

auch nicht, Ausdrucksmittel zur Selbstachtung unseres Standes zu sein.“

Dies war nun das Selbstverständnis von Gustav Kückler für die Arbeit als nächster Schriftleiter der HLZ. Und, natürlich, war die Zeit eine andere, die politischen Auseinandersetzungen waren rauer geworden, Inflation und Weltwirtschaftskrise, die Nöte der öffentlichen Haushalte hatten Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Bei diesem Ausblick fürchtete mancher HLZ-Leser, hier würde unter Kücklers Leitung einseitig ein gewerkschaftliches Kampfblatt vorbereitet. Und schon in der nächsten Ausgabe wird ein offener Brief des als Stadtschulrat nach Berlin gewechselte Reformpädagogen Wilhelm Paulsen, ehemals Schriftleiter der ‚Pädagogischen Reform‘, abgedruckt, den dieser unmittelbar nach Erscheinen der ersten HLZ unter Gustav Kückler geschrieben hatte. Ihn hatte offenbar besonders der Satz geärgert: „Der pädagogische Schwung, der vor Jahren noch zuweilen auf kritikabholder Romantikhöhe nur heißem Herzensdrange das Ohr lieh, ist zur Vertikalen der richtlinienmäßigen Erfassung und Bearbeitung des Arbeitsschulgedankens zurückgependelt.“

Das musste Widerspruch erwecken. Und Wilhelm Paulsen antwortete:

„Mag sein, dass bei der ersten Formulierung neu gewonnener erziehungswissenschaftlicher Erkenntnisse manch unfertiges Wort geschrieben und gesprochen worden ist, was unserem Kampfe aber den hinreißenden Schwung gab, das waren Ideen, die eine dem Zusammenbruch entgegenliegende Zeit hätten retten können, das waren reelle Forderungen, die noch heute nicht erfüllt sind zur Überwindung unserer wirtschaftlichen und geistigen Not:

- die Unabhängigkeit der Lehre in der Schule, die innere Frei-

heit ihrer geistigen und sittlichen Verfassung (weltliche Schule),

- die demokratische Erfassung der Gesamtsubstanz individueller Intelligenz, Beseitigung jedes Bildungsprivilegs (Einheitsschule),

- die Umwandlung der alten Unterrichtsanstalt in Bildungsstätten und Tageserziehungsheime, wo die Jugend zu einer ernsten und eigenen Lebenshaltung heranwächst (Gemeinschaftsschule).“

Paulsen verweist auf den Kampf von klugen Politikern und einer engagierten Lehrerschaft in Wien, um Versuche der Hinführung der Arbeitsschule zur Gemeinschaftsschule und perspektivisch zur Einheitsschule gegen ein zum Teil schulfreundliches Ministerium.

Paulsen fragt Kückler:

„Und aus diesem Ringen, das auch unser ist, sollte die hamburgische Lehrerschaft sich zurückziehen, sie, die in Wort und Tat die Ideenwelt der Schule der künftigen, glücklicheren Gesellschaft verkörperte, sie, die das erste Rüstzeug für die große Schulreform lieferte und

deren Begeisterung eine Kraftquelle war für alle, die es vorwärtstriebe? Sie will selbst zu einer verwaltenden Körperschaft werden und klagen über jene, die von ihr gingen und lediglich ‚verwaltende‘ Menschen wurden, nicht Kämpfer blieben?“ (HLZ 18/1927, S. 309)

Gustav Kückler antwortete postwendend und legte sein pädagogisches Bekenntnis dar:

„Wir haben einen Menschentyp zu formen, der in die gegenwärtige Gesellschaftsform gestellt wird und die Fähigkeit zeigen muss, sich nicht nur in dieser Gesellschaft eine materiell gesicherte, ihn in seine Menschentum befriedigende Existenz zu gründen, sondern darüber hinaus mit dem Willen beseelt ist, durch das erworbene Rüstzeug der bisherigen Gesellschaftsform, aber Kraft einer anderen Gesinnung über das Verhältnis des Menschen zum Mitmenschen ein bewusst umgestaltender Faktor zu werden, das Gegeneinander der Menschen in ein Füreinander zu wandeln. In ihm muss die motorische Kraft geweckt sein, erbarmungslos

kritisch gegen sich selbst zu sein, auf keinem Gebiet sich jemals als Fertigen zu fühlen, aber es als Quelle reinsten Freude zu betrachten, sein Können, seine Leistungsfähigkeit stets zu steigern, die Schlacken seines Charakters abzustreifen. Die Totalität der in einem Schüler ruhenden Möglichkeiten muss der Lehrer rechtzeitig erkannt, ihnen jede Wachstumsmöglichkeit bereitet und in jedem Menschen den für irgendeinen Könnensbereich vorhandenen Motor angekurbelt haben.

Sie verkennen meine Natur ziemlich stark, wenn Sie erwähnen, ich könnte die Zeitung zu einer solchen machen, die die stete Kampfbereitschaft vermischen ließe; ich gehöre leider nicht zu den selig gepriesenen Friedfertigen.“ (HLZ 18/1927, S. 310 f)

Aber die HLZ veränderte auch unter dem Schriftleiter Gustav Kückler ihr Gesicht nicht grundsätzlich. Es ging immer noch um pädagogische Fragen, die demokratische Weiterentwicklung der Schulen und auf der anderen Seite um die Wahrung



Der Vorstand der Gesellschaft der Freunde im November 1930, unmittelbar bevor Gustav Kückler als neuer erster Vorsitzender gewählt wurde. Kückler, zu diesem Zeitpunkt noch HLZ-Schriftleiter, ist auf diesem Foto nicht dabei. Zu sehen sind u. a.: In der Mitte sitzend der bisherige Vorsitzende Kurt Zeidler, rechts daneben Friedrich Wilhelm Licht, rechts neben ihm Fritz Köhne und Max Traeger. Links von Zeidler sitzt der Köhne-Freund und vormalige Vorsitzende Gerd Niebank. Ganz links sitzend Richard Ballerstaedt.

der materiellen Interessen und der Standesinteressen der Lehrer- und Beamenschaft. Dies war vordringlich auch das Feld, auf dem Gustav Küchler leidenschaftliche Artikel schrieb.

Als die Deutschen Lehrerversammlung ihre Tagung 1925 in Hamburg veranstaltete, war es Gustav Küchler, der im Auftrag des literarischen Ausschusses eine Festschrift über Hamburg initiierte für die „Gesellschaft der Freunde“, die 1925, zum Zeitpunkt der Tagung, 3600 Mitglieder zählte. Die Autoren der Festschrift waren die zu diesem Zeitpunkt in Hamburg führenden Personen im Bereich der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Hansestadt. Im Vorwort appellierte Gustav Küchler an die Delegierten der deutschen Lehrerversammlung:

„So möge dies Büchlein, angelehnt vom frischen Hauch des nahen Meeres, nicht im Staub des Bücherschranks eine Reihe füllen helfen, sondern in Tagen der Erinnerung an die Hamburger Stunden sowohl als in den Tagen der Besinnlichkeit öfter zur Hand genommen werden. Aus ihm spricht vernehmlich das Wesen Hamburgs: Zähne sich zu behaupten, einer Welt von Widerständen zum Trotz, und sich auch aufs Meer zu wagen.“ (Festschrift für die deutsche Lehrerversammlung in Hamburg 1925, S. VI)

Küchler setzt den Nationalsozialisten deutliche Gegenpositionen.

Es könnte auch das Motto für die Person Gustav Küchler gewesen sein. Als Kurt Zeidler am 1. Oktober 1930 zum Schulrat ernannt wurde, nachdem er zwei Jahre lang die Gesellschaft der Freunde geleitet hatte, wählte die Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde“ den bisherigen Schriftleiter der HLZ zum neuen ersten Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“. Er erhielt dabei 217 von 226

Stimmen, nachdem er in den letzten Jahren zur unbestrittenen Führungsperson in den Auseinandersetzungen um die Hamburger Schulpolitik geworden war. Küchler gehörte auch seit Jahren als führender Sprecher der Liste der „Gesellschaft der Freunde“ im Schulbeirat an, wo er sich erfolgreich mit der Liste der „Rechten“ und des „Aufbau“ auseinandersetzte.

Als die Nationalsozialisten in der fragil gewordenen Weimarer Republik immer mehr von sich reden machten, setzte Küchler ihnen deutliche Gegenpositionen. In der Hauptversammlung der Gesellschaft am 9. Mai 1932 erklärte Küchler, dass es immer mehr die Notwendigkeit erbege, „auch in denkbar schwersten Wirren am Volksstaat festzuhalten. Der Lehrer kann nie sich als Funktionär einer politischen Machtgruppe fühlen. Jede Diktatur würde ihn nur einen verschwindend geringen Rest seiner Arbeitsfreiheit und den Beamtenorganisationen nur ein Schattendasein lassen. Es braucht nicht die gegenwärtige Erscheinungsform der Demokratie in jeder Einzelheit bejaht zu werden, erst recht nicht jede einzelne Regierungsmaßnahme; aber **grundsätzlich muss die Lehrerschaft sich für Volksstaat und Demokratie entscheiden.**“

Das Protokoll hält fest: „Nach einer kurzen Aussprache konnte vom Vorstandstisch aus festgestellt werden, dass sich kein Redner grundsätzlich gegen die vom Vorsitzenden vorgetragene Auffassung ausgesprochen habe.“ (HLZ 21/1932, S. 268)

Zu diesem Zeitpunkt verfügte die NSDAP mit 51 Sitzen in der Hamburgischen Bürgerschaft schon über die meisten Mandate, die SPD 49, die KPD kam auf 26, die DVP auf fünf, die DNVP auf sieben, die Staatspartei auf 18 Sitze. An der Hamburger Universität stellte der NS-Studentenbund bei den AStA-Wahlen mit 40,3% der Stimmen erstmals

den AStA-Vorsitzenden, den Medizinstudenten Heinrich Haselmayer.

Es war namentlich der Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“, Gustav Küchler, der sich im Curio-Haus aber auch in der Öffentlichkeit für die Interessen der Lehrerschaft, und natürlich der Interessen der Hamburger Eltern und Schülerinnen und Schüler stark machte. So hielt die HLZ noch im Oktober 1931 fest: „Für das, was die Vereinsleitung unter Führung von Herrn Küchler gearbeitet hat, brachte die Versammlung im minutenlangen Beifall ihren Dank zum Ausdruck. (HLZ 42/43 – 1931, S. 611.) Und von der Versammlung am 8. Oktober 1931, auf der Gustav Küchler über den „Generalangriff der deutschen Kulturreaktion auf das Schulwesen“ berichtete, wurde Küchler zitiert:

„Die geheime Kabinettpolitik der Notverordnungen überfällt uns diesen Herbst mit unheimlicher Schnelligkeit und Auswirkungswucht. Noch nie bestand eine derartige Unsicherheit auf allen Gebieten, nicht nur des Beamtenrechtes, sondern auch auf dem Schulgebiet. Die Zeit des Daheimbleibens, des ruhigen Zuhauseinsitzens scheint endgültig vorbei zu sein. Wer sich des Ernstes der Lage bewusst ist, hat sich mit in die Reihe zu stellen als Kämpfer gegen die Gefahren, die unseren Kindern drohen. Es steht zu befürchten, dass noch weitere Notverordnungen noch fühlbarere Eingriffe in die Schule hervorrufen werden. Darauf deutet der Schluss in der Verlautbarung der Staatlichen Pressestelle hin. Auch andere Länder haben, den Ratschlägen des Reichsfinanzministers folgend, durch Notverordnungen Eingriffe im Schulwesen vorgenommen. Hamburg hat bereits durch solche Eingriffe Schulneubauten und -umbauten stillgelegt; es hat die Lehrmittelgelder auf ein geringes Minimum eingeschränkt. Darüber hinaus erfolgte die Be-

seitigung der Förderstunden und eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl.“ Er wies darauf hin, dass alle 63-jährigen Lehrer in den Ruhestand geschickt wurden, ebenso die Lehrerinnen, die mit einem Lehrer verheiratet waren. Und auch andere Maßnahmen wurden geübt:

„Durch Erhöhung der Klassenfrequenz mögen wohl die Finanzen gesunder werden, nicht aber die Kinder. Erziehen lässt sich nicht in Massen, sondern nur bei liebevollem Eingehen auf die seelischen, geistigen und charakterlichen Vorzüge und Mängel der Einzelpersönlichkeit. Es ist ein Wahnsinn, auf der einen Seite die Arbeitslast zu erhöhen, andererseits junge frische Menschen aufs Pflaster zu werfen und berufsfern werden zu lassen.“ (HLZ 42/43 – 1931, S. 611.)

Es ließen sich noch viele Reden und HLZ-Artikel zitieren, aus denen deutlich wird, welche Anerkennung und kämpferischer Gewerkschafter Gustav Küchler gerade auch in Auseinandersetzung mit der Liste der Rechten und des Aufbau gewesen ist. Seine Vorsitzendenzeit in der „Gesellschaft“ von November 1930 bis April 1933 war sicherlich die schwerste Zeit, die ein Vorsitzender der Gesellschaft jemals bewältigen musste.

Den meisten Kolleginnen und Kollegen wird der Name Gustav Küchler kaum etwas sagen. Und diejenigen, die behaupten, er habe eine zutiefst negative Rolle gespielt in der Geschichte der „Gesellschaft der Freunde“, insbesondere am Ende im April 1933 im Zuge der Gleichschaltung mit dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), die wissen möglicherweise außer diesem Detail auch nicht viel mehr. Sie berufen sich, ohne über die Person Küchler weiter geforscht zu haben, auch noch auf mich, der ich wohl als erster in der Hamburger GEW 1986 in dem gemeinsam mit Reiner Leh-

berger herausgegebenen Buch „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz“ (Ergebnisse Verlag, Hamburg 1986) über den Gleichschaltungsprozess geschrieben habe. Ich habe dabei die Rede von dem Vorsitzenden Küchler am 27.4.1933 zitiert und bin damals am Ende zu dem Schluss gekommen: „Die Meriten des Gustav Küchler in der Arbeit der Gesellschaft der Freunde in den Jahren vorher sollen hier gar nicht in Abrede gestellt werden. In der komplizierten, entscheidenden Phase 1933 hat er aber aus heutiger Sicht versagt, oder, um in der Diktion zu bleiben, 'enttäuscht'.“ (Ebd., S. 191)

Nun hatte ich vor 35 Jahren noch nicht den erheblich tieferen heutigen Kenntnisstand nach der intensiven Weiterbeschäftigung mit der Geschichte der GEW und ihrer Vorläuferin. Außerdem sind mir nicht alle Aspekte klar gewesen, die die Person Küchler betreffen, alle politischen Bedingungen am 27.4.1933 und somit der Ausgangspunkt für seine Rede. Küchler war der Vorsitzende der „Gesellschaft der Freunde“, der als ausgewiesener Nazigeegner, ebenso wie die meisten Vorstandsmitglieder der Gesellschaft der Freunde, insbesondere auch Max Traeger, die die Welle der Gleichschaltungen von Organisationen durch die Nationalsozialisten, alternativ dazu die brutalen Übernahmen und die sie begleitenden Terrormaßnahmen kannten und erlebten. **Es blieb für sie primär das Ziel, die materiellen Werte der Gesellschaft, für die die Mitgliedschaft lange gekämpft, bezahlt und investiert hatte, soweit es ging, zu retten.** Das schien gelungen nach harten Verhandlungen, nachdem der damalige Gauobmann des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Hinrich von der Lieth, erklärt hatte, „die Eigentumsrechte der ‚Gesellschaft‘ zu respektieren,

da die NSDAP bewusst auf dem Boden des Privateigentums stehe“. Dazu hatte er schriftlich zugesichert:

„Hierdurch erkläre ich als hamburgischer Kommissar zur Gleichschaltung der Lehrerverbände, dass – abgesehen von abweichender reichsgesetzlicher Regelung – die der ‚Gesellschaft der Freunde‘ gehörenden Vermögenswerte, dem gegenwärtigen Mitgliederbestande der ‚Gesellschaft der Freunde‘ als Eigentum verbleiben werden.“ (HLZ 18/1933, S. 249)

Auf dieser Grundlage war ein gemeinsamer Vorstand auf der außerordentlichen Hauptversammlung der „Gesellschaft der Freunde“ gewählt worden, fast paritätisch besetzt aus alten Vereinsmitgliedern und solchen, die dem NSLB angehörten. (Siehe HLZ 17/1933, S. 241). Auf Initiative von Heinrich Geffert, den die Versammlung zum neuen HLZ-Schriftleiter wählte, war dessen langjähriger Freund aus jugendlichen Kollegenzeiten in der Lehrerausbildung der Präparandenanstalt, Willi Schulz, zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Ein Nationalsozialist, der persönlich verträglich schien und in der Gesellschaft der Freunde seit 1922 durchaus bekannt war, als er in der ersten Ausgabe der HLZ bereits einen viel diskutierten Beitrag über die Landschulen geschrieben hatte und für die Gesellschaft auch delegiert worden war zur Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins 1925 in Hamburg. Es hatte am 27. April 1933 nach den Vorabgesprächen und Festlegungen keine wirkliche Wahl mehr stattgefunden. Es wurde bestätigt, was ausgehandelt war. Und der scheidende Vorsitzende, nämlich Gustav Küchler, hielt die letzte Rede seiner langjährigen Lehrervereinskarriere. Und diese Rede war aus meiner Sicht im Jahr 1986 keine Glanzleistung. Aber was hätte er sagen sollen in einer Situation, die er

niemals hatte erleben wollen. Er sagte am Ende:

„Ich glaube, es gibt nunmehr keinen Menschen mehr, der etwa der Auffassung wäre, im wesentlichen bliebe alles beim alten. Vielmehr ist festzustellen, kein Lebensgebiet wird von neuer Formung verschont bleiben, bestimmt nicht die Schule, die ein Faktor von eminenter Bedeutung ist für Volk und Staat. Da geht es nicht an, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, um als Außenstehender das große Geschehen mit den Methoden der Zeitungsleser kopfschüttelnd oder kopfnickend passiv zu verfolgen. Die Zeit erfordert Menschen, die anpacken. Wer es noch nicht gemerkt haben sollte, muss nun erkennen, dass Nationalsozialismus in erster Linie Wille ist. Zu diesem Willen muss das ernsthafte Wollen der anderen hinzukommen. Ich sehe in dem, was geschieht, den Naturvorgang, wie er sich zwischen Anode und Kathode abspielt. Der Funke muss hinüberspringen, die Spannung ist da. Fehlgeschaltet kann der Strom Unheil und Verderben bringen; in der Hand des Meisters kann er schöpferische Kraft entwickeln. Der Wille ist da, er muss zur schöpferischen Tat werden. Wenn es aber keine Redensart sein soll, dass durch den Nationalsozialismus ein einheitlich zusammengeschweißtes Volkstum ohne Rang und Ständeschranken und sonstige Hemmungen erwachse, dann muss das Wort ‚Gleichschaltung‘ auch noch einen anderen Sinn haben, nicht nur den ziffernmäßigen, sondern auch den, **gleichzuschalten auf dem Boden gleichen Rechts für alle**. Die Zeit erfordert keine Träumer, sondern handelnde Menschen. Es kann nicht angehen, zu sagen dass wir abwarten wollen; wir müssen alle selber anpacken, damit niemand einem den Vorwurf machen kann: durch eigene Lauheit und Flaueheit habe man gehemmt.“ (HLZ 18 1933, S. 250)

Nüchtern betrachtet war es der Versuch, die alten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde aufzufordern, wachsam zu sein, und zu versuchen ihre Vorstellungen und Aktivitäten einzubringen. „Das Schlimmste zu verhindern versuchen“, wie später oft gesagt wurde.

Bei dem Satz „gleichzuschalten auf dem Boden gleichen Rechts“ vermerkte die HLZ in Klammern: Beifall.

Und am Ende des Berichts von der Gleichschaltungsversammlung setzt der Berichterstatter dieser Versammlung, Friedrich Kraus, einen Absatz: „Brausen, nicht enden wollender Beifall unterstreicht nicht nur den Appell zur Mitarbeit, sondern gab dem Dankgefühl Ausdruck, von dem die Lehrerschaft gegenüber dem Manne erfüllt ist, der so unentwegt, selbstlos und geschickt viele Jahre für die hamburgische Lehrerschaft gearbeitet und gekämpft und den Verein mit überlegener Sicherheit geführt hat.“ (HLZ 18/1933, S. 250)

Friedrich Kraus, der seit Ende des Erscheinens der „Pädagogischen Reform“, in diesem Organ und alle Jahre in der Hamburger Lehrerzeitung als Chronist und Berichterstatter fungiert hatte, betonte in allen späteren Schriften über diese Veranstaltung und auch Gustav Küchler betreffend, dass der Beifall im Curio-Haus **nicht der Gleichschaltung gezollt war, sondern dem scheidenden Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde, Gustav Küchler, von dem man wusste, dass dies seine letzte Aktivität, sein letzter Auftritt, gewesen war und jenem für sein langjähriges kämpferisches Engagement Beifall gezollt werden sollte.**

Küchler war zwar auch in den Vorstand gewählt worden, aber dieser Vorstand spielte im Weiteren faktisch keine Rolle. Schon am 11. Mai 1933 erklärte der neue Vorsitzende, Willi Schulz

auf einer Lehrerversammlung deutlich: „Ich halte es für notwendig, dass wir uns über die entscheidende Lage, in der wir uns befinden, durchaus klar werden und uns keinerlei Irrtümer hingeben. Ich sage Ihnen daher, dass ich die Auffassung, wie sie vom Kollegen Küchler dargelegt wurde, als Nationalsozialist nicht anerkenne. Es gibt keine Synthese zwischen nichtnationalsozialistischen und nationalsozialistischen Gedanken. Was es aber geben kann und was es geben muss und wozu ich Sie auffordere, das ist, diese unverrückbar feststehenden nationalsozialistischen Grundgedanken nun pädagogisch auszuwerten.“ (HLZ 20 /1933, S. 283)

Bei der Gleichschaltung hatte Gustav Küchler immerhin auch durchgesetzt, dass die bisherigen Angestellten der Geschäftsstelle vom NSLB übernommen wurden.

Und eine persönliche Konsequenz für Gustav Küchler gab es auch noch. Er war seit 25 Jahren Lehrer und zuletzt vom Kollegium seiner Schule Eilbektal 37 zum Schulleiter gewählt worden. **Nach der Gleichschaltung setzten die Nationalsozialisten Gustav Küchler dort ab** und vereinigten die Schulen Eilbektal 35 und 37 zur Adolf-Hitler-Schule und setzten dort als Schulleiter ausgerechnet Albert Mansfeld ein, der dann allerdings kurz später zum Oberschulrat für Volksschulen ernannt wurde. Küchler wurde seinerseits an die ehemalige Schule von Mansfeld, Stresowstraße 20 nach Rothenburgsort als Lehrer versetzt. Ein augenscheinlicher Racheakt für all die kämpferische Verachtung, die Gustav Küchler den Nationalsozialisten und der Gruppe der Rechten in der Lehrerkammer gezeigt hatte. Küchler verhielt sich seit 1933 politisch zurückhaltend, traf sich allerdings regelmäßig und konspirativ mit den ehemaligen Vorsitzenden der „Gesellschaft der



Küchlers vollständige Rede am 27.4.1933

Freunde“ und nahm im weiteren gewissenhaft und mit Freude die Arbeit mit seiner Klasse weiter auf. Nach schwerer Krankheit starb er, 56-jährig am 10.4.1940. Bedauerlich ist es für mich, dass ich durch meine damalige

Interpretation dazu beigetragen habe, dass Personen, die sich nicht intensiv genug mit dieser komplizierten Geschichte auseinandergesetzt und das vorhandene Quellenmaterial niemals studiert haben, unsere

Forschungsarbeit aus dem Jahre 1986 benutzen, um Gustav Küchler unverdientermaßen zu diskreditieren.

HANS-PETER DE LORENT

7.1.1933: „Hitler verpaßte seine Stunde“

Die HLZ im Jahr vor der NS-Machtübernahme

Mit der *Hamburger Lehrerzeitung* wollte die Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (GdF) ab 1922 einerseits die Kampfkraft der Lehrerschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen wiederaufbauen. Andererseits sollte sie – wie es in der ersten Ausgabe heißt – ein „neutraler Boden für alle Anschauungen, die im ehrlichen Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen“, werden.

In Bezug auf Worte und Taten der Nationalsozialisten informierte die HLZ ihre LeserInnen regelmäßig. Neben der Veröffentlichung einzelner Beiträge von NSDAP-Anhängern setzte sie sich z. B. 1930 kritisch mit dem Zuchtgedanken beim NS-Pädagogen Ernst Kriech auseinander.

Obwohl die HLZ bis 1933 vor allem eine progressive *pädagogische* Zeitung war, gab es seit 1931 im Zuge der Notverordnungspolitik der Reichsregierung vermehrt Beiträge zu wirtschaftlichen Themen und zu den Angriffen auf Bezahlung und Beamtenrechte.

Als sich der wachsende Einfluss der NS-Bewegung an ihrer Regierungsbeteiligung in Thüringen und anderen Ländern zeigte, wurden den LeserInnen regelmäßig warnende Beispiele der dortigen Politik präsentiert, wie z.B. Versetzungen von LehrerInnen und Schulräten sowie drastische Erhöhungen bei den Klassenfrequenzen.

Ab Anfang 1932 brachte die HLZ außerdem Artikel, die beim Nationalsozialistischen Lehrer-

bund (NSLB) zu vorgegebenen Themen bestellt worden waren und mit einer ausführlichen Erwiderung veröffentlicht wurden. Welche Stationen die HLZ im Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler im Einzelnen durchlief, wird im Folgenden genauer beschrieben.

„Die deutsche Nation ist im Aufbruch“

Im Januar 1932 beschreibt Albert Mansfeld, GdF-Mitglied und stellvertretender Leiter des NSLB-Hamburg, auf Anfrage der Redaktion die Ziele der Nationalsozialisten in der aktuellen Krise. Gefordert wird die Beseitigung der Bestimmungen im Versailler Vertrag, in denen die deutsche Schuld am 1. Weltkrieg festgeschrieben wurde, sowie die Änderung der Grenzen zur Wiederherstellung des „zusammengehörigen Lebensraumes“. Die Lehrerschaft müsse dazu beitragen, das Volk für die „Einleitung unserer außenpolitischen Befreiung“ zu mobilisieren. Grundlege sei dabei, sich auf die Zugehörigkeit zur deutschen Rasse zu besinnen (HLZ 3/1932).

Eine Erwiderung auf den Mansfeld-Beitrag in der folgenden HLZ verdeutlicht, dass sich die Nazi-Ideologie bereits in der HLZ niedergeschlagen hatte. Hauptkritik des Autors Ernst Matthewes ist, daß Mansfeld keinen neuen Weg aus der Krise aufzeige. Die nationallistischen Ziele werden nicht nur nicht hinterfragt, sondern sogar ausdrücklich unterstützt. Der Beitrag gipfelt in dem Vorwurf, die NS-Bewegung setze sich nicht konsequent für die deutsche

Volksgemeinschaft ein und schone ihre Gegner (bei Matthewes Kreise der Großindustrie und kleine Gewerbetreibende).

Abschließend schreibt Matthewes: „Die deutsche Nation ist im Aufbruch? Jawohl, seit vielen Jahren; kämpfen wir gemeinsam, daß sie auch werde trotz ihrer inneren Feinde; hoffen wir, daß alle Lehrer, wo auch sie stehen mögen, ihre Pflicht gegenüber dem neu werdenden deutschen Volke erkennen.“ (HLZ 4/1932)

„Die blonde Bestie kann unmöglich ein Ziel sein“

Ende Februar 1932 bringt die HLZ einen Beitrag zu Lehrerbild und schulpolitischen Zielen der Nationalsozialisten von Hedwig Förster, Gründungsmitglied des NSLB-Hamburg. Auch dieser Artikel ist auf Anfrage der Redaktion verfasst worden. Unter ausdrücklicher Billigung der NSLB-Reichsleitung wird darin deutlich gemacht, dass der Glaube an die „Führereigenschaften der nordischen Rasse“ auch für die NS-Schulpolitik grundlegend sei (HLZ 9/1932). Die Nazi-Positionen werden in der gleichen HLZ ausführlich kommentiert: Der nicht genannte Autor versucht dabei vor allem innere Widersprüche im NSLB-Artikel herauszuarbeiten und liefert so einen bemerkenswerten HLZ-Beitrag zur Kritik der NS-Ideologie (Auszüge siehe folgende Doppelseite).

Gegen „gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit“

Im August 1932 kommt es im Rahmen der Notverordnungsposi-

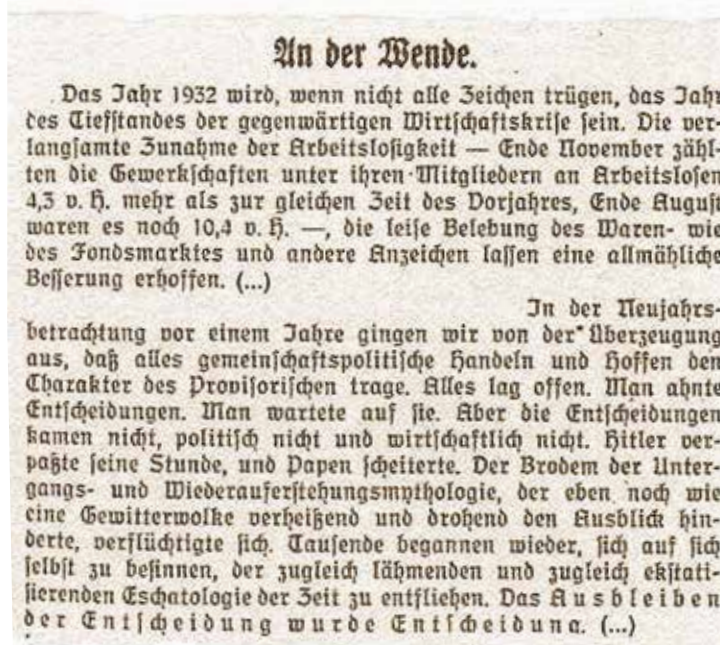
tion durch eine Senatsverordnung zu einem weiteren Gehaltsabbau: Das bereits mehrfach gesenkte Gehalt soll künftig erst zur Monatsmitte ausgezahlt werden. Erst nach einer Unterschriftensammlung der Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (IOL) findet am 24.8. zu diesem Thema eine Hauptversammlung (HV) der GdF statt.

IOL-Redner_innen kritisieren, dass die HV nicht vor Erlass der Senatsverordnung einberufen wurde, um rechtzeitig über Kampfmaßnahmen zu beraten. Als nächsten Schritt beantragen sie die Einberufung einer allgemeinen Beamtenversammlung. Daraufhin liest HLZ-Redakteur C.H. Müller aus einem internen Rundschreiben der KPD-nahen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) vom 17.3.32 vor und behauptet, die IOL betreibe Spitzel- und Zersetzungsarbeit in der GdF.

Das eigentliche Thema der HV gerät so in den Hintergrund. Verabschiedet wird lediglich eine sehr zurückhaltende Protestnote: Gefordert wird darin die Zurücknahme der Senatsmaßnahme, „sobald es die Kassenlage gestattet“ (HLZ 31-32/1932).

Die HLZ berichtet zwar über Argumente der IOL-Kolleg_innen auf der HV. Schwerpunkt sind jedoch die Vorwürfe gegen sie. Unter dem Titel „Planmäßige kommunistische Zersetzungsarbeit in den Lehrervereinen“ behauptet die HLZ, die Kollegialität der IOL-KollegInnen sei nur ein Deckmantel für „gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit“, für die „Auflösung der Gewerkschaftsfront zugunsten der kommunistischen Parteifront“ (HLZ 31-32/1932).

In einer späteren Ausgabe wird eine Stellungnahme der



Fataler Irrtum: Neujahrsbotschaft in HLZ 1/1933

IOL abgedruckt, verbunden mit einer Erwiderung der Schriftleitung (HLZ 35-36/1932). Die IOL erklärt, das RGO-Rundschreiben sei ihr nicht bekannt gewesen und weist die Vorwürfe zurück. Sie wende sich gerade gegen resignative Stimmungen und setze sich für eine kämpferischere Politik der GdF ein. HLZ-Schriftleitung wie IOL werfen sich gegenseitig vor, in ihren Beiträgen vom Wesentlichen abzulenken.

Aus heutiger Sicht steht das RGO-Rundschreiben im Einklang mit der noch bis 1935 geltenden Sozialfaschismusthese der KPD. Die größere Gefahr für das Volk – im Vergleich zu den Nazis – stellten danach die Führer der Sozialdemokraten dar. Und dazu gerechnet wurden in der Regel sozialdemokratische Gewerkschaftsführer (wie sie auch die GdF hatte). Einer der oppositionellen Lehrer, Dietrich Rothenberg, ist jedoch auch mehr als 50 Jahre später in einem Artikel bei der Version geblieben, dass die IOL-Hamburg nicht in Verbindung zur RGO gestanden habe. Der GdF-Vorstand

habe mit Antikommunismus den Aufbau einer Abwehrfront gegen die Reichspolitik und den drohenden Faschismus gespalten.

Welche Einschätzung auch immer richtig sein mag: Weder kam es zu weitergehenden Aktionen gegen den Gehaltsabbau noch organisierte die HLZ eine Debatte über den anstehenden Abwehrkampf. Schriftleitung und Vorstand blieben eine Antwort schuldig auf die Frage, warum nicht rechtzeitig eine HV zur Beratung von Maßnahmen einberufen wurde.

NS-Ideologie: kommentarlos in der HLZ

Während die auf Kampfmaßnahmen drängenden IOL-Kolleg_innen isoliert wurden bzw. sich womöglich selbst isolierten, wurde die HLZ gegenüber den Nationalsozialisten zunehmend zurückhaltender: In ihren meist kurzen Berichten enthält sich die HLZ meist der direkten Kritik und lässt die Fakten für sich sprechen. In einem Bericht über eine NSLB-Veranstaltung von Ende Oktober 1932 wird

Planmäßige kommunistische Zerlegungsarbeit in den Lehrervereinen.

Ein höchst interessantes Dokument ist uns mit einem Rundschreiben des kommunistischen Reichskomitees der Roten Gewerkschaftsopposition vom 17. März 1932, gerichtet an die Bezirkskomitees der RGO. und die Bezirksleitungen der KPD., in die Hände gekommen, in dem genaue Richtlinien für eine planmäßige Zerlegungsarbeit in den Lehrervereinen gegeben werden. Die KPD.-Lehrer sollen ihre Mitgliedschaft in den Lehrervereinen nur zum Zwecke der Tarnung ihrer Spaltarbeit aufrechterhalten, sollen mitarbeiten nur als bewußte und beauftragte Spiegel. Ihre Arbeit will der kommunistischen Partei, nicht der Schule und dem Lehrerstand dienen. Die Kollegialität soll als Deckmantel für gewerkschaftspolitische Dolchstoßarbeit dienen.

Harte Vorwürfe an die Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (HLZ 31-32/1932)

der Rassenhass der Nazis noch deutlich verurteilt: Er führe „bis in die neidvolle Niedrigkeit von Judenverfolgung und Bruderkrieg“ (Ludwig Janßen in HLZ 45/1932).

Die Tendenz zum Zurückweichen zeigt sich im Dezember 1932: Die HLZ veröffentlicht den Artikel „Erbbiologische Notwendigkeiten“ von H. Gültzow. Darin spricht sich der Autor für eine Aussonderung bzw. Sterilisierung von Erbkranken aus, ohne dass sich die Schriftleitung der HLZ von den Positionen distanzieren (Nr. 51-52/1932).

Weitere Anklänge an NS-Propaganda gibt es in der HLZ vom 21. Januar 1933 in der Zusammenfassung eines Vortrags von Prof. Dr. Poetzsch-Heffter

über „Probleme der Verfassungsreform“. Darin wird es als notwendig bezeichnet, „einer autoritären Staatsführung nicht den Weg zu verbauen“. Von der Redaktion wird lediglich in einer Vorbemerkung erklärt, dass Beamte „an den Dingen, die sich in dieser Beziehung vorbereiten, außerordentlich interessiert“ seien (HLZ 3/1933).

Rückblickend erscheint dieser Kurs gegenüber den Nationalsozialisten als großer Fehler, zumal die NS-Bewegung lange Zeit „an der Lehrerschaft spurlos vorübergegangen“ zu sein schien, wie sich ein Sprecher des NSLB noch Ende Oktober 1932 übertreibend ausdrückte (HLZ 45/1932).

Illusionen über die faschistische Gefahr

Im Neujahrsartikel von 1933 werden die Illusionen deutlich, die bei der HLZ-Schriftleitung (und wohl auch beim GdF-Vorstand) über den Ernst der Lage bestehen: 1932 sei der Tiefstand der Wirtschaftskrise erreicht worden. Die zum Jahresende verlangsamte Zunahme der

Arbeitslosenzahlen und einige andere Wirtschaftsdaten ließen aber auf eine allmähliche Besserung hoffen. Gleichzeitig zeige das Phrasengeschrei politischer Parteien inzwischen weniger Wirkung: „Hitler verpaßte seine Stunde, und Papen scheiterte“ – so das Urteil auf der HLZ-Titelseite nur gut drei Wochen vor der NS-Machtübernahme (HLZ 1/1933).

Angesichts dieser krassen Fehleinschätzung in Bezug auf die von der NS-Bewegung ausgehenden Gefahren wundert es wenig, dass Vorstand und HLZ einen entschiedenen Einsatz zum Aufbau einer antifaschistischen Abwehrfront vermissen ließen. Bereits im Januar 1933 fanden im Curiohaus keine Versammlungen mehr statt außer den von der Satzung geforderten. Und so war es nur noch ein kleiner Schritt zum weiteren Zurückweichen vor den Nazis, was ein Vierteljahr später in die Zustimmung und aktive Mitgestaltung bei der Gleichschaltung gipfeln sollte.

MANNI HEEDE
(Erschienen in hlz 1/2003)

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-
und Erziehungswesens in Hamburg

II. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 27. Februar 1932

Nummer 9

Der Nationalsozialismus und die neue deutsche Schule.

Von H. Förster, NSLB Hamburg.

(...)Sicherlich ist es die Aufgabe eines nationalsozialistischen Staates, dafür zu sorgen, daß die positiven Eigenschaften des nordischen Menschen als Forderungen aufgestellt werden, denen der deutsche Staatsbürger zu genügen hat (...)

Nationalsozialistisch gefinnt ist, wer kampfesmutig sich zum Nationalsozialismus bekennt, (...)

So wird es im nationalsozialistischen Staat nur zwei Klassen Menschen geben: diejenigen, die in diesem Sinne leben, und diejenigen, die es nicht tun. Alle anderen Unterschiebe werden von minderer Bedeutung sein. Daraus ergibt sich, daß es nicht eine Schule für Arme und Bemittelte geben kann, nicht eine für Kinder „gebildeter“ Eltern und eine für solche „ungebildeter“ Eltern (...)

Das ist in größten Umrißen die Form der neuen deutschen Schule: Staatschule, Einheitschule, christliche Schule; als Grundlage die Grundschule (die weiter hinaufreichen wird als bisher) und auf ihr die Oberschule in eintägigen Gabelungen. Als Krönung die Hochschule.

(...)Nicht das Fachwissen wird auf der höheren Schule von ausschlaggebender und daher topenbestimmender Bedeutung sein, nicht die Spezialbegabung des Schülers im Mittelpunkt der Beachtung stehen, sondern die Auslese der Fächer nach nationalen und sozialen, staatspolitischen Gesichtspunkten. (...)

Kritische Anmerkungen zu dieser Antwort.

(...)Schon das ist für unser Denken eine schwer zu übersehende Inkongruenz, daß eine Bewegung, die den Führergebanten betont in den Vordergrund schiebt, in so wichtiger Angelegenheit, wie es die Schule und die Erziehung ist, nur eine offizielle Meinung äußert und anerkennt. Daß sie nicht Raum gibt für das Ringen im Geist, für das Wesentlichste des Führens, für dieses: in mutiger Selbstverantwortlichkeit zu wachsen, auch gegen die Masse und nur für sich zu stehen, durchzudringen, zu reifen, aufzustehen zum Führer oder — zu fallen. Im Dogma gibt es kein Führertum. Es gibt nur ein Gehorchen ohne ein Führen. (...)

Die Kirche hat keine Führer, konsequenterweise, sie hat Seelsorger, Sorger, die das Festgelegte, das Offizielle hüten und wahren.

Noch unerträglich wird der Widerspruch, wenn man den zweiten Gedanken hinzunimmt, den, daß die Rasse das letztlich Bestimmende sein soll. Ein naturwissenschaftlicher Tatbestand soll grundlegend bestimmend sein für die geistige und kulturelle Haltung. Das ist Materialismus in Reinkultur. Der Gebrauch ist völlig einseitig eine Kaufselangelegenheit. Ganz ohne Frage ist er als Tatbestand vorhanden: wir sind erbbiologisch in eine Keimbahn, um ganz sachlich zu sprechen, eingesperrt, aus der uns niemand befreien kann. Und dennoch wird niemals und darf niemals der wirklich Lebende, der sich als Subjekt, als handelnde und verantwortliche Persönlichkeit lebende diesen kausalen Zug für sich reklamieren, er darf ihn nicht einmal denken. Denn die Kaufselangstellung beraubt den Menschen seiner Freiheit nicht nur, er beraubt ihn seiner Verantwortlichkeit. Ohne Verantwortlichkeit aber ist ein persönliches, mehr als vegetatives Leben nicht denkbar. (...)

Im Nationalsozialismus, in einer Weltankbauung des Führertums, der Ich-aktionen und wir-aktionen Tat, wenn man einmal die Worte ernst nimmt, ist er völlig absurd. Er ist um so absurder, als er den einzelnen Menschen wieder ganz aus der Kulturgebundenheit, aus Volk, Religion, Familie, Staat löst und ihn einseitig an seine Erbformel bindet. Denn was soll der nicht Reine, der Rassenreine unter den andern, was kann ihm ein Volk bedeuten, das nicht seine Erbformel hat? Er ist „rassiefremd“ und also ohne Wert, ohne Möglichkeit, ohne Verantwortung, ohne Bindung. Wer aber ist rein? Niemand. Nicht zwei im weltlichen deutschen Land haben die gleiche Erbformel, es seien denn — auch da nur bedingt — eigleiche Zwillinge. Das kann niemand ableugnen, der auch nur die Anfangsgründe des Mendelsismus kennt. Wie also sollen wir ein Volk sein? Wie sollen wir eins werden? Aus der Kausalität gibt's kein Entinnen. Wenn sie bestimmt, sind wir 65 Millionen, nichts weiter.

Als Erzieher müssen wir uns mit besonderer Schärfe gegen diese gedankenlose Dermanzung von naturwissenschaftlicher Kausalität und vitaler Finalität wehren. Nur weil das Leben final ist, nur darum gibt es überhaupt ein Erziehen. Im Kaufselang gibt es nur und lediglich eine Zucht. Die Konsequenz des nationalsozialistischen Grundgesetzes von der Rasse wäre die Forderung: die Schule wird abgelehnt, und es wird eine Zuchtstation gegründet. Wir sagen das nicht, um einen Scherz zu machen. Wir meinen das durchaus ernst. Wenn der Kaufselang so bedeutend ist, wie die Rassenanthropologie es annehmen, dann sollte man züchten statt zu erziehen, mindestens vor allem züchten. Von Gemeinshaft, Volk, Führertum aber sollte man nicht sprechen. Ein Gemisch ist kein Führer im Sinne der Kultur.

Man sieht, der Nationalsozialismus hat ein Stück schlecht verstandener Aufklärung mit einem ebenso schlecht verstandenen Stück Preufentum zu einer Weltanschauung verbunden, für die es außerhalb der Partei glücklicherweise noch keinen Namen gibt.

Nun der nordische Mensch. Ob die Offizialvertreter des Nationalsozialismus nicht wissen, daß es eine nordische Rasse schon seit einigen Jahren nicht mehr gibt? Wenigstens nicht mehr im ursprünglichen Sinne? Auch ihr Gänther hat sich entschließen müssen, die eine, reine, edle nordische Rasse aufzugeben. Ganz klar stehen heute schon die daltisch-südlische und die eurasische Rasse nebeneinander. Weitere Spaltungen und Verschmelzungen sind täglich möglich. Was also ist nordisch? Und wer ist nordisch? Hindenburg ist Daltler, ein „Rasse“mensch von Form. Man will ihn nicht. Man schwört auf die „Führer“ in den eigenen Reihen. Nun, rassistisch sind sie weithin fragwürdig. Goebbels und Rosenberg zum Beispiel sind sicher nicht nordisch, nicht einmal, um mit Gänther zu reden, „vorwiegend“ nordisch. Wie ist es möglich, daß man ihnen die Führung überläßt, wenn die Rasse, das Nordische Ausgangs- und Grundwert ist? Armes Deutschland, das bei solcher Seinerung sicherlich nicht zu sich selber kommen wird! Wir kennen nicht Proletariat oder Fabrikdirektor, nicht Bauer oder Prinz, so heißt es immer bei den Nationalsozialisten. Aber wir kennen nordisch und eurasisch, daltisch und westlich, ostlich und dinarisch und was nicht noch, rein und unrein, Doll-, Halb- und Viertelblut. Armes deutsches „Volk“!

Die nordische Rasse will Weltträumigkeit. Das ist ein neues Wort für Imperialismus. Es kann auch ein anderes Wort sein für Unstetigkeit, Unfestigkeit, Fremdtümel, Bodenlosigkeit, Globetrotterei, im Geistigen Phantasie, Pfännschmiederei, Wortrausch, Rausch überhaupt. Die nordische (eurasische) Rasse hat auch fragwürdige Eigenschaften. Es fehlt ihr die breite Bodenständigkeit, es fehlen Besinnlichkeit und Feste. Die blonde Bestie als Kultur- und Menschheitsideal, das kann unmöglich ein Ziel sein. Wo bleiben Besinnlichkeit, Sachlichkeit, Realismus, Ausreißung, bodenständige Fülle? Neben das Erziehbüste, wieder kausale Gesetze treten die finalen Pflicht- und Reifeschaltungen, die gerade in der Schule und in der Kultur die entscheidende Rolle spielen. (...)

Sommerkamp, höchst sonderbar sind diese Gedankensprünge. Sie wiederholen sich in den Sätzen über die deutsche Schulgestaltung. Die gesamte Erziehung liegt in den Händen des Staates — wird aber geleistet von ... der Kirche. Im nationalsozialistischen Staat wird es nur zwei Klassen Menschen geben — noch neben den Rassen! Nationalsozialistisch sein ist eine Frage der Gesinnung, eben war's noch eine der Rasse, (...)

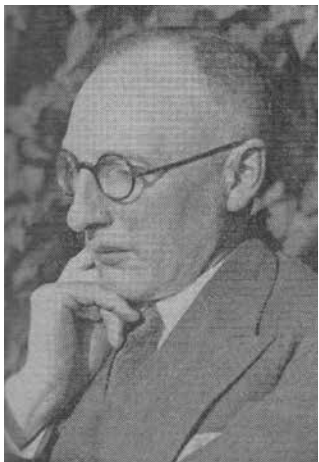
Einigermaßen deutlich wird der Schulaufbau; klar festgelegt wird, daß die Grundschule weiter hinaufreichen wird als bisher. Die Hoch- und Sonderstellung der Unterstufe dagegen bleibt sehr im Unklaren. Wer soll sie besuchen? Die Auslese wird „stattfinden“ nach Charakterlichen so gut wie geistigen Fähigkeiten“. Was heißt hier, wo einerseits die Rasse bestimmend genannt wird, wo andererseits nationalsozialistisch gleichgesetzt wird mit Charakter haben, was heißt hier noch „charakterliche Befähigung“? Nationalsozialistisch gefinnt ist, wer kampfesmutig sich zum Nationalsozialismus bekennt: wenn diese hoffnungs- und charakterlose Gedankenjunktur gelten soll, dann brauchen wir keine Unversität und keine höheren Schulen mehr. Möge der Himmel uns bewahren vor dieser „einheitlichen, die künftigen akademischen Führer ohne weiteres verbindenden Bildungsgrundlage“! (...)

Schule oder Zuchtstation? — Zitate aus dem Beitrag von Hedwig Förster (NSLB) und die bemerkenswerte Kritik der HLZ (gekürzt).

C. Hermann Müller

„Wir fürchten die Kräfte, die nicht die Festigkeit, sondern die Fesselung, nicht das Mächtige sondern die Macht wollen.“

Als Gustav Kühler am 17. November 1930 zum ersten Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde gewählt wurde, bestimmte die Hauptversammlung C. H. Müller, wie er stets genannt wurde, einstimmig zum Schriftleiter der HLZ.



C. Hermann Müller

Müller war schon in der ‚Pädagogischen Reform‘ als gewandter Schreiber bekannt geworden. Auch in der HLZ und im Hamburger Echo hatte er sich schon früh in Artikeln zu kulturellen und pädagogischen Fragen, insbesondere auch zu Themen der Menschenführung profiliert. Parallel dazu arbeitete er im Pressausschuss der Gesellschaft der Freunde, der die HLZ-Arbeit begleitete. Müller war inhaltlich breit aufgestellt. So profilierte er sich mit einem großen Artikel „Die pädagogische Lage der Gegenwart“, schrieb aber auch zu philosophischen und histo-

rischen sowie wirtschaftlichen Fragen und focht für die Rechte des Beamtentums. C. Hermann Müller, am 24.10.1885 geboren, wurde über eine Präparandenanstalt und das Pädagogische Seminar in Hannover Volksschullehrer, arbeitete seit 1909 in Hamburg, war Sozialdemokrat, Schulleiter der Schule Knauerstraße.

In der HLZ und auch auf Versammlungen im Curio-Haus präsentierte sich Müller durchaus als scharfzüngiger Debattenredner. So vertrat er in der Auseinandersetzung um den richtigen Kurs der Gesellschaft der Freunde die gemeinschaftliche Vorstandsposition in heftiger Auseinandersetzung mit Vertretern der Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer (IOL). Dies ist in einem gesonderten Kapitel dargestellt. Hier ging es zuge-spitzt um die richtige Strategie im Kampf gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen junger Lehrerinnen und Lehrer, die diese in existenzielle Nöte brachten. Es war nicht nur eine strategisch-politische Kontroverse, sondern auch die Auseinandersetzung zwischen einer radikalisierten Junglehrerschaft, die um ihre materielle Existenz und berufliche Zukunft kämpfte

und einer aus der Reformpädagogik kommenden durchaus politisch und beruflich fortschrittlichen Gruppe von Funktionären der Gesellschaft der Freunde, die seit Jahren insbesondere als Schulleiter an Volksschulen oder Bürgerschaftsabgeordnete gesellschaftlich arriviert waren.

C.H. Müller setzte sich andererseits auch vehement und kritisch mit den Rechtsverordnungen und den Reichsregierungen Papen, Schleicher und Brüning auseinander. Und er war kein Freund der Nationalsozialisten. In der ersten Ausgabe der HLZ 1933 schrieb C.H. Müller eine Abrechnung mit den Notverordnungen, die insbesondere auch die Schulen getroffen hatten: „An der Wende“: „Das Jahr 1932 wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, das Jahr des Tiefstandes der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sein.“ Müller glaubte: „So stehen wir also im Augenblick der Wende von neuen großen Kämpfen. Viele Kämpfe aber werden, dies dürfen wir sicher sein, weniger ausgefochten mit dem lauten Wort auf offener Straße. Sie werden sein wie die inneren Umsetzungen in einem Organismus. Das Starke und Lebens-sichere setzt sich mählich durch, festigt sich zu geprägter

Form und gibt dem ganzen Gestalt, Rhythmus und Richtung. Suchten wir Lehrer alle, von Ost bis West, in Stadt und Land nicht das Unsere, sondern das der Schule und des Volkes, wir sind sicher, es würde eine Selbst- und Lebenssicherheit um uns werden und wachsen, die unabdingbar wäre. Mit der Unabdingbarkeit unseres pädagogischen, sozialen und volklichen Gewissens wäre uns eine Kraft gegeben, die einmal uns selbst zu Einheit und Einmütigkeit zusammenreißen könnte, die aber auch allen Versuchen zur Fesselung als ein mächtiges Bollwerk entgegenstände. Aufgabe des Deutschen Lehrervereins wird es sein, von oben mehr durch die mitreißende

Wucht großer Stilhaftigkeit den Willen und die Freudigkeit zum Einsatz bis ins letzte Lehrerhaus zu tragen. **Aufgabe eines jeden von uns wird es sein, sich selbst und andere bereit zu machen, materiell und geistig Mann im Glied sein zu wollen.**“ (HLZ 1/1933, S. 2f.)

Es ist nicht die Sprache von heute. Aber das Ziel war für C. H. Müller eindeutig: „Gegenüber allen – obendrein verspäteten – parteipolitischen und konfessionellen Sondermeinungen gilt es der Grundidee der Bildung und Erziehung zu dienen. Und diese Grundidee ist letztlich zusammengefasst in dem einen Wort: **ein freies Volk und eine freie Schule.**“

Ebenso deutlich hatte Müller geschrieben: „Wir fürchten die Kräfte, die nicht die Festigkeit, sondern die Fesselung, nicht das Mächtige sondern die Macht wollen.“ Welche Kräfte er damit meinte, das war eindeutig.

Es sollte fast das letzte sein, was C. H. Müller schreiben konnte. Kurz danach wurde der 47-jährige fast sechs Wochen auf ein schmerzhaftes Krankenlager gezwungen, das er nicht mehr verlassen konnte.

Er starb am 13.3.1933.

Noch am 18.3. schrieb F. Kraus einen Nachruf zu C.H.Müller auf der 1. Seite der HLZ 12/13-1933.

delo



Junglehrernot und starke Auseinandersetzungen in der „Gesellschaft der Freunde“

Die Junglehrernot in den Jahren 1929 bis 1933 führte zur Verzweiflung und Radikalisierung der jungen Generation und zu heftigen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Freunde. Vor welchen Problemen nicht nur die Hamburger Lehrerschaft stand, welche Auswirkungen dies für die Gesellschaft der Freunde, die Hamburger Schulpolitik hatte, soll hier beschrieben werden. Hätte es Alternativen gegeben? Und welche Konsequenzen hatte es für die Kolleginnen und Kollegen, die für radikalere und konsequentere Gegenwehr eintraten? Was schrieb die HLZ dazu?

In der Festschrift zum 175ten Jubiläum der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens/GEW, die im Auftrag der Hamburger GEW 1980 veröffentlicht wurde, gibt es einen Beitrag von Corinna Hauswedell-Bading, die sich mit der „Gesellschaft der Freunde in der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1933“ beschäftigt. Corinna Hauswedell-Bading hat dafür unter anderem die HLZ in dieser Zeit ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis: „Die ‚Gesellschaft‘ sah sich deshalb ab 1930 vor die Situation gestellt, dass die in den zwanziger Jahren teilweise erreichte Sonderstellung Hamburgs im Bildungsbereich – die reformpädagogischen Ansätze in der Volksschule, die verbesserte Lehrerbildung der Volksschullehrer sowie ihre soziale und materielle Höhereinstufung – in kürzester Zeit durch die Krise verloren ging.“ (Festschrift 1980, S. 108)

In mehreren Notverordnungen wurden schrittweise die Beamtenebenbezüge und Lehrgelöhne gesenkt, das Kindergeld halbiert und die Länder ermächtigt, eigenständig weitere Sparmaßnahmen vorzunehmen – was sie auch taten.

Somit bekam ein Lehrer mit zwei Kindern Ende 1932 nach Abzug aller Kürzungen 417,84 Reichsmark. Im Jahre 1930 dagegen 538,70 Reichsmark. Versprochene Preissenkungsmaßnahmen wurden nicht durchgeführt.

Die Gesellschaft der Freunde blieb in diesen Zeiten nicht untätig und wortlos. Die HLZ berichtet immer wieder über zahlreiche Protestversammlungen im Curio-Haus. Hauswedell-Bading stellt fest: „Auf einer gut besuchten Versammlung am 8. Oktober 1931 wurde der Senat in einer Resolution aufgefordert, ‚bei eintretender Besserung der Finanzlage das Besoldungsrecht‘ sofort wiedergutzumachen, und der Vorsitzende Küchler richtete an die Versammlung die Aufforderung, ‚dem Schulsenator in seinem Kampf gegen die allmächtige Hochfinanz den Rücken zu stärken‘. Einige Anwesende stimmten gegen die vorgelegte Resolution, ‚weil sie ihnen nicht scharf genug gehalten‘ war.“ (Ebd., S. 110)

Die HLZ berichtete in zunehmendem Maße unter Überschriften wie „Schulen in Opposition“ über Protestschreiben von Lehrerkollegien und Elternräten an

Behörde und Senat. Berichtet wurde auch, dass in manchen Schulen über Schulstreiks diskutiert wurde. Denn die Sparpolitik in der Schule hatte dazu geführt, dass der Klassendurchschnitt mittlerweile auf eine Größe von 39,6 Kindern in der Klasse gesteigert werden sollte, was „real für viele Klassen weit über 40 Schüler bedeuten musste.“ (HLZ 9/1932, S. 128)

Eine Mitte 1932 vom Schulbeirat geplante zentrale Eltern- und Lehrer- Protestkundgebung scheiterte, „weil die rechte Fraktion im Schulbeirat ihre Teilnahme absagte.“ (Festschrift, S. 112)

Am gravierendsten waren die Auswirkungen für die Junglehrerschaft, die in existenzielle Not geriet. Von daher überrascht es nicht, dass diese in ihren Forderungen massiver und radikaler wurde. Für die nach 1900 Geborenen, für die der Beruf des Volksschullehrers sozialer Aufstieg bedeutete und das Ziel war, worauf sie jahrelang zugearbeitet hatten. Viele kamen nach ihrer Volksschulzeit über Präparandenanstalten und Lehrerseminare, einige hatten, nachdem es in Hamburg seit 1926 möglich war, an der Universität ein Volksschullehrerstudium zu

absolvieren, davon Gebrauch gemacht. Und nun wurde alles infrage gestellt.

„Die Junglehrer besaßen in den ersten vier Dienstjahren noch keinen Beamtenstatus, sondern befanden sich in einem tariflichen, beziehungsweise außerplanmäßigen Anstellungsverhältnis. Das bedingte, dass sie nur 90 % des Anfangsgehalts ihrer zukünftigen Besoldungsgruppe erhielten und ihre Stellung kündbar war. In der Krise führte dieser Umstand dazu, dass die Junglehrer unmittelbar der Existenzbedrohung ausgesetzt waren. Die Gehaltskürzungen der Notverordnungen trafen die Tarifler in gleichem Umfang wie die verbeamteten Lehrer. Hinzu kamen in Hamburg zwei weitere einschneidende Verschlechterungen der materiellen Lage der Junglehrer. Die bereits im Zusammenhang mit dem Sparprogramm des Senats vom August 1931 erwähnte vorsorgliche Kündigung von 314 Tariflern im Volksschullehrerbereich wurde zwar als Kündigung von der Behörde nicht aufrechterhalten, da sonst wichtige Bereiche der Volksschularbeit vollständig zusammengebrochen wären, so dass die 314 Junglehrer sich die Gehaltssumme von nunmehr nur noch 208 Tariflerstellen teilen mussten. Dies wurde erreicht, indem ein Großteil der Junglehrer auf dreiviertel Stundenzahl bei entsprechend weniger Gehalt gesetzt wurde. Darüber hinaus wurde ihr Gehalt von 90 % des Anfangsgehalts auf 85 % heruntersetzt.“

Alle materiellen Einbußen zusammengenommen, erhielt ein Junglehrer am Ende des Jahres 1932 genau 50 % weniger Gehalt als 1930.“ (Hauswedell-Bading, S. 113)

Die HLZ berichtete von dem Fall einer verheirateten Tariflerin mit Kind, der durchaus keine Ausnahme darstellte. Die Junglehrerin war „sukzessive von 296 Reichsmark netto auf 119,86

Reichsmark herabgesetzt (worden). Nach Abzug der Miete und des Fahrgeldes zur Schule blieben zum Leben von drei Personen noch 55 Reichsmark übrig.“ (HLZ 45/1939, S. 645)

Und für alle zukünftigen Lehrer, die nach Beginn der geschilderten Krise ihre Ausbildung beendeten, war die Situation noch katastrophaler. Der in Hamburg beschlossene Einstellungsstopp führte dazu, das Ende 1932 über 300 Junglehrer in Hamburg arbeitslos waren. Da die Möglichkeiten, sich durch Nebentätigkeiten den Lebensunterhalt zu verdienen, rapide abnahmen, blieb den stellungslosen Junglehrern „bei der verschärften Krise nur eines: die Wohlfahrt.“ (HLZ 19/1932, S. 212)

Corinna Hauswedell-Bading berichtet, dass das Problem der Junglehrernot Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit der „Gesellschaft“ zwischen August 1931 und Februar 1932 wurde. Dabei kam es zu verschärften Auseinandersetzungen über die Formen des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes und Unterstützungsmaßnahmen der „Gesellschaft“ für die Junglehrer. Nach heftiger Debatte wurde auf einer großen Versammlung am 27. Oktober 1931 beschlossen, unter den Tariflehrern eine Urabstimmung über einen Streik herbeizuführen. „Das Ergebnis – 33 Stimmen wurden für den Streik, 192 dagegen abgegeben. Danach erfolgte eine grundsätzliche Debatte in der ‚Gesellschaft der Freunde‘ über Aufgaben und Funktion der Gewerkschaft. „Während einige links vom Vorstand der Gesellschaft stehende, meist in der KPD organisierte oder ihr nahestehende Lehrer die Auffassung vertraten, es sei Aufgabe der Gewerkschaft, gerade angesichts der Krise ‚Streikbereitschaft‘ zu entwickeln und nicht durch Zugeständnisse ‚dem Staat Pflichten abzunehmen‘, hielt der ‚Gesellschafts‘-Vorstand ihnen entgegen, dass

die ‚Gesellschaft‘ erst durch Sich-Selbst-Aufrufen zu solidarischer Opfergemeinschaft den Namen der Gewerkschaft verdient.“ (HLZ 5/1932, S. 62)

Und Hauswedell-Bading stellt fest:

„Dieser Auffassung entsprechend konzentrierten sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten vorrangig auf materielle und juristische Unterstützungsmaßnahmen für die Junglehrer. Es wurde die Einrichtung einer ‚Nothilfe‘, eines Sonderfonds zur finanziellen Hilfe für arbeitslose Mitglieder der ‚Gesellschaft‘ beschlossen und ein Musterprozess gegen den Senat angestrengt, der die Rechtmäßigkeit der Herabsetzung des Tarifsatzes klären sollte, jedoch bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung zu keinem Ergebnis führte.“ (Festschrift, S. 114)

Neben den Junglehrern hatten insbesondere auch die verheirateten Lehrerinnen unter den Krisenfolgen zu leiden. „Mit dem Schlagwort vom ‚Doppelverdienstertum‘ wurde im Reich eine öffentliche Kampagne gegen die Berufstätigkeit der verheirateten Beamtinnen durchgeführt, die die verfassungsmäßig verankerte Gleichberechtigung in der Praxis grundsätzlich infrage stellte und die Funktion erfüllte, die verschiedenen von der Krise betroffenen Gruppen der Lehrerschaft im Kampf um den Arbeitsplatz gegenseitig auszuspielen.“ (Ebd.)

Zunächst wurden die verheirateten Lehrerinnen aufgefordert, zu Gunsten der stellenlosen Junglehrer auf Ihren Arbeitsplatz zu verzichten. Im Oktober 1931 wurden alle verheirateten Lehrerinnen auf 15 Wochenstunden bei entsprechend geringerem Gehalt herabgesetzt. Diese Diskussion hatte also schon infolge der Weltwirtschaftskrise stattgefunden und Folgen gehabt.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurden bis Ende August 1933 103 festgestellte verheiratete Lehrerinnen

aus dem Hamburger Schuldienst entlassen. Dazu kamen 68 noch nicht fest angestellte verheiratete Lehrerinnen, denen ebenfalls gekündigt wurde.

Noch wesentlich größer war die Säuberungsaktion mithilfe des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Danach wurden sowohl Beamte „nicht arischer Abstammung“ entlassen, in großem Maße aber auch Lehrerinnen und Lehrer aus politischen Gründen. Ein Großteil der reformpädagogischen Leh-

rer und Schulleitungen wurden entlassen oder in den Ruhestand versetzt, Insgesamt 637 Lehrkräfte wurden aus dem Schuldienst entfernt.

„Die so freigemachten Stellen besetzte Hamburg von 1933-1935 mit insgesamt 468 jungen Lehrerinnen und Lehrer, zumeist nach 1900 geborenen. Dass dies auch zur Stabilisierung des nationalsozialistischen Systems gedacht war, führte Hildegard Milberg aus: „Der nationalsozialistische Staat konnte daher sicher sein, dass er sich die meis-

ten der 1933 Neueingestellten nach den Jahren beruflich ungesicherter Zeit und materieller Not, die sie durchlebt hatten, zu Dank verpflichtet.“ (Hildegard Milberg: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 370)

Darunter waren in der Tat viele Aktivisten, die schon als vergleichsweise junge Pädagogen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) oder als Schulleiter danach Karriere machten.

HANS-PETER DE LORENT

INTERESSENGEMEINSCHAFT OPPOSITIONELLER LEHRER (IOL)

Oppositionelle Junglehrer_innen 1933 von den Nazis verfolgt

Anders erging es denjenigen Altersgenossen, die innerhalb der Gesellschaft der Freunde für radikalere Maßnahmen gegen die Junglehrernot gekämpft hatten. Sie waren zum Teil in der Interessengemeinschaft Oppositioneller Lehrer (IOL) organisiert. Zu ihr gehörten weitgehend junge Lehrerinnen und Lehrer, viele davon KPD-Mitglieder, aber auch Sozialdemokrat_innen und Parteilose, die das gleiche Schicksal teilten.

Über die Arbeit der IOL und ihre Bedeutung schrieb eines ihrer damaligen Mitglieder, Dietrich Rothenberg, in dem von Reiner Lehberger und mir herausgegebenen Band „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz (Hamburg 1986, S. 146ff.) Diese Gruppe war laut Rothenberg keine grundsätzlich gegen die Gewerkschaftsführung organisierte „Rote Gewerkschaftsopposition“. Das Oppositionelle richtete sich gegen die staatliche Schul-Sparpolitik. Und da hier die existenziellen Interessen der Junglehrerschaft betroffen waren, zeigten sich die Mitglieder der IOL als vehemente Kritiker der Repräsentanten sowohl der staatlichen Schulpolitik als auch derjenigen, die in

den Gewerkschaften aus Sicht der IOL nicht mit aller Kraft dagegen kämpften. Da in Hamburg ein Bündnis von SPD und DDP/Deutsche Staatspartei regierte und führende Vertreter der Gesellschaft der Freunde diesen Parteien angehörten und zum Teil auch Bürgerschaftsmitglieder waren, wurden die Auseinandersetzungen in der Gesellschaft der Freunde sehr unfreundlich und zum Teil sehr persönlich geführt. Besonders der kurzzeitige HLZ-Schriftleiter C. Hermann Müller bezichtigte die von ihm auch namentlich genannt IOL-Mitglieder als kommunistisch gesteuert und erntete massiven Widerspruch.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten kam es sofort zu einer groß angelegten Entlas-

sungs- und Pensionierungswelle.

• Die IOL hatte internationale Kontakte geknüpft und die halfen einem ihrer Sprecher in den Diskussionen innerhalb der „Gesellschaft“, **Albert Fleischer** geb. 1903, der auch einen jüdischen Hintergrund hatte, sein bedrohtes Leben zu retten und 1933 nach Dänemark zu emigrieren.

• **Hans Dibbern** geb. 1902, war seit 1925 Lehrer in Hamburg, Mitglied der KPD und engagiert in der „Gesellschaft“ als Debattenredner. Im März 1933 von den Nazis aus dem Schuldienst entlassen, leitete er eine danach illegale Lehrer-Widerstandsgruppe, die aus sieben Einzelgruppen bestand. Dibbern wurde im Dezember 1933 verhaftet und wegen „Vor-



Rudolf Klug mit seiner Klasse auf dem Hof der Schule Telemannstraße (etwa 1931)

bereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Während der Verhöre war er schwer misshandelt worden, um an ihm ein Exempel zu statuieren. Nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe in Oslebshausen wurde er im Februar 1943 zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen. Nach Kriegsende ging er als Lehrer nach Greifswald, konnte sich jedoch von den Misshandlungen, den Haft- und Kriegsstrapazen nicht mehr erholen und starb nach intensiver, erfolgreicher Lehrertätigkeit am 14.3.1957.

• **Rudolf Klug**, geboren 1905, bekam nach einem Volksschullehrer-Studium 1927 eine Anstellung als Lehrer in Hamburg an der Schule Telemannstraße. Er kandidierte 1932 für die KPD zur Bürgerschaft und sollte darauf aus dem Schuldienst entlassen werden. Nach Protestaktionen von Schülern und Eltern wurde die Entlassung in eine Versetzung an eine andere Schule umgewandelt. Rudolf Klug war es, der bei der Gleichschaltungsveranstaltung der Gesellschaft der Freunde mit dem NSLB im Curio-Haus am 27. April 1933 den Antrag auf Aussprache zum Thema Gleichschaltung stellte. Dieser Antrag wurde bei sieben Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen abgelehnt. Klug wurde kurze Zeit später verhaftet und 1935 wegen Vorbereitung

zum Hochverrat verurteilt. Nach seiner Entlassung wurde er 1937 erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, 1939 entlassen. Obwohl er von der Wehrmacht als „wehrunwürdig“ ausgeschlossen war, wurde er 1943 doch Soldat und nahm in Norwegen Verbindung zu sowjetischen Kriegsgefangenen und norwegischen Widerstandskämpfern auf. Dort wurde er verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt und am 28.3.1944 erschossen.

• Zu den sieben Lehrern die auf der Gleichschaltungsverammlung am 27.4.1933 im Curio-Haus für eine Debatte zum Gleichschaltungsantrag

gestimmt hatten gehörte auch **Wilhelm Zeß**, geb. 1902, der nach dem damals üblichen Bildungsgang Volksschule, Seminarschule, Lehrerseminar 1923 nichtfestangestellter Lehrer in Hamburg wurde. Nach der 2. Lehrerverprüfung wurde er 1929 Beamter auf Lebenszeit. Er war Mitglied der KPD und der IOL. 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet und verhört und später aus dem Schuldienst entlassen. Nach dem Krieg wurde er 1945 als Lehrer wieder eingestellt. Mit ihm und Dieter Rothenberg habe ich 1982 gesprochen und beide porträtiert für die HLZ und für den Band „Die Fahne hoch“ (Hamburg 1986, S.160ff.).

• Auch der Bruder von Wilhelm Zeß, **Paul Zeß**, gehörte zu den sieben Personen, die für eine Debatte über die Gleichschaltung stimmten. Paul Zeß, 1904 geboren, fand 1926 eine Anstellung als Hilfslehrer in Hamburg. Er war Mitglied der KPD seit 1927, aktiv in der Gesellschaft der Freunde und später in der IOL. Nach 1933 betätigte er sich im antifaschistischen Kampf und wurde mit seinem Freund Fritz Kiehne 1938 von der Gestapo verhaftet und in Schutzhaft genommen. Während der Haft wurde er von Schulsenator Karl Witt aus dem Schuldienst entlassen. Zuerst verurteilte man ihn wegen



Paul Zeß (oben 1.v.l.) und Wilhelm Zeß (oben 4.v.l.) im Kreise ihrer Familie

„fortgesetzter Vorbereitungen zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis. Paul Zeß absolvierte nach der Haftentlassung eine Maurerlehre und wurde danach im Oktober 1940 als Sanitätssoldat in den Krieg gezogen, im Januar 1946 kehrte er aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück und wurde wieder in den Hamburger Schuldienst aufgenommen.“

• **Carl Pestlin**, geb. 1902, war schon nach dem absolvierten Lehrerseminar 1922 Hilfslehrer geworden und nach der 2. Leh-



Carl Pestlin

rerprüfung 1928 fest angestellt. Seit 1927 gehörte er als Mitglied der SPD an und ein Jahr später dem Reichsbanner. Auch er engagierte sich in der IOL. Nach einer Denunziation des Hausverwalters („in der Wohnung finden kommunistische Versammlungen statt“), suchte ihn am 4.4.1933 die Staatspolizei auf. Es kam zu einer Hausdurchsuchung, bei der nichts Belastendes gefunden wurde. Die Kriminalsekretäre vermerkten: „Pestlin gab die Hamburger Lehrerzeitung zur Akte. Die Zeitung der oppositionellen Bewegung hatte er nicht.“ Oberschulrat Mansfeld selbst hatte dazu erklärt, dass aus seiner Sicht „Pestlin vor der Machtübernahme stark gewerkschaftlich interessiert gewesen sei, ohne jedoch das politische Moment in den Vordergrund zu rücken.“ Und Mansfeld hatte auch erklärt: „Eine oppositio-

nelle Lehrerbewegung hat es nicht gegeben. Es handelte sich um eine Gruppe oppositioneller Lehrer, die im Kampfe mit dem Vorstand und den maßgebenden Vertretern der Gesellschaft der Freunde, ganz besonders im Hinblick auf den durch die Notverordnungen erfolgten Gehaltsabbau und die Behandlung der Junglehrerfrage, entstanden war. Von einer Organisation, jedenfalls bis zum Augenblick der Machtübernahme, konnte keine Rede sein. Organisiert waren diese Lehrer in der Gesellschaft der Freunde, deren typische Haltung sie bekämpften.“ Dennoch blieb Carl Pestlin entlassen und arbeitete als kaufmännischer Angestellter, bis er 1941 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach dem Krieg wurde er 1947 Schulleiter der Westerschule in Finkenwerder.

• **Fritz Kiehne**, geb. 1907, besuchte als Schüler die Breitenfelder Straße und später die Lichtwarkschule und kam nach dem Abitur und der Lehrerausbildung in der Universität Hamburg 1928 an die reformfreundige Schule Burgstraße. Kiehne war parteilos und aktiv in der IOL sowie ebenfalls eine der sieben Personen, die für eine Aussprache zum Thema Gleichschaltung bestimmt hatten. Nach der



Fritz Kiehne

Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte sich die IOL aufgelöst in verschiedene

kleine illegale Lehrergruppen gebildet. Fritz Kiehne übernahm die Leitung einer solchen Gruppe. Zusammen mit seiner Frau Hertha und seinem Freund Paul Zeß wurde er am 24.4.1938 verhaftet. Schon während der Untersuchungshaft war Kiehne fristlos entlassen worden. Auch er wurde am 8.11.1938 zu einem Jahr Gefängnis wegen „fortgesetzter Vorbereitung des Hochverrates“ verurteilt. Nach der Haftentlassung arbeitete er als Erzieher und wurde 1941 zur Marine eingezogen. Nach der Entlassung aus Französischer Kriegsgefangenschaft am 7.11.1946 arbeitete er wieder im Hamburger Volksschuldienst und wurde 1949 Schulleiter an der neuen Schule am Altonaer Volkspark.

• **Walter Flacke**, geb. 1907, hatte eine Lehre in einem Schifffahrtskontor absolviert und als englischer Korrespondent in



Walter Flacke

einer Reederei gearbeitet, nebenbei Englisch und Spanisch gelernt und als Externer einer privaten Abendschule am Dammtor 1929 die Reifeprüfung abgelegt. Er studierte bei Prof. Gustaf Deuchler, der sich immer stärker den Nationalsozialisten zuwandte und die vorgelegte Disposition der Prüfungsarbeit von Walter Flanke ablehnte. Flacke pflegte Kontakte zur IOL und wurde mit Hans Dibbern zusammen am 28.12.1933 von der Gestapo verhaftet. Damit begann

ein Martyrium schwerster Folter und Misshandlung, Zuchthaus, Kriegseinsätze, Kriegsgefangenschaft. Erst 1948 konnte Walter Flanke die Lehrertätigkeit in Hamburg aufnehmen und sehr aktiv im Lesebuchausschuss der GEW arbeiten.

• **Dieter Rothenberg**, geb. 1906, hatte in Jena bei Peter Petersen studiert und an dessen Versuchsschule nach dem Jena-Plan regelmäßig hospitiert. Nach dem Staatsexamen 1928 war er zunächst arbeitslos. Die neue nazistische Regierung in Thüringen führte nach Abschaffung der Universitätsausbildung für Lehrer wieder das alte Lehrerseminarprinzip ein. Jeder Lehrer musste ein Instrument spielen, Religion unterrichten können und die alte preußische Schulzucht wurde wiederhergestellt. Dieter Rothenberg erfuhr, dass in Hamburg Lehrer mit Universitätsausbildung gesucht wurden, bewarb sich und wurde im April 1929 eingestellt. Fritz Köhne, inzwischen Schulrat, nahm Rothenberg als Peter-Petersen-Schüler positiv auf und stellte ihn in der Versuchs- und Gemeinschaftsschule Telemannstraße ein. Rothenberg arbeitete sogleich in der „Gesellschaft der Freunde“ mit im Pädagogischen Ausschuss und im Ausschuss für Völkerversöhnung (Friedensausschuss). Gleichzeitig engagierte er sich für die Interessen der Junglehrer und organisierte sich in der KPD und der IOL. Im Februar 1933 hatte er noch in der HLZ einen Artikel unter der Überschrift „Luftschutzpropaganda in den Schulen bedeutet Erziehung zum Krieg“ geschrieben (HLZ 8/1933, S.131) Darin heißt es: „Für 50-60 Schulen sind Pläne über eine Einrichtung von Gasschutz-Kellern ausgearbeitet worden. Wie es mit der Brauchbarkeit bestellt ist, beleuchtet folgendes Beispiel: Der geplante Keller in der Schule in der Meerweinstraße soll für 275 Kinder ausreichen (wie viele Stunden

oder Tage?), während die Schule von über 1000 Kindern besucht wird. Was wird im Ernstfall mit den anderen? Was geschieht, wenn bei einem Luftangriff die Bevölkerung der Umgebung auch in den ihr bekannten Keller drängt?“ Dieter Rothenberg beschließt seinen Artikel mit dem Appell: „Es ist höchste Zeit, dass sich die Lehrerschaft einmütig und geschlossen gegen alle Dinge kehrt, die nichts anderes zum Zweck haben, als der psychologischen, ideologischen und physiologischen Kriegsvorbereitung der Jugend zu dienen.“ (Ebd.)

Bei dem Gespräch, das ich 1984 mit ihm für ein Porträt in der „HLZ-Serie: Schule unterm Hakenkreuz“ führte, fragte ich ihn, ob er keine Angst hatte damals, nachdem Hitler bereits Reichskanzler geworden war, sich so eindeutig zu exponieren. Dieter Rothenberg verneinte: „Damals noch nicht. Ich hatte 1933 die Hoffnung auf ein Zusammengehen von SPD und KPD noch nicht aufgegeben.“ (HLZ 4/1984 S. 50)

Rothenberg gehörte bei der Hauptversammlung am 27.4.1933, auf der die Gewerkschaft mit dem NSLB gleichgeschaltet wurde, zu den sieben Personen die mit Rudolf Klug Besprechung beantragten. Und auch er wurde später von der Gestapo verhört und 1940 im Herbst in den Kriegsdienst gezogen. 1944 gelang es ihm, aus der Wehrmacht zu desertieren. Als ich für die HLZ 4/1984 ein Porträt über ihn schrieb, sagte er: „Wenn ich zurück denke, verdanke ich mein Leben dem Schweigen einiger Genossen.“

Hier sind einige der Kollegen genannt worden, die versucht haben, für die Interessen der Junglehrer und später gegen die Naziherrschaft in Hamburg zu kämpfen. Eine große Anzahl mehr von Lehrerinnen und Lehrern und Hochschulangehörigen wurde aus rassistischen Gründen



Dieter Rothenberg

verfolgt und ermordet, aber auch wegen ihrer Versuche, den Nationalsozialismus nicht kampfflos hinzunehmen. An den wenigen Beispielen kann gezeigt werden, welcher Gefahr sich jeder einzelne aussetzte. Grund genug, ihnen ein Denkmal zu setzen. Es ist bedauerlich, dass der Widerstand nicht kräftiger und zahlreicher gewesen ist. Aber bei dem Terror, der in den zwölf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“ ausgeübt wurde, ist es zumindest nachvollziehbar, wenn die Zahl der Mutigen und Helden nicht größer gewesen ist. Ludolf Mevius schrieb in der HLZ 14/1978, „dass 1417 Hamburger Widerstandskämpfer bei der ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘, bei der Fortführung verbotener Organisationen oder um ihres Glaubens willen ihr höchstes Gut, ihr Leben, opfern mussten“. (Seite 15ff.) Darunter befanden sich 63 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer, die er im einzelnen aufzählt, so wie wir es in der Folgezeit in der HLZ an verschiedenen Stellen wiederholt haben.

Was schrieb Bertolt Brecht: Ihr, die Ihr auftauchen werdet aus der Flut

In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.

HANS-PETER DE LORENT

1933-1945

Dort wo man Bücher verbrennt,
verbrennt man auch am Ende Menschen

Heinrich Heine



Der Übergang in der HLZ-Schriftleitung im Jahr 1933

aus der Sicht von Friedrich Kraus im Jahr 1962

Nachdem C. Hermann Müller im März 1933 gestorben war und die Nationalsozialisten im Reich und auch in Hamburg an die Macht gekommen waren, verhandelte die Gesellschaft der Freunde mit dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), um ihre materiellen Werte zu sichern: das Curio-Haus, das seit seinem Bau 1911 mit Mitgliederbeiträgen finanziert wurde und die sozialen Witwen- und Waisen-Kassen, mit denen die Existenz der Familien verstorbener Mitglieder abgesichert wurden. Und es ging natürlich darum, wer die HLZ weiter leiten sollte.



Friedrich Kraus

„An der Wende“ war der Neujahrsartikel C. H. Müllers 1933 überschrieben. Als Wende sah er eine sich anbahnende Überwindung des Chaos. „Wir fürchten die Kräfte, die nicht die Festigkeit, sondern die Fesselung, nicht das Mächtige, sondern die Macht wollen. Weder der Schriftleiter noch die Herausgeber der HLZ traten verschüchtert ins neue Jahr; die Abrechnung des Verlages war so gut, dass er noch dem Vereinshaus Geld leihen konnte. Aber ehe noch Clio begann, mit dem braunen Pinsel zu schreiben, wurde die Leitung der Lehrerzeitung empfindlich getroffen durch die plötzliche Erkrankung des Schriftleiters;

Mitte Januar sank er fiebernd in die Kissen. Wohl stellte er noch zwei Nummern der Zeitung zusammen und zeichnete noch zwei, nachdem er sich mit der Vorlage einverstanden erklärt hatte, verantwortlich mit seinem Namen; aber die Schriftleitung, die nach der Satzung der Presseausschuss zu regeln hatte, fiel nun dessen Vorsitzendem F. Kraus zu.

Eine Neuwahl eines Schriftleiters kam nicht in Frage; denn C. H. Müller war erst am 16. Januar wiedergewählt worden, eine Rücktrittserklärung lag nicht vor und konnte auch nicht erwartet werden; außerdem hatte die Politik die Gemüter so erregt, dass an eine Versammlung der „Gesellschaft“ nicht zu denken war. Der stellvertretende Schriftleiter sah aus der Fülle der Zeitungen, die er täglich durchzusehen hatte, dass ein Verbot der Lehrerzeitung, wie in Sachsen, oder ihre Gleichschaltung, wie bei der Deutschen und der Preußischen zu erwarten war. Er vermied Post und Telefon, hatte alles Material immer bei sich im Stadtkoffer, arbeitete irgendwo und kam, vom Wochenende abgesehen, nur zum Schlafen nach Hause.

Sein bester Mitarbeiter war

die Schere; denn es galt, was in den Zeitungen über die Maßnahmen und Reden der neuen Machthaber zu finden war, den Lesern zu bieten und es zu kommentieren und dabei die alte Richtung innezuhalten. Nach der Reichstagswahl im März verteidigte er als „Programm“ die alten Forderungen von 1918: die nationale Einheitsschule, Selbstverwaltung, Gewissensfreiheit und Völkerverständigung; im April nannte er „Erbe von Potsdam“ die Förderung des Volksschulwesens, den akademischen Dorfschullehrer, Gleichheit vor dem Gesetz und Toleranz und schloß: „Potsdam und Weimar, Wien und Nürnberg und wie sie alle heißen, alle haben beigetragen zum lebendigen Bau des heutigen Volkstums ... Das ganze Deutschland soll es bleiben!“ Als Zensor diente G. Niebank. Die noch in den alten Händen befindlichen Lehrervereinzeitungen drucken von uns ab, wie auch die HLZ einen mutigen Artikel der Westfälischen Schulzeitung übernahm, in dem es hieß: „Was der Masse genehm ist, ziemt uns Lehrern noch lange nicht.“

Am 14. März starb C. H. Müller. Der Presseausschuss

bestimmte: „Kraus macht weiter.“ Da jedoch die Lage der Zeitung und der Schriftleitung ungesichert erschien, plante der Ausschuss in seiner Sitzung am 20. März eine kollektive Schriftleitung, für die ein weniger gefährdet erscheinender Pensionär aus der alten Richtung verantwortlich zeichnen sollte; hierfür fand sich A. Hachmann bereit. (August Hachmann, geboren 10.12.1867, im Ruhestand ab 1.12.1931)

Inzwischen hatten jedoch zwischen dem Vorstand und dem Kollegen W. Schulz, der als neuer Vorsitzender ausersehen war, Übernahmeverhandlungen stattgefunden und der Tag der Gleichschaltung stand vor der Tür, damit auch der der HLZ.

Über den Verlauf der Versammlung am 26. April ist die hamburgische Lehrerschaft unterrichtet; die Abtretenden hatten es nicht vermocht, wie hinterher der „Aufbau“ gerne gesehen hätte, dass „Neue“ „mit Wärme und spontaner Zustimmung“ zu begrüßen. Die alte Führung empfand Resignation, zeigte sich aber als unerschrocken im Kampfe bis zuletzt. Die letzte (107.) Sitzung des Presseausschusses am 8. Mai 1933 befasste sich mit Fragen der Geschäftsführung.

Als Schriftleiter wurde Dr. Heinrich Geffert gewählt. Er hatte sich bereits im Presseausschuss eingeführt und bei C.H. Müllers Tode sich zur Übernahme der Buchbeilage bereit erklärt. Durch viele Aufsätze in der HLZ und den anderen angesehenen Organen war er der Lehrerschaft bekannt geworden als ein Pädagoge, dem ein moderner wirklichkeitsnaher Deutschunterricht am Herzen lag, und als feiner Stilist. Die jungen Kollegen hatten ihn bei ihrer praktischen Ausbildung als hilfsbereiten, kundigen und menschenfreundlichen Führer schätzen gelernt.

Seiner Gabe zu vermitteln,

verdankte die hamburgische Lehrerschaft in hohem Maße, dass die Gleichschaltung der „Gesellschaft“ katastrophenfrei verlief. Achtung vor dem hochwertigen aber empfindlichen Bau, den die „Gesellschaft“ darstellte und vor deren Führerpersönlichkeiten wusste er dem neu ausersehen Vorsitzenden W. Schulz, seinem alten Schulfreund, zu vermitteln. Er war daher auch der Kollege, der geeignet erschien, soweit es durch die HLZ weiterhin möglich sein sollte, den Verein um Stromschnellen herumzuleiten, diesen Dienst zu leisten. Wäre er nicht in die Bresche gesprungen, hätten sich radikale Elemente der Schriftleitung bemächtigt. Von beiden Seiten um Übernahme der Schriftleitung gebeten, erklärte er sich bereit und die Kundgebung, die ihm durch einstimmige Wahl zuteil wurde, hatte „seine Bedenken beseitigt“.

Die Aufgabe des neuen Schriftleiters war schwer, da manche alten Kämpfer ihre Stunde gekommen glaubten und in alles hineinreden wollten, wovon sie nicht viel verstanden. So erschien denn auch beim Umbruch der zweiten Nummer ein braun Uniformierter, dem die erste Nummer nicht gefallen hatte, in der Setzerei, um sich einzumischen. Der Reporter, der mit H. Geffert befreundet war und ihm wie auch den früheren Schriftleitern bei den Arbeiten letzter Hand helfen wollte, verließ darauf sofort das Haus, fuhr zu dem Vorsitzenden Schulz und protestierte gegen das Verfahren und kehrte nicht wieder.

In dieser schwierigen Lage erschienen dem Schriftleiter die Hände gebunden; er musste sich nach der Decke strecken. Wie er dachte, hat er zeigen können, als er Herrn Küchler und dem alten Vorstand für ihr „treues und hingebungsvolles Wirken“ dankte. Er selber fand Trost und Zuspruch in Briefen alter Führer der „Gesellschaft“, die aber kein Bekanntwerden vertrugen. Was

er dann weiterhin leistete, wurde zu einem Opfer auf verlorenem Posten. Für die langen Programmreden, die er abdrucken musste, konnte er nicht verantwortlich gemacht werden. Die Arbeit der „Gesellschaft“ ruhte und beunruhigte die Öffentlichkeit nicht; ein 10 Seiten langer Artikel über die hamburgische Lehrerbildung von Deuchler stand noch zwischen den Zeiten; er hat sie auch nicht retten können.

„An der Wende“ stand im Oktober über der ersten Seite der HLZ.

W. Schulz verkündigte damit, dass die Zeitung nicht mehr der „Gesellschaft“, sondern „dem Ganzen“ diene und gehöre. Im Kopf der Zeitung erschien, dem Geier gleich, ein schwebender grauer Wappenvogel, der ein markiges Hakenkreuz in der Brust trug. Der Titel lautete nun: „Hamburger Lehrerzeitung, Wochenschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Gau Hamburg“. Damit war auch deutlich sichtbar gemacht, dass der hamburgische Geist ans Hakenkreuz geschlagen wurde, und H. Geffert legte zum Jahresende das ihm sinnlos gewordene Amt der Schriftleitung aus der Hand. Der neue Schriftleiter war Dr. Max Fehring. Dem Stil der Zeit entsprechend wurde von dem Übergang weder mit Dank an den scheidenden noch Vorstellung des neuen Schriftleiters Notiz genommen. Als das Meckern verboten wurde, wandte sich auch der neue Schriftleiter gegen „entartete Kritik“. Die HLZ war zahm geworden; sie trat bald auch äußerlich zurück, als sie nur noch als Beilage des „Deutschen Erziehers“ aus Bayreuth mitversandt wurde. Im Krieg verschwand sie bald ganz.

FRIEDRICH KRAUS
(40 Jahre Hamburger Lehrerzeitung
in HLZ 1/1962, S. 22-24.)

Heinrich Geffert

„Der gewalttätige Nationalsozialismus ist seinem gütigen Wesen völlig fremd geblieben.“

Heinrich Geffert nahm 1933 eine wichtige Vermittlungsfunktion wahr, als die reformpädagogische Volksschullehrer-Gewerkschaft, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schulen und Erziehungswesens“ gleichgeschaltet und mit all ihren Werten und Einrichtungen von dem NSLB geschluckt werden sollte. Geffert war zusammen mit dem zukünftigen ‚starken Mann‘ im Hamburger NSLB, Willi Schulz, im selben Lehrerseminar ausgebildet worden. Geffert vermittelte ein Gespräch zwischen dem seinerzeitigen Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde und Willi Schulz und wurde selbst nach der Gleichschaltung, für das Jahr 1933 Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Er war in der Lehrerbildung tätig, bekam eine Professur und leitete eine Lehrerbildungsanstalt. Geffert wurde die Gnade eines langen Lebens zuteil. Er starb 1987 mit fast 100 Jahren.



Heinrich Geffert

Heinrich Geffert wurde am 19.5.1887 als Sohn des Häuslers Johann Heinrich Geffert und seiner Ehefrau Dorothee in Himbergen, in der heutigen Görde, geboren. Als Häusler bezeichnete man früher Kleinbauern mit eigenem Haus, aber nur wenig Grundbesitz. Er besuchte die dortige Volksschule und wech-

selte mit 14 Jahren in die Präparandenanstalt Lüneburg und 1904 auf das königliche Lehrerseminar zu Lüneburg, das er am 15.6.1907 mit der ersten Lehrprüfung verließ.

Der gleichaltrige Willi Schulz, in Bergen, Kreis Lüchow, geboren, war von der Präparandenanstalt bis zur Prüfung im Lehrerseminar in Lüneburg mit Geffert befreundet. Das sollte später für die Hamburger Bildungsgeschichte noch relevant werden.

Nach der ersten Lehrprüfung 1907 meldete sich Heinrich Geffert, um die Ausbildung als Einjährig-Freiwilliger im Füsilier-Regiment 73 in Hannover zu absolvieren. Danach arbeitete er ein halbes Jahr an einer preußischen Landschule, um dann 1909 in den Hamburger Volksschullehrerdienst einzutreten. An der Schule Borsfelder Chaussee 127/129 machte er seine zweite Lehrprüfung, um dann am 1.3.1909 als Hilfslehrer beschäftigt zu werden.

Seit dem 1.10.1911 war er fest angestellter Volksschullehrer in Hamburg. 1919 wechselte er an die von Carl Götz geleitete Versuchsschule Telemannstraße und später an die Mädchenschule Kielortallee 20, an der er bis 1926 tätig war.

Unterbrochen wurde dies durch den Kriegsdienst von September 1914 bis November 1918, bei dem er nach eigenen Angaben „vor allem an den Kämpfen in Flandern teilnahm“.

In seinem Lebenslauf wies Heinrich Geffert darauf hin, dass er „mehrere Jahre als freiwilliger Mitarbeiter in der Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Borstel tätig“ gewesen war und dort „eine Auswahl aus den Schriften Alfons Paquets herausgegeben“ hatte. Alfons Paquet (1881-1944) war ein deutscher Journalist und Schriftsteller gewesen, der als Kuratoriumssekretär in Frankfurt a.M. jahrelang den Goethe-Preis überreichte. Er galt als „Pazifist

im NS-Staat“ und war als Reise-Schriftsteller bekannt geworden.

Nach dem Krieg arbeitete Heinrich Geffert weiter als Volksschullehrer und studierte parallel dazu elf Semester an der Hamburgischen Universität, „vorwiegend auf den Gebieten der Pädagogik und Psychologie, daneben auch auf dem der neuen deutschen Literatur“.

Als seine akademischen Lehrer nannte er in seinem Lebenslauf u.a. die Professoren Conrad Borchling, Gustaf Deuchler, Ernst Cassirer, William Stern und Peter Petersen. Im Kontext der von Heinrich Geffert im Sommer 1926 abgegebenen Doktorarbeit würdigte er insbesondere seinen Doktorvater, Prof. Gustaf Deuchler, „der mir bei der vorliegenden Arbeit mit Rat und Tat zur Seite stand.“

Thema der Doktorarbeit von Heinrich Geffert: „Das Bildungsideal im Werk Hermann Hesses.“

Geffert und Willi Schulz bei Prof. Deuchler

Deuchler war einer der führenden Erziehungswissenschaftler und Lehrerbildner in den 1920er Jahren, der 1923 das erste Ordinariat für Erziehungswissenschaft an der Universität in Hamburg übernommen hatte. Einer der ersten Hochschulassistenten bei Deuchler war Peter Petersen gewesen, der aber kurz darauf bereits einen Ruf als Ordinarius nach Jena erhalten hatte. Später war auch Willi Schulz auf einer Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Gustaf Deuchler beschäftigt, der schon 1924/25 für erziehungswissenschaftliche und psychologische Studien aus seiner Landschullehrerstelle beurlaubt gewesen war. Somit hatte sich die langjährige Freundschaft zwischen Geffert und Willi Schulz in diesem Kontext noch einmal revitalisiert.

Heinrich Gefferts Prüfer am 31.7.1926 waren Gustaf Deuch-

ler für Erziehungswissenschaft und William Stern für Psychologie gewesen. Deuchler hatte außerdem auch noch die Lateinprüfung abgenommen. Beide Professoren bezeichneten Gefferts Arbeit als „sehr lobenswert“. Stern schrieb: „Der Kandidat zeigte eine gute Beherrschung der vielseitigen Themen und wusste das Wesentliche der Theorie verständlich herauszuarbeiten.“

Am 2.3.1927 wurde Heinrich Geffert die Urkunde zum Dr. phil. überreicht. Vorher hatte er am 1.10.1926 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Lehrerfortbildung erhalten. Am 1.8.1927 wurde er zum Wissenschaftlichen Rat befördert und nahm daneben einen Lehrauftrag an der Universität Hamburg im Rahmen der Lehrerbildung an. Auch hier war er von Gustaf Deuchler gefördert und berufen worden.

Wie dynamisch die Zeit war, geht auch daraus hervor, dass Gustaf Deuchler 1932 in die NSDAP eintrat und deutliche Ambitionen zeigte, 1933 bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eine führende Stelle zu übernehmen. Sein Ziel war es gewesen, Schulsenator zu werden, was ihm aber nicht gelang, wohl auch, weil er „von gefürchteter Streitsucht und eigenwilligen Charakters war“. Deuchler blieb Hochschullehrer und trat an der Universität Hamburg in SA-Uniform auf.

Währenddessen musste Gefferts anderer Prüfer, der Begründer der Differenziellen Psychologie und über die deutschen Grenzen hinaus bekannte Psychologieprofessor William Stern, 1933 emigrieren, um sich vor der einsetzenden Judenverfolgung in Sicherheit zu bringen.

Heinrich Geffert war ein intensiver Mitarbeiter in der „Gesellschaft der Freunde“, schrieb einige Aufsätze in der „Hamburger Lehrerzeitung“ und veröffentlichte Bücher zur deutschen

Spracherziehung, u.a. mit Schulerat Gustav Schmidt ein „Arbeitsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache“. In der HLZ wurde anlässlich seines 80. Geburtstages 1967 seine Arbeit in jener Zeit so beschrieben:

„Er hielt Verbindung mit einem großen Kreise führender Wissenschaftler in seinem Gebiete der muttersprachlichen Erziehung. Geffert ist ein gewissenhafter Stilist, in allem zielsicher und konsequent, auch im Umgang mit Menschen, empfindlich aber verbindlich, ohne jemand zu enttäuschen. In der ‚Gesellschaft der Freunde‘ leitet er die Arbeitsgemeinschaft für den Deutschunterricht und zieht sie heran bei der Bearbeitung seines Übungsbuches für die Hamburger Schulen im Verlag der ‚Gesellschaft der Freunde‘.“

Bedeutsamer sicherlich, was über die Rolle von Heinrich Geffert 1933 geschrieben wurde:

„Größer ist sein Verdienst, das er sich in dem wilden ersten Vierteljahre 1933 als Retter in der Not erwarb; er sah und wies den Weg, wie die ‚Gesellschaft‘ mit allen ihren Werten, Vereinshaus, Bücherei, Kassen, vor drohenden und befürchteten unberechenbaren Angriffen bewahrt werden könnte, wenn man Wilhelm Schulz zum Vorsitzenden machte. Wilhelm Schulz (17. März 1887 bis 7. Januar 1947) war bereits einmal Delegierter der ‚Gesellschaft‘ auf einer deutschen Lehrerversammlung gewesen und treues Mitglied des Vereins, dazu Assistent bei Professor Deuchler, somit der Lehrerschaft nicht ganz unbekannt; in der NS-Partei hatte er Autorität aufgrund seiner Parteinummer. Geffert führte eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Vorsitzenden der ‚Gesellschaft‘ Gustav Küchler und Schulz herbei. So verlief dann die Gleichschaltung, freilich mit Zähneknirschen, aber ohne Meuterei: Schulz wurde Vorsitzender (und bald darauf Landesschulrat; ihm

war es gelungen, Fritz Köhne gegen starke Widerstände in seinem Amt als Schulrat zu halten, um die alte pädagogische Linie nach Möglichkeit zu wahren). Die Übereignungen konnten auf besinnlichere Tage verschoben und unter Wahrung einiger Hamburger Vorrechte verhandelt werden. Der Faden, an dem damals das Geschick der ‚Gesellschaft‘ hing, war dünn; von den dreien, die ihn spannten, lebt nur noch Heinrich Geffert; ihm gebührt noch unser großer Dank!“ (HLZ 9/1967, S. 269)

Ich habe in der Biografie Willi Schulz den komplizierten Prozess beschrieben (Täterprofile Bd. 1, Hamburg 2016, S. 99ff.), in dem sich der NSLB in Hamburg befand. Der NSLB war in Hamburg am 28.5.1931 von fünf NSDAP-Mitgliedern gegründet worden. Unter ihnen Albert Mansfeld, der 1933 zu einem engen Verbündeten von Willi Schulz wurde. Bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Hamburg am 5.3.1933 bestand der NSLB aus wenig mehr als 100 Personen. Die Führung im NSLB hatte zu diesem Zeitpunkt eine kleine Gruppe „Alter Kämpfer“, die zwar wortradikal aber einigermaßen orientierungslos war und denen man nicht zutrauen konnte, den Prozess der Gleichschaltung der reformpädagogisch orientierten ‚Gesellschaft der Freunde‘ zu realisieren. Ihr Leiter war Hinrich von der Lieth.

Die Berufung von Willi Schulz zum Oberschulrat und einige Monate darauf zum Landesschulrat soll folgendermaßen erfolgt sein: Der spätere Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Hamburg, Karl Kaufmann, hatte vor der Machtübernahme auf einer Parteiversammlung der NSDAP in Geesthacht 1932 eine propagandistische Rede gehalten. Diese Versammlung war auch von Willi Schulz besucht worden, der als Landeschullehrer in Geesthacht arbei-

tete. Schulz machte sich nach der Versammlung mit Kaufmann bekannt und lud ihn zu sich nach Hause zu Kaffee und Kuchen ein. Schulz trat daraufhin am 1.8.1932 in die NSDAP und in den NSLB ein.

Als nach der Machtübernahme die NS-Verantwortlichen nicht wussten, wen sie mit der Leitung des Schulwesens beauftragen sollten, erinnerte sich Kaufmann an Schulz, „der ihm außer seinen politischen Ansichten als ‚nordischer‘ Typ aufgefallen war“. Kurz darauf sei Schulz berufen worden.

Soweit die in der ‚Gesellschaft‘ kolportierte Geschichtsschreibung.

Neben personellen Engpässen gab es bei dem NSDAP-Gauleiter Kaufmann aber durchaus ein handfestes politisches Kalkül: Schulz schien ihm aufgrund seines Alters und seiner Erfahrung der geeignete Mann zu sein, der die Zerstrittenheit und die Machtkämpfe innerhalb des bis 1933 unbedeutenden NSLB beenden sollte. Und diese Funktion nahm Schulz, unterstützt von Albert Mansfeld, durchaus erfolgreich wahr. Die bisherige NSLB-Führung, politisch eher orientierungslos und persönlich zerstritten, wurde abgelöst. Und aufgrund seiner ‚Gesellschafts‘-Biographie schien Schulz der geeignete Mann zu sein, die bisherigen Lehrerorganisationen gleichzuschalten. Die Rolle, die Heinrich Geffert dabei spielte, ist bisher nie so deutlich dargestellt worden.

HLZ-Schriftleiter Geffert vom 13.5.1933 - 16.12.1933

Geffert selbst war bereit, nach der Gleichschaltung der ‚Gesellschaft der Freunde‘ eine wichtige Funktion zu übernehmen. Mit der Ausgabe Nummer 19 vom 13.5.1933 fungierte Heinrich Geffert als Schriftleiter der ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ bis zum Ende des Jahres 1933. Auffällig ist, dass in der Phase

seiner Schriftleitung zunehmend pädagogische Themen und solche der Lehrerbildung in Aufsätzen behandelt wurden, daneben freilich auch Beiträge, die den Gleichschaltungsprozess und die Neuausrichtung des Hamburger Schulwesens beschrieben. Geffert war, aufgrund seiner Verbindung zu Willi Schulz, Teil dieses Prozesses, in moderierender Funktion. Wobei er in der HLZ selbst selten über den Veränderungsprozess schrieb. Geffert unternahm dann den Versuch, „das Neue mit dem Alten“ zu verbinden, wobei sich schon nach kurzer Zeit erweisen sollte, wie rigoros die Nationalsozialisten ihre Grundpositionen durchsetzten. Am neuen Schulgesetz versuchte Geffert hervorzuheben, was durch die Abschaffung der Selbstverwaltung und die Durchsetzung des Führerprinzips ganz anders exekutiert wurde:

„Während das Gesetz über die Verwaltung der Schulen vom 12. April 1920 das Schwergewicht auf die gemeinsame Arbeit in der Schule und die gemeinsame Schulverwaltung legte – wobei dem einzelnen Lehrer weitgehende Freiheiten zugestanden wurden –, hebt das neue Gesetz vor allem die Funktion des Schulleiters hervor. Nach dem neuen Gesetz, das das Ende der Selbstverwaltung bedeutet, wird der Schulleiter von der Landesunterrichtsbehörde bestellt. Nach welchen Grundsätzen die Auswahl der Schulleiter erfolgen soll, darüber äußerte sich vor kurzem Herr Senator Witt vor Pressevertretern. Er begründete zunächst, weshalb man das rektorale System nicht wiederhergestellt habe, und führte aus, dass nach der akademischen Vorbildung der Volksschullehrer die alte Rektorprüfung hinfällig geworden sei. Man wolle kein neues Examen schaffen, mit dem ein neuer Titel und ein höheres Gehalt verbunden wären. In Zukunft seien für die Bestel-

lung des Schulleiters neben der Staatsgesinnung wissenschaftliche und schulpraktische Befähigung maßgebend. Diesen Ausführungen des Präses der Landesunterrichtsbehörde kann die hamburgische Lehrerschaft aus voller Überzeugung zustimmen, mit dem Hinweis freilich, dass die Staatsgesinnung sich nicht lediglich in einem äußeren Bekenntnis, sondern vor allem in einer vorbildlich deutschen Gesamthaltung der Persönlichkeit zeigen müsse. An die wissenschaftliche und berufliche Fähigkeit der Schulleiter, die künftig das Recht und die Pflicht der Einsichtnahme in den Unterricht haben werden, stellt die Lehrerschaft die gleichen Ansprüche wie die Behörde, und sie wünscht, dass es gelingen möge, Schulleiter zu berufen, die diesen Anforderungen genügen. Dem Lehrkörper steht nach § 4 des Gesetzes das Recht der Mitberatung und Unterstützung des Schulleiters zu. Hoffen wir, dass der Schulleiter recht viel Gebrauch von dieser Bestimmung macht, damit sich feste Formen der Zusammenarbeit in den Kollegien herausbilden!“ (HLZ 27/1933, S. 383)

Hier zeigten sich Illusionen und eine gewisse Naivität. Das wird für Geffert auch der Grund gewesen sein, mit Ende des Jahres 1933 die Schriftleitung der HLZ abzugeben. Wobei es auch einen äußeren Druck gab. Die Gruppe der „alten Kämpfer“ im NSLB führte einen hartnäckigen Kampf gegen Willi Schulz, der seit 1934 nicht nur als Gauamtsleiter des NSLB, sondern auch als Landesschulrat fungierte. Sie zogen vor das Parteigericht der NSDAP, um ein Ausschlussverfahren gegen Willi Schulz zu erreichen. Ich habe das ausführlich in den Biografien Guido Höller, Heinrich Hehn und Erwin Gottsleben (Täterprofile Bd. 2) dargestellt. Immer wieder wurde in den Schriftsätzen auch die HLZ als Beleg dafür angeführt,

dass Willi Schulz nicht genügend dagegen einschritt, dass der alte ‚marxistische Genitivverein‘, wie die ‚Gesellschaft der Freunde‘ von den unzufriedenen NSLB-Kämpfern genannt wurde, immer noch ein Leben im NSLB führte. So schrieb man an das Oberste Parteigericht der NSDAP:

„Nach der Gleichschaltung des Genitivvereins, zu dessen 1. Vorsitzenden Pg. Schulz ernannt worden war, blieb die Hamburger Lehrerzeitung in den Händen dieses marxistisch verseuchten Lehrervereins, anstatt sich im nationalsozialistischen Sinn umzugestalten. Infolgedessen wurden einzelne Posten neu besetzt und zwar mit aktiven Mitgliedern des Genitivvereins.“

Es wurde kritisiert, dass die jetzigen Verantwortlichen für die HLZ „weltanschaulich durchaus dem roten System verpflichtet waren“, die HLZ „früher ihre Judenfreundlichkeit unverhüllt“ gezeigt habe und „nach der Gleichschaltung nur noch wirtschaftlich verhüllt durch Zulassung bezahlter jüdischer Geschäftsanzeigen in großer Zahl und Aufmachung“ praktiziere.

Über Heinrich Geffert wurde geschrieben:

„Dr. Geffert sowohl wie Dr. Fehring gehören dem Hamburger Lehrerfortbildungsinstitut an, das eine Neugründung des niedrigeren Systems ist und das bis heute trotz des Widerstands nationalsozialistischer Kreise einen Teil des alten Lehrkörpers sich bewahrt hat. Beide haben sich noch im Januar 33 für die Arbeitsausschüsse des rot gesinnten Genitivvereins zur Verfügung gestellt und sind in der Hauptversammlung einige Tage später in den Lesebuchausschuss gewählt worden, der nicht nur die Auswahl des Lesestoffes pazifistisch beschnitten hatte, sondern auch dem Kind als Künstler – diesem bolschewistischen Lehrbegriff – durch Auf-

nahme kindlicher Einzel- und Massenschöpfungen Anerkennung geben wollte. Dr. Geffert hatte sich außerdem durch die Förderung des Goethebuchs von Alfons Paquet, das Goethe in die Durchschnittsmenschen einzureihen versuchte und das zu Ostern 32 unter Androhung einer Disziplinarstrafe an die abgehenden Volksschüler verteilt werden musste, schwer gegen das deutsche Volkstum verstündigt. Die HLZ verstieß darum unter seiner Leitung und gar nicht selten heftig gegen nationalsozialistisches Denken und Empfinden.“

Das Ausschlussverfahren vor dem Obersten Parteigericht richtete sich gegen Willi Schulz. Hier sollte belegt werden, dass Schulz es nicht schaffte, rigoros für nationalsozialistische Prinzipien einzutreten.

Auf der anderen Seite war Heinrich Geffert durchaus an der Umgestaltung des Hamburger Bildungswesens beteiligt. So hatte er die Funktion des Gausachbearbeiters für den Deutschunterricht übernommen und an den „Grundsätzen zu einem Bildungsplan für die hamburgische Volksschule“ mitgearbeitet. Sie bildeten die Grundlage für die neu aufgelegten Lernbücher für den Volksschulunterricht.

„Für den ein Drittel des Textes umfassenden Regionalteil der Hamburger Lesebücher trafen der für die Volksschulen zuständige Oberschulrat Albert Mansfeld und der als Dozent im Institut für Lehrerfortbildung tätige Heinrich Geffert die Auswahl, die für das fünfte und sechste Schuljahr erstmalig 1935 herausgebracht wurde. Zu zwei Dritteln waren die Texte reichseinheitlich gleich. Sie zielten auf die Erziehung zum Nationalsozialismus, auf Rassenlehre, Heimatverbundenheit, Wehrbereitschaft, ‚Volksgemeinschaft‘ und Hitler-Verehrung und waren von Autoren verfasst, die der nationalsozialistischen Bewegung zutiefst

verbunden waren.“

Dies war der schulpolitische und inhaltliche Zusammenhang, in den sich Heinrich Geffert begeben hatte.

Geffert war durch die Gleichschaltung seit 1933 Mitglied des NSLB und der NSV, aber zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied der NSDAP geworden.

Am 1.5.1937 trat Heinrich Geffert in die NSDAP ein. Wer zu diesem Zeitpunkt seine Schulleiterfunktion oder eine Karriere in der Lehrerbildung oder Lehrerfortbildung nicht gefährden wollte, kam um diesen Schritt nicht herum. Dass Geffert in der NSDAP umstritten war, zeigen zwei politische Gutachten, die eingeholt worden waren, als er der Partei beitreten wollte. So schrieb August Roock, Schulleiter der Schule Borsteler Chaussee 129, über ihn ein parteiinternes Dossier:

„Vor Ausbruch des Weltkrieges war Dr. Geffert Lehrer an der Schule Borsteler Chaussee. Er versah seinen Dienst unter dem nationalen Rektor zu dessen größter Zufriedenheit. Als jedoch der Krieg ausbrach und Dr. G. dann einberufen wurde, um dem Vaterlande gegenüber seine Pflicht zu erfüllen, wie es sich für jeden deutschen Mann und für einen Jugenderzieher ganz besonders gehörte, da benahm er sich sehr kläglich und seine pazifistische Gesinnung kam zum Durchbruch. Nach dem Kriege (über seine Tätigkeit im Felde weiß ich nichts) war er wieder an der Schule in Groß-Borstel tätig. Durch die Novemberrevolte hatte auch in dieser Schule die marxistisch-pazifistische Weltanschauung Einzug gehalten. Der Lehrkörper war teils-teils, nationalen Lehrkräften standen solche mit marxistischer Auffassung gegenüber. Konflikte konnten in diesem Lehrkörper nicht ausbleiben. Dr. Geffert erklärte nun in einer Konferenz, dass dies Kollegium nicht zusammenpasse. Es sei nur ein Konglomerat,

Einigkeit werde doch nie erzielt und er ziehe daraus die Konsequenzen. Er ging dann an die von dem marxistischen Lehrer C. Götze (dem späteren Oberschulrat) geleitete Versuchsschule. Mit Götze hatte Dr. G. schon während seiner Tätigkeit an der Borsteler Schule engen Umgang. Später studierte Dr. Geffert und kam als wissenschaftlicher Rat an das Institut für Lehrerfortbildung wo er noch heute tätig ist.

Über seine jetzige politische Gesinnung kann ich schlecht etwas sagen. Aber folgende Beobachtungen mögen das Bild aufhellen. Wenn er auch als Mitglied der NSV monatlich 1,50 Reichsmark und außerdem zur Sommerspende den gleichen Betrag zahlt, er bei Sammlungen und Kartenverkauf niemals Schwierigkeiten macht, so vermissem ich seine positive Mitarbeit. Sollte durch seinen Beruf diese nicht gut möglich sein, so könnte er doch immerhin seine nationalsozialistische Gesinnung frei nach außen bekunden. Begegnet er mir auf der Straße, in der Bahn oder sonstwo, so grüßt er mich stets recht freundlich und liebenswürdig durch schüchternes Heben des angewinkelten rechten Armes und Nicken des Kopfes mit zaghaftem Heil Hitler!. Volksgenossen grüßt er ebenfalls freundlich und liebenswürdig durch Ziehen des Hutes mit guten Morgen oder Guten Tag. Diese Art ist typisch für ihn. Nur keine Konflikte oder Reibereien, er will mit jedem halten und mit keinem verderben. Gerade das, was unbedingt nötig ist, Kämpfernatur, die ist er m. E. absolut nicht.“

Handschriftlich war auf diesem Gutachten vermerkt: „Dr. G. saß in den Arbeitsausschüssen der durchaus linksgerichteten ‚Ges. d. Freunde‘ (Genitiv-Ver-ein) und gehörte zum engeren Kreis der sozialdemokratischen Abgeordneten und Leiter der Organisation, Götze, Ballerstaedt, Zelck.“

Und in einem Schreiben des Gaupersonalamtes vom 1.3.1937 hieß es: „Volksgenosse Dr. G. war vor der Machtübernahme nirgends parteipolitisch registriert. Ihn politisch uninteressiert zu bezeichnen, kann bei seiner engeren Zusammenarbeit mit den marxistischen Leitern der Gesellschaft wohl kaum ernsthaft behauptet werden. An dem Fleiß und den Kenntnissen des Vg. G. ist übrigens nicht im geringsten gezweifelt worden.

Eine positive Mitarbeit des Dr. G. wird hier gänzlich vermisst. Er hat Versammlungen der NSDAP innerhalb der Ortsgruppe nie besucht. Er arbeitet auch in keiner Gliederung der NSDAP innerhalb der Ortsgruppe. Er ist lediglich Mitglied des NSLB und der NSV.“

Auch diese Stellungnahme ist offenbar vom Rektor aus Groß-Borstel, August Roock, verfasst worden. Am Ende beschreibt er noch einmal, dass Heinrich Geffert offensichtlich zu vermeiden suchte, mit „Heil Hitler“ zu grüßen: „Es scheint ihm der deutsche Gruß also recht schwer zu fallen und unangenehm zu sein.“

Dennoch wurde Heinrich Geffert in die NSDAP aufgenommen, sicherlich hatte auch Willi Schulz darauf Einfluss nehmen können.

Beruflich war dies förderlich, am 1.3.1939 wurde Heinrich Geffert zum Professor an der Hochschule für Lehrerbildung ernannt.

Als es in den Zeiten des Krieges durch die Einziehung vieler Lehrer zur Wehrmacht zu Engpässen in der Lehrerversorgung kam, wurden Maßnahmen beschlossen, Lehrerbildungsanstalten (LBA) zu bilden. „An der bereits 1941 gegründeten LBA I in der Armgartstraße wurden im Oktober 1942 165 Mädchen und 61 Jungen, zusammen also 226 junge Menschen, zu Volksschullehrerinnen und -lehrern ausgebildet. Von den im Herbst

1942 neu eintretenden 25 Jungen kamen 21 aus Volksschulen und vier aus Mittel- und Oberschulen. Es überwog hier mit 186 Schülern die Altersgruppe der 16- bis 18-jährigen. Nur drei neu aufgenommene Jungen waren 14 Jahre alt. Demgegenüber wurden zur gleichen Zeit an der 1942 entstandenen LBA II in der Felix-Dahn-Straße unter der Leitung von Prof. Heinrich Geffert nur 13 Jungen und 286 Mädchen, die jüngsten 14, die ältesten 22 Jahre alt, unterrichtet. Außer ihm und seiner Stellvertreterin Prof. Sophie Barrelet gehörten dem Lehrerkollegium zwölf Lehrerinnen und zehn Lehrer an. Nur sieben von ihnen hatten die Ausbildung zum Volksschullehrer durchlaufen.“

Für diese neue Aufgabe wurde Heinrich Geffert am 1.8.1944 zum Oberstudiendirektor ernannt. In der Begründung, vom Reichsstatthalter in Hamburg, Karl Kaufmann, am 28.1.1944 an den Reichsminister für Wissenschaftserziehung und Volksbildung geschickt, wurde deutlich, dass diese Beförderung innerhalb der Partei nicht unstrittig war:

„An meinem Vorschlag, Professor Dr. Heinrich Geffert zum Oberstudiendirektor an der Lehrerinnenbildungsanstalt zu ernennen, halte ich fest. Es ist zwar richtig, dass Professor Dr. Geffert keine ausgesprochenen Führereigenschaften besitzt. Er verfügt aber über eine sehr gute schulpraktische Erfahrung und über bedeutende pädagogische Fähigkeiten. Seine fachlichen Leistungen sind durchaus schöpferisch. Er ist seit Jahren an der Schaffung des Reichslesebuchs beteiligt. Es trifft nicht zu, dass ihm die erforderliche Begeisterungsfähigkeit fehlt. Ebenso steht die Tatsache, dass er sich dem Anstaltsleben vollständig fernhält, mit den Gegebenheiten im Widerspruch. Er wird auch keineswegs von den Schülerinnen als Persönlichkeit abgelehnt.

Seine vornehme Gesinnung, großes Können und tiefgreifendes menschliches Verständnis sichern ihm vielmehr die Achtung der Schüler.“

Heinrich Geffert war umstritten, wurde dennoch befördert zu einem Zeitpunkt, wo der mit ihm befreundete Willi Schulz aus Krankheitsgründen als Landesschulrat schon ausgeschieden war. Die Ernennungsurkunde wurde am 14.9.1944 im Führerhauptquartier ausgestellt.

Nach Ende der NS-Herrschaft sah es anders aus. Mit Schreiben vom 8.6.1945 wurde Heinrich Geffert seines Amtes als Leiter der Lehrerinnenbildungsanstalt II enthoben. Dagegen legte er am 12.6.1945 Einspruch ein. Darin schrieb er u.a.:

„Meine verschiedenen Ämter verdanke ich nicht der Parteizugehörigkeit, sondern eigener Arbeit. Ich habe die erforderlichen Prüfungen abgelegt, mich in meinen Ämtern bewährt und durch Veröffentlichungen, die nicht nur in Hamburg, sondern auch im Reich bekannt sind, bewiesen, dass ich zur Führung dieser Ämter befähigt war. Ich bin Deutscher, sehe aber die Sendung des Deutschtums nicht auf kriegerischem, sondern auf kulturellem Gebiet, und wenn ich auch im Jahre 1937 zwangsweise in die NSDAP eintreten musste, so erblicke ich doch im Nationalsozialismus nicht die Ausprägung deutschen Wesens.“

Heinrich Geffert gab an, dass bei der Zerstörung seiner Wohnung im Sommer 1943 wesentliche Unterlagen verbrannt seien, er aber als Zeugen Oberschulrat Fritz Köhne und Schulrat Gustav Schmidt benennen könne. Schmidt unterschrieb als Zeuge auch Gefferts Entnazifizierungsfragebogen.

Zu seiner weltanschaulichen und politischen Haltung schrieb Geffert, in seinem Elternhaus in christlich-sozialem Sinne erzogen worden und niemals aus der Kirche ausgetreten zu sein.



Geffert studierte bei Prof. Gustaf Deuchler

Die Entwicklung seiner Weltanschauung und seines pädagogischen Denkens sei sehr stark von Schulmännern in der „Gesellschaft der Freunde“ geprägt worden, „die das pädagogische Leben Hamburgs“ bestimmten.

In enger Freundschaft sei er dem sozialdemokratischen Reformpädagogen und Oberschulrat Carl Götze verbunden gewesen und dem Weltreisenden und Schriftsteller Dr. Alfons Paquet, „über den ich mehrfach geschrieben habe, und seinem demokratischen Ideal treu geblieben bin, auch als die nationalsozialistische Presse ihn totschwieg“. Auch der Dichter Hermann Hesse, über dessen Bildungsideal Geffert seine Doktorarbeit geschrieben hatte, sei ebenfalls von den Nationalsozialisten angegriffen worden. Er sei niemals einer Partei beigetreten, weil er sich „die Freiheit des Denkens sichern wollte“. Bis 1937 habe er an keiner Parteiverammlung in seiner Ortsgruppe teilgenommen, „war lediglich im NS-Lehrerbund in meinem Fach (Deutsch) tätig. Als jedoch die Lehrerbildung aus der Universität in die Hochschule für Lehrerbildung verlegt wurde, legte mir der damalige stellvertretende Leiter der Hochschule nahe, die Parteizugehörigkeit zu erwerben. Da ich bereits große Schwierigkeiten mit meiner



Geffert hatte mit 14 Jahren Willi Schulz in der Präparandenanstalt kennengelernt und war bis ins Lehrerseminar mit ihm befreundet. Schulz (in der Mitte) wurde 1933 NSLB-Gauamtsleiter und danach auch Landesschulrat. Neben ihm die anderen NSLB-Führer Albert Mansfeld (rechts) und Wilhelm Lühning.

Ortsgruppe hatte, tat ich, um nicht mein Amt zu verlieren, den schweren Schritt und ließ mich durch den NSLB anmelden. Die Ortsgruppe lehnte mich aber ab, da die Gutachten über mich im Sinne des Nationalsozialismus politisch negativ lauteten.“

Im Januar 1938 sei gegen ihn ein Kreisgerichtsverfahren eröffnet worden. „Man warf mir, als einem Beamten der Systemzeit, meine pazifistische Haltung vor und meine Beziehungen zu sozialdemokratischen Schulräten und Schriftstellern (Hesse, Paquet). Erst als zwei Vorgesetzte sich für mich verbürgten, wurde ich unter der Bedingung aufgenommen, mich als Blockleiter zu bewähren. Ich war dann kommissarischer Blockleiter von 1938 bis 1943. Als Blockleiter habe ich meine vornehmste Aufgabe in der Betreuung wirt-

schaftlich schwacher Volksgenossen gesehen.“

Zu seiner Tätigkeit als Schriftleiter der HLZ von Mai bis Dezember 1933 erklärte er, er habe diese Aufgabe übernommen, „um zu verhindern, dass radikale Nationalsozialisten sich des Blattes bemächtigten. Da die Zeitung im wesentlichen für den nicht nationalsozialistischen Teil der Hamburger Lehrerschaft bestimmt war, ließ ich bewährte Schulmänner zu Worte kommen, lehnte Hetzartikel ab und eröffnete sogar Diskussionen über Parteidogmen. Die Angriffe mehrten sich; die schwersten Beschuldigungen erhob der bekannte nationalsozialistische Erziehungswissenschaftler Ernst Kriek gegen mich in seinem Artikel: „Achtung – sie kommen!“ (Volk im Werden, Jahrgang 1933). Ich

wurde daraufhin gezwungen, die Schriftleitung niederzulegen und sie einem Nationalsozialisten zu übergeben.“

In seiner Tätigkeit als Leiter der Lehrerinnenbildungsanstalt habe Heinrich Geffert immer wieder Probleme mit dem BDM gehabt, dessen Einfluss er „möglichst ausgeschaltet“ habe. „In meiner Anstalt herrschte der Geist der Duldsamkeit. Es ist in meiner Gegenwart kein Hetzwort gegen das Judentum oder gegen die Kirche gefallen.“

Heinrich Geffert bat darum, weiterhin in der Lehrerbildung oder Lehrerfortbildung verwendet zu werden.

In der Folgezeit bekam Geffert eine große Zahl von Leumundszeugnissen, die ihm viele bedeutende, langjährige Demokraten und Reformpädagogen ausstellten.

So erklärte der ehemalige Landesschulrat, Prof. Ludwig Doermer:

„Nach der Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 hat Dr. Geffert mich aufgesucht, um mich zu fragen, wie er sich verhalten sollte, ob er seine Arbeit in der Lehrerbildung weiterführen oder niederlegen sollte. Ich habe ihm damals gesagt, dass er so jung sei, dass er seine Arbeiten nicht abbrechen dürfe und dass es mir wünschenswert erschiene, dass möglichst viele auf demokratischem Boden stehende Schulmänner auch unter der neuen Regierung an der Förderung von Erziehung und Unterricht mitarbeiteten, damit nicht alles zerstört würde, was wir in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaut hatten. Diese Auffassung war falsch, wie sich bald herausstellte. Dr. Geffert ist wegen seines Umganges mit dem sozialistischen Oberschulrat des Volksschulwesens, Carl Götze, und mit dem Unterzeichneten von den Nazis jahrelang verfolgt und seelisch misshandelt worden, bis er endlich im Jahre 1937 in die Partei hineingezwungen worden war. Aber auch dann haben die Anfeindungen wegen seiner demokratischen Gesinnung noch nicht aufgehört. Geffert ist ein feinsinniger Pädagoge und Gelehrter, ein Mann, der der Politik ganz fern steht und den ich nur ungern als Mitarbeiter bei der künftigen Lehrerbildung vermissen würde.“

Absehbar war, dass Schulrat Gustav Schmidt, der von den Nazis aus der Schulverwaltung entfernt wurde, weil er nicht bereit war der NSDAP beizutreten, sich für Geffert verwendete. Dies war zu erwarten, weil beide schon in der Weimarer Zeit sehr eng im Bereich des Deutschunterrichts zusammengearbeitet und publiziert hatten. Gustav Schmidt konnte Heinrich Geffert aber auch besonders gut beurteilen, weil er ihn aus nächster Nähe kannte. Er schrieb im Namen der

Hamburger Schulverwaltung am 15.7.1946:

„Vorauszuschicken ist, dass G. Leiter der LBA in Hamburg war und dass alle Mitglieder dieser Anstalt von der Militärregierung besonders scharf beurteilt worden sind, viel schärfer als die Lehrer an Volks- und höheren Schulen. Zugrunde lag eine Anordnung, dass kein Mitglied der Partei wieder irgendwie in der Lehrerbildung tätig sein dürfe. Diese in die Zukunft abzielende Bestimmung wurde von der Militärregierung nun auch nach rückwärts auf die Lehrer der ehemaligen Lehrerbildungsanstalten angewandt. Es wurden sehr viele entlassen, die politisch nur gering belastet waren, weil die Militärregierung ohne weiteres annahm, sie sollten auch in Zukunft wieder in der Lehrerbildung tätig sein. Das war von der Schulverwaltung durchaus nicht beabsichtigt und hätte auch nicht durchgeführt werden können, weil die Lehrerbildung jetzt an die Universität gekommen ist und kaum jemand von der ehemaligen LBA als Lehrer an der Universität infrage kommt.“

Gustav Schmidt bezeugte, dass Geffert 1937 mit seinem Parteibeitritt „sich damals dem allgemeinen Druck fügte, den die Verwaltung und der Lehrerbund ausübte“.

Und er ergänzte: „Ich weiß aus eigener Kenntnis und aus manchem Gespräch, dass Geffert dem Nationalsozialismus durchaus abgeneigt war. Er hatte jedoch nicht die notwendige Härte, um sich dem Druck mit Erfolg zu widersetzen. Wie wenig nationalsozialistisch er damals gesonnen war, geht auch aus einem Gutachten der Partei vom 1. März 1937 hervor, das ihn für unfähig erklärte, Parteimitglied zu werden.“ Gemeint ist damit das oben erwähnte Gutachten von Schulleiter August Roock.

Gustav Schmidt verbürgte sich dafür, das Prof. Geffert „sich in Zukunft voll und ganz

in die Gegenwart der Zeit hinein stellen wird und dass er ein wertvoller Gewinn für das hamburgische Bildungswesen sein wird“. Er erklärte, es sei beabsichtigt, ihn als Bibliothekar in einer wissenschaftlichen Bücherei zu verwenden.

Die britische Militärregierung akzeptierte Heinrich Geffert für die Arbeit in der Bibliothek, nicht aber in der Lehrerbildung.

Und auch der Entnazifizierungsausschuss gab der Berufung statt, mit der Maßgabe, ihn als Bibliothekar zu beschäftigen.

In einem anderen Gutachten hatte Gustav Schmidt präzisiert, wer Heinrich Geffert zum Eintritt in die NSDAP geraten hatte:

„In seiner ruhigen, gewissenhaften Art hielt er niemals damit zurück, dass er den Nationalsozialismus ablehnte. In den ersten Jahren nach 1933 gab er nicht klein bei; deswegen wurde er verleumdet und erfuhr in dem kleinen Vorort, in dem er wohnte, viel Feindschaft. Er galt hier als Pazifist und Gegner der NSDAP. Als der damalige Landesschulrat Schulz, der sein Jugendbekannter war, mit Klagen über Prof. Geffert überlaufen wurde, legte dieser Geffert dringlich nahe, in die Partei einzutreten, damit diese zermürbenden Angriffe aufhörten. Um zur Ruhe zu kommen, bewarb sich Prof. Geffert um Aufnahme. Er wurde aber infolge eines verleumderischen Gutachtens abgewiesen; der Landesschulrat räumte jedoch durch seinen Einfluss die Hindernisse aus dem Wege.“

Fluch und Segen einer Jugendfreundschaft.

Auch der ehemalige Oberschulrat Carl Götze bescheinigte Heinrich Geffert einen lautereren Charakter und hielt ihm zugute, niemals ein politischer Mensch gewesen zu sein, „weder in seiner Anlage noch in seiner Bildung: seine Lebensarbeit war vielmehr wissenschaftlich und pädagogisch auf eine umfassende Reform des deutschen

Sprachunterrichts gerichtet.“

Und auch Oberschulrat Friedrich Köhne, der zu den fleißigen Leumundszeugnis-Schreibern gehörte, charakterisierte Heinrich Geffert so, wie man auch Köhne hätte beschreiben können:

„Dr. Geffert ist ein freundlicher, friedfertiger, hilfsbereiter Mensch, dem jeder Machtwille fehlt; der gewalttätige Nationalsozialismus ist seinem gütigen Wesen völlig fremd geblieben. In seinem Berufe war er ein tüchtiger Lehrer, der von seinen Mitarbeitern und Schülerinnen wegen seines fachlichen Könnens und seiner Menschenfreundlichkeit sehr geschätzt wurde.“

Die vielen Personen, die Heinrich Geffert verehrten und nicht locker ließen, ihn zu unterstützen, traten dafür ein, dass Geffert, der seit dem 17.9.1946 in der IfL-Bibliothek seinen Dienst antrat, auch zur Lehrerbildung wieder zugelassen wurde und befördert werden konnte. So schrieb OSR Heinrich Schröder, dass „der Schulbehörde sehr daran liegt, dass Prof. Geffert, dem bisher eine Berufsbeschränkung auferlegt worden ist, möglichst bald seine Lehrtätigkeit aufnehmen kann“.

Heinrich Geffert selbst hatte den Antrag gestellt, sein Verfahren wieder aufzunehmen und ihn „zur Lehrtätigkeit wieder zuzulassen“. Er verwies dabei auf ähnlich gelagerte Fälle, die zu einem positiven Ergebnis gekommen waren. Und er bekannte sich dazu, die Verbindung zu Willi Schulz genutzt zu haben:

„In der Nazizeit war es mein Bestreben, für die sozialistische Hamburger Schule und ihre Lehrer einzutreten, wo immer ich konnte. Diese Möglichkeit besaß ich, da der Landesschulrat mein Klassenbruder war.“

Bemerkenswert ist, wie sich die drei Personen äußerten, die eine wesentliche Rolle in den Entnazifizierungsverfahren spielten und über einen präzisen

Überblick verfügten, wie handelnde Akteure im Übergang der Weimarer Republik in die NS-Zeit agierten und einzuschätzen waren.

Schulrat Gustav Schmidt, der aus der Schulverwaltung auf Veranlassung des fanatischen Nationalsozialisten Albert Henze ausscheiden musste, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten, klärte ein wichtiges Detail im Entnazifizierungsverfahren von Heinrich Geffert auf:

„Zum Beginn der Denazifizierung war ich Gutachter über alle Lehrkräfte der ehemaligen Lehrerbildungsanstalten in Hamburg. Damals war es üblich, mit dem Vertreter der Militärregierung anhand des Fragebogens über die einzelnen Personen mündlich zu verhandeln. In einer solchen Besprechung setzten ich und andere Schulräte sich für eine Bestätigung Dr. Gefferts ein, und der Vertreter der Militärregierung sagte sie zu, obwohl man schon damals von englischer Seite die Lehrkräfte der Lehrerbildungsanstalten sehr misstrauisch beurteilte. Leider wurde Dr. Geffert entgegen der mündlichen Zusage entlassen, weil inzwischen die Verordnung Nummer 24 des Kontrollrates erschienen war, die im 10. Abschnitt unter Nummer 63 als zwangsweise zu entlassende Personen auch ‚die Vorstände aller Lehrerbildungsanstalten‘ aufführte.“

Von Gewicht war auch die Stellungnahme des Schulrates Kurt Zeidler, der von den Nationalsozialisten als Schulrat 1933 abgesetzt worden war und eine führende Rolle in den Entnazifizierungsausschüssen nach 1945 spielte. Er schrieb:

„Während der Nazizeit begegnete ich Geffert mehrere Male und hatte ausführliche politische Gespräche mit ihm. Zu meiner Freude konnte ich immer wieder erkennen, dass Herr Geffert in keiner Weise vom Nazigeist angekränkt war; er war ganz der

alte geblieben und gab seinem Abscheu gegen das Nazisystem unverhohlenen Ausdruck. In unseren Kreisen war damals bekannt, dass Herr Geffert sein persönliches Verhältnis zu seinem ehemaligen Klassenkameraden, dem damaligen Landesschulrat Schulz, benutzte, um auf diesen in gutem und mäßigendem Sinne einzuwirken. Er hat ihm gegenüber kein Blatt vor den Mund genommen und ihm unverblümt gesagt, wie sehr der größte Teil der Hamburger Lehrerschaft ihn und sein System verachte und ist in dieser Offenherzigkeit und Schonungslosigkeit so weit gegangen, dass es zwischen den beiden zu einem völligen Bruch kam.“

Dieses Detail ist bisher nicht bekannt gewesen. Weiter schrieb Kurt Zeidler:

„Die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der politischen Überprüfung des Falles Geffert die Militärregierung, aufs Ganze gesehen mit vollem Recht, ein tiefes Misstrauen gegen die Leiter und Lehrkräfte der Lehrerbildungsanstalten hegte, hat dazu geführt, dass Geffert unvergleichlich viel strenger beurteilt wurde, als es vom heutigen Standpunkt heraus verantwortet werden kann. Man hat damals geglaubt, das Äußerste an Milde walten zu lassen, wenn man ihn in die Stelle eines wissenschaftlichen Bibliothekars versetzte, ihm aber jegliche Lehrtätigkeit verbot. Aufgrund meiner umfassenden Erfahrung als 2. Vorsitzender des Fachausschusses 6 b und meiner sehr intensiven Mitwirkung als Verbindungsmann des Fachausschusses zu den im Bereich der Schulbehörde tätigen Berufungsausschüssen muss ich erklären, dass ich diese Entscheidung auf die Dauer für untragbar und ungerecht halte. Es kann nicht angehen, eine so verdiente und politisch so makellose Persönlichkeit wie Herrn Geffert auszuschließen.“

Und auch Fritz Köhne, der als

letzter Verbliebener der Zeit vor den Nationalsozialisten in der Schulverwaltung auf Drängen seiner demokratischen und sozialdemokratischen Freunde geblieben war und somit über eine Binnensicht verfügte, würdigte Heinrich Geffert:

„Er galt bei den nationalsozialistischen Fanatikern des NSLB als ‚liberalistisch-demokratischer Typ‘, als ‚Götze-Freund‘, der die Personalpolitik des Landesschulrates nachteilig beeinflusste. Dr. Geffert hat in der Nazizeit die Verbindung mit Götze, Gustav Schmidt und mir nie gelöst, er blieb im Umgange der lebenswürdige, tolerante, geistig und pädagogisch interessierte Mensch, echt und natürlich, wie er vorher gewesen war.“

Am 20.4.1949 tagte der Berufungsausschuss 17 unter Leitung des für milde Entscheidungen bekannten Rechtsanwalts Soll, im Beisein von Kurt Zeidler als Vertreter des Fachausschusses. Er gab der Berufung statt und entschied, dass Professor Geffert „die Lehrtätigkeit im vollen Umfange wieder aufnehmen kann und in Kategorie V eingestuft“ werde.

Grundlegend für die Entscheidung des Berufungsausschusses war:

„Nach den Bekundungen zahlreicher, führender Persönlichkeiten im Schulwesen, deren Anti-NS-Einstellung dem Berufungsausschuss geläufig ist, ist Prof. Dr. Geffert im Jahre 1937 der NSDAP lediglich unter Zwang beigetreten aus der Befürchtung heraus, dass er wegen seiner bekannten pazifistischen und Anti-NS-Einstellung aus seinem Lehramt entlassen würde. Trotz seiner formalen Parteizugehörigkeit hat Prof. Dr. Geffert auch in der Folgezeit seine innere Einstellung gegen den Nationalsozialismus nicht aufgegeben. Wie sich aus Schriftstücken ergibt, ist Prof. Dr. Geffert wegen seiner auch nach außen hin bekundeten ablehnenden

Haltung gegen den Nationalsozialismus angegriffen worden und hat seine Haltung trotz dieser Angriffe nicht geändert.“

So geschah es dann auch. Heinrich Geffert wurde wieder eingestellt und war seit dem 1.4.1950 wieder Oberstudiendirektor. Im Ernennungsvorschlag hieß es:

„Prof. Dr. Geffert nimmt heute am Institut für Lehrerfortbildung eine Sonderstellung ein. Neben bedeutsamen Lehraufträgen werden ihm hauptsächlich wichtige Sonderaufgaben, die zum Teil außerhalb des Gebiets der Lehrerfortbildung liegen, übertragen.“

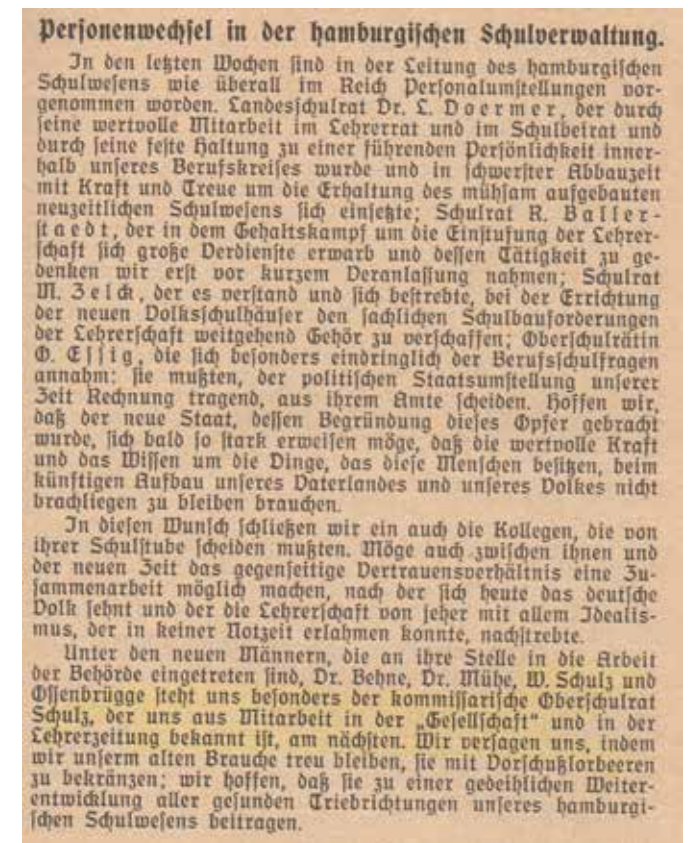
Heinrich Geffert wurde am 4.4.1952 in den Ruhestand versetzt und arbeitete danach weiter mit Lehraufträgen am Pädago-

gischen Institut der Universität Hamburg. Nebenbei schrieb er noch einige Bücher zum deutschen Sprachunterricht. Sehr verbreitet ist sein deutsches Wörterbuch „Unser Wortschatz“, das im Westermann-Verlag in über 30 Auflagen bis in die 1970er Jahre erschien.

Heinrich Geffert war mit einem langen Leben gesegnet. Er starb, fast 100-jährig, am 13.3.1987 in Hamburg-Groß-Borstel.

HANS-PETER DE LORENT

Gekürzte Fassung der Biografie, die in dem 3. Band der „Täterprofile“ im April 2019 erschienen ist. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de



In der Übergangszeit wurden in der HLZ die Wechsel in der Schulverwaltung vorsichtig und sogar mit leichter Wertschätzung für die Ausgetauschten vermeldet. (HLZ Nr 14/15 vom 8. April 1933)

Die Gleichschaltung – „großes zukunftsträchtiges Werk“

HLZ und Gesellschaft der Freunde auf dem Weg in den Nationalsozialistischen Lehrerbund

Die Machtübernahme der NS-DAP am 30.1.1933 führte in der *Hamburger Lehrerzeitung* nicht zur sofortigen Einstellung jeglicher Kritik an den neuen Machthabern und ihrer Politik. Zwar hatte sich in den Vormonaten bereits eine zunehmende Tendenz zum Zurückweichen vor NS-Positionen gezeigt (vgl. S. 38ff. dieser hLz). Bis Mitte März 1933 blieb die HLZ jedoch ihrem bisherigen Kurs treu. Neben vielen Beiträgen zu pädagogischen Fragen gab es Informationen über Maßnahmen der neuen Regierung, die teilweise mit offenen Worten kritisiert wurden.

Ein aktives Vereinsleben gab es Anfang 1933 aber kaum noch in der *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg*

(GdF). Im Vorstand, der 1932 keinen entschiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr mittragen wollte, wuchs inzwischen die Sorge um die Vermögenswerte der GdF: die sozialen Kassen und das Curiohaus.

„Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit“

Zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler druckte die HLZ am 4.2.1933 ein kurzes Telegramm an Reichspräsident Hindenburg vom 27.1. ab. Darin warnen der ADGB und andere Gewerkschaftsverbände vor der „Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung“ (HLZ 5/1933).

In der gleichen Ausgabe wird aus mehreren Ländern des Reiches berichtet, dass NS-Regie-

rungen einen weiteren Gehaltsabbau und die Aufhebung der kollegialen Schulleitung vorbereiten. Im Aufruf zur Neuwahl des Beamtensrats in Hamburg fordert die von der GdF geführte „Liste Vereinigter Lehrverbände“ dazu auf, Beamtenrechte entschieden zu verteidigen. Zwei Wochen später kann die HLZ einen deutlichen Sieg der Gewerkschaftsliste verbuchen: Trotz geringer Wahlbeteiligung gewinnt sie bei den Lehrern vier Sitze, der „Nationale Block“ nur einen (HLZ 7/1933).

Als Warnung druckte die HLZ gleichzeitig einen Aufruf des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zur Denunziation von KollegInnen ab, die sich abfällig über Adolf Hitler geäußert haben. Titel: „Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit und gegenseitiges Vertrauen“. Die Veröffentlichung führt zur Zurücknahme des Rundschreibens durch den NSLB (HLZ 8/1933).

Heftige Angriffe auf die im Schulwesen durchgeführten Reformen werden von HLZ-Autor Hecht entschieden zurückgewiesen („14 Jahre marxistischer Schulsumpf?“). Von einer „Vergiftung der kleinen Kinderhirne“ durch verseuchte Schulbücher und die „Einheitsschule der Marxisten“ werde gesprochen. Die Veränderungen in der Schule hätten aber nichts mit Parteipolitik zu tun. Die Einheitsschule gehe auf Kerschensteiner u.a. zurück, alle Vorwürfe seien unbewiesen. Hecht: „Aber vielleicht liegt unsere Schuld in dem verborgen, was wir absichtlich unterließen. Gern bekennen wir uns dazu,

jede Kriegsverherrlichung und Völkerverhetzung unterlassen zu haben.“ (HLZ 7/1933)

Selbstzensur nach NS-Drohung

Ende Februar kritisiert die HLZ zum wiederholten Male Luftschutzübungen in den Schulen mit einem mutigen Beitrag von Dietrich Rothenberg, bekannt aus der KPD-nahen Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (IOL). Wie das Beispiel Mecklenburg zeige, drohe die Einführung von Wehrsport an den Schulen. Die Jugend solle, so ein Ex-Major, von „pazifistischer Knochenweichung“ geheilt werden. Rothenberg ruft die Hamburger Lehrerschaft zum entschlossenen Widerstand gegen alle Dinge auf, „die nichts anderes zum Zweck haben, als der psychologischen, ideologischen und physiologischen Kriegsvorbereitung der Jugend zu dienen“. (HLZ 8/1933)

Der Artikel wird veröffentlicht, obwohl die NSDAP den noch amtierenden Senat in einer Bürgerschaftsanfrage drängt, dagegen einzuschreiten, dass „eine Zeitung gelesen wird, die offen die vom Reich gewünschte Luftschutzaufgabe boykottiert“. Im GdF-Vorstand wird in der Anfrage jedoch eine ernste Drohung an HLZ und GdF gesehen. In der Folge verzichtet die HLZ auf exponierte Kritik an der NS-Politik. Die LeserInnen werden in einem Bericht über das zwangsweise Ende einer anderen Zeitung darüber informiert, dass die „angenommene ‚Tendenz des Blattes‘ ausschlaggebend“ für ein Verbot sein könne (HLZ 9/1933).

„Deutsches Volkstum“ und „nationale Einheitsschule“

Im März 1933 – nach dem Reichstagsbrand und dem folgenden Terror gegen die Arbeiterbewegung – macht sich eine verstärkte Selbstzensur in der

Gleichschaltung der „Gesellschaft“.

Der Vorsitzende begründete den Antrag in folgenden Darlegungen: Im Reich hat sich seit einigen Wochen eine Umwandlung vollzogen von einem ungewohnt großen Ausmaße. Kein Lebensgebiet wird davon ausgeschlossen, auch nicht das Schulwesen, auch nicht die Lehrerorganisation. In Zukunft wird es im Deutschen Reich nur eine einzige allumfassende Lehrerorganisation geben, die Lehrende vom Kindergarten bis zur Hochschule umfaßt. (...)

Der Sinn der Gleichschaltung ist dieser: Bei der Zielstrebigkeit, nicht ein Neben- und Durcheinander, sondern eine einheitliche geschlossene Willenshandlung herbeizuführen, ist es notwendig, die Vorstände so zu besetzen, daß Gewähr dafür geboten wird, daß die Einrichtungen im nationalsozialistischen Sinne gehandhabt werden. (...)

Der Vorstand empfiehlt den Eintritt also nicht nur wegen der Reichsvorschrift, sondern sieht in ihm bewußt auf lange Sicht ein großes zukunftsträchtiges Werk.

Herr Klug beantragte Besprechung, die aber gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Gleichfalls gegen drei Stimmen wurde dann der Eintritt der „Gesellschaft“ in den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen. (...)

Braulender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit. (...)

Die Eingliederung in den NSLB wurde von der Hauptversammlung am 27.4.1933 einhellig beschlossen. Der große Beifall habe aber auch dem bisherigen Vorsitzenden Kähler gegolten, der „unentwegt, selbstlos und geschickt viele Jahre für die hamburgische Lehrerschaft gearbeitet und gekämpft“ habe (HLZ 18/1933)

HLZ bemerkbar. Dennoch wird sie noch kein Organ zur Verbreitung von NS-Gedankengut. Nach dem Rücktritt der SPD-Senatoren am 3.3.1933 würdigt die HLZ die 14-jährige Arbeit von Schulsenator Emil Krause und betont, dass er sich klar zur Selbstverwaltung der Lehrerschaft bekannt habe (HLZ 10-11/1933).

In der gleichen Ausgabe verhält sich der frühere GdF-Vorsitzende Theodor Blinckmann in einem Rückblick über die Schulpolitik seit 1919 deutlich defensiv: Er weist insbesondere Kritik zurück, Lehrer würden an den Schulen nicht im nationalen Interesse erziehen.

Besonders deutlich wird der neue Kurs der HLZ in dem Beitrag „Programm“, der eine schulpolitische Richtschnur nach der Reichstagswahl vom 5.3.1933 liefert. Hierin wird u.a. die Forderung nach Selbstverwaltung der Schulen bekräftigt, was den NS-Zielen widerspricht. Der

ungenannte Autor (vermutlich Schriftleiter C. H. Müller) versucht jedoch, die Lehrerforderungen mit Aussagen von Hitler und anderen NS-Politikern in Einklang zu bringen oder sie national gefärbt zu begründen („nationale Einheitsschule“, „einheitliche nationale Grundschule“ u.a.m.). Die angebliche Nähe der Forderungen zu den Zielen der neuen Machthaber wird betont (siehe Dokumentations, S. 66 dieser hLz)

Gegen Bolschewismus und „jüdisches Leihkapital“

Im April 1933 macht die HLZ eine deutliche Wende, mit der die schrittweise Ausrichtung auf NS-Gedankengut vorangeht. Hintergrund ist unter anderem die deutlich repressivere Politik unter dem neuen Schulsenator Karl Witt (DNVP), die schon im März zur Säuberung von SPD-Mitgliedern aus der Schulverwaltung und zu 202 Versetzungen von LehrerInnen führt. Die



„Zwangsweise“ in den NSLB? Es gab laut Protokoll nur drei Gegenstimmen bzw. sieben nach Erinnerung eines Teilnehmers (Bild: Info-Tafel am Curiohaus)

Hamburgs Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 11. März 1933

Nummer 10/11

Z a h l t : Schulplaner Emil Kerck. / Die hamburgische Volksschule seit 1918. / Programm. / Die hamburgische Volksschule seit 1918. / Programm. / Die hamburgische Volksschule seit 1918. / Programm.

Programm.

Die Würfel der Reichstagswahl sind gefallen. Es ist von der Mehrheit des deutschen Volkes ein geschichtlicher Vorgang anerkannt worden, dem der Reichshängler die „nationale Revolution“ beizuschreiben hat. Wenn die Geschichte dieses Wortes aufnehmen sollte, so hätte sie festzustellen, daß wir nach dem Weltkrieg in zwei Revolutionen eine Neugestaltung unseres Reiches versucht haben, und daß beide Male in einer auf breiterer Basis erfolgten Abstimmung diese Versuche vom Volke gutgeheißen worden sind. (...)

So sehen wir die Bedeutung der Wahl unter den zwei Zeichen der Bekräftigung der nationalen Zusammengehörigkeit und der Verpflichtung zu einem sozialen Wirtschaftsumbau. Von diesem Wahlergebnis aus haben die neue Reichsleitung und der neue Reichstag ihr Programm aufzubauen. Der Reichshängler selbst hat sich zu der Programmfrage mit zurückhaltenden Worten geäußert:

„Kein Programm kann ein Volk retten, das nicht selbst einmütig denkt und einmütig handelt. Über die Stände, über Heiß und Kalt, über Reichtum und Armut, über Bildung und Beschränkung und über Konfessionen hinweg muß wieder eine gemeinsame Plattform gefunden werden. Sie kann nur liegen in dem Begriff: Volkstum und Materielle. Über allem muß stehen: Deutschland als Reich, das deutsche Volk als Gemeinshaft.“

Keine nationale Kultur und keine soziale Bestimmung kann aufgebaut werden ohne die Erziehung. Die Politiker können wohl die Formen der Staats- und Wirtschaftsordnung aufstellen, das Leben selbst, das in diese Formen hineinströmen soll, können sie nicht schaffen. Aber die Erzieher können die Jugend für dies Leben vorbereiten. Wie im November 1918, so treten auch heute wieder die Lehrer als die besten Jugendberater hervor und unterbreiten ihr Programm. Es ist dasselbe Programm wie damals, es ist das Programm der ewigen Wahrheiten aus dem Schatz, den die großen führenden Pädagogen unserer Geschichte gesammelt haben und als besten Hüter die Lehrerschaft seit mehr als hundert Jahren durch die sprachliche Doppelzählung auf den Geist Deutschlands eingelegt ist.

Die Worte „loyal“ und „national“ sind dem deutschen Lehrer vertraut. Sie durchdrängen sein Programm.

Die wichtigste und zentrale Forderung der Lehrerschaft ist „die nationale Einheitschule“, wie sie Reichshängler in seinem Vortrag auf der Deutschen Lehrerversammlung in Kiel 1914 geäußert hat und wie sie bereits in der Zeit des nationalen Aufschwungs in Preußen unter der napoleonischen Fremdherrschaft im Süddeutschen Schulgesetzentwurf den ersten Versuch einer Durchführung fand. Diese Forderung bezeichnet eine soziale und nationale Notwendigkeit schlechthin. Wir behaupten keine „Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen“. Aber wir sehen trotzdem in jedem Menschen einen Wert, eine Anlage, die zu größtmöglicher justizier und kultureller Höhe und Menschenwürde zu erstehen, allgemeine Menschenpflicht ist. Die Schule, die es gelohnt, ohne Rücksicht auf Standes- oder Konfessionszugehörigkeit der Eltern alles guten Entwicklungsbestimmen die besten Bestmommen zur Entfaltung zu bieten, ist die Einheitschule. (...) Wir brauchen die einheitschule nationale Grundschule, in der morgen alle Kinder zusammen ihr Schulleben leben und ebenen die Eltern dieser Kinder die Grenzlinien, die Stand, Reichstum, Klasse, Konfession, Parteibekanntnis zwischen ihnen gezogen haben, zerreißen und erkennen, daß praktische Aufbaubarbeit geleistet werden muß und kann aus einem Gemeinshaftserleben heraus. Es ist in der Politik wie in der Religion: die Glaubenssätze trennen, aber die praktische Arbeit führt zusammen.

So geht die Forderung der Einheitschule über den Rang einer Lehrerschaft hinaus und eröffnet Ausblicke, denen nachzustreben höchstes Erbsenglück im Erleben einer Nation bedeutet. (...)

Die Einheitschule ist freilich nur ein Gedanke, das Inhalt haben muß. Der Zustand des Einheitschule-angewiesenen-Schüler der verschiedenen Familienherkunft ist allerdings schon als ein wichtiger Richtungsweiser im Sinne sozialer Erziehung zu sehen. Die Erziehung zur Nation erfordert darüber hinaus aber noch eine positive Inhaltgebung. Wir können dabei die beiden oben zitierten Worte des Reichshänglers „Volkstum und Materielle“ zu alten Forderungen der deutschen Lehrerschaft in Beziehung bringen, wenn wir sie in deren Sprache übersehen „Deutsches Volkstum und Heimatliebe“.

Wer die Forderung der pädagogischen Literatur, wer die angeführte Menge von Arbeit anlieht, die die Lehrerschaft in ihrem Studium, in erster Fachvertiefung und Selbstfortbildung geleistet hat, erkennt, welche hohe Bedeutung der Heimatbeliebte hat, als des Begründens, aus dem die Schularbeit immer und immer wieder schöpft. (...)

Zu diesem letzteren kann die Schule beitragen durch Erziehung zu allgemeiner Menschenliebe, wie sie uns die größten Führer christlichen und deutschen Weltlebens gelehrt haben. (...) Wir Deutschen haben ein ganz besonderes Interesse daran, unserer Kulturpflege und Kulturarbeit im Frieden nachsehen zu können. Wir handeln dem Reichshängler das Wort: „Deutschland wünscht den Frieden und die Freundschaft mit der ganzen Welt.“ Die Befriedung der Welt kann aber nicht geschehen ohne die Schule. (...)

Zur persönlichen Mündigkeit gehört aber auch die Erfüllung mit Lebensmut und Selbstständigkeit. Hierzu haben wir Hamburg ein besonderes Wort zu sagen. Der Direktorial hat vor kurzem in Hamburg die Worte gesprochen: „Wir müssen die Persönlichkeitsrechte zur Entfaltung bringen. Es ist das Ideal der Nation: Erziehung zur Verantwortung, Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit, Eigenständigkeit und Lebensfreude. Das hat die Kultur der Humanität ausgemacht.“ Um der Reichsarbeitsminister hat in einer Rede dieser Tage gesagt: „Wir brauchen nicht mehr gehorchende Untertanen, sondern bewußt mitarbeitende, selbstbewußte Staatsbürger.“ Selbstständigkeit und Selbstarbeit kann nur in einer Schule gelehrt werden, die auf Selbstverantwortung aufgebaut ist. Ein Lehrer, der nicht in jedem Augenblicke die Verantwortungsfrage für sein Tun und Handeln durch freie Selbstentscheidung zu beantworten weiß, sondern schon und unversäglich einer Fremdbestimmung entgegenwärtet, wird keiner Jugend als Führer imponieren und kann wohl halbtote oder tote, aber keine selbständigen Menschen erziehen. Die Lehrerschaft kann deshalb von ihrer Forderung der Selbstverwaltung nicht abgehen. Daß zur Selbstverwaltung die freie Erziehungspersonlichkeit gehört, versteht sich von selbst. Die aufbauende erzieherische Kraft, die in der Freiheit der Erzieherpersönlichkeit gegeben ist, läßt sich durch kein Mittel der Aufsicht oder Einschränkung ersehen. Wer es gut meint mit der Erziehung, möge das bekannte herberth'sche Wort ausweihen in die Formung: „Lehrer müssen gewagt werden, damit sie Knaben zu Männern erziehen.“ Wir gehen deshalb auch nicht ab von der Forderung nach Gewissenhaftigkeit.

Wir haben somit die Forderungen, die die Lehrerschaft 1918 stellte und denen von der gesamten Lehrerschaft der Volksschule der höheren Schule einhellig zugestimmt wurde und die sie noch heute ebenso einmütig vertritt, wieder aufgesetzt. (...) Die Lehrerschaft wird auf die Gaten der neuen Regierung sehen und nicht müde werden, zu mahnen, wenn sie sieht, daß Schule und Jugend selbst müssen.

Unsere „Gesellschaft“.

Kein Wesen kann zu nichts zerfallen! Was die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ in 127 Jahren ihres Bestehens geleistet hat am Ausbau hamburgischer bodenständiger und doch wieder weltöffener, an sozialer und nationaler Geisteskultur, was sie andererseits geleistet hat an Führerschulung, das kann durch den Umbau, mag er vielleicht auch schroff scheinen, nicht aus der Welt geschafft werden. Die besten unseres Standes haben ihre Lebensarbeit in die Arbeit der „Gesellschaft“ hineingebaut. Die „Gesellschaft“ ist geworden aus dem Geiste, aus dem Erleben, aus dem Wollen und Streben, aus Fleisch und Blut führender Männer des hamburgischen Schullebens. Wenn sie vor unserm Blick vorüberziehen, die die heutige Generation noch mit erlebt hat, von Scheel bis Küchler, die Führer im Streit, die Meister des Organisationsgedankens, die Vertreter der Stimme Hamburgs auf den Maisfeldern der deutschen Lehrerschaft, so sehen wir, im Innern erhoben, zu ihnen hinauf. Die neue Zeit stellt neue Männer auf die Kommandobrücke. Das Schiff bleibt dasselbe. Und die Last des Schiffes, die eine heilige Fracht ist, deutsche Jugend, deutsche Schule, deutsche Lehrerschaft, muß sorgsam weiter getragen werden. Es ist der schönste Zug im Wesen der „Gesellschaft“, daß sie allezeit dem neuen Gedanken zugänglich war. In weiser pfleglicher Wahrung alter Lehrereideale verstand sie es, frisches Leben immer wieder einzufangen. Und immer zeigte sich, daß dieses frische neue Leben nichts anderes war als eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale. Das Ewige regt sich fort in allen!

Die Wogen gehen hoch. Aber die Wände des Schiffes sind fest gezimmert. Doran denn, alle Mann! Glückhafte Fahrt!

Klebriges Pathos nach dem Ja zur Gleichschaltung: „eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale“ (HLZ 17/1933)

Entlassung von Regimegegnern und Nichtariern wird mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.33 im Reich legalisiert und fortgeführt.

Am 8.4. druckt die HLZ einen Artikel aus der Westfälischen Schulzeitung nach, in dem Adolf Hitler und sein „gigantisches Werk“ bewundert werden. Die Mehrheit der organisierten Lehrer werde ein Staatswesen auf „nationaler und sozialistischer Grundlage“ sowie den Kampf gegen Bolschewismus und „jü-

disches Leihkapital“ unterstützen. In einem anderen Beitrag werden im Schulprogramm der NSDAP „erfreulicherweise zahlreiche Übereinstimmungen bzw. Anklänge an das Schulprogramm des Deutschen Lehrervereins“ entdeckt.

Andererseits werden in der gleichen Ausgabe die entlassenen sozialdemokratischen Schullehrer gewürdigt. LehrerInnen, die aus dem Schuldienst entfernt wurden, wird gewünscht, dass „zwischen ihnen und der neuen Zeit das gegenseitige Vertrau-

ensverhältnis eine Zusammenarbeit möglich machen“ werde (HLZ 14-15/1933). Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler erscheint ein Artikel, in dem dieser lediglich zurückhaltend geehrt wird (HLZ 16/1933).

Initiative für schnelle Gleichschaltung

Nachdem der NSLB Ende März die Leitung der Lehrervereine und -zeitungen im Reich für sich fordert, handelt der GdF-Vorstand in Hamburg mit dem Gleichschaltungskommissar von

der Lieth. Gleichzeitig brechen in der GdF alte Spannungen wieder auf, die herrühren aus dem Gegensatz zwischen „Kassenverein“ und linkem „Debatierclub“, der nur einen relativ geringen Teil der Mitgliedschaft aktivieren kann.

Mitglieder der konservativen Gruppe „Aufbau“, die seit 1919 ihre Opposition zur GdF-Führung mit einer eigenen Zeitung verbreitet, melden sich zu Wort. In einem von Johannes Saß unterzeichneten Aufruf vom 10.4. werden Unterschriften für eine a.o. Hauptversammlung gesammelt, um den GdF-Vorstand zum Rücktritt zu bewegen: „Eine einfache Erklärung bisheriger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, jetzt im nationalen Geist arbeiten zu wollen, genügt nicht.“ Das Curiohaus und die Kassen der GdF könnten beschlagnahmt werden.

In einem Brief an die Vertrauensleute, abgedruckt in der HLZ vom 22.4., weist der GdF-Vorstand den Vorwurf zurück, nicht im „nationalen Geiste“ gearbeitet zu haben. Die GdF könne vor dem Schulprogramm der NSDAP „mit ihrer Arbeit und ihrem Wollen bestehen“. Eine Beschlagnahme des Curiohauses und der Kassen stehe nicht bevor; der Vorstand bemühe sich „seit langem um die besten Lösungswege“ (HLZ 16/1933).

Tatsächlich hat sich der Vorstand zu diesem Zeitpunkt bereits für die aktive Mitgestaltung der Gleichschaltung entschieden. Termine für die Durchführung sind mit Gleichschaltungskommissar von der Lieth abgesprochen. Wie der damalige HLZ-Autor Friedrich Kraus später schreibt, scheitert daher der Vorstoß des „Aufbaus“, der GdF noch das „Eseltrittchen“ zu geben.

Gleichschaltung – eine „glückliche Synthese“

Unter der Leitung des Vorsitzenden Gustav Küchler wird mit

Lieth eine Erklärung zur Gleichschaltung entworfen. Außerdem wird eine gemeinsame Liste für die Neuwahl des Vorstands ausgehandelt: 9 Mitglieder des alten Vorstands, 12 aus NSDAP bzw. DNVP. Der Kommissar versichert im Gegenzug – vorbehaltlich eines Reichsgesetzes –, dass die Vermögenswerte der GdF „dem gegenwärtigen Mitgliederbestande ... als Eigentum verbleiben werden“ (HLZ 18/1933).

Am 27.4. beschließt die so vorbereitete Hauptversammlung der GdF bei nur drei Gegenstimmen den Eintritt in den NSLB (Dietrich Rothenberg bleibt 1984 dabei, dass außer ihm noch sechs andere Mitglieder mit Nein stimmten). Für den alten Vorstand ist dies „auf lange Sicht ein großes zukunftsträchtiges Werk“. Die von Rudolf Klug (IOL) geforderte Diskussion über die Vorlage wird mit gleicher Mehrheit abgelehnt.

Zum neuen Vorsitzenden wird Wilhelm Schulz gewählt, zugleich Vorsitzender des NSLB und Oberschulrat für das Volksschulwesen. Neuer Schriftleiter der HLZ wird Heinrich Geffert.

Küchler, der als Beisitzer im Vorstand bleibt, sieht im neuen Vorstand eine „glückliche Synthese“: „zwei lebendige Kraftzentren“, die sich „wechselseitig .. befruchten“ könnten. Er verspricht sich eine weitere Einflussnahme auf die Schulpolitik Hamburgs. Über das Ende der Versammlung vermerkt die HLZ: „Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit“ nach der Gleichschaltung; er habe auch Küchler gepocht (HLZ 18/1933).

Verkalkuliert

Die Illusionen des alten GdF-Vorstands über die künftigen Möglichkeiten zerplatzen schnell. Schulz stellt zwei Wochen nach dem 27.4. klar: „Es gibt keine Synthese zwischen nichtnationalsozialistischen und

nationalsozialistischen Gedanken.“ Die GdF habe künftig die Aufgabe, NS-Gedankengut pädagogisch umzusetzen (HLZ 20/1933). NSLB-Vertreter machen deutlich, dass sie kein Eigenleben der GdF innerhalb des NSLB zulassen wollen.

Rückblickend betrachtet wurde für die HLZ mit der Wahl von Geffert (kein NSDAP-Mitglied) das vollständige Einschwenken auf NS-Politik noch verschoben. Interner Schriftwechsel im NSLB belegt, dass im Mai 1933 ein Zensor für die HLZ abgelehnt wird, was Geffert noch Spielraum erlaubte. Er leitete die HLZ in der Zeit des Übergangs zum Organ des NSLB und zum Kampfblatt der NS-Bewegung.

Aus heutiger Sicht kann die Entwicklung von GdF und HLZ im Jahr 1933 in erster Linie als Resultat eines Anpassungskurses an die NS-Bewegung betrachtet werden. Dabei wurde nicht aus Sympathie mit den neuen Machthabern gehandelt, sondern ein Versuch zur Rettung von Betätigungsmöglichkeiten und Vermögenswerten unternommen. Mitglieder, die einen entschlossenen Widerstand befürworteten (wie die ab Februar verdeckt wirkenden IOL-KollegInnen), waren nur eine Minderheit.

Ein Vergleich mit den übrigen freien Gewerkschaften zeigt, dass die Tendenz zur Anpassung und Selbstpreisgabe bei der GdF nicht stärker ausgeprägt war. Auch im Hamburger ADGB hoffte die Mehrheit der Führung, die Organisation durch Wohlverhalten und Neutralität gegenüber den Nazis erhalten zu können und rief zur NS-Kundgebung am 1. Mai auf. Am nächsten Tag wurde dennoch – wie anderswo im Reich – das Gewerkschaftshaus besetzt, das Vermögen beschlagnahmt und Gewerkschaftsführer festgenommen.

MANNI HEEDE
(Zuerst erschienen in hlz 5-6/2003)

Die HLZ als Nazi-Zeitung

Von der pädagogischen Zeitung zum NS-Kampfbblatt

Mit ihrem Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) legte die *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg* (GdF) auch den Grundstein für die Umwandlung der *Hamburger Lehrerzeitung* in ein Propagandaorgan der Nationalsozialisten. Die entscheidende Hauptversammlung der GdF am 27.4.1933 hatte bei gerade drei Gegenstimmen die Gleichschaltung beschlossen (vgl. HLZ 5-6/2003). Darüber hinaus hatte sie neben einem neuen Vorstand auch mit Heinrich Geffert einen neuen HLZ-Schriftleiter gewählt. Dieser gehörte zwar nicht der NSDAP an, wurde aber vom NSLB akzeptiert.

Die Mehrheit des neuen Vorstands bildeten zwölf neu berufene Mitglieder von NSDAP bzw. DNVP. Daneben gab es neun Angehörige des alten Vorstands um Gustav Kuchler, der durch eine aktive Mitgestaltung der Gleichschaltung vor allem das Curiohaus und die sozialen Kassen der GdF zu sichern hoffte.

Während sich die wirtschaftliche Eingliederung der GdF in den NSLB vor allem aus vermögensrechtlichen Gründen verzögerte, erfolgte die organi-

satorische Übernahme der HLZ durch die Nationalsozialisten bereits nach einem knappen halben Jahr. Nach den Herbstferien erschien sie als Wochenzeitung

ber 1933 geschah dies noch relativ zurückhaltend und nur mit einem begrenzten Anteil.

Die Nationalsozialisten gingen jedoch davon aus, dass für



14.10.1933 - die erste HLZ mit Reichsadler und Hakenkreuz: „Ein alter Wunschtraum ist erfüllt. Durch die nationalsozialistische Bewegung erhält die hamburgische Lehrerschaft eine gemeinsame Zeitung.“ (HLZ 40-41/1933)

des NSLB, herausgegeben vom neuen GdF-Vorsitzenden Wilhelm Schulz, der zugleich Landesleiter des NSLB und Oberschulrat für das Volksschulwesen war. Die GdF bestand noch bis 1937 als *Abteilung Wirtschaft und Recht* des NSLB weiter, hatte aber nur in Bezug auf die Vermögenswerte Bedeutung.

Inhaltlich verfestigte sich in der HLZ nach dem 27.4. die bereits seit längerem praktizierte Anpassung gegenüber der NS-Bewegung. Zwar erschienen nach wie vor Artikel zu rein pädagogischen Fragen, oft mit Hinweisen für die Arbeit in der Schule, sowie einzelne Diskussionsbeiträge. Die Verbreitung der NS-Ideologie nahm aber mehr und mehr Raum ein. Bis etwa Okto-

die Verwirklichung ihrer Ziele gegenüber Schule und Jugendlichen die „innere“ Gleichschaltung der Lehrerschaft nötig war. Dazu gehörte die Umwandlung der HLZ in ein NS-Kampfbblatt. Diesen Weg wollte Schriftleiter Geffert dann wohl nicht weiter mitgehen: Zum Jahresende 1933 legte er sein Amt nieder und überließ die Aufgabe Max Fehring. Wie sich die HLZ in dieser Übergangsphase ihren LeserInnen präsentierte, soll im Folgenden genauer beleuchtet werden.

Mai 1933:

„Eure Zeit ist gewesen!“

Die Vorstellung des alten Vorstands, Alt und Neu könnten sich nach dem Gleichstellungsbeschluss vom 27.4. nebeneinander entfalten, erweist sich in der HLZ umgehend als Illusion. Eine Drohung von OSR Dr.

Behne, ausgesprochen auf der Versammlung aller Lehrer am 29.4., wird wiedergegeben: Für diejenigen, die nun getarnt im NSLB ihre „liberalistische marxistische Weltanschauung“ weiter verfolgten, gelte: „Ihr werdet nichts mehr erreichen, ihr seid uns restlos bekannt, eure Zeit ist gewesen!“ (HLZ 18/1933). Eine Woche später stellt ein Kurzbericht über die Sitzung des neuen Vorstands am 9.5. klar: „weltanschauliche Fragen werden nur vom NSLB bearbeitet“, bestehende Ausschüsse und AGs zu diesen Themen müssen ihre Arbeit sofort einstellen (HLZ 19/1933).

Mehrere Beiträge verdeutlichen, dass sich die HLZ zunehmend in den Dienst der neuen Machthaber stellt: Reden von NS-Politikern werden jetzt abgedruckt, daneben allgemeine Schulungsbeiträge wie „Deutsches Bauerntum“ oder „Die Herkunft des Hakenkreuzes“. Doch auch schulbezogene Artikel dienen der Ausrichtung auf die NS-Ideologie.

So bringt die HLZ Ende Juni im Zusammenhang mit einem neuen Geschichtserlass der Behörde einen Artikel des späteren Schriftleiters Max Fehring, der u. a. die Vernachlässigung der Heldenverehrung während der vorangegangenen 15 Jahre beklagt. Der Geschichtsunterricht müsse jetzt in den „Kraftstrom völkischer Erneuerung“ eingeschaltet werden und der „Schaffung der Volksgemeinschaft“ dienen, um die „Sicherung des Volkes nach außen und innen“ zu erreichen (HLZ 25-26/1933). Direkt nach Fehring's Aufsatz folgen umfangreiche Anregungen zur Umsetzung in der Schule, u. a. eine Literaturliste zu Geschichte und Programmatik der NS-Bewegung. Beide Artikel

zielen auf die schnelle Änderung des Fachunterrichts im Sinne der Nationalsozialisten. Entsprechende Beiträge zu den Fächern Englisch und Französisch erscheinen in den folgenden Ausgaben der HLZ.

„Wunschtraum der deutschen Lehrer“ verwirklicht

Im August wird in der HLZ für die von den Nationalsozialisten jetzt offen geplante Auflösung der GdF geworben: NSLB-Geschäftsführer Kurt Holm bezeichnet „die Einigung aller deutschen Erzieher und ihre Zusammenfassung zu einer einzigen kraftvollen, disziplinierten Gemeinschaft“ im NSLB als alten „Wunschtraum der deutschen Lehrer“ (Holm spielt damit auf die gleichzeitig betriebene Auflösung des Philologenverbandes und des Lehrervereins an.). Eine „korporative Zusammenfas-

des Vorstands sogar die Übergabe des Curiohauses und des Vermögens an den NSLB vorsieht (HLZ 30/1933). In ähnlich knapper Form wird vermeldet, dass infolge eines vom NS-Regime geänderten Gesetzes 103 verheiratete Lehrerinnen zum 31.8. entlassen und weiteren 68 gekündigt worden sei (HLZ 29/1933).

Ausführlich berichtet die HLZ dagegen über die Einführung von 315 neu ernannten Schulleitern, die ihre gewählten Vorgänger ersetzen. Diese Säuberungsmaßnahme der neuen Machthaber wird Anlass für eine ausführliche Erläuterung des NS-Führerprinzips. In der abgedruckten Rede von Senator Witt heißt es dazu, in den Kollegien müsse „der Geist, der durch die Selbstverwaltung entstanden ist, ausgeschaltet werden“ (HLZ 30/1933).

Dennoch kann die HLZ bis Ende September 1933 noch nicht als 100-prozentiges Sprachrohr des NSLB bezeichnet werden.

Auffallend ist, dass vom 27.4. bis jetzt zu dem

zentralen NS-Thema Rassenbiologie nur zwei Artikel von Prof. Walter Scheidt veröffentlicht worden sind. Im ersten unterstreicht er die Wichtigkeit der Rassenkunde in der Schule und gibt Anregungen für den Unterricht (HLZ 30/1933). Im zweiten plädiert er dafür, an der Universität den Studierenden sowohl Rassenkunde und Rassenhygiene als auch allgemeine Biologie zu lehren (HLZ 33/1933). Zu diesem Artikel erscheinen später mehrere Stellungnahmen, was zeigt, dass – in begrenztem Rahmen – noch eine Auseinandersetzung über Positionen möglich ist.

Hitler-Gruß auch in den hamburgischen Schulen

Nachdem der Senat bereits vor einiger Zeit den Hitler-Gruß in der hamburgischen Verwaltung eingeführt hat, hat jetzt auch der Präses der Landesunterrichtsbehörde angeordnet, daß in den Schulgebäuden, insbesondere bei der Grußbezeugung der Schüler den Lehrern gegenüber, der Hitler-Gruß zu erweisen ist.

19.8.1933 – Kurzmeldung zur Einführung des Hitler-Grußes (HLZ 29/1933)

sung“ – wie durch den Beitritt der GdF in den NSLB – reiche aber für die „völlige Einigung“ nicht aus. Es gelte das Wort Hitlers: „Eine nationalsozialistische Gewerkschaft neben andern Gewerkschaften ist sinnlos“. Der NSLB sei zuversichtlich, dass die GdF-Mitglieder, die inzwischen fast alle gleichzeitig dem NSLB angehörten, bei der bevorstehenden Hauptversammlung „heißen Herzens“ für die Auflösung der Gesellschaft stimmten (HLZ 29/1933).

Dass die Hauptversammlung auf Geheiß der NSLB-Reichsleitung kurzfristig abgesagt wird, ist der HLZ nur eine kurze Mitteilung wert (HLZ 31-32/1933) – und das, obwohl ein Antrag

Hamburger Lehrerzeitung 1933/1934:

- Wochenzeitung
- meist 16 Seiten, DIN A4
- Auflage: bis 7900
- Herausgeber: GdF (bis Nr. 38/39 v. 30.9.1933), NSLB (ab Nr. 40/41 v. 14.10.1933)
- Schriftleiter: Heinrich Geffert (Mai bis Dezember 1933), Max Fehring (ab Januar 1934)

Mit dem Hakenkreuz zur „bedeutsamen Wende“

Im Oktober 1933 wird die HLZ vom Verlag des NSLB übernommen, mit Wilhelm Schulz als neuen Herausgeber. Die Genehmigung durch die zuständige Hauptversammlung der GdF erfolgt erst rückwirkend am 16.3.1934. Das Hakenkreuz im neuen Kopf der HLZ zeugt von der „bedeutsamen Wende“, die Schulz ankündigt: Die HLZ sei jetzt eine Zeitung für alle Erzieher „von der Kindergärtnerin bis zum Hochschulprofessor“ (HLZ 40-41/1933).

über Volkssport schreibt z. B. Rudolf Schmidt, dass die Schule auch die „Stählung des Körpers und die Erziehung zu seelischer Zucht“ zu leisten habe (HLZ 42/1933). Ein Bericht über die „tägliche Turnstunde“ an einer Mädchenschule beginnt mit Auszügen aus Hitlers „Mein Kampf“ (HLZ 47/1933). Selbst ein Artikel zur Sprecherziehung wird mit Zitaten von Goebbels angereichert (HLZ 42/1933).

Trotz dieser Änderungen werden noch widersprüchliche Positionen veröffentlicht. Redaktionsleiter Geffert wird

von ihm verantworteten Ausgabe weist Geffert diesen Vorwurf zurück und verteidigt die von ihm angebotene Diskussionsmöglichkeit zu diesem Thema (HLZ 51-52/1933).

NS-Ideologie bei fast jedem Thema

Der neue HLZ-Schriftleiter Max Fehring scheint im Gegensatz zu Geffert keine Probleme mit einer stärkeren nationalsozialistischen Ausrichtung der HLZ zu haben. Unter den pädagogischen Beiträgen gibt es ab 1934 nur noch wenige ohne direkten

Bezug zur NS-Ideologie. Der Anteil der abgedruckten Reden, Aufrufe und Berichte von Kundgebungen nimmt zu. Dabei geht es um Bildungspolitik im weiteren Sinne, wie Reichstagungen des NSLB, aber auch um allgemeinpolitische Unterweisung wie „Worte des Führers am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution“. Daneben erscheinen zahlreiche Artikel zu Themen, die dem NS-Regime gerade aktuell von besonderer politischer Bedeutung zu sein scheinen.

Darunter fallen Aufsätze über „Die Luftbedrohung Deutschlands“ (HLZ 2/1934) und „Die Luftschutzmittel“ (HLZ 5/1934) – reine Luftschutzpropaganda, die in der HLZ noch im Februar 1933 als Kriegsvorbereitung angegriffen wurde.

In den Vordergrund rückt auch das ideologisch wichtige Thema Geopolitik. Im März 1934 handelt fast eine ganze Ausgabe vom „Kampf um das Saargebiet“, wo für Anfang 1935 eine Volksabstimmung über die Rückkehr ins Deutsche Reich geplant ist (HLZ 12-13/1934). Im Mai stellt Schriftleiter Fehring selbst über

fünf Seiten zum Thema „Osten und Westen“ zusammen: Bezugnehmend auf Hitler betont er, dass das deutsche Schicksal im Osten liege und Deutsche „jenseits der Grenze zu schützen“ seien. In den Literaturhinweisen zur Unterrichtsplanung geht es unter anderem um das Memelland und „Deutsche Not an der Weichsel“ (HLZ 20/1934).

Über die Behandlung von Geopolitik im Unterricht kommt es noch einmal zu einer Diskussion: Keine der so genannten „scharf gegensätzlichen Äußerungen“ (HLZ 10-11/1934) deutet allerdings eine kritische Sicht auf die Inhalte an; es geht hauptsächlich darum, in welchen Schulfächern dieser dem NS-Regime wichtige Bereich behandelt wird.

Eine ähnliche Diskussion gibt es über „Wehrsport und Schule“: Dass die Jugendlichen mit Leibesübungen „wehrhaft“ gemacht werden sollen, ist unstrittig (HLZ 7/1934). Differenzen

beziehen sich auf die Frage, ob dies nicht besser durch die Hitlerjugend zu leisten sei (HLZ 25-26/1934).

Durchschlagende Wandlung „mit behutsamer Hand“

Zu dem für die Nationalsozialisten zentralen Thema „Erblehre und Rassenkunde“ werden im Dezember 1933 ausführliche Richtlinien abgedruckt (HLZ 51-52/1933). In den nächsten Monaten schreiben C. Schäffer über „Vererbungsversuche in der Schule“ (HLZ 1/1934) und Hugo Staack „Zur Frage der Erblichkeit des Stotterns“ (HLZ 29/1934): Beide versuchen die Bedeutung einer Reinerhaltung der Rasse klarzumachen. Gleichzeitig versucht der NSLB den LehrerInnen auf obligatorischen Schulungen mit Teilnahmenachweis seine Sicht einzutrichtern (HLZ 23/1934).

Dominierenden Raum in der HLZ nimmt die Thematik jedoch erst ab 1935 ein, was damit zusammenhängen dürfte, dass der

NSLB laut Wilhelm Schulz 1934 „mit behutsamer Hand“ vorgegangen sei (HLZ 1/1935). Denn noch im Oktober 1933 war für ihn die „geistige Durchdringung der Erzieherschaft mit dem Ideengut des Nationalsozialismus nach wie vor schwierig“ (HLZ 43-1933).

Insgesamt hat die HLZ Ende 1934 eine durchschlagende Wandlung seit dem Gleichschaltungsbeschluss der GdF vollzogen. Der 1922 bei der Gründung der HLZ formulierte Anspruch, „neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlichem Kampf miteinander nach Führung und Geltung ringen“, zu sein, ist längst aufgegeben. Zentraler Inhalt ist 1934 die Verkündung der NS-Ideologie. Der Schritt zum Rassenhass predigenden NS-Kampfforgan steht noch aus.

MANNI HEEDE
(zuerst erschienen in hlz 8-9/2005)

Foto: Landesmedienzentrum Hamburg



Lehrerfortbildung ab 1933, hier bei der SA: Vor allem Junglehrer mussten an den Lagern teilnehmen. Inhalte waren das NS-Weltbild, Gemeinschaftsgefühl, politische Kaminesprache und ein bisschen Frühsport um 6 Uhr (vgl. Joachim Paschen (Hg.), Hamburg vor dem Krieg, Bilder vom Alltag 1933-1940, Edition Temmen, Bremen 2003)

Inhaltlich sind nur allmählich Änderungen zu erkennen. Politische Beiträge bestehen oft im Abdruck von Reden verschiedener NS-Führer. Neu ist jedoch eine Schwerpunktsetzung: Eine Ausgabe befasst sich z. B. fast nur mit dem deutschen Osten, vermutlich, um die LeserInnen besser in die NS-Sicht einweisen zu können (HLZ 49/1933).

Nach wie vor dominieren pädagogische Themen, sie werden jedoch häufiger zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie benutzt. In einem Aufsatz

deshalb Ende des Jahres vom führenden NS-Pädagogen Ernst Kriek heftig angegriffen. Grund ist der Abdruck eines Beitrags mit einer Kritik an Kriecks erziehungsphilosophischen Positionen. Obwohl Autor Wilhelm Höper selbst den Nationalsozialismus als aktuell einzig mögliche „weltanschauliche Grundlage des Denkens“ bezeichnet (HLZ 44/1933), stellt Kriek dessen NS-Gesinnung in Zweifel und wirft der HLZ vor, nur dem Namen nach „dem Hakenkreuz unterstellt“ zu sein. In der letzten

»Machtergreifung der Gehirne«

Ohne »ein Lehrgeschlecht ..., das als Ganzes völkisch-nationalistisch denkt«, war für NSLB-Reichsleiter Hans Schemm an eine Neugestaltung des Schulwesens nicht zu denken (HLZ 43/1933). Deshalb sollte der organisatorischen Gleichschaltung die weltanschauliche folgen. Dem dienten monatliche Pflichtversammlungen des NSLB und mehrwöchige Schulungslager (siehe S. 74/75 dieser HLZ). Vermeintliche Gegner konnten auch im »Schulschutz« schikaniert werden, wo sonst vor allem Junglehrer mit Wehrsportübungen gedrillt wurden.

Die Ausrichtung wurde von »Säuberungen« begleitet:

- der Ersetzung fast aller bisherigen Schulräte und von 315 Schulleitern;
- über 200 Umsetzungen allein bis zum Sommer 1933;
- der Entfernung von insgesamt 637 LehrerInnen aus dem Dienst bis 1935.

So sollte auch der Einfluss von NS-Gegnern auf die Kollegien unterbunden werden.

Im Herbst 1933 war jedoch die »geistige Durchdringung der Erzieherschaft« für den NSLB »nach wie vor schwierig« (HLZ 43-1933). Noch Mitte 1934 klagte die HLZ über »liberalistische Miesmacher« (HLZ 23/1934) und kündigte einen Feldzug gegen Nörgler an (HLZ 25-26/1934).

Wie in den Gewerkschaften insgesamt hatte auch der Vorstand der GdF Anfang 1933 keinen Widerstand gegen das NS-Regime organisiert. Viele zogen sich ins Private zurück.

Die innere Gleichschaltung führte aber nach schleppendem Anlauf dazu, dass 1935 27 % der Hamburger LehrerInnen der NSDAP angehörten – der höchste Organisationsgrad einer Berufsgruppe im Dritten Reich.

Hamburget Leherzeitung

Wochenschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg



Herausgeber: W. Schulz, Landesleiter des N.S.L.B. Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 28. Oktober 1933

Nummer 43

Erstes Schulungslager des N.S.L.B., Gau Hamburg

(...) Zweck des Lagers war der, den Teilnehmern die geistige Haltung des Nationalsozialismus zu vermitteln und sie in Kameradschaftlichem Zusammenleben und offener Aussprache zur Anteilnahme am Schicksal ihres Volkes und zum Mitkämpferwillen zu führen. Die Teilnehmer wurden diesem Zweck entsprechend ausgewählt und einzeln aufgeföhrt.

Ort des Lagers war das Heim „Waldbhof“ an der Wingst, das der Pädagogischen Vereinigung von 1905 gehört. Das Wingster Hingel-land bot zu den volkssportlichen Übungen und zu täglichen Kurzwanderungen die beste Gelegenheit. Das Heim selbst mit seinen Gärten und seiner großen Diele war eine würdige Stätte für unsere Arbeit.

36 junge Lehrer aus dem Stadt- und Landgebiet von Dolks- und höheren Schulen wurden am 22. September abends im Institut Freilagratshöhe zu einer kurzen Belpredung eingeladen. Es wurden ihnen große Opfer zugewendet: 25 000 Lagerkosten und die Anschaffung einer vollen Uniform (etwa 40 000). Keiner von all diesen meistens teilbesessenen Junglehrern lehnte ab, nur über die Saplungsweise brauchte gesprochen zu werden. Alle hatten begriffen, daß ein Lager ohne Uniform, daß Volkssport ohne Uniform, daß ein Nationalsozialist ohne Uniform nicht denkbar ist. Dieser erste Appell gab das sichere Gefühl, daß die Doraushebung zu echter Kameradschaft, der Keim zum Erfolge in der Lagerbetrieblschaft schon angelegt war.

Montag, 2. Oktober, 8 Uhr 15, traten wir auf dem Steinthorplatz an. Der hellvertretende Landesleiter, Pg. Mansfeld, gab uns Groß und gute Wünsche der Gauleitung des NSLB mit, 8 Uhr 30 rollte unser Autobus davon. Ein kurzer Aufenthalt in Stade. Ein kurzer Markt bis zur Okte, veranlaßt durch einen letzten Motorlober. 12 Uhr waren wir am Plage. Die Koffer wurden abgeladen. Dann traten wir an, das Hozel-Wesjel-Lied erklang, die Fahne ging in die Höhe. Alle Augen folgten ihr. „Augen gerade—aus, rührt euch!“ Die Fahne weht! Das Lager hat begonnen!

Kameraden! Jümmet, wenn die Fahne in die Höhe steigt, denken wir an unser Volk, seine Not, und geloben uns und unsere Arbeit ihm. Diese Fahne ist ein Zeichen des Willens, der in Adolf Hitler verkörpert ist, des Willens, der in uns allen lebt. Die Lösung dieses Lagers, unsere Lösung ist: „Alle Arbeit für Deutschland!“

15 Minuten Pause! Den Stubenobsteuten, die während der Fahrt erkannt worden waren, wurden Stimmer, Kofferpläge, Waschlagepläge u. a. zugewiesen und ihnen die Lagerordnung im allgemeinen mitgeteilt. Dann ein Pfiff, Sammeln, die Stubenobsteute tiefen ihre Leute auf und die Belegschaft zog ein.

13 Uhr wurde zum Mittagessen gepffiffen. 14 Uhr wurden die Dolksportgruppen eingeteilt. Bis 16 Uhr wurde gelibt. Nach dem Kaffeetrinken lernten wir die ersten Lieber unseres Lagers, die erste Gruppe stellte sich vor, indem jeder seinen Lebenslauf erzählte. Dann zogen wir für diesen Tag die Fahne wieder ein. 19 Uhr: Abendrot, Stiefelpufen. 20 Uhr: ein Lesebuch über „Das Heilische“. Hier wurden die Säge von Heinrich von Kleist ins Lager gestellt mit ihren Fragen und Antworten, die dann das Kernstück unserer Morgenfeier am Sonntag wurden, die schließlich der Weihe unserer Fahne vorangingen und uns unsere Namen gaben: Lehretbereitschaft Heinrich von Kleist.

Die Tage vertiefen gleichmäßig. 7 Uhr früh trieb der Pfiff uns „fluchfarrig“ aus den Betten. 2 Turnabteilungen übten, später wurde noch eine Badegruppe gebildet. Ein kurzer Lauf durch den Wald, lockere und ausgleichende Übungen im Kreise Lauf zurück, Wädsen, Anziehen, Betten ordnen. 8 Uhr rief der Pfiff zum Frühstück. Danach Fahnenaufzug, der Gagespruch wurde aufgegeben. Dolksport bis 11 Uhr 15. 11 Uhr 30 Vortrag eines Parteigenossen über ein weltentliches Aufgabengebiet des Nationalsozialismus. So sprachen nacheinander Pg. Dr. Garmis über „Rassen des deutschen Volkes und Rassenhygiene“, Pg. A. Conn über „Die Gläubigkeit des deutschen Volkes“, Pg. Dr. Arp über „Das Staatsbild des Nationalsozialismus“, Pg. B. Jenien und H. Kuhn (NSBO) über den Wirtschaftsaufbau im faschistischen Italien und im neuen Deutsch-

land. Pg. Professor Dr. Deuchler über „Das Erziehungsziel des Nationalsozialismus“, Pg. Mansfeld konnte leider nicht kommen, Pg. Holm sprach über den NSLB und seine Organisation. Den Rednern war als längste Redezeit eine Stunde bewilligt.

13 Uhr wurde zu Mittag gegessen. Bis 15 Uhr war Freizeit, das Lager dürfte ohne Urlaub nicht verlassen werden. 15 Uhr wurde Kaffee getrunken. Ein einheimischbündiger Spaziergang mit dem Redner schloß sich an. Sweiertei wurde damit erreicht. Das Gelpredch über den Vortrag wurde im Meinungsaustrausch vorbereitet, außerdem konnte die Schönheit der herrlichen Landchaft von den dafür offenen Kameraden empfunden werden. — Nach der Rückkehr versammelte sich alles im Arbeitsraum, legte sich im Kreise, lang ein Lied, und dann letzten die Fragen ein; Antworten wurden erteilt, Aufgaben und Umfahrungen gegeben, der gegenwärtige Zustand und die Ausrichtung unserer Weisungslagerung wurde als große gemeinsame Aufgabe erteilt.

Diskussion, Meinungsstreit wären ein Urding im nationalsozialistischen Schulungslager. Gelpredch aber ist das wirksamste Mittel der Werbung. Gelpredch führt auf Kameradschaft, auf Verantwortung vor dem größeren Gemeinamen. Diese Kameradschaft und Gemeinamkeit schafft das Lager bei der ganzen übrigen Arbeit. Im Gelpredch zeigte sich auch, ob der Redner mit der Hörerschaft Verbindung fand, wozu Vortrag, Mittagessen und Spaziergang ihm Gelegenheit boten. Im Gelpredch prüften die Kameraden tastend und erkennend den Bereich des Gemeinamens ab und gaben sich Rechenschaft vor der Idee. Gelpredch ist nur möglich unter Kameraden. Der Leiter muß sie führen und zügeln.

Nach dem Gelpredch sammelten wir uns auf dem Hofe vor der Diele, traten an, marschierten vor den Fahnenmast. Das Sieg-Heil auf Volk, Bewegung und Führer erklang, „Augen rechts!“ und die Fahne ging herab.

19 Uhr wurde zum Abendrot gepffiffen, danach Stiefelpufen. 20 Uhr versammelten wir uns wieder im Arbeitsraum zum gemeinsamen Tagesabschlus. Es wurde viel gelungen und musiziert, neues Siegut, Ausbruch junger deutscher Haltung, wurde erarbeitet, Lebensberichte der Kameraden zeigten uns die Quellen unseres Seins und Tuns und die Mannigfaltigkeit unseres Werbens; einmal machten wir eine Abendwanderung. (...)

22 Uhr schloffen wir unter dem Nachthimmel und seinen Stern-Kameradenwärmen zwischen Haus und Gärten den engen Ring der bruck gute Nacht.

22 Uhr 30 waren alle Lichter erloschen. (...)

Am Freitag, 13. Oktober, hatten wir unsern Ehrentag. Landesleiter Schulz und Pg. Holm kamen in unser Lager und übergaben der Lehretbereitschaft Heinrich von Kleist die erste Fahne des NSLB, Gau Hamburg. (...)

Der Landesleiter erinnert uns an das Blut der 400, an die Wunden der 40 000, die die Fahnen des neuen Reiches geweiht haben, die alle die verpflichten, die nur die Fahnen tragen und hinter ihnen gehen. Die Lehretbereitschaft Heinrich von Kleist hat ihre Fahne erhalten.

Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!

Ein Kamerad trag ein selbstverfühtes Gedicht vor:

Hoch dauert mancher alte Keit,

Dem neuen Reich zum Schaden;

Wir stehen da, im Stürme fest,

Als treue Kameraden!

Das Deutschland-Lied beschloß die Feier.

Unter dem dunklen Nachthimmel entzündeten wir dann ein Feuer (...)

Alle Arbeit für Deutschland! Heil Hitler!

Hellmuth Dahms.

Rassenhass und Kriegsvorbereitung

Vom NS-Propagandablatt zum Ende der HLZ

Anfang 1935 war die schrittweise Wandlung der HLZ zum Nazi-Propagandablatt bereits vollzogen. Seit Oktober 1933 auch formal als Wochenzeitung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) herausgegeben enthielt sie zwar immer

„Artfremdes Eiweiß ist Gift“ sorgte NSLB-Reichsleiter Hans Schemm Mitte Januar für eine neue Schärfe gegenüber den Juden. Der Jude sei ein „Urfeind“; arisches Blut müsse gegen das „verdorbene Blut der Juden“ verteidigt werden (HLZ 2/1935).

Reinheit unserer Rasse“ aufgerufen wurde (HLZ 38-39/1935). Dennoch gab es immer noch Artikel, die nicht der politischen Ausrichtung dienten wie etwa „Zur Arbeit mit der neuen Fibel“ (HLZ 47/1935).

Ideologische Ausrichtung und Wehrerziehung

Vor allem 1936 und 1937 legte die HLZ einen Schwerpunkt auf die Umgestaltung der Schulfächer im Sinne der NS-Ideologie. Im Fach Geschichte sollte künftig eine großdeutsche Betrachtungsweise und Kriegsgeschichte als Schwerpunkt Einzug haben. Dabei sollte die Bedeutung der „nordischen Rasse“ etwa und von „Führertum“ hervorgehoben werden.

In einem Artikel über „Aufgaben des Deutschunterrichts für die Obertertia“ wurde gefordert, „alle Arbeit in erhöhtem Maße der weltanschaulichen und gesinnungsmäßigen Zielsetzung (zu) unterstellen“. Zu den Themenvorschlägen gehörten u. a. „Führergestalten, das Kriegserlebnis, der Kampf um das Dritte Reich“ (HLZ 23/1937).

Ab 1938 wurde in der HLZ besonders die Militarisierung der Schulen propagiert. Unter dem Titel „Vormilitärische Erziehung der Jugend“ forderte Rudolf Fehring nicht nur die Vermittlung des Wehrgedankens, sondern auch waffentechnische Ausbildung an den Schulen. Damit der Staat „gerüstet und wehrbereit“ sei, müsse die Jugend „männlich hart, gehorsam, waffentüchtig und charakterfest“ werden. Zur Wehrerziehung gehörten Aufgaben in verschiedenen Fächern, z. B. Kampfstoffen in Chemie, Berechnung von Flugbahnen in Physik (HLZ 6/1938).

Unzureichende Mitarbeit bei der HLZ

Die Herausgabe der HLZ als ein Kampfblatt der NS-Bewegung war für die verantwortlichen Nationalsozialisten in organisatorischer Hinsicht nicht unproblematisch. Mehrmals wurde indirekt auf unzureichende Mitarbeit aus den Reihen der Lehrerschaft hingewiesen. Die meisten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde (GdF) hatten sich ebenso wie HLZ-Mitarbeiter zurückgezogen.

Schon in der ersten HLZ-Ausgabe des Jahres 1935 betont Gauamtsleiter Wilhelm Schulz, der NSLB habe zwar schrittweise „den nationalsozialistischen Geist im hamburgischen Schulwesen Wirklichkeit werden lassen“. Das Werk sei jedoch nicht vollendet, es gebe Nörgeleien „aus liberalistischen Ressentiments“.

Schriftleiter Max Fehring gibt zu, dass auch die HLZ ihrer Aufgabe bisher „nicht in allen Teilen gerecht“ geworden sei und fordert indirekt zur Mitarbeit an der HLZ auf (HLZ 1/1935). Im Januar 1936 wiederholt er den Aufruf (HLZ 1/1936). Vermutlich erscheinen auch wegen fehlender Beiträge aus der Hamburger Lehrerschaft weiterhin zahlreiche Nachdrucke aus anderen Organen und Artikel auswärtiger Autoren.

Noch Anfang 1938 wird in einem Artikel über Feste und Fei-



Rassenkunde-Unterricht in der NS-Zeit – Ausstellung im Hamburger Schulmuseum

ern im NSLB bemängelt, dass „ein sehr großer Teil der Lehrerschaft sich von allem freihält, was außerhalb der Schule liegt“ (HLZ 2/1938). Ein Hinweis, dass sich die meisten Lehrer wahrscheinlich mehr gezwungenmaßen an NS-Aktivitäten beteiligten.

Stationen vor dem Ende der HLZ

• April 1938: Die HLZ erschien nicht mehr wöchentlich, sondern als Halbmonatszeitschrift. Zugleich konnte sie nur noch als Beilage („Gauteil“) der NSLB-Reichszeitung *Der deut-*

sche Erzieher bezogen werden. Hintergrund war dabei auch die Absicht, der stärker mit allgemeiner Propaganda gefüllten Reichszeitung mehr Leser innen zuzuführen. Denn in Hamburg bezogen bis dahin viele nur die HLZ – wegen der Lokalnachrichten.

• September 1939: Mit Beginn des Krieges wurde das Erscheinen der HLZ ohne Vorankündigung eingestellt. Die auf viele Jahre letzte HLZ erschien mit dem Leitartikel zum „Volkskulturmarsch an Weichsel und Warthe“ – passend zum deutschen Überfall auf Polen am 1.9. Die HLZ wird jedoch bald als monatliches *Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg*, vom bisherigen Schriftleiter Max Fehring fortgeführt.

• Dezember 1942: Das Mitteilungsblatt des NSLB wird – vermutlich wegen kriegsbedingter finanzieller Einschränkungen – eingestellt. Bis zum Neuaussehen der HLZ durch die wiedergegründete Gesellschaft der Freunde sollten noch fast sechs bittere Jahre vergehen.

MANNI HEEDE



HLZ 2/1935 vom 19.1.1935

noch regelmäßig pädagogische Beiträge. Mit Max Fehring, seit 1934 Schriftleiter für den zurückgetretenen Heinrich Geffert, gab jedoch kaum noch einen Artikel, der nicht der Verkündung der NS-Ideologie diene.

Waren 1934 thematische Schwerpunkte noch eher bei Geopolitik oder Wehrsport in der Schule auszumachen, so nahm ab 1935 der Bereich Rassenbiologie und Vererbung dominierenden Raum ein. Dazu gehörte eine neue Schärfe gegenüber den Juden, die noch direkter als Feind des deutschen Volkes beschrieben wurden. Hinzu kamen ab 1935 vermehrt Artikel, in denen die Militarisierung von Schule und Gesellschaft propagiert wurde; Beiträge zur ideologischen Kriegsvorbereitung folgten.

Kampf gegen die Juden

1935 begann das unverhohlene Predigen von Rassenhass. In einem Artikel mit dem Titel

Im Februar widmete die HLZ den Themen Vererbungslehre und NS-Rassenpolitik acht Seiten (HLZ 5/1935). Weitere Beiträge zur rassischen Erziehung folgten, zum Beispiel „Die Judenfrage ist die Rassenfrage“, worin zum „Kampf um die

Hamburger Lehrerzeitung 1935-1939

- Wochenzeitung (bis März 1938)
- Halbmonatszeitschrift (April 1938 - Sept. 1939) als Beilage von "Der deutsche Erzieher"
- Auflage: ca. 6500-8000 (bis 1937)
- Schriftleiter: Max Fehring

Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Hamburg 1939-1942

- monatlich (Sept. 1939 - Dez. 1942)
- Schriftleiter: Max Fehring



Vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend
 Von Rudolf Fehring

Bei diesem Titel werden wohl die Gedächtnis auf und mit dem Geiste für ihre Belange, für den eine Beförderung ihres Unterrichts durch Einführung eines neuen Faches. Es sind dieselben, die ja, wenn durch eine Feier, durch einen Festtag, durch ein Sportfest dem Unterricht Stunden entzogen werden. Und mit der Gefährdung und wehrbereit sein, wenn eine erste Stunde dies je mehr von unfern Dolke fordern sollte. Denn das sind die Köpfe der letzten Jahre: Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selber helfen. Der Starke hat immer recht: Ein Dölkerecht gibt es nicht, wenn es um Lebenstunden des eigenen Volkes geht.

HLZ 6/1938 v. 12.2.1938

Max Fehring

„Das Ideal einer solchen nationalpolitischen Erziehung ist der Soldat preußischer Prägung, wie er sich im Weltkrieg und im SA-Dienst bewährt hat, ihr Motto: Ehr und Wehr!“

Eine wichtige Person der Hamburger Schulgeschichte war Max Fehring. Aus einfachen sozialen Verhältnissen kommend, zeichnete er sich aus durch eine stringente und ambitionierte Bildungsgeschichte. Am 19.3.1933 Mitglied der NSDAP geworden und aus der „Gesellschaft der Freunde“ in den NSLB überführt, wurde er nach der „Gleichschaltung“ ab 1934 Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“ und Professor in der Lehrerbildung. Da sein inhaltlicher Schwerpunkt die Volkskunde und der Geschichtsunterricht waren und er dazu in der NS-Zeit nicht nur in der HLZ veröffentlichte, gehörte er zu den Personen, die nach 1945, obwohl erst 50 Jahre alt, nicht wieder in den Schuldienst oder an die Hochschule zurückkehrte. Allerdings erhielt er die volle Pension eines Professors.



Max Fehring

Max Fehring wurde am 19.3.1895 als Sohn des Maurers Henrich Fehring und dessen Frau Margaretha geboren. Er be-

suchte in Hamburg seit 1909 die Volksschule und anschließend das Lehrerseminar in der Binderstraße 34, das er nach bestandener Abschlussprüfung im August 1914 verließ. Danach trat er in den Hamburger Volksschuldienst und arbeitete an den Schulen Seilerstraße und Taubenstraße auf St. Pauli. Unterbrochen wurde seine Lehrertätigkeit durch die Kriegsteilnahme von 1915 bis 1918, während der er Vize-Feldwebel, Offiziersaspirant und am Ende Leutnant wurde. (Alle Angaben nach den verschiedenen Lebensläufen von Max Fehring in seiner Personalakte, StA HH, HW DPA, 361-6_IV 1265)

Fehring absolvierte seine zweite Lehrprüfung am

18.6.1920 und zeigte seine Bildungsambitionen durch ein nebenberufliches Studium seit 1919 an der Universität Hamburg. 1924 bestand er eine Ergänzungsprüfung in Latein, am 6.7.1928 legte er eine Dissertation vor mit dem Titel „Das Amt des Tischlers zu Hamburg. Ein Beitrag zur deutschen Volks- und Altertumskunde“. Er bestand am 23.7.1927 das Rigorosum, sein Doktorvater war Prof. Dr. Gustaf Deuchler.

Fehring's Studien-Schwerpunkte waren Deutsch, Geschichte und Pädagogik, mit der Betonung auf Deutscher Volks- und Altertumskunde, aber auch Kunstgeschichte. Seit dem 1.11.1927 war er als wis-

senschaftlicher Hilfsarbeiter am Erziehungswissenschaftlichen Seminar in Hamburg tätig. Gustaf Deuchler hatte sich für die Einstellung von Max Fehring eingesetzt und dabei einen Streit mit der Hochschulbehörde provoziert, da er Fehring als promoviert bezeichnet hatte, obwohl das Promotionsverfahren noch nicht abgeschlossen war. Eine langwierige, bürokratisch scheinende Auseinandersetzung, weil die Dissertation von Max Fehring noch nicht gedruckt vorlag. Parallel zu seiner Volksschullehrer-Tätigkeit hatte Max Fehring im Lehrerfortbildungsinstitut bereits eine Arbeitsgemeinschaft für den Geschichtsunterricht geleitet.

Gustaf Deuchler befand sich mit der Hochschul-Behörde auch bei anderen Anliegen im Streit. So bei Anträgen auf Genehmigung bezahlter Dienstreisen, etwa am 2.7.1928, als er auch für Max Fehring die Bewilligung der Teilnahme an einem internationalen historischen Kongress in Oslo vom 14. bis 18.8.1928 beantragte, bei dem es um das Hauptthema: „Nationalgefühl und Geschichtsunterricht“, sowie Geschichtsunterricht und Völkerversöhnung ging. Fehring's Teilnahme wurde nicht genehmigt, da schon ein anderer Dozent dafür angemeldet war.

Max Fehring, der seit 1920 verheiratet war und zwei Kinder hatte, war mit seiner Besoldungseinstufung nicht einverstanden. Er erklärte der Hochschulbehörde, dass sein Gehalt deutlich unter dem eines akademischen Volksschullehrers lag.

Am 1.8.1929 wurde Max Fehring zum Wissenschaftlichen Rat am Institut für Lehrerfortbildung ernannt, bot aber auch am Erziehungswissenschaftlichen Seminar weitere Übungen an.

Ein Einschnitt im Leben von Max Fehring war die Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Fehring trat am 19.3.1933 in die NSDAP ein (Mitgliedsnum-

mer 3005196).

Auch darin folgte er seinem Doktorvater Gustaf Deuchler, der seit 1933 seine Veranstaltungen im Erziehungswissenschaftlichen Seminar in SA-Uniform durchführte.

In dem Fragebogen für sein Entnazifizierungsverfahren gab Max Fehring neben seiner NSDAP-Mitgliedschaft, die formal auf den 1.5.1933 datiert wurde, noch Mitgliedschaften in der NSV und dem NSLB seit 1933 an und beim NSLB auch als Aktivität „Gaumitarbeiter ab Oktober 1937“.

Als mit nationalsozialistischen Tätigkeiten und Funktionen noch Karriere gemacht werden konnte, hatte Max Fehring in seiner Personalakte neben seinem frühen Eintrittsdatum am 19.3.1933 noch ergänzt: „Von Mai 1933 bis Juli 1937 Blockleiter“ und beim NSLB hatte er präzisiert: „Seit Juli 1937 Leiter der Hauptstelle Schrifttum im NSLB“, was einen anderen Eindruck vermittelte als die Formulierung „Gaumitarbeiter“.

Max Fehring – der NS-Schriftleiter der HLZ

Nahezu während der gesamten NS-Zeit war Max Fehring verantwortlicher Redakteur, damals Schriftleiter genannt, der Hamburger Lehrerzeitung. In der Folgezeit, als nur ein dünnes „Mitteilungsblatt des NSLB“ herausgegeben wurde, behielt er die Schriftleiter-Funktion. Damit war er auch verantwortlich für die Ausrichtung der Zeitung und deren Gestaltung. So zum Beispiel für die Kästen mit Zitaten von Adolf Hitler, zumeist aus dessen „Mein Kampf“. Als Max Fehring in der HLZ 1/1936 über „Sinn und Aufgabe unserer Gauzeitung“ schrieb, wurde dieses garniert mit einem Hitler-Zitat:

„Sicher wird auch in kommenden Zeiten der Jude in seinen Zeitungen ein gewaltiges Geschrei erheben, wenn sich erst einmal die Hand auf sein Lieblingsnest

legt, dem Presseunfug ein Ende macht, auch dieses Erziehungsmittel in den Dienst des Staates stellt und nicht mehr in der Hand von Volksfremden und Volksfeinden belässt.“ (HLZ 1/1946, S. 3.)

Max Fehring hatte argumentiert, warum es lokale Gauzeitungen geben müsse und diese mehr als ein bloßes Organ der Wiedergabe von Mitteilungen und Gau-Nachrichten zu sein hätten. Er begründete dies damit, dass es notwendig sei, über grundsätzliche Erziehungsfragen ein Bild zu zeichnen:

„Herauswachsend aus dem großen Gestaltungsvorgang, der unser Volk seit 1933 durchwirkt, fußend auf den überzeitlichen Programmpunkten des Nationalsozialismus und seinen großen Gedanken der Rassenreinheit, der Volkswehr und der Volksgemeinschaft, wollen sie immer erneut Erzieherchaft und Erziehung weltanschaulich ausrichten und immer erneut den erzieherischen Willen auf die Verwirklichung der Werte lenken.“ (Max Fehring: Sinn und Aufgabe unserer Gauzeitung, HLZ 1/1936, S. 2)

Fehring musste die Mitglieder des NSLB zur Mitarbeit aufrufen, da die bisherigen Autoren, die bis 1933 reformpädagogisch aktiv waren, nicht mehr für die HLZ unterm Hakenkreuz schreiben. Sein Appell:

„Wenn in diesem Sinne die Schriftleitung Hamburgs Erzieherchaft an der Jahreswende erneut zur weiteren gesteigerten Mitarbeit aufruft, so geschieht das im Geiste jenes Wortes, das unser Gauamtsleiter der Lehrerzeitung mit auf den Weg gab, als sie 1933 als Landesorgan des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Gau Hamburg, zu erscheinen begann: „So allein kann sie umfassend darstellen die Hamburger Schulpolitik, Bildungsarbeit und Erziehungswissenschaft, wie sie ihre allgemeine Grundlage in der national-

sozialistischen Weltanschauung und Lebensgestaltung finden und ihre besondere Prägung an der Wasserkante durch den nord-schicht-protestantisch-hansischen Geist erfahren.“

Es war Max Fehring wichtig zu ergänzen:

„Die Hamburger Lehrerzeitung ist nicht mehr neben anderen ein Blatt für Volksschullehrer. Sie will das geistige Band werden zwischen allen hamburgischen Erziehern und Lehrern, von der Kindergärtnerin bis zum Hochschulprofessor. So ruft sie alte und neue Mitarbeiter und Leser dazu auf, über Ständedünkel und Sonderinteressen hinweg mitzuwirken an der Schaffung eines einheitlichen deutschen Erzieherstandes und Bildungswesens im Dienste jener Volksgemeinschaft, die uns unser Führer Adolf Hitler aufgegeben hat. Wir stehen an einer bedeutsamen Wende. Ein alter Wunschtraum ist erfüllt. Durch die nationalsozialistische Bewegung erhält die hamburgische Lehrerschaft eine gemeinsame Zeitung. Tragen wir sie vorwärts!“

Max Fehring hatte die HLZ schon 1933 dazu genutzt, um sich mit einem ausführlichen Beitrag zum Thema „Geschichtsunterricht und Nationalsozialismus“ zu profilieren. Er stellte den NSLB-Mitgliedern die neuen Richtlinien für den Geschichtsunterricht vor, die sich von denen der „liberalistischen Zeit“ unterschieden: „Das Kennzeichen der geschichtsphilosophischen und geschichtsdidaktischen Arbeit dieser Jahre ist wertblinder Formalismus. Die heutigen Anweisungen der hamburgischen Landesunterrichtsbehörde geben dem Geschichtsunterricht wieder seinen alten tiefen Klang zurück. Sie sind hervorgegangen aus freudiger Bejahung der nationalen Revolution und fordern, dass der Geschichtsunterricht der Gegenwart diese große Zeit nicht vorübergehen lasse an der Jugend.

Ihr ist es vergönnt, den Aufbruch des Volkes mitzuerleben. Da muss der Staat den ernstesten und höchsten Anspruch richten an den deutschen Geschichtslehrer: **Schalte die Jugend auch durch den Geschichtsunterricht ein in den Kraftstrom völkischer Erneuerung!**“ (Max Fehring: Sinn und Aufgabe unserer Gauzeitung, HLZ 1/1936, S. 2)

Fehring beschreibt den Kampf mit der „offiziellen marxistisch-pazifistischen Geschichtsdeutung“: „Daneben blieb die nationale Einstellung zur Geschichte, genährt durch die wachgehaltene Erinnerung an das Fronterlebnis und durch seine literarische Gestaltung, bestehen. Unter diesem weltanschaulichen Zwiespalt stand ja das Gesamtleben der Nation. Erst durch das Hineintragen nationalsozialistischer Gedanken in die breiten Massen des Volkes begann jene große Revision liberalistischen Weltgefühls. Dieses hat die nationalsozialistische Bewegung an sich selbst erfahren.“

Es folgen im Weiteren Sätze wie:

„Das neue gewonnene Geschichtsbild der letzten 20 Jahre ermöglicht nun eine neue nationalsozialistische Deutung der gesamten Geschichte des deutschen Volkes. Man erkennt im Nationalsozialismus eine Umwälzung, die in ihrer Tragweite mit den wirtschaftlichen Umwälzungen der Völkerwanderung, mit dem geistigen Umbruch der Reformation und mit dem politischen Umschwung der Französischen Revolution verglichen werden muss. Die Kraft des Nationalsozialismus, zu binden, was innerlich zusammengehört, dieser elementare Gedanke der Volksgemeinschaft über Stämme und Stände hinweg, diese Wucht des Zusammenschlusses zum Volk, zur Nation ist geschichtsbildend geworden.“

Und weiter: „Was ein Jahrhundertelanger Kampf nicht erreichte, das vollzieht sich am

Schmelztiegel der Gegenwart durch die geschichtsbildende Kraft des Nationalsozialismus. Sie befreit den Sozialismus aus seiner internationalen Umklammerung, entzieht ihm das Gift des Klassenkampfgedankens, reinigt den Nationalismus von reaktionären Beimischungen und führt beide geläutert zusammen in dem Gedanken, ‚dass wir unsere übernationale Sendung nur dann leben können, wenn wir als Nation gesichert sind‘, und dass wir nach innen nur leben können, wenn unser Volkstum gesichert ist.“

Zum nationalsozialistischen Bildungsideal schrieb

Max Fehring:

„Nach außen heißt das Zusammenschluss des Volkes zur Schicksalsgemeinschaft, heißt das Wehrwille, heißt das Manneszucht, heißt das Volksehre, heißt das Nationalismus. Daraus erwachsen Aufgaben für die Erziehung des Volkes im allgemeinen, für die Erziehung der werdenden Generation in der Schule und im Geschichtsunterricht insbesondere. Das Ideal einer solchen nationalpolitischen Erziehung ist der Soldat preußischer Prägung, wie er sich im Weltkrieg und im SA-Dienst bewährt hat, ihr Motto: Ehr und Wehr!“

Max Fehring war ein überzeugter Nationalsozialist und ein Adept hitlerscher Lehren:

„Es dürfte wohl kaum ein Volk mehr an Geschichte lernen als das deutsche; es wird aber kaum ein Volk geben, dass sie schlechter anwendet als das unsere.“ Nicht im ‚Auswendiglernen und Herunterhaspeln geschichtlicher Daten und Ereignisse‘ liegt der bildende Wert des Geschichtsunterrichts, sondern im ‚Erkennen der großen Entwicklungslinien‘, der ‚großen, klaren Linie‘ (Hitler).“

Fehring's Schlussfolgerung:

„Die nationalsozialistische



Geschichtsdeutung bewirkt – abgesehen von dieser notwendigen Beschränkung auf das Wesentliche – auch eine innere Veränderung des Bildungsgutes. Am deutlichsten wird diese Wandlung zum Ausdruck kommen in der Stellung des Krieges im allgemeinen und zum Weltkrieg im besonderen. Weil ein Volk seine volle Nationalkraft nur im Kriege wirklich kennenlernt (Burckhardt) und auch seine Schwächen sich erst dann auswirken, deshalb ist für nachlebende Generationen eine Geschichte des Krieges, in dem ein Volk zur vollen Größe innerer und äußerer Wehrhaftigkeit aufsteigt, notwendig. So ist es immer germanische Art gewesen, Helden und ihre Taten zu besingen. Die erzieherischen Werte einer Kriegsgeschichte, die zeigt, wie Gemeinsinn, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft ein Volk zum Kampf zusammenschließen, sind für den Aufbau des Gemeinschaftsbewusstseins un-

entbehrlich.“ **Max Fehring stellte als HLZ-Schriftleiter nicht nur eingereichte Artikel zusammen, sondern hatte auch eine ideologische Funktion als nationalsozialistischer Propagandist**, wie auch an anderen Beispielen gezeigt werden kann. So berichtete er von einer Reichspressetagung der NSDAP, auf der unter anderem Adolf Hitler und Joseph Goebbels über das Verhältnis von Staat und nationalsozialistischer Presse referierten. Zum Thema „Kritik in der Presse“ schrieb Fehring: „Es ist selbstverständlich, dass für die entartete Kritik im neuen Staat kein Wirkungsfeld mehr sein konnte. Ihre mannigfachen Formen vom Meckern, Zweifeln, Besserwissen, Nörgeln, Unterwühlen bis zum Zerfressen dienen nicht dem Aufbau, sondern der Zerstörung. Es ist vielmehr die Aufgabe der Bewegung, wieder eine echte Kritik zu pflegen, die der Bewegung

nutzt und das lebendig Fließende begleitet. Dass der Nationalsozialismus in der unausgeglichenen Gegenwart, die noch das Erbe des Liberalismus versteckt oder offen mit sich trägt, die Entwicklung jener echten Kritik, die aus dem gleichen Geist geboren sein muss wie die Kräfte des Aufbaues, sorgfältig beobachten und jede Kritik im leeren Raum rücksichtslos ersticken wird, sind notwendige Übergangerscheinungen. So wird die liberalistische Sucht zum Kritikeln und Deuteln sich wandeln müssen zu verantwortungsbefahender Mitarbeit, deren Aufgabe es ist, das Lebendige zu pflegen und das Wachsende zu bewahren.“ (Max Fehring: Kritik und Aufbau, HLZ 25/26-1934, S.396f.) Auch als Max Fehring nach Einstellung der HLZ für das Mitteilungsblatt des NSLB verantwortlich war, setzte er die Praxis fort, in großformatigen Kästen Zitate von Adolf Hitler zu platzieren. So in der Ausgabe vom

Januar 1941:

„Der Führer: „Für mich und alle wahrhaftigen Nationalsozialisten gibt es nur eine Doktrin: Volk und Vaterland. Für was wir zu kämpfen haben, ist die Sicherung des Bestehens und der Vermehrung unserer Rasse und unseres Volkes, die Ernährung seiner Kinder und Reinhaltung des Blutes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, auf dass unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesenen Mission heranzureifen vermag.“ (Mitteilungsblatt des NSLB, Januar 1941, S. 5.)

Wer sich für die nationalsozialistische Bewegung so verdient gemacht hatte wie Max Fehring, konnte mit entsprechender Belohnung rechnen. Am 31.10.1938 fertigte Prof. Bernhard Pein einen Eignungsbericht über Fehring an:

„F. ist eine gute, gepflegte Erscheinung, in seinem Wesen verbindlich und ein angenehmer Mitarbeiter und Kamerad. Etwas mehr Temperament und Härte würde ihm noch mehr Durchschlagskraft geben. Er ist der einzige Vertreter der Volkskunde an der Hochschule und hat auf diesem Gebiet eine Lehrtätigkeit seit 1928 hinter sich. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen liegen in den Jahren 1924 bis 1934, Seine Lehrtätigkeit begann 1928 am Erziehungswissenschaftlichen Seminar. Außer der Volkskunde hat Fehring Geschichte als Lehrgebiet. Diese Verbindung ist für seine Lehrtätigkeit fruchtbar.“ (Eignungsbericht vom 31.10.1938, Personalakte a.a.O.)

Am 26. 4. 1939 wurde Max Fehring zum Professor an der Hochschule für Lehrerbildung ernannt und gleichzeitig erhielt er einen ständigen Lehrauftrag für Volkskunde und Geschichte am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hamburger Universität.

Auf Anordnung der Britischen

Militärregierung wurde Max Fehring am 9.8.1945 entlassen. Gegen diese Entlassung legte er erst am 25.7.1946 Einspruch ein und verfasste eine längere Erklärung über seine politische Entwicklung:

„Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie und bin in meiner Jugend früh mit dem Gedanken der Sozialdemokratie, der mein Vater als überzeugter Aktivist angehörte, vertraut geworden. Mit beginnender Reife und steigender politischer Einsicht begann ich, mich zu den väterlichen politischen Anschauungen in Gegensatz zu stellen. Mir schien in der Weltanschauung, wie sie mir in der SPD vor dem Ersten Weltkrieg entgegentrat, das nationale Bekenntnis zum deutschen Volk zu schwach entwickelt zu sein. Die nationale Begeisterung in den Augusttagen 1914 und die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte im Verlauf des Krieges begünstigten diese eigene Entwicklung. Andererseits waren die persönliche Verbundenheit mit der Welt des Arbeiters und die Vertrautheit mit seinen sozialen Nöten mir ein Schatz gegen jede chauvinistische Überspannung der nationalen Idee. Das Schützengrabenerlebnis, die vielseitige Berührung mit allen Volksschichten in den Kriegsjahren trugen das ihre dazu bei, die Erkenntnis zu vertiefen, dass eine Neugestaltung des politischen Lebens nur Seite an Seite mit dem deutschen Arbeiter, niemals gegen ihn möglich sein würde.“ (Einspruch gegen meine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis vom 25.7.1946, Entnazifizierungsakte a.a.O.)

Eine ungewöhnliche Erklärung als Einstieg in das Entnazifizierungsverfahren. Aber Max Fehring war ja auch der Mann für Volkskunde und Geschichte gewesen. Er hatte bei den vielen Veröffentlichungen, die den Ausschussmitgliedern bekannt sein mussten, einiges zu erklären, wenn er mit ihnen zu tun hatte.

„Nach meiner Rückkehr aus dem Felde im Jahre 1918 ging es mir wie vielen meiner Frontkameraden: Ich brannte auf die geistige Arbeit im Beruf, den ich nach kurzer Ausübung 1915 verlassen hatte. Ich stürzte mich mit Eifer in meine Tätigkeit als Volksschullehrer und begann 1919 ein nebenberufliches Universitätsstudium, das meine ganze Kraft beanspruchte und mich von jeder politischen Betätigung fernhielt. So habe ich ebenfalls von der Entwicklung der Hitlerbewegung in den Jahren 1923 bis 1932 kaum Notiz genommen. Erst seit dem Januar 1933 wurde ich langsam mit ihren programmatischen und propagandistischen Äußerungen bekannt, denen ich anfangs noch skeptisch und zweifelnd gegenüberstand. Nachdem aber der oberste Beamte des Reiches, Reichspräsident Hindenburg, den damaligen Parteiführer der Opposition mit der Bildung der Regierung beauftragt hatte und nachdem die dann gebildete neue Regierung unter der Führung Hitlers auch außenpolitisch anerkannt worden war und kein fremder Staat zu ihr die diplomatischen Beziehungen abbrach, sondern sie durch Belassung ihrer Botschafter und Gesandten aufrechterhielt, glaubte ich, mich als Beamter mit dieser Partei und ihren Zielen näher beschäftigen zu müssen. In den offiziellen Aufrufen und Reden der neuen Regierung der Zeit von Februar bis März fand ich dann verheißungsvolle Gedanken, die ich aus meiner eigenen politischen Entwicklung bejahen musste. So sprach der erste Aufruf an das deutsche Volk von der Zerrissenheit Deutschlands und dem Verfall seiner geistigen und willensmäßigen Einheit, die ich selbst schmerzlich erlebt hatte. So sollten die Fundamente der Nation, das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volkskörpers, das völkische und politische Einheitsbewusstsein,

die Ehrfurcht vor der Vergangenheit, Traditionsstolz und nationale Disziplin wieder gesichert und verteidigt werden. So wollte die neue Regierung die Wirtschaft reorganisieren und sanieren und durch Überwindung des Klassenkampfes wieder einen geordneten Volkskörper schaffen, in den der deutsche Arbeiter wieder zurückgeführt werden sollte als ein Träger der deutschen Nation.“

Eine interessante und geschickte Zusammenfassung von Beweggründen, sich den Nationalsozialisten anzuschließen, die möglicherweise von vielen geteilt wurde. Nach der längeren Einleitung schrieb Max Fehring dann:

„Aus Idealismus und Gläubigkeit an den sozialistischen Grundcharakter des neuen Wollens habe ich mich der Bewegung angeschlossen. Jeder Gedanke an persönliche Bereicherung hat mir ferngelegen. Ich verdanke der Zugehörigkeit zur NSDAP keinerlei Vorteile.“

Hier nun wurde er ungenau. Nicht jedem qualifizierten Dozenten an der Universität oder am Lehrerbildungsinstitut gelang es, Professor zu werden. Dafür mussten Gegenleistungen in der NSDAP oder in anderen NS-Organisationen erbracht werden. Max Fehring schrieb zwar von seiner Arbeit als Vorsitzender des Jugendschriftenausschusses im Hamburger NSLB und seiner Tätigkeit als Leiter der Hauptstelle Schrifttum im NSLB, bei der er sich als „Gaumitarbeiter“ bezeichnete und von der er bemerkte, in dieser Arbeit „über die ersten spärlichen Anfänge nicht hinausgekommen zu sein“, weil „die straffe Bindung an die von Bayreuth erlassenen Richtlinien“ ihn bei der Arbeit behinderte. Kein Wort verlor er über seine langjährige Tätigkeit als Schriftleiter der HLZ und des Mitteilungsblattes des NSLB. Fehring verwies dann darauf,

dass er keine Funktionen in der NSDAP innegehabt und im Laufe der Jahre seit 1939 immer größere Widersprüche zum Kurs der NS-Politik entwickelt habe:

„Erst als nach dem Waffenstillstand die deutsche Öffentlichkeit Einblick nehmen konnte in das Parteigetriebe der NSDAP und in die verbrecherischen Maßnahmen während des Krieges, ging der letzte Rest einstiger Gläubigkeit verloren. Ich musste erkennen, dass meine Entscheidung des Jahres 1933, für die ich jetzt meine Stellung als Beamter, der über 30 Jahre dem Staate und der Jugend treu gedient hat, verlieren soll, eine Verirrung war, aber eine Verirrung aus gutem Glauben und reinem Herzen.“

Bei der Entnazifizierung hatte es Max Fehring nun mit Personen zu tun, die vor der NS-Zeit aktive Mitglieder in der „Gesellschaft der Freunde“ gewesen waren und nach 1933 sehr aufmerksam und kritisch darauf achteten, welche Entwicklung die „Hamburger Lehrerzeitung“ und deren Schriftleiter nahm.

Gustav Schmidt, Schulrat in der Schulbehörde, Nazigeegner und bis 1933 HLZ-Autor von Aufsätzen, die sich mit dem Deutschunterricht befassten, schrieb am 26.10.1946 für die Schulverwaltung ein Gutachten über Max Fehring, das er dem Berufungsausschuss 3 vorlegte. Darin hieß es:

„Dr. Fehring hatte vor 1933 zusammen mit einigen anderen hamburgischen Lehrern bekannte Geschichtslehrwerke herausgegeben, die im demokratischen Sinne Geschichte lehrten. In seiner Personalakte gibt er als Eintrittstag den 19. März 1933 an, wahrscheinlich ist es der Tag seiner Anmeldung. Dort schreibt er auch, dass er vom Mai 1933 bis Juli 1937 Blockleiter gewesen sei. Fehring ist besonders im Lehrerbund tätig gewesen. 1933 übertrug man ihm die Leitung des Jugendschriftenausschusses,

nachdem alle alten Führer aus der demokratischen Zeit entfernt worden waren. Fehring galt als sicherer Mann, der den neuen Geist dort vertreten würde. 1937 übernahm er die Stelle für Schrifttum im NSLB. Als solcher hat er auch zur Verbreitung des nationalsozialistischen Geistes beigetragen. Jahrelang hatte er die Schriftleitung der *Hamburger Lehrerzeitung* inne. Sie sank in seiner Zeit bis zu einem Mitteilungsblatt, das der Reichszeitung beigelegt wurde, herab. Dieser Niedergang ist allerdings nicht Fehring zuzuschreiben, sondern der Zentralisierung aller Verwaltung in Bayreuth.

Es ist Fehring zu glauben, dass er keinerlei persönliche Vorteile aus einer Mitgliedschaft bei der Partei und aus seinen Ämtern gehabt hat.

Fehring ist ein stiller, nüchterner und trockener Mensch, der gewiss immer die ihm aufgetragenen Leistungen voll ausgeführt hat. Viel eigene Stoßkraft hat er niemals entwickelt, so wird er auch innerhalb des Lehrerbundes nicht sehr aktiv gewesen sein. Wissenschaftliche Arbeit bedeutet ihm als eigentlichen Lebensinhalt. Hier hat er auch Gutes geleistet.

Jetzt steht er ohne jeden finanziellen Rückhalt da. Da er an einer Verengung des Magenausganges leidet, ist er zu jeder körperlichen Arbeit unfähig. Ich bitte zu erwägen, ob Fehring nach einer Bewährungsfrist wieder als Volksschullehrer eingestellt werden kann, anderenfalls bitte ich, ihm sein Ruhegehalt ganz oder teilweise zuzubilligen.“ (Gutachten von Gustav Schmidt vom 26.10.1946, Entnazifizierungsakte a.a.O.)

Ein überraschend milder Vorschlag.

Als der Beratende Ausschuss sich mit dem Fall beschäftigen sollte, bat er Max Fehring darum, ihm seine Artikel aus der *„Hamburger Lehrerzeitung“* der Jahre 1933 bis 1936 zuzuschi-

Weihnachten im Kriege

Von Max Fehring

Die Feier überhöht den Alltag. Sie befreit uns aus der Enge Gefühls Pflichten und stellt uns hinein in die Weite seiner Ziele. Die Feier unterbricht die Arbeit und gibt uns Raum zur prüfenden Rückschau. Die Feier krönt das Werk und heißt den Schaffenden Einkehr halten in sich selbst. Wie oft haben wir den Kreis der Feinde der Nation mit solchen Gefühlen durchschnitten! Die Ordnung des Jahres erziehen uns seit in sich gefügt und der Wechsel zwischen Arbeit und Feier wie ein natürlicher Rhythmus des Geistes völkischen Lebens. Das Mittwinterfest am Ende des Jahres war die große Atempause, das „Wischen-den-Zeiten-Stehen“, das verhaltene Schweigen der Schöpfung vor neuer Tat. Aber was kann uns das alles noch bedeuten in der heutigen Zeit? Seit der Krieg nicht alles sich zerstört, was ihm nicht dient? Weihnachten im Kriege? Im Kalender nur fündig ist das Zeit der Feinde an, und die Natur geht ihren Weg wie früher: sinkende Novembernebel hüllen die Tage ein, schwarz und finstern zeigen die Äste zum grauen Himmel, nur kurz leuchtet uns das Licht der Sonne. Wenn der Dezember Kälte heranzführt, dann zerschellen die Nebelschleier, und ein klarer Himmel überdeckt die ruhende Erde und läßt sie erstarren. Aber der Mensch, der ihren Frieden braucht und heimfinden will zu beifühlicher Einkehr, bleibt verstrahlt in die Kämpfe der Zeit auch in diesen vorweihnachtlichen

Wir dürfen — wollen wir den Kern des Weihnachtsfestes erkennen — uns nicht begnügen mit einer Schilderung seines äußeren Gepräges. Vieles davon ist später Zuwachs aus städtischem Bedürfnis und innerlich nicht mit den alten Überlieferungen verbunden, die im Laufe der Jahrhunderte ihren tiefen Sinn eingebüßt haben und zur leeren Form entartet sind. Manches ist auch im Weltanschauungskampf bewußt „vertefirt“ geworden. Wir wissen, daß die Zeit der Wintersonnenwende vom kirchlichen Brauch vielfach überdeckt worden ist. Bestandteile, die uns heute als wesentlich erscheinen, sind junge Zutaten. So ist der heute in Deutschland allgemein verbreitete Weihnachtsbaum mit Wächtern erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts in Niederdeutschland heimisch geworden. Auch die weihnachtliche Bescherung der Kinder ist jüngeren Datums. In den letzten Jahrhunderten — vor allem im 19. — wurde das alte Mittwinterfest mit einer Fülle von neuen Sitten und Bräuden überdeckt, die seinen ursprünglichen Sinn verdunkelt haben. Die volkstümliche Forderung hat den neueren Weihnachtsbräuden, vor allem der Entwicklung des Weihnachtsbaumes, viel Arbeit gewidmet. Sie mühte sich dabei aber bewußt bleiben, daß es für die Aufhellung des weihnachtlichen Festfestes wichtigere Fragen gibt. Seinen tieferen und wirklich gebundenen Gehalt können wir noch heute in manchen bäuerlichen Sitten und Bräuden ahnen, wenngleich auch sie dem Schicksal der Sinnentfremdung und der Bedeutungsverzerrung nicht entgangen sind. Aber

Auch nach Einstellung der HLZ während des Krieges blieb Fehring verantwortlich für das Mitteilungsblatt des NSL, Gau Hamburg.

cken. Nachdem Max Fehring den Mitgliedern des Beratenden Ausschusses seine HLZ-Artikel zur Verfügung gestellt hatte, kamen sie zu dem Ergebnis: „Nach dem uns vorliegenden Material ist Fehring als Aktivist anzusehen, der in Wort und Schrift die Ideologie der NSDAP propagiert hat. Allerdings hat er trotz seiner hohen Bildungsstufe die wahren Ziele und Methoden nicht erkannt. Der Beratende Ausschuss schlägt deshalb vor, ihm die halbe Pension zu gewähren.“ (Beratender Ausschuss vom 5.9.1947, Entnazifizierungsakte a.a.O.) Über die Arbeit von Max Fehring als Leiter des Jugendschriftenausschusses urteilte der Schulrat Franz Jürgens am 21.8.1947: „Als solcher trat er auf der ‚Gleichschaltungstagung‘ des Deutschen Lehrervereins zu Pfingsten 1933 erstmalig in Erscheinung. Ich erinnere mich, dass Dr. F. damals durchaus zu-

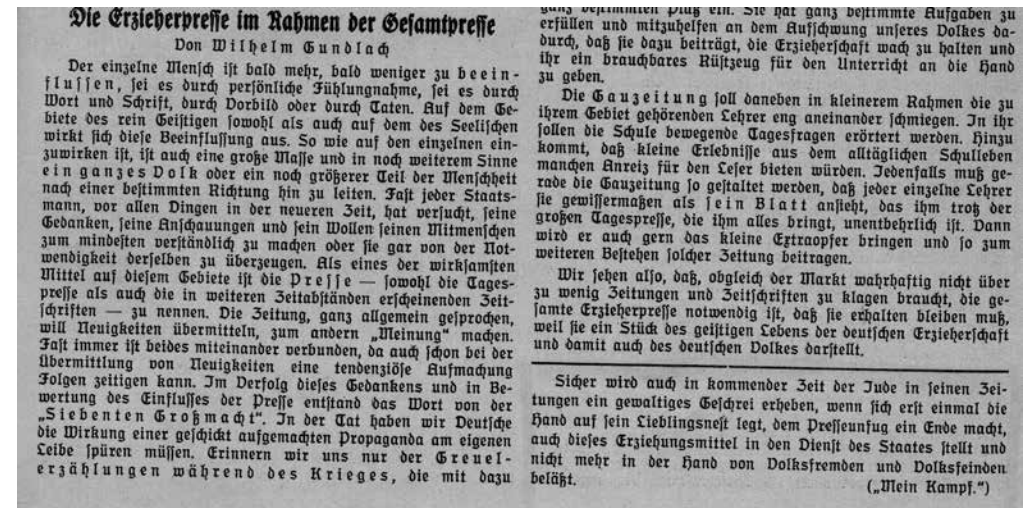
rückhaltend auftrat, einen vermittelnden Standpunkt einnahm und sich bemühte, die Hamburger Arbeit, die von gegnerischer Seite als ‚rot‘ angegriffen wurde, zu verteidigen. Obgleich er wusste, dass ich in pädagogischer und politischer Hinsicht nicht den Wünschen des NS-Lehrerbundes entsprach, hat er mir als Schriftleiter der ‚Jugendschriftenwarte‘ im großen und ganzen freie Hand gelassen.“ (Ebd.) Der Berufungsausschuss 3 unter Leitung des für Milde bekannten Dr. Kiesselbach befasste sich am 19.1.1948 mit Max Fehring, gab der Berufung statt mit der Maßgabe, Fehring in den Ruhestand zu versetzen mit 33 1/3 seiner Pension, die ihm am 1.5.1933 zugestanden hätte. Er wurde in Kategorie IV eingruppiert. „Nach den dem Ausschuss vorliegenden aus der Feder Fehring's stammenden Aufsätzen, die von NS-Schlagworten und Gedankengängen getränkt

sind, kann es nicht zweifelhaft erscheinen, dass er sich propagandistisch-aktivistisch für den NS eingesetzt hat. Andererseits hat F. sich offenbar niemals zu irgendwelchen politischen Verfehlungen hinreißen lassen.“ (Berufungsausschuss 3 vom 19.1.1948, ebd.) Max Fehring stellte am 5.9.1949 den Antrag, das Verfahren wieder aufzunehmen. Erst als der Leitende Ausschuss am 31.7.1952 endgültig beschloss, Fehring in Kategorie V einzustufen und erklärte, dass dies eine echte Entnazifizierungsentscheidung sei, die „bei Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen Rechtsansprüche gewährt“, war die Schulbehörde noch einmal genötigt, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Intern äußerte sich Landes-schulrat Ernst Mathewes zu dem Fall am 4.9.1952: „Ich kenne Fehring nur aus der Zeit vor 33. Er war mit Prof. Freudenthal der führende Methodiker

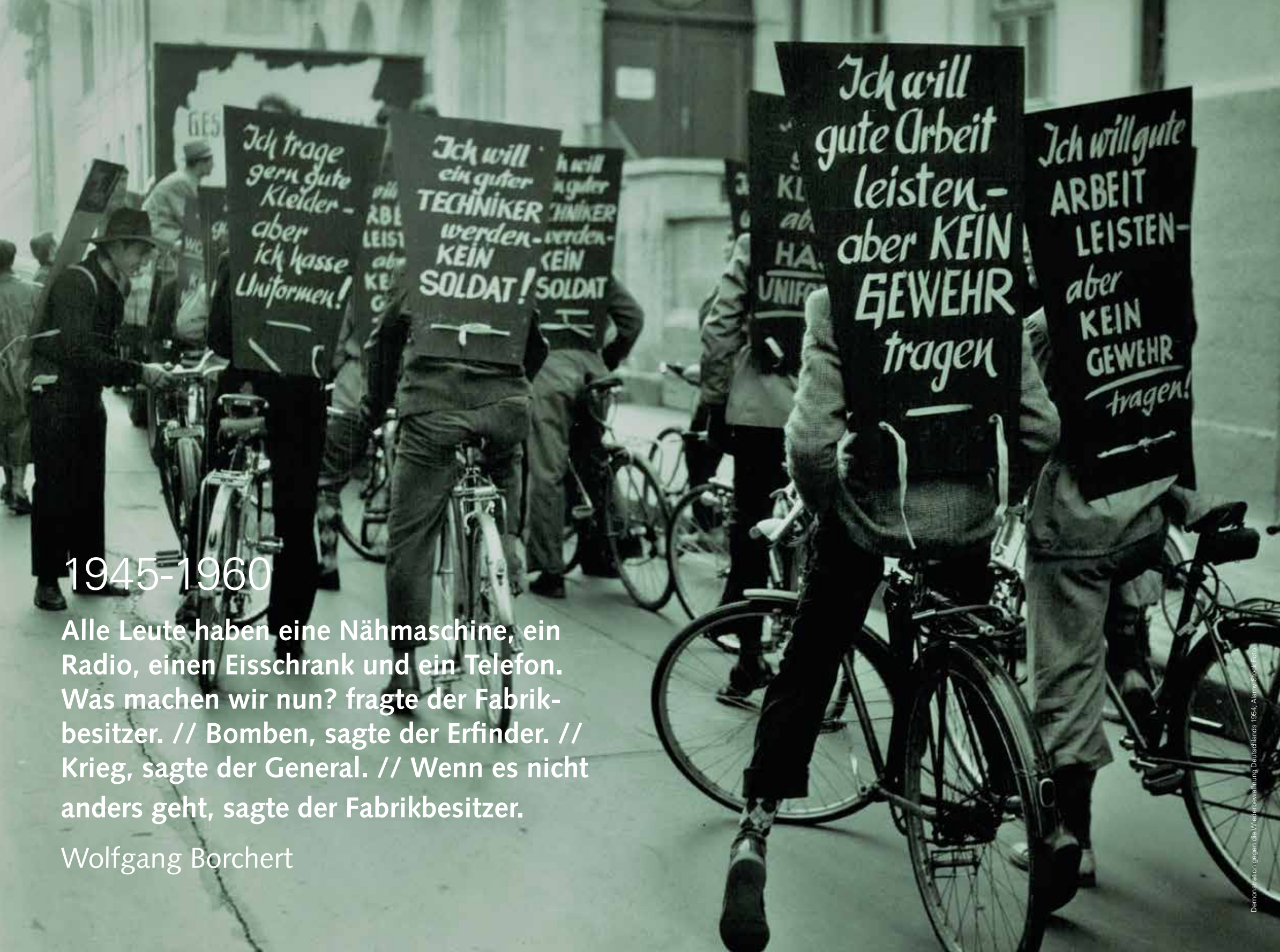
für den Geschichtsunterricht und hat durch seine Veröffentlichungen den Geschichtsunterricht an den Schulen stark befruchtet. Über seine pädagogischen und wissenschaftlichen Qualitäten besteht kein Zweifel. Ich habe nach 1933, nachdem er sich zum Nationalsozialismus bekannte, Prof. Fehring aus den Augen verloren und nur einige Aufsätze von ihm gelesen, die stark ns-gefärbt waren.“ (Leitender Ausschuss vom 31. Juli 1952) Ernst Mathewes bat Kurt Zeidler um eine Stellungnahme dazu, die dieser am 4.10.1952 vorlegte. Zeidler bestätigte das Mathewes-Urteil, was die Leistungen Fehring's auf dem Gebiet des Geschichtsunterrichts in der Zeit vor 1933 anging: „Von dem Kreise von Methodikern des Geschichtsunterrichts, dem Fehring angehörte, gingen beachtliche Anregungen aus, und Fehring selbst galt als ein modern denkender, aufgeschlossener Pädagoge mit tüchtigem Fachwissen und gesundem historischem Blick und Urteil. Umso größer war die Enttäuschung, um nicht zu sagen: **das Entsetzen im Kreise der Nazi-gegner, als sie Fehring's Aufsätze in den Jahrgängen 1933/34**

der Hamburger Lehrerzeitung zu Gesicht bekamen. Schwül-tigere NS-Phrasen hat es nir-gendwo gegeben! Das konnte bei einem Manne wie Fehring nur als peinlicher opportunistischer Umfall gedeutet werden, und anders kann es auch heute nicht gedeutet werden. Das Unheil, das damals mit diesen Schreibereien angerichtet wurde, war nicht gering: Bei dem Ansehen, das Fehring genoss, musste dieser Umfall für alle, die politisch nicht sehr widerstandsfähig waren, ansteckend wirken. **Fehring hat damit der Ausbreitung nationalsozialistischer Ideen in der Hamburger Lehrerzeitung in einem Maße Vorschub geleistet, wie nur wenige andere außer ihm.** Eine Wiederbeschäftigung Fehring's in einer leitenden Stellung oder im Rahmen der Lehrerbildung erscheint mir unter diesen Umständen völlig ausgeschlossen. Ich vermag nicht zu beurteilen, wie weit der Beschluss des Leitenden Ausschusses am 29.7.1952 automatisch Konsequenzen für die Rechtsstellung Fehring's nach sich zieht. Wenn die Schulbehörde Entscheidungsfreiheit hat, würde ich Erhöhung des Ruhegehalts

auf zwei Drittel des sonst gesetzlich Zustehenden (statt wie bisher ein Drittel) oder Wiederbeschäftigung als Lehrer für angemessen halten.“ Der Personalreferent im Volksschulbereich, Schulrat Karl Hoffmann, schloss sich der Position von Kurt Zeidler an. Max Fehring bat daraufhin, nicht wieder als Lehrer arbeiten zu müssen, sondern nach einer Magenoperation in den Ruhestand versetzt zu werden. Ab dem 1.9.1953 war Max Fehring mit der vollen Pension eines C3-Professors in den Ruhestand versetzt worden. Von nun an widmete er sich dem Aufbau des Sozialen Genesungswerks Pelzerhagen, an der Ostsee, das aus dem Schullandheim der Volksschule Taubens-straße hervorgegangen war, an der Fehring als Volksschullehrer seine Anfangsjahre verbracht hatte. Max Fehring war dort seit 1923 Vorsitzender und hatte viel Arbeitskraft in dieses Projekt investiert. Seine Schreiben an die Schulbehörde verfasste er auf dem Briefpapier des Sozialen Genesungswerks Pelzerhagen, wo er zeitweise auch wohnte. Max Fehring starb am 22.8.1966. HANS-PETER DE LORENT



Max Fehring plädierte für die nationalsozialistische Gleichschaltung der gesamten Presse und streute in die HLZ immer wieder Zitate von Adolf Hitler aus „Mein Kampf“ ein (wie unten rechts).



1945-1960

Alle Leute haben eine Nähmaschine, ein Radio, einen Eisschrank und ein Telefon. Was machen wir nun? fragte der Fabrikbesitzer. // Bomben, sagte der Erfinder. // Krieg, sagte der General. // Wenn es nicht anders geht, sagte der Fabrikbesitzer.

Wolfgang Borchert

Albert Herzer

Er verlor nie die Zuversicht und hegte gegen niemand Feindschaft

Albert Herzer gehörte schon vor 1933 zu den Führungspersonen in der Gesellschaft der Freunde. Von den Nationalsozialisten als Schulleiter abgesetzt, blieb er in der NS-Zeit im Kontakt mit anderen ehemaligen Vorstandsmitgliedern, trat wie diese nie in die NSDAP ein und übernahm nach Ende des Nazizeit sofort wieder Verantwortung in der Gesellschaft der Freunde als 2. Vorsitzender und Verantwortlicher für den Wiederaufbau der Pressearbeit und der HLZ. Er war Schriftleiter der HLZ bis 1960.

Foto: HLZ



Albert Herzer

Als der Krieg zu Ende war, gelang es Max Traeger mithilfe von Fritz Köhne und dessen Passierschein zur Britischen Militärregierung Kontakt aufzunehmen, die Zusicherung für die Wiederherstellung der „Gesellschaft der Freunde“ zu erlangen und die Bereitschaft zu erwirken, dass das 1911 von der „Gesellschaft der Freunde“ gebaute Curio-Haus wieder in deren Hände zurückkehren sollte. Es wurde der ehemalige Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft, Herbert Ruscheweyh,

als Treuhänder eingesetzt. Bis 1950 nutzte das englische Militärgericht für die so genannten „Curio-Haus-Prozesse“ gegen die deutschen Kriegsverbrecher, die Mörder der Kinder vom Bullenhuser Damm, den Kommandanten, die Ärzte sowie die Wachmannschaften des KZ Neuengamme und am Ende, 1949, gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall von Manstein die Räumlichkeiten für den Prozess. Die Britische Militärregierung belegte im vorderen Curio-Haus nicht nur die Säle, auch das Restaurant, Kontor und Wohnungen. Die „Gesellschaft der Freunde“ ersuchte im Oktober 1946 bei der Militärregierung, die Räume im Hinterhaus für die Vereinsarbeit wieder freizugeben. Eine kleine Gruppe ehemaliger Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft der Freunde“ hatte während der gesamten NS-Zeit den Kontakt gehalten und die Wiederaufnahme der Arbeit des Lehrervereins vorbereitet. Zu ihnen gehörten Max Traeger, Richard Ballerstedt, Gerd Niebank, Herbert Wiencken, Albert Herzer und auch Kurt Zeidler sowie Hermann Lange, die zwischenzeitlich mit Luftwaffenklassen

oder Schulklassen in der Kinderlandverschickung waren. Sie alle hatten zu den führenden Personen in der Vereinsarbeit der Gesellschaft der Freunde bis März 1933 gehört und sollten zusammen mit Fritz Köhne die Neukonstituierung des Vorstandes der Organisation vorbereiten und tragen. Albert Herzer war dabei nicht nur der neu gewählte 2. Vorsitzende, sondern auch für die Medienarbeit vorgesehen.

Der Kampf um das Wiedererscheinen der HLZ

Ein großes Anliegen war natürlich, wieder eine Kommunikationsplattform zu erhalten. Schon im November 1945 berief Gerd Niebank einen vom Vorstand aufgestellten Ausschuss für Pressefragen, dem außer ihm Dr. Karl Ebel, Fritz Köhne, Friedrich Kraus, Dr. Albert Herzer, Hans Wegner, Irma Stoß und Elfriede Strnad angehörten. Nach dessen Vorarbeit richtete die Gesellschaft der Freunde an die Militärregierung das Gesuch, eine Wochenschrift für ihre Mitglieder im Umfang von 16 Seiten herausgeben zu können. „Sie verkennt nicht die Schwierigkeiten der gegenwärtigen

Lage und bittet um weitgehende Bereitstellung von Papier, das bis zur Erreichung des erstrebten Umfangs den nötigsten Bedürfnissen dienstbar gemacht werden kann.“ Albert Herzer war als Leiter der neu zu begründenden Lehrerzeitung vorgesehen. Es dauerte noch bis zum April 1946, bis Herzer ein vorerst vierseitiges „Mitteilungsblatt der Gesellschaft der Freunde“ herausbringen konnte, das auf der Titelseite den Gärtner zierte. Aus Platzgründen und wegen der Papierknappheit wurden mit einer Auflage von 3500 Exemplaren vier Seiten herausgegeben. Der neue Schulsenator Heinrich Landahl setzte dem Blatt seine besten Wünsche voran und Albert Herzer schrieb zum Geleit: „Die Lehrerschaft ist sich darüber klar, welche große und vordringliche Aufgaben ihr durch das grauenhafte, noch immer nicht voll übersehbare Erbe, das uns das Dritte Reich hinterlassen hat, gestellt wird. Die notwendige Erziehung des deutschen Volkes zur Selbstverantwortung und Demokratie, zur Menschlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Gliedern des eigenen Volkes und den übrigen Völkern, zur Wahrhaftigkeit und Anständigkeit fordert vor allem eine Lehrerschaft, welche die Notwendigkeit dieser Aufgabe und die Wege zu ihrer Durchführung klar erkennt.

Einige Besonderheiten unserer gegenwärtigen Lage lassen uns den Mangel einer Hamburgischen Lehrerzeitung noch schmerzlicher empfinden. Die Lehrerschaft muss zunächst einmal wieder zu sich selbst, zum klaren Bewusstsein ihrer eigenen Möglichkeiten, ihrer Aufgaben, aber auch ihrer eigenen Kraft kommen. Das ist besonders schwer, weil sie in den Jahren von 1933-1945 planmäßig verhindert worden ist, auf ihren besonderen Gebieten eine eigene Initiative zu entwickeln und die früher so bedeutenden Ansätze zur Selbstverantwortung

und Selbstverwaltung auch nur zu erhalten, geschweige denn weiter auszubauen. Wenn es uns jetzt möglich geworden ist, mit einem bescheidenen Mitteilungsblatt an sie heranzutreten, so hoffen wir damit zugleich den ersten Schritt auf dem Wege zu einer wirklichen Lehrerzeitung zu tun.“ (Mitteilungsblatt Nr. 1 April 1946.) Und so erschien bis März 1948 monatlich das Mitteilungsblatt, das am Ende jeweils 16 Seiten umfasste. Senator Heinrich Landahl hatte in dem Geleitwort geschrieben: „Es ist ein bescheidenes Beginnen, wenn wir zurückdenken an die ‚Pädagogische Reform‘ und die ‚Hamburger Lehrerzeitung‘.“

Nicht nur die „Gesellschaft der Freunde“, auch die Schule und das Leben waren neu zu organisieren. Und das „Mitteilungsblatt“ gab Informationen weiter, zeigte Betätigungsmöglichkeiten auf, berichtete davon und vernetzte die Mitgliedschaft.

Innerhalb des Jahres 1946 hatten sich 31 Ausschüsse der „Gesellschaft der Freunde“ wieder zu Wort gemeldet. Aber auch ein reduziertes „Mitteilungsblatt“ konnte nicht immer rechtzeitig erscheinen. Mal war das Papier nicht pünktlich geliefert worden, mal musste die Druckerei vordringlichere Arbeiten für die Militärregierung erledigen. Und zu diesem Zeitpunkt gab es auch noch eine Vorzensur der Militärregierung, die kontrollierte, ob politische Agitation betrieben werde. Erst im November 1947 konnte Gerd Niebank den Ausschuss für Pressefragen zusammenrufen und auf die Tagesordnung setzen: **„Das Fehlen einer guten ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ ist eine Hauptursache der drohenden Verinselung und Versumpfung des pädagogischen, schulpolitischen und lehrergewerkschaftlichen Lebens in Hamburg.“** Es wurde festgestellt, „allmählich zur Entbehrung umgeschult worden“ zu sein und der Ausschuss befand,

„dass die Forderung nach 24 Seiten monatlich nicht als unbescheiden angesehen werden dürfe.“ (Friedrich Kraus: 40 Jahre Hamburger Lehrerzeitung, HLZ 1/1962, S. 25)

Die HLZ konnte wieder erscheinen

Im April 1948 war es dann soweit. Es war ein Verlag der Lehrerzeitung genehmigt worden, die Lizenz dafür erhielt Friedrich Wilhelm Licht. Papier wurde gekauft. Gewünscht war ursprünglich eine wöchentliche Ausgabe, weil außer den Artikeln viele Mitteilungen gedruckt wurden. Aber für den Umfang der Zeitung war die Notlage verantwortlich. Wie schon zur ersten Ausgabe 1922 war erneut die Druckerei Paul Hartung beauftragt worden, die in Hamburg wieder aufgebaut werden musste und erst im März 1951 aus Glückstadt nach Hammerbrook zurückkehrte. Die HLZ erschien dann zunächst monatlich mit 24 Seiten von Mai 1949, außerhalb der Ferien halbmonatlich, 18 Ausgaben im Jahr. Und auch das äußere Bild hatte sich geändert. Bis in die NS-Zeit hinein erschien die HLZ etwa im DIN-A4-Format (31 x 23 cm), und nun wurde die HLZ etwas größer als das Mitteilungsblatt und prägte mit der Größe etwa das Format, das sie heute noch hat. 1948 war es das Privileg des in der „Gesellschaft der Freunde“ sehr geachteten Lizenzträgers für die HLZ, Friedrich Wilhelm Licht, die HLZ-Schriftleitung zu bestimmen. Er wählte Dr. Albert Herzer, der dem Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ schon bis 1933 angehört hatte. Und auch schon für die Mitteilungsblätter verantwortlich zeichnete.

„Endlich wieder ‚Hamburger Lehrerzeitung‘“ überschrieb Herzer seinen ersten Artikel in der wieder aufgelebten HLZ:

„Eine Bemühung von fast drei Jahren hat hiermit ihren vorläufigen Abschluss gefunden, wir

haben wieder eine Hamburger Lehrerzeitung. Unsere Geduld wurde dabei auf eine harte Probe gestellt. Genau zwei Jahre lang musste ein bescheidenes Mitteilungsblatt die schmerzlich empfundene Lücke notdürftig ausfüllen. Einen kleinen Hoffnungsstrahl gab schon die Erweiterung des Blattes von vier auf 16 Seiten. Aber sie täuschte mehr vor, als sie wirklich bedeutete. Eine wohlwollende Auslegung der amtlichen Bestimmungen ermöglichte uns, von bloßen Berichten über Vorträge, die ja auch noch als Versammlungsberichte zu deuten waren, zu eigentlichen Aufsätzen überzugehen. Dabei konnte der Leser aber gar zu leicht vergessen, was dem Schriftleiter notgedrungen immer vor Augen bleiben musste, dass wir nicht befugt waren, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, also im geistigen Leben unserer Stadt bewusst anregende und kritische Stellung zu nehmen.“

Herzer fordert ein, die HLZ zu nutzen, um zunächst der „Selbstbesinnung auf unsere eigene Arbeit als Hamburger Lehrerschaft gerecht zu werden. Wir wissen, dass auch hier auf Trümmern ein Neues zu gestalten ist, das aber nicht in gemächlicher und besinnlicher Ruhe nach festen Regeln und Gesetzen aus wohl-vorbereiteten Materialien aufgebaut werden kann, sondern einer verwirrten Welt, voll Hunger, Verbitterung und Hoffungslosigkeit, wirtschaftlichem Chaos und sittlicher Verwilderung in beharrlichem täglichem Kampf abgetrotzt, abgerungen werden muss. Diese Aufgabe kann nur als gemeinsam erkannte und gewollte Aufgabe der gesamten Lehrerschaft gelöst werden, oder sie wird gar nicht gelöst. Sie fordert Klärung, gegenseitige Hilfe und Unterstützung, gemeinsame Willensbildung und zusammengefasste Wirksamkeit nach außen. Denn das große Werk kann nicht von der Lehrerschaft allein

aufgebaut werden. Sie muss versuchen, alle interessierten und gutwilligen Kräfte in Staat und Gesellschaft zu gewinnen und heranzuziehen. Sie muss besonders die Elternschaft gewinnen, da Erziehung ohne oder gar gegen die Familie ein Unding ist.“ (HLZ 1, April 1948, S. 2ff.)

Eine Herausforderung auch für die wieder gegründete HLZ: „Eine besondere Aufgabe wird die Lehrerzeitung als Stimme der Lehrerschaft darin sehen müssen, das frühere Ansehen des Hamburgischen Erzieherstandes in der Öffentlichkeit wieder herzustellen, wie wir es kannten, ehe es im Dritten Reich zwölf Jahre lang systematisch untergraben und zerstört wurde. Damit war aber auch zugleich die fruchtbare volks- und jugendpädagogische Wirksamkeit untergraben. Größer als jemals zuvor ist die Verpflichtung einer Lehrerzeitung, die Jugend unseres Standes in Ethos und Tradition der fruchtbaren Zeit vor 1933 einzubeziehen, in der Hamburgs pädagogisches Leben über die Grenzen der Stadt und das Reich hinaus wirksam war.“ Herzer erinnert dabei an die Kunsterziehungsbewegung, die Jugendbewegung und die Versuchsschul- und Selbstverwaltungs-Praxis.

Und Albert Herzer, der später auch zweiter Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde wird, ist einer der wichtigsten Repräsentanten der Organisation, einflussreich als HLZ-Schriftleiter, der in wesentlichen Fragen, Positionen der „Gesellschaft der Freunde“ nach außen vermittelt und Diskussionen anregt. Gerade auch bei dem wichtigsten Anliegen der „Gesellschaft der Freunde“, die Selbstverwaltung der Schulen im Sinne des Selbstverwaltungsgesetzes von 1920 wieder herzustellen, das nach den autoritativen Prinzipien der Nationalsozialisten 1933 abgeschafft worden war. In den fünfziger Jahren gibt es auch noch einmal eine vehemente

Diskussion der „Gesellschaft der Freunde“ um die Veränderung der Schulstruktur, weil man die Gedanken um die Einheitsschule nicht vergessen hatte.

Biografische Daten

Albert Herzer wurde am 15.12.1895 in Hamburg geboren. Er besuchte hier auch das Lehrerseminar, legte 1916 die Lehrprüfung ab, als er schon in den Kriegsdienst gezogen worden war. Danach begann er in der Gesellschaft der Freunde mitzuarbeiten. Albert Herzer ging als junger Lehrer zur Wendeschule an der Breitenfelder Straße. Er studierte bei William Stern Psychologie und nahm an den Versammlungen der Gesellschaft teil, war Mitarbeiter im Pädagogischen Ausschuss der Gesellschaft. Schon 1926 wählte ihn das Kollegium der Schule Ahrensburger Straße, der späteren Senator-Krause-Schule, zum Schulleiter, nachdem er gerade zwei Jahre dem Kollegium angehört hatte. 1928 wurde er Mitglied der Lehrerkammer des Schulbeirates, gleichzeitig Beisitzer und drei Jahre später dritter Vorsitzender des Vorstands der Gesellschaft der Freunde. 27.4.1933 bei der Gleichschaltungsversammlung im Curiohaus wurde Albert Herzer wie Gustav Küchler, Friedrich Wilhelm Licht, Herbert Wiencken, Hermann Lange und andere Kollegen der bisherigen Gesellschaft der Freunde in den gleichgeschalteten Vorstand gewählt und ist auch als einer der Vertreter für die Pflingsten 1933 stattfindende Tagung des Deutschen Lehrervereins in Magdeburg delegiert worden. Es stellte sich schnell heraus, dass es mit den neuen Machthabern das NSLB keine gemeinsame Arbeit geben konnte. Albert Herzer traf sich mit den anderen Mitgliedern des ehemaligen Vorstandes der „Gesellschaft der Freunde“ zu „regelmäßigen 14-tägigen Zusammenkünften zwölf Jahre lang,

um die Verbindung aufrecht zu erhalten, um in diesem Kreise und darüber hinaus in der Lehrerschaft die Tradition des Lehrervereins nach Kräften zu bewahren“, wie er 1945 in seinem Entnazifizierungs- Fragebogen vermerkte. Albert Herzer war als Schulleiter abgesetzt worden, blieb Lehrer an der Schule Ahrensburger Straße, die er vorher geleitet hatte. Neben der Arbeit als Lehrer widmete er sich in dieser Zeit seinen außerschulischen Leidenschaften. Er liebte Musik und Gesang und fremde Sprachen, insbesondere Englisch und Russisch. Friedrich Kraus schrieb über ihn:

„Die Gründlichkeit seines Denkens kam in einer Vielseitigkeit des Interesses zur Wirkung, die nicht Zersplitterung war, sondern Zusammenfassung. Äußerlichkeiten waren ihm gleichgültig. In den Jahren des geistigen Müßigganges unsere Nation widmete er sich seinen Sprachstudien, studierte die russische Sprache, die er als Soldat gelernt hatte, auf der Universität und promovierte aus diesen Studien kurz vor Schluss des Zweiten Weltkrieges. Thema seiner Dissertation: ‚Bolschewismus und Menschenbildung: Eine Untersuchung über den Einfluss der bolschewistischen Bildungspolitik auf den sowjetischen Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Jugenderziehung, insbesondere aufgrund von Aussprachen mit Ostarbeitern.“ (HLZ 15/1960, S.1ff.) Das hört sich für mich nicht sehr vielversprechend an, war aber eine Möglichkeit für Herzer, dieser Zeit einen Sinn zu geben.

Kraus erwähnt auch noch einmal die Zusammenkünfte der Vorstandsmitglieder der Gesellschaft von 1933 bis zum Schluss der Naziherrschaft in Hamburg, „die zusammenhielten, um die Tradition und die geistigen Werte der Gesellschaft in die erhoffte Befreiung hinüber



Bevor die Britische Militärregierung das Wieder-Erscheinen der Hamburger Lehrerzeitung genehmigte, konnte von der Gesellschaft der Freunde ein „Mitteilungsblatt“ herausgegeben werden.

zu retten“. Namentlich nennt er „Ballerstaedt, Niebank, Traeger, Wiencken und Herzer“. Aus anderen Überlieferungen wissen wir, dass auch Hermann Lange, Kurt Zeidler, Friedrich Wilhelm Licht und Heinrich Hart dazu gehörten. Fortwährend bestand der Kontakt zu Fritz Köhne in der Behörde und die unterschiedliche Nennung der Namen resultierte daraus, dass einige von ihnen während des Krieges als Lehrer mit ihren Schülern in der Kinderlandverschickung und von Luftwaffenklassen oder als zur Wehrmacht eingezogene Soldaten nicht in Hamburg waren. (Siehe zuletzt die Studie von Marcel Bois: Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition, Weinheim und Basel, besonders S. 164ff.)

Unmittelbar nach der NS-Zeit wurde Albert Herzer wieder Schulleiter, diesmal an der Schule Meerweinstraße. Er nahm die Tätigkeit in der „Gesellschaft der Freunde“ wieder auf, wurde 2. Vorsitzender neben Max Traeger, arbeitete in den Ausschüssen

für Pädagogik und Schulpolitik, wurde in die Lehrerkammer und den Landesschulbeirat gewählt und übernahm die Schriftleitung der „Hamburger Lehrerzeitung“. Auf internationaler Ebene wirkte der sprachbegabte Herzer mit in dem Komitee für erzieherischen Journalismus in der WCOTP (World Confederation of Organisation of the Teaching Profession). In dieser Funktion nahm er an internationalen Tagungen der bundesweiten Lehrerorganisation, des ADGB, später der GEW teil. (Personalakte Herzer und Kraus HLZ 15/1960, S. 1ff.)

Der Kampf um die Selbstverwaltung

Albert Herzer hat die etwa 15 Jahre der Zeit nach dem Nationalsozialismus in der „Gesellschaft der Freunde“ und ihren Organen geprägt. Er kommentierte die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Arbeit aber auch die Nichterfüllung der inhaltlichen Vorstellungen der „Gesellschaft der Freunde“ und später

der GEW in der HLZ. Wobei er insbesondere was die Formulierung und Weiterentwicklung des Schulgesetzes betraf, sehr stark in Erscheinung trat. Ein Kernstück war dabei natürlich das Thema Selbstverwaltung und die Frage der Rolle der Schulleitung. Am 25. Oktober 1948 hatte die Hauptversammlung der Gesellschaft dazu beschlossen:

„Die Leitung der einzelnen Schule obliegt dem ehrenamtlich tätigen Schulleiter im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der Konferenzbeschlüsse. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch den Lehrkörper unter Mitwirkung von drei Vertretern des Elternrates auf drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Für eine Übergangszeit kann die Schulbehörde im Einvernehmen mit dem Betriebsrat gegen die Wahl eines Schulleiters Einspruch erheben.

Hält die Schulbehörde die Berufung eines Schulaufsichtsbeamten für erforderlich, so gibt sie ihre Absicht dem Betriebsrat kund (nach Einrichtung des Schulbeirats der Lehrerkammer). Ist der Schulaufsichtsbeamte für einen ganz besonderen Aufgabenbereich in Aussicht genommen, wird dieses dem Betriebsrat mitgeteilt. Der Betriebsrat überreichte der Schulbehörde einen dreigliedrigen Wahlaufsatz, aus dem die Schulbehörde den

Schulaufsichtsbeamten wählt. Hebt die Schulbehörde gegen jede auf dem Wahlaufsatz stehende Persönlichkeit Bedenken, teilt sie diese der Lehrervertretung zur Stellungnahme mit.

Die Amtsdauer eines Schulaufsichtsbeamten beträgt sechs Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit übernimmt der ausscheidende Beamte wieder eine Lehrtätigkeit. Nach dreijähriger Lehrtätigkeit ist die Wiederwahl zum Schulaufsichtsbeamten möglich.“ (HLZ 8/1948, S. 19)

Da ging die Gesellschaft der Freunde über das Selbstverwaltungsgesetz aus dem Jahre 1920 hinaus und nahm den Begriff „Selbstverwaltung“ tatsächlich ernst.

Schulsenator Landahl hatte dazu eindeutig festgestellt, dass er die Wahl des Schulleiters ablehne. Zwei Jahre später schlug die Behörde für die Schulleiterwahl, der sie nun entgegenkam, die Einrichtung eines Findungsausschusses vor. Die Gesellschaft verhandelte weiter. Man diskutierte drei Möglichkeiten: Wahl auf Zeit ohne Funktionszulage, Wahl auf Zeit mit Funktionszulage. Es waren intensive Zeiten, in denen heftig debattiert wurde und die HLZ als Forum eine wichtige Funktion hatte.

Gleiches galt übrigens auch für die Frage, wie sich das

Hamburger Schulwesen strukturell weiterentwickeln sollte. Auf einer Arbeitsversammlung der „Gesellschaft“ im Oktober 1948 wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen:

„Das gesamte hamburgische Schulwesen wird nach dem Prinzip der differenzierten Einheitschule aufgebaut. In der Unter- und Mittelstufe werden alle Kinder neun Jahre lang in einer Schule unter einer Leitung von Lehrern der bisherigen Volks-, Berufs- und höheren Schulen erzogen. In den ersten vier Jahren wird vorwiegend Gesamtunterricht erteilt. Im fünften Schuljahr beginnt neben dem Gesamtunterricht Fachunterricht und eine Differenzierung, die durch weitere Auflockerung des Klassenunterrichts unter Fortfall der gleichen Anforderungen für alle Schüler und durch Gruppen- und Einzelunterricht erfolgt. Diese Differenzierung innerhalb des Klassenverbandes bereitet die mit dem siebten Schuljahre beginnenden, nach Begabungsrichtungen unterschiedlichen drei Züge vor.

Die ‚Gesellschaft‘ sieht die Durchführung der sechsjährigen Grundschule nicht als einen Schritt zu der differenzierten Einheitschule an. Bei schematischer Verlängerung der Grundschuldauer wird nicht nur die

Verständigung und Zusammenarbeit von Volksschullehrern und Oberschullehrern erschwert; darüber hinaus bleibt der organisatorische Anstoß zu einer inneren Neugestaltung der Erziehung aus.“ (150 Jahre Gesellschaft der Freunde, Hamburg 1955, S. 105)

Schulpolitik war schon bald zu einem größeren öffentlichen, politischen Streitthema geworden. Nach der Einführung der sechsjährigen Grundschule in Hamburg folgte 1953 der Wahlsieg eines Bürgerblocks, einer Vereinigung aus bürgerlichen Parteien unter Einschluss der Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und Deutschen Partei (DP), die auch ehemalige Nationalsozialisten umfasste, geschafft hatte, die Sozialdemokraten abzulösen. Die SPD vermochte es, bei der Wahl 1957 die Mehrheit wieder zurück zu gewinnen. Eine Fortführung des Blockes war durch die Zerstrittenheit der Parteien nicht möglich. Und Albert Herzer kommentierte dies so:

„Ein kurzer Rückblick auf die vier Jahre des Bürgerblocks zeigt uns, dass es selbst der skrupellosen Ausnutzung der kleinen Zufallsmehrheit nicht gelang, die vielen verhängnisvollen Wünsche, die vor den Wahlen durch den Wahlkampf geisterten, zu verwirklichen. Das lag nicht

zuletzt daran, dass der Hamburg-Block auch nach langem Suchen keinen Schulsenator fand, der gewillt war, die Verantwortung für die Verwirklichung all der reaktionären Gedanken auf sich zu nehmen, mit denen die Propaganda die Wähler gelockt hatte.“ (HLZ 15/1960, S.6)

Albert Herzer starb am 23. September 1960 nach einer Tumoreroperation.

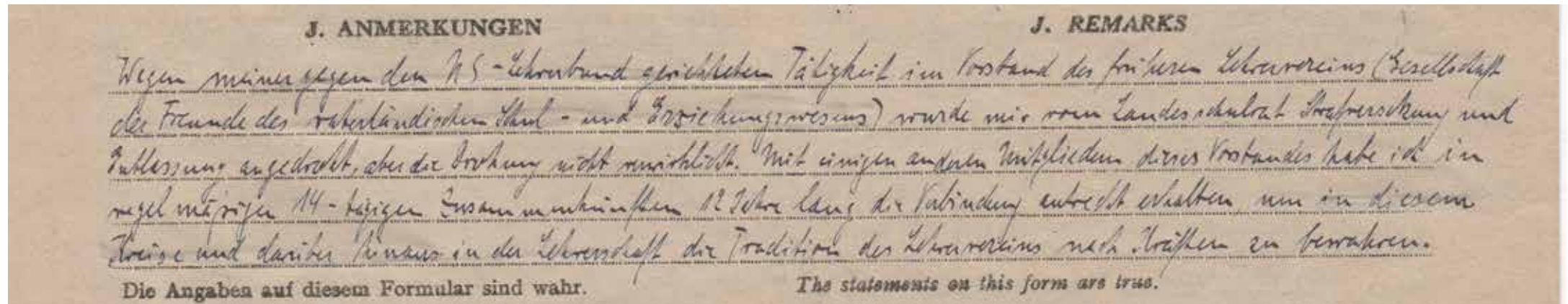
Der HLZ-Chronist Friedrich Kraus stellte fest:

„Albert Herzer ist nie krank gewesen, hat nicht einmal gekrankelt, hatte keine Anlage zu Erregungszuständen; Ausgeglichenheit war der Hauptzug seines Wesens. Er hat gearbeitet bis zum Ende: am 5. September hat er noch die Nummer seiner Zeitung zusammengestellt, die fünf Tage später herauskam, als er selbst bereits sich unter der schneidenden Hand des Arztes befand; es stürzte ihn mitten in der Bahn; Albert Herzer ist nach einem arbeitsvollen Leben in den Sielen gestorben. Seinen 65. Geburtstag sollte er nicht mehr erleben und damit die Hoffnungen nicht erfüllen, die er selbst und wir auf seine nach der Pensionierung freiwerdende Arbeitskraft gesetzt hatten, weitere Aufgaben für Schule und Lehrerschaft zu übernehmen. Albert Herzer ist an einem Sonntag

geboren und verlor nie die Zuversicht, auf der Sonntagsseite des Lebens zu wandeln. Er hegte gegen niemand Feindschaft, hatte ein offenes Ohr für die Fragen und Sorgen anderer und bewies darin eine glückliche Anlage der Menschenführung. Er wusste guten Rat zu geben und Unstimmigkeiten zu klären, drängte sich nicht hervor, ließ sich aber auch von dem, was er sich vorgenommen hatte, nicht abbringen, sondern verharrte auf dem, was er für Recht hielt. Darum hat er auch eine große Freundesschar. Festtage in der Familie oder Freundeskreise wurden feierlich begangen; Gesang gehörte dazu, den er am Klavier anregte und begleitete. In den Ferien reiste er mit seiner Frau, wanderte und stieg auf die Berge. Besucher kamen zu ihm nie zur Unzeit, und nach arbeitsreichen Tagen, wenn es auch spät am Abend war, zeigte er keine Abgekämpftheit oder Verdrossenheit, sondern war immer noch in Stimmung und zu dem trockenen Humor aufgelegt, mit dem er das Leben zu glossieren pflegte. Die Heiterkeit seines Gemütes war kein bequemes Ausweichen vor Bedrängnissen, sondern entsprach seiner Lebensanschauung.“ (HLZ 15/1960, S. 1f.)

Man hätte ihn kennenlernen mögen.

HANS-PETER DE LORENT



Aus Herzers Entnazifizierungs-Fragebogen: „Nie in die NSDAP eingetreten, in den NSLB am 1.5.33 Übernahme aus der GdF“

1961-1975

"Was für ein gespaltenes, geschichtsloses, finanziell reiches, geistig immer ärmer werdendes Volk ist existent in diesem Staat."

Rudi Dutschke



HLZ-Schriftleiter von 1960/61–1966

Kurt Günther Gehrken (KGG) und Jürgen Beuche

Als HLZ-Schriftleiter Albert Herzer 1960 überraschend starb, war Kurt Günther Gehrken in der HLZ-Redaktion sein Stellvertreter. Er übernahm das Amt des Schriftleiters erst kommissarisch und wurde dann auf der Hauptversammlung am 24.1.1961 zum HLZ-Schriftleiter gewählt. Jürgen Beuche gehörte in der Zeit dem HLZ-Ausschuss an und folgte Gehrken als HLZ-Schriftleiter im Winter 1964/65. Mit der HLZ 18/1966 beendete er die HLZ-Arbeit und wechselte in die Schulaufsicht.



Kurt Günther Gehrken

Gehrken war am 1.4.1926 in Hamburg geboren. Nach Abitur und Kriegsdienst als Luftwaffenhelfer bei der Kriegsmarine studierte er ab 1947 nach kurzer Tätigkeit im Verlagswesen an der Universität Hamburg Erziehungswissenschaft, Literaturwissenschaft, Psychologie und Philosophie. Peter Krup bezeichnete ihn als deutlich reifer als viele jüngere, wenige Jahre nach

ihm Geborene. Er sei lebensfer, pragmatisch, zielbewusst und berufshungrig gewesen, ebenso wie sein Freund Jürgen Beuche.

Als Lehrer begann Kurt Günther Gehrken an der Schule Voßberg 21, die vor der NS-Zeit von Friedrich Kraus geleitet worden war und an der viele fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen gearbeitet hatten, die auch der

„Gesellschaft der Freunde“ angehörten. Die Freundschaft zu Kraus bestand bis zu dessen Tod. Wie Jürgen Beuche arbeitete Gehrken im Junglehrerausschuss der „Gesellschaft der Freunde“, aus dem später der Ausschuss junger Lehrer und Erzieher wurde.

Nach 14 Jahren an der Schule Voßberg erwarb sich Gehrken im Rahmen der Weiterbildung zum Beratungslehrer zusätzliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Sonder- und Sozialpädagogik. 1963 wurde er stellvertretender Leiter seiner Schule.

Als Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung in den Jahren 1960-1964 setzte er sich besonders für eine stärkere sozialpädagogische Orientierung des Schulwesens ein. Er legte damit die Grundlage dafür, dass Bildung nicht nur Schule war und die Themen der Hamburger Lehrerzeitung auch den Bereich Sozialpädagogik und Jugendarbeit umfassten. Im August 1964 wechselte Kurt Günther Gehrken in die damalige Jugendbehörde, in der er als Schulrat die Leitung des Bereichs „Heimschulen“ übernahm. Im Jahre 1968 wurde er leitender Beamter der Jugendbehörde. Nach ihrer Überleitung als „Amt für Jugend“ in die 1971 gegründete Behörde für Schule,

Jugend und Berufsbildung sah er seine besondere Aufgabe darin, der Jugendhilfe neben der Schule und der Berufsbildung die notwendige Geltung zu verschaffen. „Mit Engagement trat er für eine realitätsbezogene Jugendhilfe ein, die auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhte. Er verband damit die ihn ganz erfüllende Vorstellung einer dringend notwendigen Integration von Schul- und Sozialpädagogik. Für ihn war Jugendhilfe ‚Dritte Erziehungskraft‘ neben Elternhaus und Schule. In den freien Trägern der Jugendhilfe sah er unverzichtbare Partner bei der Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe.“ (Jürgen Beuche über KGG)

Kurt Günther Gehrken starb plötzlich und unerwartet am 28.7.1979.

Dass die HLZ auch zu diesem Zeitpunkt nicht geschichtsvergessen war, zeigt sich darin, dass unsere damalige Redaktion der HLZ über ihn berichtete. Der Referent der Hamburger GEW, Lothar Hüneke, würdigte den gerade verstorbenen ehemaligen HLZ-Schriftleiter. Er zitierte aus dem „Dank an KGG“ in HLZ 1/1965, S. 14f. Damals hatte Alfred Herr geschrieben: „Mit Nummer 18 vom 12. Dezember 1964 der Hamburger Lehrerzeitung enthielt das Impressum zum letzten Male den Namen Kurt G. Gehrken als verantwortlichen Schriftleiter. 75 Ausgaben der HLZ in mehr als vier Jahren gab er das Gepräge als Schul- und Sozialpädagoge. Nicht ohne

Grund bekam die Lehrerzeitung in seiner Wirkungsperiode für das Presseorgan unseres Gesamtverbandes den Untertitel ‚Zeitschrift für Schul- und Sozialpädagogogen‘. Er gehörte zum Kreis der ‚Beratungslehrer‘, und dieser sozialpädagogischen Seite seines Lehrerseins widmete er sich nunmehr hauptamtlich bei der Hamburger Jugendbehörde. Kurt G. Gehrken zog aus dieser Berufung die traditionellen

Konsequenzen, nach denen kein Schulrat in Führungsgremien der ‚Gesellschaft‘ aktiv mitgewirkt. Er bat deshalb um Entbindung von seinen Pflichten als Schriftleiter. Der Ausschuss für die Hamburger Lehrerzeitung hatte es leicht, dem Vorstände einen Nachfolger vorzuschlagen. Denn der Kollege Beuche, der im Januar 1965 bis zur Wahl durch die Frühjahrs-Hauptversammlung kommissarisch die Schriftlei-



HLZ in den 1960er Jahren: Farblos aber durchaus inhaltsstark!

tung übernimmt, gehörte bislang dem vierköpfigen Redaktionsausschuss an. Diese Einrichtung entsprang der Initiative Kurt G. Gehrken. Er wollte ganz bewusst ‚Teamwork‘ betreiben in einem derartigen Gremium, dessen Mitarbeiter, wie er selbst, zur jüngeren Lehrergeneration gehören, von denen jeder auf einem Sondergebiet der Pädagogik wie der Schulpraxis zu Hause ist. KGG war während der Schriftleitertätigkeit Albert Herzers nach dem Zweiten Weltkriege Mitglied im Ausschuss für die HLZ. Ein Dutzend Jahre hindurch übte Herzer sein Amt aus. Er knüpfte an die pädagogisch wie schulpolitisch so fruchtbare Zeit vor 1933 an. KGG gehörte zu den Mahnern, die für die Lehrerzeitung neue Wege und veränderte Ausdrucksformen suchten. Herzer erkannte Gehrken's Qualitäten und sah in ihm seinen zukünftigen Nachfolger. Als dann Albert Herzer durch einen schnellen Tod aberberufen wurde, gab es für den HLZ-Ausschuss nur einen Vorschlag an die Hauptversammlung der Gesellschaft, die KGG insgesamt zweimal zum verantwortlichen Schriftleiter wählte. Die HLZ hat unter KGG ein Gesicht gewonnen, für das ihm Dank gebührt. Die *Hamburger Lehrerzeitung*, ‚Zeitschrift für Schul- und Sozialpädagogik‘, fand über unsere Vaterstadt hinaus vielseitige Beachtung. Mancher Aufsatz wurde von anderen Lehrerzeitungen nachgedruckt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem ‚Jugendwohlfahrtsgesetz‘. So trug die HLZ dazu bei, unseren Kollegen in anderen Bundesländern Hilfestellung zu geben. Möge es gelingen, den guten Ruf der HLZ draußen im Lande ebenso zu erhalten wie den der ‚Gesellschaft‘: aufzuzeigen, abzuwägen und voranzutreiben zum Wohle von Schule und Lehrerstand.“

Und Lothar Hüneke ergänzte: „Ich weiß aus vielen Gesprächen mit ihm, wie sehr er an der Er-

stellung des Jugendwohlfahrtsgesetzes engagiert war. Mitten in der Auseinandersetzung um die Neuordnung der sozialen Dienste, die ihn sehr beschäftigt hat und die sicher nicht nach seinen Wünschen abgelaufen ist, ist er am 28.7.1979 im Alter von 54 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist um einen informierten, engagierten Schul- und Sozialpädagogen ärmer geworden.“ (HLZ 12/1979 S. 39).

Folgerichtig wurde Jürgen Beuche, KGGs Freund, am 3.7.1926 in Berlin geboren, Mitglied im HLZ-Ausschuss und ebenfalls für die HLZ tätig, 1964/65 zu seinem Nachfolger gewählt. Beuche, der nach dem Notabitur und kurzem Kriegsdienst 1944/45 das Studium 1946-49 in Hamburg absolvierte und dabei mit Kurt Günther Gehrken und dem späteren Erziehungswissenschaftler Hans-Heinrich Plickat zusammentraf, war von 1949 bis 1962 als Lehrer tätig, war von 1962 bis 1966 Rektor der Rissener Schule Marschweg, Sprecher der GEW-Fraktion in der Hamburger Lehrerkammer und HLZ-Schriftleiter, bis er 1966-1968 als Oberschulrat in die Schulaufsicht für Volks- und Realschulen in die Schulbehörde wechselte. Eng mit Kurt Günther Gehrken verbunden wurde Beuche 1968 Nachfolger als Schulrat für den Heimschulbereich und Abteilungsleiter für die Abteilung Jugendheime, Heimschulen und psychologischer Dienst.

Jürgen Beuche verfasste diverse Beiträge über Elementar-erziehung, Jugendförderung, Grundfragen der Erziehung und zur aktuellen Jugend- und Schulpolitik, nicht nur für die HLZ.

Als er mit der HLZ 18/1966 sein Amt als Schriftleiter der HLZ beendete, schrieb er: „Der Wechsel in meinem beruflichen Tätigkeitsbereich macht es erforderlich, die Schriftleitung in andere Hände zu geben. Der

Ausschuss für die Hamburger Lehrerzeitung und der Vorstand der Gesellschaft der Freunde haben Peter Krup beauftragt, die Arbeit zu übernehmen. Seine Person sowie die zahlreichen Freunde und Förderer der Zeitung geben Gewähr dafür, dass die HLZ auch weiterhin im Sinne ihres ersten Schriftleiters Fritz Köhne geleitet wird. Die Lehrerzeitung steht nicht im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft; sie dient allein der Schule, der Jugend und der Lehrerschaft. Sie will die Kräfte der Hamburgischen Lehrerschaft zusammenfassen, ihre Forderungen vertreten, ihre Nöte beseitigen helfen; sie will ihr Bote, ihr Freund, ihr Förderer, ihr Vorkämpfer, ihr Gewissen sein. Die hamburgische Lehrerschaft vertritt eine zukunftsmutige soziale Pädagogik und Schulpolitik. Die Zeit der Resolutionen ist für uns vorbei. Soll die „Gesellschaft“ ihre Stoßkraft, zu der uns ihre Tradition gegenüber der deutschen Lehrerschaft und der Öffentlichkeit verpflichtet, beibehalten, dann muss ihre Arbeitsorganisation mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Die *Hamburger Lehrerzeitung* ist nicht die Aufgabe eines einzelnen, nicht des Schriftleiters, nicht des Presseausschusses, sie ist nicht der Sprechsaal unmaßgeblicher Meinungen; in dem Willen zur Zusammenfassung im wesentlichen ist unsere Vereinszeitung neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlichem Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen.“ (HLZ 18/1966, S. 607).

Jürgen Beuche starb am 11.3.2013.

HANS-PETER DE LORENT
(mit Hinweisen von
Martina Gehrken und
Peter Krup)

1919-1972

Das Gedächtnis und die nicht graue Eminenz der HLZ

Friedrich Kraus (26.3.1885 - 3.12.1972)

Wer immer sich mit der Geschichte der Hamburger Lehrerschaft, der Gesellschaft der Freunde und der GEW beschäftigen will, wird unweigerlich auf Texte von Friedrich Kraus stoßen.

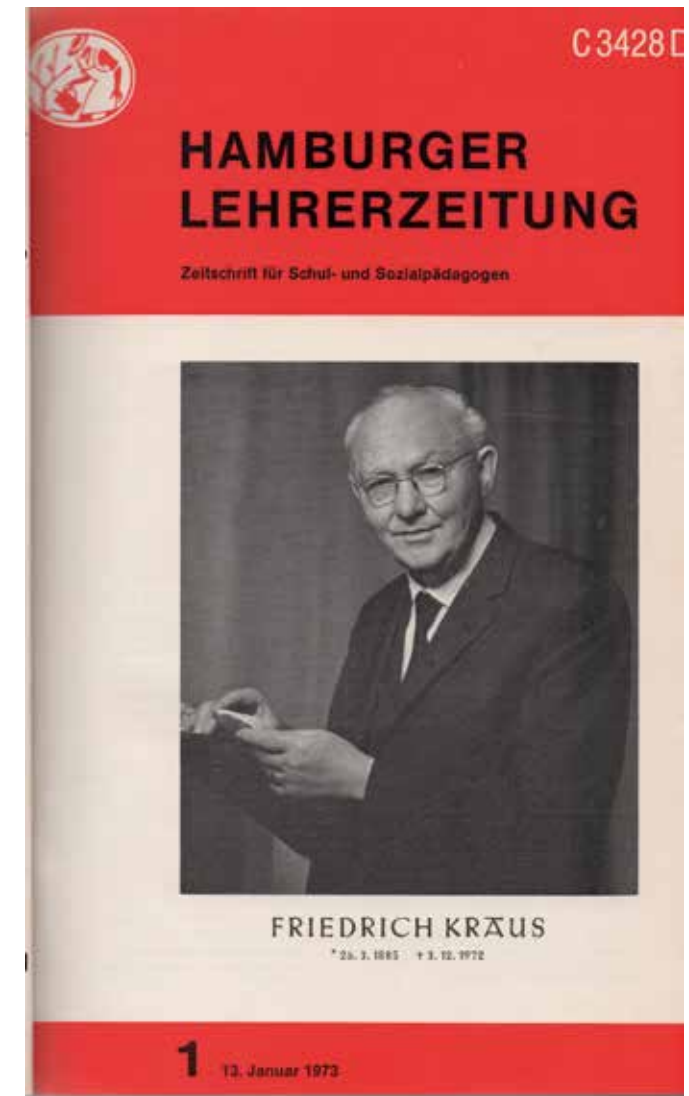
Friedrich Kraus wurde am 26.3.1885 in Linden bei Hannover geboren.

„Wie andere fand er, der Sohn von Eltern, die beide Fabrikarbeiter waren, den Weg über die Volksschule und die Privat-Präparandenanstalt Reuter in Hannover als hervorragend begabter junger Mensch den Weg zum königlich-evangelischen Lehrerseminar (1902-1905). Nach einer zweijährigen Lehrtätigkeit in Hartfeld im Kreis Hoya zog ihn der Magnet Hamburg an.“ (Kurt G. Gehrken in HLZ 1/1973, S. 3)

1907 wurde er Volksschullehrer an der damaligen Schule Osterstraße. Bald fand er neben seiner schulischen Tätigkeit Gleichgesinnte in der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, wobei ihm „ständig der Hang zu Büchern und zur Schreibe in die Gremien führte, die sich dieser Aufgabe widmeten. So findet man ab 1912 die Orte seines Wirkens: Bücherei, Berichterstattung, Korrektor.“ Und ab 1919 begann er seine journalistische und redaktionelle Tätigkeit für die „Pädagogische Reform“. Seit der ersten Ausgabe der Hamburger Lehrerzeitung war Friedrich Kraus Mitarbeiter, arbeitete als Berichterstatter und, besonders wichtig für Schriftleiter Fritz Köhne, bei der Schlussredaktion als Korrekturleser

und lange Zeit als Mitglied des Presseausschusses in der Gesellschaft der Freunde. 1933, in schwierigster Stunde, vertrat er

den schwer kranken Schriftleiter C. Hermann Müller, bis die Schriftleitung nach Machtantritt der Nationalsozialisten in



Ausnahmsweise ein Foto auf der Titelseite der HLZ

andere Hände übergeben wurde. Nach dem Kriege leistete Friedrich Kraus einen Beitrag zum Wieder-Aufbau eines demokratischen Schulwesens und stand schreibend und als lebendes Gedächtnis der Redaktionen der *Hamburger Lehrerzeitung* zur Verfügung. Für die GEW war er der Autor der Festschrift zum 150. Jubiläum der Gesellschaft der Freunde und schrieb nicht nur Aufsätze sondern auch unzählige Würdigungen über verdiente Mitglieder der Hamburger Schulgeschichte in der *Hamburger Lehrerzeitung*. Seit 1920-1933 war er gewählter Vertreter in der Hamburger Lehrerkammer, und als solcher der Lehrerkammer in der Oberschulbehörde. Kraus kannte also das Geschehen aus verschiede-

nen Perspektiven. Er hatte einen freundschaftlichen und engen Kontakt zu den wichtigsten Männern der Hamburger Lehrerschaft: Rudolf Roß, Hermann Leo Köster, Theodor Blinckmann, Fritz Köhne, Georg Niebank und Max Traeger. Zudem war er Schulleiter der Schule Voßberg 21, bis die Nationalsozialisten die Macht übernahmen und Friedrich Kraus aus dem Amt entließen und fünf Jahre später sogar dazu zwangen, die Schule Voßberg 21 zu verlassen, die er jahrelang geleitet hatte. Fritz Köhne, der als Personalreferent in der Schulbehörde geblieben war, sorgte dann dafür, dass Kraus an eine Schule im Aufsichtsbereich von Schulrat Gustav Schmidt versetzt wurde (Schule Schaudinnsweg 3) und somit einigmaßen geschützt

blieb.

Nach Ende der Naziherrschaft arbeitete Kraus noch zwei Jahre lang als Lehrer, bevor er 1947 pensioniert wurde. Aktiv wie er stets gewesen war, engagierte er sich danach noch zehn Jahre als Lehrbeauftragter für den Sozialhelferdienst angehender Lehrer am Pädagogischen Institut und unterstützte weiterhin die Schriftleiter der *Hamburger Lehrerzeitung* mit seinem profunden Überblick zur Geschichte des Hamburger Schulwesens. (Siehe zu F. Kraus auch die Würdigungen von Kurt G. Gehrken in HLZ 5/1969, S.137ff. und HLZ 1/1973, S.1ff.)

Friedrich Kraus starb am 3.12.1972.

delo

1967–1970

Peter Krup

Peter Krup wurde am 1. Januar 1930 in Hamburg als Sohn des gelernten Schriftsetzers Julius Krup und seiner Frau Minna geboren. Damit war ihm eine spätere Karriere als HLZ-Schriftleiter in die Wiege gelegt worden. Sein Vater war als gelernter Schriftsetzer seit 1922 für Kalkulation zuständig bei der Druckerei Paul Hartung KG in Hamburg. Und diese Druckerei war von Beginn an für den Druck der seit 1922 gegründeten „*Hamburger Lehrerzeitung*“ zuständig. Das führte dazu, dass Julius Krup die frisch gedruckten HLZs mit nach Hause brachte und sein Sohn Peter diese schon als Schulkind zu lesen bekam.

Peter Krup wurde im April 1936 in die Volksschule Burgstraße 1933 eingeschult, später kam er auf die Kirchenpauerschule, an der er im März 1949 auch das Abitur absolvierte. Wobei Peter Krup in Kriegszeiten seit 1941 erst für fünf Monate in der Kinderlandverschickung (KLV) nach Altötting in Oberbayern kam, von Juni 1943 bis März 1944 in die KLV nach Schellerhau im Erzgebirge und dann nach Schwandorf in der Oberpfalz geschickt wurde. Da

die Wohnung der Familie Krup im Juli 1943 durch die Luftangriffe auf Hamburg völlig zerstört worden war, zogen die Eltern nach Neumünster um, wohin Peter Krup ihnen aus der KLV folgte. Als die Holstenschule in Neumünster wegen Bombenschadens schließen musste, wurde Peter Krup von Verwandten in Elmenhorst bei Warnemünde aufgenommen. Seine Eltern siedelten mit dem Arbeitgeber, der Druckerei Paul Hartung über nach Glückstadt, während

der Sohn die letzten Tage des Krieges und den Einmarsch der Roten Armee in Mecklenburg erlebte. Welch Odyssee schon in jungen Jahren.

Er ging anschließend bei einem Bauern in die landwirtschaftliche Lehre. In den letzten Schuljahren in Hamburg nahm Peter Krup wieder den Klavierstunden Unterricht auf, den er schon seit 1936 erhalten hatte.

Nach dem Abitur arbeitete er bei der Firma Auerdruck als grafischer Hilfsarbeiter, zunächst in

der Setzerei, später im Kontor. Er versuchte damit seine Eltern finanziell zu entlasten und blieb dort auch während des Studiums drei Stunden täglich bis März 1951beschäftigt.

Die Druckerei Paul Hartung war Ostern 1950 wieder nach Hamburg verlagert worden und die *Hamburger Lehrerzeitung* wurde dann auch wieder in Hamburg gedruckt.

Peter Krups Interessen waren mehrgleisig. Er setzte den Klavierunterricht fort, nahm Stunden in Harmonielehre und Musikgeschichte und begann im Herbst 1950 an der Staatlichen Hochschule für Musik ein Studium, seit November 1949 war er zum Studium am Pädagogischen Institut der Universität Hamburg zugelassen. Und Peter Krups Leidenschaften, andere Länder kennen zu lernen konnte er im April 1951 bei einer Musik- und Studienreise durch Schweden realisieren. Er hatte dabei Gelegenheit, insgesamt acht Wochen in den Volksschule Malmö und in den Lehrerseminaren in Lund, Kristianstad und Stockholm zu hospitieren.

Die Musik, die Pädagogik, das Leben und die Arbeit in anderen Ländern sowie das Druckereihandwerk blieben die Konstanten, die auch ihn den nächsten Jahren leiten und begleiten sollten.

Am 13. Dezember 1952 bestand Peter Krup die erste Lehrprüfung unter der Leitung von Schulrat Kurt Zeidler, dem ehemaligen Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde vor der NS-Zeit und einer prägenden Person der Hamburger Schulgeschichte. Bei der zweiten Lehrprüfung November 1957 war mit Wilhelm Dressel, dem Oberschulrat für den Schulbau in Hamburg eine andere Person beteiligt, die möglicherweise dazu beitrug, dass der junge Lehrer Peter Krup an der Schule Steinadlerweg im Schulkreis von Wilhelm Dressel in Billstedt ein 1. Schuljahr über-

nahm. Schon nach vier Jahren Unterricht stellte Schulleiter Erwin Zweifel in seinem pädagogischen Gutachten fest, dass Peter Krup neben der Klassenleitung von 1-4 noch Musik und Sportunterricht gegeben hatte und sich besonders auch für schulische Veranstaltung einsetzte, bei Kindern, Eltern und im gesamten Kollegium sehr beliebt wäre. „Er geht an alle Aufgaben mit frischer Kraft heran und gehört mit zu den wesentlichen Trägern der Gesamtarbeit der Schule.“ (15. März 1957)

Das Gutachten war wichtig, um den Hilfslehrer Peter Krup im September 1957 auf eine freie Lehrerstelle in der Besoldungsgruppe A10b zu befördern. Schulleiter Zweifel hatte noch ergänzt: „Er ist kritisch seiner eigenen Arbeit gegenüber und im Kollegium anspornend. Herr Krup ist eines der besten Mitglieder des Kollegiums.“ Eine sehr ungewöhnliche Bemerkung, die die Verbeamtung auf Lebenszeit am 13. März 1958 begründete.

Sein Talent als Unterhalter und Entertainer mit musikalischen Zutaten nutzte Peter Krup später immer wieder mit Lehrer-Bands in der Schule, in der GEW, bei regelmäßigen Veranstaltungen und Revuen im Curio-Haus und bei Schulleiter- und Lehrer-Fortbildungen in Seminar – und Tagungshäusern abends am Klavier.

Peter Krup engagierte sich in der Gesellschaft der Freunde, die ihn auf die gewerkschaftliche Personalratsliste setzte. Da kam er mit einigen älteren Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde zusammen und neben Ursula Koppe und Horst Köster fanden sich dort einige spätere Schulleiter wieder, wie Thies Jensen, Hans-Peter Schlesiger, Günther Steche, Willi Haberkorn. Wobei Hans-Peter Schlesiger und Thies Jensen auch GEW-Vorsitzende wurden.

Peter Krup war ein Kollege,



Peter Krup 1952

der positiv auffallen musste. Am 12.6.1967 stimmte das gesamte Kollegium der Schule Othmarscher Kirchenweg für ihn als neuen Schulleiter, ohne Gegenstimme oder Stimmenthaltung. Der zuständige Schulrat hatte dazu festgestellt: „Auch außerhalb der eigentlichen Schularbeit hat sich Herr Krup intensiv bemüht, seine Einsichten und Kenntnisse auf dem Gebiet der Pädagogik zu erweitern und zu vertiefen. Das befähigte ihn dazu, am 1.1.1967 die Schriftleitung der *Hamburger Lehrerzeitung* zu übernehmen.“ Der Schulrat musste es wissen, denn er war der Vorgänger von Peter Krup in der HLZ-Schriftleitung, Jürgen Beuche.

Die endgültige Bestellung und Ernennung Krups zum Rektor der Schule erfolgte im Kollegium einstimmig. Schulrat Hans-Peter Schlesiger vermerkte: „Herr Krup hat in seiner bisherigen Tätigkeit eine sehr gute Arbeit geleistet. Er hat diese Arbeit nicht nur schwungvoll aufgegriffen, sondern hat in Zusammenarbeit mit dem Kollegium viele neue Ideen an der Schule verwirklichen können. Seine Stellung im Kollegium drückt sich nicht nur im Abstimmungsergebnis aus, sondern es muss hervorgehoben werden, dass die Kollegen aufgeschlossen, freudig und ein-



Peter Krup brachte Farbe auf die HLZ!

satzbereit mitarbeiten. Diese Gesamtatmosphäre an der Schule wird von Herrn Krup wesentlich mit geprägt.“ (11.9.1969)

Mit den Fähigkeiten, ein Kollegium anzuspornen und anzuregen, wichtige Impulse zu setzen, integrativ zu wirken, waren weitere Karriereschritte unausweichlich. Im Fall Peter Krup ging es sehr schnell. Schon ein Jahr später wurde er in die Schulbehörde geholt. Bemerkenswert

ist, wie der Leitende Oberschulrat Walter Vonarb die Berufung von Peter Krup begründete. So schrieb er unter anderem:

„Die Fähigkeit zu gründlicher gedanklicher Analyse der Gegebenheiten in seinem Dienstbereich verbindet sich bei ihm mit dem Vermögen zu intuitivem Erfassen von Menschen und Situationen. So gewann Herr Krup in kurzer Zeit einen Überblick über die für seine Tätigkeit gegebenen

personellen und sachlichen Voraussetzungen. Schnell erkannte er, wo die Schwerpunkte für seine Arbeit lagen, die er unverzüglich mit Energie aufnahm. Sein bei aller Zielklarheit verbindliches und liebenswürdiges Wesen verhalf ihm rasch zu guten und seiner Arbeit dienlichen Kontakten mit den in seinem Schulaufsichtsbezirk tätigen Pädagogen, Elterngremien und regionalen Verwaltungsdienststellen. Auch innerhalb seiner Behörde gelang es ihm, in kurzer Zeit zu den für seine Tätigkeit maßgebenden Stellen und Referenten gute Verbindungen herzustellen. Neben den allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Aufgaben, vor die er sich gestellt sieht, widmet Herr Krup sich speziell den sozialpädagogischen Belangen in dem von ihm betreuten Schulaufsichtsbezirk. Er ist fachlich vielseitig orientiert. Seine frühere Tätigkeit als Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung hat ihm zu einer Vertrautheit auch mit solchen Einrichtungen des Hamburgischen Schulwesens verholfen, die außerhalb seiner eigenen Erfahrung liegen und ihm auch eine gute Kenntnis der in Hamburg tätigen und an seinem Bildungswesen interessierten Kräfte vermittelt. So besitzt Herr Krup vielfältige und wesentliche Voraussetzungen für das Amt eines Schulaufsichtsbekanntens. In seiner Unterabteilung S 31 sieht man in ihm einen kenntnisreichen und engagierten Mitarbeiter, der wegen seines offenen, hilfsbereiten und kollegialen Wesens geschätzt wird.“ (29. April 1971)

So etwas wünschte man sich, über alle Leitungspersonen im Hamburger Bildungswesen sagen zu können. Und interessant ist, dass die HLZ-Schriftleitung als Kompetenznachweis zum zweiten Mal von Dienstvorgesetzten hervorgehoben wurde.

Als er 1975 zum Leitenden Oberschulrat für den Volks- und

Realschulbereich berufen werden sollte, hieß es in der Begründung: „Bei vorkommenden Auffassungsverschiedenheiten oder Spannungen reagiert er nicht emotional, sondern bemüht sich, sie in offener und persönlicher Aussprache sachlich auszugleichen. Dabei verfolgt er Ziele, die er nach reiflicher Überlegung als richtig erkannt hat, konsequent, mit Energie und scheut nicht die damit verbundenen Schwierigkeiten.“

Und: „Sein Führungsstil ist geprägt durch ständige persönliche Kontakte, durch faires partnerschaftliches Verhalten, durch umfassende Information der Mitarbeiter und durch sachbestimmtes und zielorientiertes Argumentieren. Dabei ist er in der Lage, seine eigene Position abwägend zu begründen und zu fundierten Entscheidungen zu kommen. Auf diese Weise hat er seine bisherigen Kollegen für eine aufgeschlossene Mitarbeit gewonnen, so dass sie seine Entscheidungen voll akzeptieren und mittragen.“ (15.10.1975)

Nun sind dienstliche Beurteilungen und persönliches Eindrücke nicht in allen Fällen kompatibel.

Ich kann die Beschreibungen aus anderer Perspektive absolut bestätigen. Als es noch zentrale Personalräte für die Schulformen gab, habe ich Peter Krup als für die Volks- und Realschulen

verantwortlichen Oberschulrat sowohl bei Dienststellengesprächen als auch in der Lehrerkammer erlebt. Er war freundlich und zugewandt und in der Lage, die Vorstellungen und Planungen der Behörde zu kommunizieren und mit den Vertretungen der Lehrerschaft zu diskutieren. Ein Vorteil vielleicht für Personen, die selbst auch die Perspektive vom Personalräten und der Bildungsgewerkschaft aus eigenem Erleben kannten. Wobei das nicht bei allen Personen immer ein Garant für eine solche Haltung war.

Peter Krup guckte über den Tellerrand. Auch als Schulaufsichtsbeamter suchte er den internationalen Austausch, nahm an Fortbildungsveranstaltungen teil und vertrat die Fachgruppe Schulverwaltung der GEW Hamburg auch in der Bundesfachgruppe „Schulaufsicht und Schulverwaltung“.

Persönlich besser habe ich ihn kennengelernt im Rahmen der Aktivitäten der GEW in der Kommunikation mit der polnischen Bildungsgewerkschaft ZNP. Darüber hat Hartwig Zilmer schon in der letzten Ausgabe der HLZ berichtet und die Verdienste von Peter Krup gewürdigt. (hlz 3-4/2022, S. 77)

Initiiert von Achim Steinke und Peter Krup haben wir zusammen mit Hannes Holländer vom 27. bis 30.4.2001 in War-

schau ein Fortbildungsseminar zum Thema Team-Management für Funktionsträger der ZNP durchgeführt, gemeinsam auch mit der ZNP-Referentin Dorota Obidniak. Das war nicht nur für die polnischen KollegInnen ein unvergessliches Erlebnis sondern auch persönlich mit Peter Krup.

Intensiviert waren unsere Kontakte in Vorbereitung dieser Sonderausgabe „100 Jahre HLZ“ gewesen. Jochen Geffers und ich haben Peter Krup und seine Frau Nicoline zusammen mit Otfried Börner am 1.9.2021 in Ahrensburg besucht und ein langes Gespräch geführt, nicht nur aber auch über die Arbeit in und mit der HLZ. Seitdem hat es eine intensive und regelmäßige Kommunikation gegeben. Peter Krup hat viele Hinweise auch zu seinen Vorgängern in der HLZ-Schriftleitung, Kurt Günther Gehrken und Jürgen Beuche gegeben und manches mehr. Jochen Geffers und ich waren für ein weiteres Gespräch im April in etwas größerer Runde bei ihm im Haus verabredet. Leider ist Peter Krup am 20. März 2022 gestorben. Zwei Tage vorher hatten wir noch miteinander kommuniziert.

Peter Krup wird unvergessen bleiben.

HANS-PETER DE LORENT

Gespräch mit Peter Krup

HLZ-Schriftleiter von 1967-1970

„Schon als Schüler hatte ich die neue HLZ in der Hand, weil mein Vater Drucker bei Hartung war“

Peter Krup: Ich habe mich immer für das Zeitungsmachen interessiert. Mein Vater war gelernter Schriftsetzer und Drucker bei Hartung, also der Firma, wo die *Hamburger Lehrerzeitung*

seit jeher gedruckt wurde. Schon als Schüler hatte ich die HLZ in der Hand, weil mein Vater immer ein druckfrisches Exemplar davon mit nach Hause brachte. Als Lehrer an der Schule Stein-

adlerweg habe ich die dortige Schülerzeitung erfolgreich begleitet. Sie ist ein paar Mal prämiert worden. Und ich bin jeweils als Vertrauenslehrer mit den Schüler-Redaktionen zu den



Preisverleihungen ins amerikanische Konsulat gegangen. Das war wohl ein Ausgangspunkt dafür, dass die GEW auf mich zugekommen ist und fragte, ob ich Interesse hätte, die HLZ-Schriftleitung zu übernehmen. Mein Nachfolger als Vertrauenslehrer für die Schülerzeitung war dann übrigens Otfried Börner, der Kollege am Steinadlerweg war.

Frage: Das kann aber nicht der einzige Grund gewesen sein, Dich anzusprechen, oder?

Peter Krup: Nein, der vormalige HLZ-Schriftleiter, Jürgen Beuche, mit dem ich später gut befreundet war, hatte mich durchaus getestet in einem etwa einjährigen Prozess, in dem ich auch für die HLZ schreibend tätig war. Ich war damals in der GEW auch Vorsitzender des Junglehrerausschusses gewesen. Und dadurch war ich zwei Jahre lang auch Gast im Landesvorstand der GEW, eine Möglichkeit, sich umzusehen.

Frage: Wir versuchen einmal zu rekonstruieren: Albert Herzer war der erste HLZ-Schriftleiter nach der Wiedergründung der HLZ 1948. Und der ist 1960, kurz vor seiner Pensionierung, ziemlich überraschend gestorben. Danach ist Kurt G. Gehrken HLZ-Schriftleiter geworden für eine kurze Zeit, anschließend Jürgen Beuche. Er schrieb in der HLZ, „In eigener Sache“, dass

Du die Schriftleitung übernehmen würdest. Wohin ist er gewechselt?

Peter Krup: Beuche ist Schulleiter gewesen und dann in die Schulaufsicht gewechselt. Er hatte eine ganz bestimmte pädagogische Ausstrahlung, die ihn dafür qualifizierte. Ich habe ihn später, als ich selbst Schulleiter war, als Schulaufsichtsbeamten erlebt. Bei einer großen Feier im Curio-Haus anlässlich der 150 Jahr-Feier, also 1955, da hat der Junglehrerausschuss eine große Revue aufgeführt. Da sind wir sicherlich aufgefallen. Und Beuche hat mich zu manchen Sachen beauftragt, etwa Berichte über Versammlungen im Curio-Haus für die HLZ zu schreiben.

Frage: Gab es denn zu dieser Zeit keine feste Redaktion, die im Impressum auch aufgeführt und vom Landesvorstand gewählt oder bestimmt worden ist? Oder ging das über Beziehungen und Bekanntschaft und nicht über eine politische Schiene?

Peter Krup: Im Impressum wurde der HLZ-Schriftleiter ge-

nannt und als Redaktion ein paar Namen gesetzt, die für Bereiche in der GEW standen. Das erste Mal wurde der HLZ-Schriftleiter durch die Hauptversammlung 1971 gewählt, das war damals Ingo Wolkenhaar.

Frage: Vorher war es also so, dass eine Person durch den Vorstand bestimmt wurde, aber nicht durch die Mitgliederversammlung oder durch Delegierte, wie später, gewählt wurde?

Peter Krup: Ja, das war so. Und auch eine Redaktion, die regelmäßig zusammenkam, um die HLZ konzeptionell zu entwickeln und eingereichte Beiträge zu bearbeiten, hat es bis zu diesem Zeitpunkt nie gegeben. Jedenfalls nicht im klassischen Sinne. Die HLZ war ein Einmann-Betrieb. Und mir ging es nach achtmonatiger Schriftleiterzeit besser, als ich Schulleiter wurde und dadurch über einen festen täglichen Schreibtisch und ein Sekretariat verfügte mit Telefon.

Das Gespräch führten HANS-PETER DE LORENT und JOCHEN GEFFERS



Akzente in der ersten HLZ des neuen Schriftleiters.

1971-1976

Die HLZ-Redaktion unter Leitung von Ingo Wolkenhaar, Ludger Schopmeyer und Monika Bistram

In HLZ 18/1970 teilte Peter Krup mit, dass sich seine beruflicher Tätigkeit verändert habe und er die Schriftleitung jemand anderem übergebe. „Der



Ingo Wolkenhaar

Ausschuss für die *Hamburger Lehrerzeitung* und der Vorstand der GEW Hamburg haben Ingo Wolkenhaar beauftragt, ab Januar 1971 die Arbeit zu übernehmen.“ Krup erinnerte an die Worte von Fritz Köhne, dass die HLZ „nicht im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft“ stehe: „Sie dient allein der Schule, der Jugend und der Lehrerschaft. Die HLZ ist nicht die Aufgabe eines einzelnen, nicht des Schriftleiters, nicht des Presseausschusses, sie ist nicht der Sprechsaal unmaßgeblicher Meinungen – in dem Willen zur Zusammenfassung im wesentlichen ist unsere Vereinszeitung neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlichem Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen.“ (S. 629)

Der 27-jährige Ingo Wolkenhaar startete die Arbeit mit HLZ 1/1971, interviewte den damaligen Schulsenator Peter Schulz, der danach einen Karrieresprung machte und Hamburgs Erster Bürgermeister wurde. Ein paar Monate später sprachen Ingo Wolkenhaar und Ludger Schopmeyer mit dem neuen Schulsenator Günter Apel (HLZ 10/1971, S. 346 ff.). Es war die Zeit der Karrieresprünge. Zum Ende 1972 hörte der Kollege Herbert Sturzel als Geschäftsführer der Hamburger GEW auf und unter Leitung des Hamburger GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder wurde Wolkenhaar zum 1. November 1972 neuer Geschäftsführer. Seine bisherige Funktion als HLZ-Schriftleiter übernahm Ludger Schopmeyer und der Redaktion gehörten unter anderen an Monika Bistram, Elisabeth von Blomberg, Otfried Börner. In eigener Sache gab Wolkenhaar dies in HLZ 18/1972, S. 605 bekannt und verwendete dabei exakt dieselben Sätze wie Peter Krup bei seinem Ausscheiden. Es waren dynamische Zeiten. Und als der neue Schulsenator Günter Apel einen Pressesprecher suchte, fand er ihn in einem der beiden Interviewer, die ihn in der HLZ 10/1971 befragt hatten. Ludger Schopmeyer wechselte in die Schulbehörde als Pressesprecher und Monika Bistram übernahm, 32-jährig, mit HLZ 3/1973 als erste Frau in der traditionsreichen Geschichte der HLZ die Schriftleitung. Auch wenn viel-

fach beschworen wurde, dass die HLZ natürlich „neutraler Boden für alle Anschauungen, die in ehrlichem Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung ringen“ sei und sich schon gar nicht „im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft“ verstehe – so waren doch in diesen Zeiten wesentliche Akteure, die in der GEW in Funktion standen, mit einer Partei und regierenden Körperschaft verbunden. Das hinderte nicht unbedingt daran, „im Kampfe miteinander nach Klärung und Geltung zu ringen“. Aber es stellte sich schon bald heraus, dass man sich nicht gerne von allen Außenstehenden hineinreden lassen wollte. Andererseits muss zugestanden werden, dass die HLZ in diesen Zeiten widerspiegelte, was es an innergewerkschaftlicher Diskus-



Ludger Schopmeyer

sion gab. Und die Redaktion um Monika Bistram war durchaus bereit, engagierte Artikel etwa zu der Berufsverbotepraxis in Hamburg an prominenter Stelle, d.h. im vorderen Teil der HLZ abzdrukken. Auch wurden in dieser Zeit viele Interviews mit wichtigen Leuten aus dem Bildungs- und Gewerkschaftsbe- reich geführt.

Monika Bistram leitete die HLZ-Redaktion bis zu ihrem Rücktritt, den sie in HLZ 7/1976 erklärte (S. 266) als die GEW in Hamburg vor der Spaltung stand und sich die Mehrheitsverhältnisse verändert hatten, nachdem die zur linken SPD gehörenden Dietrich Lemke und Peter Daschner als 1. und 4. Vorsitzen- der gewählt worden waren. Es offenbarten sich Konflikte zwischen der GEW-Führung und der HLZ-Schriftleiterin. Monika Bistram schrieb zu ihrem Rück-

tritt: „Kein früherer Vorsitzender und auch kein Vorstand haben es für erforderlich gehalten, im Zusammenhang mit kritischen Beiträgen in der HLZ und zur Kennzeichnung eines angeblich notwendigen neuen Publikati- onskonzeptes der HLZ zu dem Begriff ‚Gewerkschaftsräson‘ zu greifen. Versuche, über eine ‚Vorzensur‘ Fakten zu unterdrü- cken, kennzeichneten die neu- erdings herrschende Auffassung von innergewerkschaftlicher In- formation und Meinungsfreiheit. Bisher ist es gelungen, die be- dingungslose Abhängigkeit des Schriftleiters und der Redaktion von Auflagen des 1. Vorsitzen- den oder des Vorstandes zu ver- hindern und die Verantwortlich- keit zur vielseitigen Information der Mitglieder zu wahren. Der Preis dafür waren zunehmende Behinderungen der redaktio- nellen Arbeit und wiederholte

Pressionen.“ Wobei Monika Bistram auch offenlegte: „Es gibt für mich zwar keine Alternative zur Mit- gliedschaft in der GEW und im DGB, wohl aber eine zur Politik der derzeitigen Führungsgruppe der Hamburger GEW.“ Und schon kurz nach ihrem Rücktritt bekannte sie sich zu der Gruppe, die sich von der GEW abspaltete, sich „Alternative“ nannte und bei den anstehen- den Personalratswahl- len eine eigene Liste aufmachte, der dann auch Monika Bistram aktiv angehörte. Schwierige Zeiten.

Zum Rücktritt von Monika Bistram schrieben Ingo Wol- lenhaar und Frank Witte, die sich dann auch zu den „Alternativen“ bewegten über



Monika Bistram

die HLZ-Schriftleiterin Bistram: „Wer von Freunden den Spitznamen ‚Schroffi‘ erhält, wird dar- um wissen, dass die Behandlung anderer nicht eben zu seinen un- bedingten Stärken gehört. Wenn Schwierigkeiten auf diesem Feld zeitweilig überhandnahmen, die vielen gar nicht schroffen Seiten Bistrams überdeckten, so war dies aber immer auch Ergebnis des ungeheuren Stresses und der zunehmenden Belastung, die mit dem Amt des Schriftleiters ver- bunden sind. Zu wenige machen sich davon eine realistische Vor- stellung.“ (HLZ 7/1976, S. 267)

Ja, möchte man sagen es ist für Außenstehende sicherlich schwer vorstellbar, wie immens die Arbeits-Belastung für eine ehrenamtliche Schriftleitung der HLZ immer gewesen ist. Aber bei dem sensiblen Umgang mit Autorinnen und Autoren und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen waren „Schroffis“ zu keiner Zeit das geeignete und erfolgreiche Leitungs-Personal.

Nach dem Rücktritt blieben die restlichen Redaktionsmit- glieder unter der kommissari- schen Leitung von Otfried Börner für die nächsten Ausgaben noch zusammen.

HANS-PETER DE LORENT

HLZ in stürmischer Zeit

Otfried Börner übernahm nach Monika Bistrams Rücktritt die kommissari- sche Schriftleitung der HLZ für 11 HLZ-Ausgaben 1976 und gibt einen kurzen Einblick in die Zeit des Umbruchs in aufgeheizter Atmosphäre. Otfried Börner war langjähriger stellvertretender Schulleiter der GS Mümmelmannsberg in den Jahren, als Schulleiter Dieter Wunder Vorsitzender der GEW Hamburg war und später in der Bundes-GEW in nebenamtlichen Funktionen.

Nach Abschluss meines sechs- semestrigen Studiums der Er- ziehungswissenschaft und An- glistik an der Universität Hamburg im Jahr 1962 wurde meine erste Dienst- stelle die Schule Stein- adlerweg (heute Brüder Grimm Schule), wo eine Englischlehrkraft gesucht worden war. Die Schule war damals die „Vorzeige- schule“ des Schulbaureferen- ten, und folglich geriet ich in ein recht illustres Kollegium, zu dem auch Peter Krup gehörte. Fast alle waren Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)“. Zu ei- nem Beitritt entschloss ich mich allerdings erst 1967, fünf Jahre später,

Aktiv war ich in der GEW zunächst nur im Fremdsprachen- ausschuss, später auch im Verlag Erziehung und Wissenschaft e. V. und im „Ausschuss Ham- burger Lehrerzeitung“.

Als mein ehemaliger Leh- rerkollege Peter Krup als HLZ-Schriftleiter wurde, schrieb ich einen Artikel über „Die ameri- kanische High School“, Buch- rezensionen und Berichte von den Hauptversammlungen. Ab August 1971 war ich ständiger Mitarbeiter in der Redaktion von Ingo Wollkenhaar und auch im Impressum als Mitglied der Redaktion aufgeführt. Das blieb auch so in der Zeit, als erst Lud- ger Schopmeyer für die HLZ Re-

daktion verantwortlicher Schrift- leiter war und danach auf der Hauptversammlung am 6. Juni



Otfried Börner

1973 Monika Bistram als HLZ- Schriftleiterin gewählt wurde. Nach dem Rücktritt von Monika Bistram wurde ich für die HLZ- Ausgaben 8-18/1976 kommissa- rischer Schriftleiter und führte den Vorsitz der Redaktion. Für die Ausgabe 11/1992 schrieb ich noch einmal ein Beitrag zum Thema Grundschulenglisch.

Die Redaktionssitzungen fan- den immer im Raum des Ge- schäftsführenden Ausschusses der GEW im Curiohaus statt, in der Regel während der Schulzeit im Abstand von zwei bis drei Wochen mittwochs ab 17 Uhr als kleine Umbruchredaktion, ab 19:30 Uhr mit der Gesamt- redaktion. Selbstverständlich bekam der GEW-Vorsitzende vor der Veröffentlichung sämtliche

Druckfahnen für eine Stellung- nahme zur Kenntnis.

Die telefonisch endgültig kor- rigierten und abgestimm- ten Texte brachte ich am jeweiligen Sonntagabend meist kaum vor 22 Uhr zu- sammen mit meiner Frau zur Offizin Paul Hartung am Heidenkampsweg 82.

Mit dem Heft 7/1976 legte Monika Bistram ihr Amt als Schriftleiterin im Zusammenhang mit heftigen gewerkschaftspoliti- schen Auseinandersetzun- gen nieder und ich wurde in dieser labilen Situation kommissarisch ihr Nach- folger. Eine solche Rolle übernahm ich eher pflicht- bewusst als begeistert. In der HLZ-Redaktion wollte ich mich nur an der Gestal-

tung einer guten Zeitschrift be- teiligen, und das nicht unbedingt als – Neudeutsch – *influencer*, sondern lieber als *follower*.

Im Rückblick konnte ich vermutlich nur mit dieser Ein- stellung zusammen mit der er- fahrenen Gesamtreaktion (u.a. Wolfgang Lahann und Karlheinz Lutzmann) vertrauensvoll elf HLZ-Ausgaben schaffen, bis die Übernahme durch ein vollstän- dig neues Team vollzogen war.

Den gesamten Vorgang emp- finde ich heute als ziemlich ver- wegen, was aber der Sache doch letztlich recht dienlich war, näm- lich den Mitgliedern kontinuier- lich ihre Gewerkschaftszeitung zukommen zu lassen.

OTFRIED BÖRNER

In eigener Sache

Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, die meine Arbeit für die HLZ mit Rat und Tat unter- stützt und dieser ehrenamtlichen Tätigkeit Ver- ständnis und Geduld entgegengebracht haben, herzlich danken. Dieser Dank gilt vor allem meinen Kollegen an der Schule Grelkamp, der Redaktion sowie den Angehörigen der Firma Offizin Paul Hartung.

Ich hatte die Absicht, das Amt des Schriftleiters für die volle Dauer der Wahlperiode wahrzu- nehmen und war im Grundsatz auch bereit, den Veränderungen im Landesverband Hamburg seit September 1975 bei meiner Arbeit für die HLZ Rechnung zu tragen. Die jedoch im Zu- sammenhang mit der Erstellung der GEW-Liste für die Personalratswahlen im Bereich der VRSO-Schulen vom Vorstand getroffene Ent- scheidung zugunsten einer Liste, die Rich- tungspolitik erkennen läßt, begründet, daß ich jetzt zurücktrete.

Gleichzeitig habe ich mich entschlossen, die in der Vorbereitung befindliche „unabhängige Liste“ von Kolleginnen und Kollegen, die Mit- glieder der GEW sind und dies zu bleiben ge- denken, für die Personalratswahlen im Bereich der Volks-, Real- und Sonderschulen aktiv zu unterstützen. Ich sehe z. Z. wegen des Ver- sagens der Führung des Landesverbandes Hamburg der GEW keine andere Möglichkeit, als auf diesem Weg die Interessen der Kol- leginnen und Kollegen im Bereich der Personal- vertretung entschieden zu vertreten.

Es gibt für mich zwar keine Alternative zur Mit- gliedschaft in der GEW und im DGB, wohl aber eine zur Politik der derzeitigen Führungs- gruppe der Hamburger GEW.

Aus Bistrams Rücktrittserklärung



1976-2000

„Das Schlimmste aber, wenn man ein Gefängnis aus unsichtbaren Mauern bewohnt, ist, dass man sich der Schranken nicht bewusst wird, die den Horizont versperren.“

Simone de Beauvoir

Als die GEW Hamburg vor der Spaltung stand

Ende der 1960er/Anfang der 70er Jahre war die GEW nach innen und außen eine diskussionsfreudige aktive Organisation. Zur Polarisierung trugen wesentlich die aus der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung in die GEW strömenden jungen Kolleg_innen bei.

HLZ-Schriftleiter Peter Krup stellte in der HLZ 5/1970 im Leitartikel die Frage: „Streit ohne Ende?“ und er konstatierte, dass die GEW durch ihren Beschluss gezwungen war, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern durchzuführen. Es gab einen Demonstrationenzug von 4500 Lehrer_innen und etwa 1000 Schüler_innen am 24. Februar 1970, der vom Rothenbaum bis zum Mönckebergbrunnen viel Aufsehen hervorgerufen hatte. „All diese Zeichen sagen nur

eins: so geht es nicht weiter mit der Bildungspolitik in Hamburg! Es genügt nicht, fortschrittliche Ideen in zaghaften, oft unzulänglich fundierten Versuchen zu erproben, sondern für die erklärte Priorität der Bildung müssen auch die notwendigen Mittel aller Art bereitgestellt werden.“ (HLZ 5/1970, S. 153) Und er erklärte, dass auch die Schülerinnen und Schüler und die Eltern die Zeichen gesehen hätten. In der Zeit vom 23. Februar bis zum 7. März 1970 hätten

sich 600 Kolleginnen und Kollegen als neue GEW-Mitglieder eintragen lassen, dagegen ständen lediglich drei Austritte. Am 5. März 1970 hätten sich 78,7 Prozent der GEW-Mitglieder für einen Warnstreik ausgesprochen. Es ging dabei zentral um „die Durchstufung der Volks- und RealschullehrerInnen von A 12 nach A 13 und für die Studienräte die Durchstufung von A 13 über A 14 nach A 15, verbunden mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Senkung der

Klassenfrequenz, eine besser geplante und personell ausgestattete Beobachtungsstufe, mehr Fachräume vor allem für Naturwissenschaften und Sport und eine bessere Ausstattung der Schulen mit technischen Hilfsmitteln wie Overheadprojektoren, Videorecordern oder Sprachlaboren.“ (Ebd.)

Diese Auseinandersetzung wurde von der GEW-Bundesorganisation unterstützt, der GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister richtete sich seinerseits schriftlich an den damaligen Schulsekretar Wilhelm Drexelius und an die SPD-Landesorganisation.

Die Verbesserungen, die damals erreicht wurden, wie zum Beispiel die A 13-Besoldung der Volks- und Realschullehrer_innen war also durchaus erkämpft worden.

Aufgrund der enorm steigenden Zahlen der geburtenstarken Schüler_innen-Jahrgänge strömten große Mengen junger Lehrerinnen und Lehrer aus den Universitäten in den Schuldienst. Wobei die Inkongruenz der Bildungs- und Einstellungs politik sich auch darin zeigte, dass zu Anfang der 1970er Jahre die Werbetrommel für eine verstärkte Lehrerausbildung gerührt wurde und der dadurch angeworbene und ausgebildete qualifizierte Nachwuchs nach dem zweiten Staatsexamen nach 1976 zu einem erheblichen Teil in die Arbeitslosigkeit geschickt wurde.

Dieter Wunder neuer Vorsitzender der GEW Hamburg

In der GEW Hamburg, und nicht nur hier, veränderte sich in diesen Jahren die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und auch die Formen der Auseinandersetzungen. 1972 wurde erstmalig mit dem 36-jährigen Gymnasiallehrer Dieter Wunder, der gleichzeitig Gründungsdirektor der neuen Gesamtschule Mümmelmannsberg war, ein

ehemaliges Mitglied des SDS zum Vorsitzenden der GEW Hamburg gewählt. Zu diesem Zeitpunkt fanden die Wahlen für den GEW-Landesvorstand im Curio-Haus für alle Mitglieder offen statt. Von den etwa 9.500 Mitgliedern waren rund 10 Prozent der Kolleginnen und Kollegen in das Curio-Haus geströmt und Dieter Wunder erhielt von 882 gültigen Stimmen 554 Stimmen, 240 votierten mit Nein und es gab 88 Enthaltungen. (HLZ 8/1972, S. 275)

Dieter Wunder hatte nach seiner Wahl in einer kurzen Stellungnahme „seine Bereitschaft zur kontinuierlichen Fortsetzung einer Politik betont, wie sie sein Vorgänger Thies Jensen etwa ab Februar dieses Jahres wiederholt formuliert habe, mit einer aktiven Reform-Bildungspolitik in kritischer Distanz zu einem Senat, der nicht entschieden für bildungspolitische Reformen eintrete. Im Hinblick auf die verbandsinterne Arbeit bekannte er sich zu einer ‚Politik der Integration‘ gegenüber konservativen Kollegen, aber auch – bei aller Distanz – zur Suche nach einer Linie, auf der auch Kommunisten und deren Sympathisanten in der GEW für die GEW arbeiten könnten.“ (HLZ 8/1972, S. 273)

Nun beklagten sich auch in Hamburg GEW-Mitglieder darüber, dass GEW-Versammlungen in ihrer Abwesenheit nicht mehr das beschlossen, was sie gerne hätten. Laut Satzung gab es in Hamburg für das oberste Beschlussorgan kein Delegiertenprinzip. Entschieden und gewählt wurde auf den jährlichen Hauptversammlungen.

Dabei hatte es über Jahre nie als Problem gegolten, dass nur besonders aktive Kolleginnen und Kollegen von ihrem Wahl- und Stimmrecht Gebrauch machten. Solange die Ergebnisse stimmten, gab es keinen Grund zur Aufregung. Man war sich weitestgehend einig. Mit einer veränderten Mitgliedschaft,

die politisch anders sozialisiert war, mit Freude an intensiven Debatten, Lust an Stellungnahmen auch zu großen politischen Themen, die nicht unbedingt mit Schule und Bildungspolitik zu tun hatten und den aus den studentischen Vollversammlungen mitgebrachten Geschäftsordnungs-Auseinandersetzungen verlängerten sich die Sitzungen und am Ende entschieden die, die über genügend Zeit und Beharrungsvermögen verfügten.

Darum wurde der Geschäftsführende Landesvorstand aktiv und versuchte, die Satzung zu verändern, die Hauptversammlung abzuschießen und eine Delegiertenversammlung einzuführen. Natürlich forderte die GEW Hamburg auch bildungspolitische Veränderungen, den Ausbau von Gesamtschulen, eine „Kinder- und jugendfreundliche Stadt“, eine verbesserte Lehrer_innenausbildung und eine angemessene Besoldung. Dafür war die GEW Hamburg mit ihrem Vorsitzenden aktiv und auch erfolgreich. Aber im Fokus stand der Versuch, die Satzung zu verändern. Die Diskussion gab es schon seit 1971 und auch entsprechende Beschlüsse dazu. Nun bedurfte es einer Satzungsänderung und diese war nur mit einer Zweidrittelmehrheit auf einer Hauptversammlung möglich, also mit der Bereitschaft von vielen, die eigene Möglichkeit, direkt mitzuzusprechen, abzuschaffen. Das gelingt selten.

Der Landesverband der GEW Hamburg bereitete ein entsprechendes Votum über eine Mitgliederbefragung vor: „Soll die Hauptversammlung durch eine Delegiertenversammlung ersetzt werden?“ Das Ergebnis war eindeutig: „9558 Befragungsbögen waren am 13.2.1973 versandt worden. Davon kamen bis zum 5. März 5772 zur Geschäftsstelle zurück, das entspricht 60,38 %. Für die Beibehaltung der Hauptversammlung sprachen sich 1302 Mitglieder aus (= 22,68 %). 4439



Die Mobilisierung der GEW verstärkte sich nach einer langen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung wie dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

Demonstration am 11.10.1979. Vordere Reihe von links: Gerhard Lein, Peter Daschner, Dietrich Lemke, Anneliese Hoppe (stv. Bundesvorsitzende), Dieter Wunder, rechts dahinter Rainer Griep, Peter Puhle

Mitglieder der GEW fordern durch ihr Votum die Delegiertenversammlung – das sind 77,32 % der abgegebenen Stimmen. 31 Stimmen waren ungültig.“ (HLZ 5/1973, S. 160) Damit schien sich eine zweijährige Diskussion in die gewünschte Richtung zu bewegen, wobei noch nicht klar war, welches Modell für die Delegiertenversammlung vorgeschlagen werden würde.

Delegiertenversammlung statt Hauptversammlung?

Am 26. April 1973 fand dann eine denkwürdige ordentliche Hauptversammlung statt, die „den Rahmen des Gewöhnlichen sprengte“. Sie wurde nicht im Curio-Haus abgehalten, in dem schon zu Zeiten der Novemberrevolution von 2300 Beschäftigten der Lehrerrat gebildet worden war. Nun war der größte Saal im Kongresszentrum Hamburg gemietet worden. Es erschienen „nahezu 4500 Mitglieder, – fast 50 % der gesamten Mitgliedschaft, mehr, als man offensichtlich erwartet hatte. Während die Mängel an der Lautsprecheranlage nicht beseitigt werden konnten, ließ sich das Raumproblem in relativ kurzer Zeit lösen. Etwa eine Stunde nach Veranstaltungsbeginn stand ein weiterer Saal mit 1500 Plätzen zur Verfügung.“ In diesen Raum wurde aus dem großen Saal übertragen. (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung vom 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 284.)

Es wurde eine intensive Veranstaltung, die über fünf Stunden dauerte. Nach dem engagierten Einleitungsreferat von Dieter Wunder gab es eine lange Reihe von Wortmeldungen. Das notwendige Ergebnis wurde allerdings auch nach fünfständiger Debatte nicht erreicht. Als über den Schluss der Debatte abgestimmt wurde, lagen noch 70 Wortmeldungen vor und eine Vielzahl von Anträgen. Der Versammlungsleiter verkündete

dann am Ende: „Es sind abgegeben worden: Gültige Stimmen 4270. Es sind ungültige Stimmen zehn. Von den Stimmen waren Ja-Stimmen 2774, Nein-Stimmen 1477, Enthaltungen 19 Stimmen. Erforderlich für eine Zweidrittelmehrheit wären gewesen 2847 Stimmen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.“ (HLZ 8/1973, S. 286.)

Es fehlten 73 Stimmen für die vom Vorstand vorgeschlagene Satzungsänderung. Damit war nun ein zweijähriger Prozess nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen, Anlass genug, auf die Wortführer der Gegenposition zuzugehen. Dieter Wunder sagte, laut Berichterstatter der Versammlung, sinngemäß: „Bei einem Teil der Kollegen, die gegen die Delegiertenversammlung gesprochen hatten, sei die Argumentation gewesen, nicht eine Hauptversammlung sei richtig, sondern die Hauptversammlung zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Bedingungen abzuschaffen, wäre nicht richtig gewesen. Wir brauchten ein halbes Jahr Zeit, um die Dinge gründlicher diskutieren zu können.“ (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung der GEW Hamburg am 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 286.)

In die Debatte griff dann auch der ehemalige GEW-Landesvorsitzende und damalige Landesratsrat, Wolfgang Neckel ein, der eindringlich an die Verantwortung aller GEW-Mitglieder appellierte, die Einheit der GEW Hamburg nicht aufs Spiel zu setzen: „In einem sollten wir uns einig sein: dass wir uns allen, wo immer wir politisch stehen mögen, den größten Schaden zufügen, wenn es uns nicht in dieser politischen Situation unserer Gewerkschaft gelingt, diese Gewerkschaft als starke Einheitsgewerkschaft zu erhalten.“ (Bericht von der ordentlichen Hauptversammlung der GEW Hamburg am 26.4.1973, HLZ 8/1973, S. 287.)

Hier zeigte sich, dass es möglich sein könnte, einen anderen Weg zu gehen als die GEW in Berlin, die sich in dem dortigen parallelen Prozess in zwei Organisationen spaltete; wie auch die Bremer GEW, also beide Stadtstaaten mit einem großen Zustrom von Hochschulabsolventen in diesen Jahren.

Aber es war noch ein steiniger Weg in Hamburg, für den ein halbes Jahr nicht ausreichte. Am Ende konnte eine Spaltung vermieden werden, aber nicht die Abspaltung einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die lange Zeit die GEW-Politik in Hamburg maßgeblich mitbestimmt hatte, zu der auch die Hamburger Vertreter im Hauptausschuss der GEW-Bund gehörten, die auf Gewerkschaftstagen zum Teil deutlichen Zuspruch bekommen hatten und die den größten Personalrat in Hamburg, den für Volks-, Real- und Sonderschulen führten: Ursula Koppe und Horst Köster. (Auf dem Kongress Erziehung und Wissenschaft 1974 in Mainz hatte Ursula Koppe in der Gruppe der 8 Frauen für den Hauptausschuss nach Ilse Brusis die zweitmeisten Stimmen erhalten, siehe: HLZ 10/1974, S. 392.)

Satzungsentwurf mit Basisorientierung

Die Auseinandersetzung um die Frage „Hauptversammlung oder Delegiertenprinzip?“ bei der immer wieder das Argument der „Basisorientierung“ in die Diskussion gerückt wurde, war nicht einfach zu führen. Immerhin hatte die Hauptversammlung im Kongress-Zentrum gezeigt, dass diese Art Veranstaltungen mit 4500 Personen, der Hälfte der Hamburger GEW-Mitgliedschaft, kaum sinnvoll zu organisieren und durchzuführen waren. Es galt also, eine sinnvolle Satzungsstruktur zu finden, die den Ansprüchen einer demokratischen Struktur gerecht wurde. Dabei ging es unter anderem



Die neuen Vorsitzenden mobilisieren. Von links nach rechts: Referent Lothar Hüneke, Stv. Vorsitzende Gabriele Teckentrup, Stv. Vorsitzender Peter Daschner, Vorsitzender Dietrich Lemke, Erich Frister, der Bundesvorsitzende, sieht das gelassen, nachdem er eine fulminante Rede im AudiMax gehalten hat. GEW-Streiktag am 13.11.1979

um den Streit, ob Landesvorstandsmitglieder qua Funktion stimmberechtigte Mitglieder einer Landesvertreterversammlung seien, wie die hohe Zahl der pensionierten Kolleginnen und Kollegen repräsentiert wurde und vieles mehr. Es stellte sich nun heraus, dass eine Gruppe jüngerer Kolleginnen und Kollegen sich zusammenfand, die an einem Satzungsentwurf arbeitete. Dabei profilierten sich insbesondere zwei Sozialdemokraten, Dietrich Lemke und Peter Daschner, die in der bisherigen GEW-Arbeit noch keine wichtige Rolle gespielt hatten. Nun rückten sie über die von ihnen eingebrachten Satzungsvorschläge in der Hamburger GEW in den Fokus. *Dietrich Lemke*, 1938 geboren, hatte nach einer kaufmännischen Lehre als Schiffsmakler und Reedereikaufmann gearbeitet, war erst spät in die Lehrerausbildung gewechselt, hatte 1971 das 2. Staatsexamen (VR) absolviert und war an ein Gymnasium ab-

geordnet worden. Während des Referendariats hatte er in der Leitungsgruppe des AjLE der GEW Hamburg gearbeitet und war Mitglied im AjLE-Bundesvorstand. (Kandidaten-Vorstellung HLZ 15/1975, S. 660)

Peter Daschner, Jahrgang 1944, war seit 1971 im Hamburger Schuldienst und GEW-Mitglied, seit 1972 im Vorstand der Fachgruppe Gymnasien und ein Jahr später im Personalrat Gymnasien. (Kandidaten-Vorstellung HLZ 15/1975, S. 661)

Beide waren auch Mitglieder der SPD in Hamburg. Erst in der Auseinandersetzung um die Frage Haupt- oder Delegiertenversammlung konnten sich die beiden öffentlich profilieren. Dieser Prozess hatte sich bis ins Jahr 1975 hingezogen, als eine Hauptversammlung am 22.5.1975 stattfand mit 3700 der über 10.000 Hamburger GEW-Mitglieder. Auch diese konnte nicht im GEW-eigenen Curio-Haus stattfinden, sondern

in der Alsterdorfer Sporthalle. Am Ende stimmten bei 3412 abgegebenen gültigen Stimmen 2627 mit ja für die Fassung, die als ‚Lemke und andere‘ bezeichnet wurde. Damit war die Hauptversammlung abgeschafft und die GEW-Betriebsgruppen waren nun aufgefordert, Delegierte für eine Landesvertreterversammlung zu wählen. Zugestimmt wurde auch dem von Dietrich Lemke und anderen eingebrachten § 1.2 der Satzung, der da lautete: „Der Landesverband ist die für das Land Hamburg zuständige Gliederung der GEW im DGB. Er ist verpflichtet, seine Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der Bundessatzung der GEW zu vollziehen.“ (Bericht von der außerordentlichen Hauptversammlung vom 22.5.1975: Abschied von sich selbst, HLZ 9/1975, S. 388 f.)

Am Ende dieses langen Prozesses nahmen Dieter Wunder und der ebenfalls anwesende Bundesvorsitzende Erich Frister



Dietrich Lemke gefällt es

Stellung zu dieser denkwürdigen Hauptversammlung:

„Wunder äußerte sich sichtlich erleichtert über das erreichte Ergebnis. Trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten habe man in der Satzungsfrage einen tragbaren Kompromiss gefunden und sei dadurch einen wichtigen Schritt vorangekommen.

Frister stellte abschließend fest: erstens sei das Ziel des Vorstandes erreicht worden, nämlich die Hauptversammlung durch die Landesvertreterversammlung zu ersetzen und zweitens sei sichergestellt, dass die Satzung von GEW-Bund auch uneingeschränkt für den Landesverband Gültigkeit habe. Unter dem Beifall der sich schon in großer Zahl im Aufbruch befindlichen Versammlungsteilnehmer_innen hob Frister die Nehmerqualitäten und das Durchhaltevermögen des Kollegen Wunder hervor. Wunders Verdienst sei es, trotz der schwierigen inhaltlichen Lage ‚nicht kapituliert‘ und damit die Spaltung der GEW Hamburg verhindert zu haben.“ (HLZ 9/1975, S. 389.)

Dietrich Lemke erinnerte: „Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich schon auf der großen Hauptversammlung in der Alsterdorfer Sporthalle verändert, als es um die Satzung ging und wir in jedem einzelnen Paragraphen eine Alternative anzubieten hatten und dafür auch in die Bütt

gingen, wodurch wir für die breite Mitgliedschaft bekannt geworden sind. Die meisten konnten uns vorher gar nicht, weil wir davor keine besonderen Funktionen im GEW-Landesverband eingenommen hatten. Jede einzelne Satzungsabstimmung war somit auch immer eine persönliche Abstimmung gewesen.“ (Gespräch mit Dietrich Lemke und Peter Daschner am 17.9.2019)

Und Peter Daschner ergänzte: „Der Witz ist dabei ja, dass wir dann selbst später die Satzungsänderung, nämlich in Richtung Delegiertenversammlung zu gehen, einbrachten und dafür auch eine Mehrheit fanden. Wir wollten ja nicht, dass wir uns selber mit einer Satzung aus der GEW-Bundesorganisation und aus dem DGB ausschließen. Aber wir machten natürlich auf unsere Weise mit.“ (Ebd.)

Damit war dann auch eine Vorentscheidung dafür getroffen, dass Dietrich Lemke als Nachfolger von Dieter Wunder als 1. Vorsitzender der GEW Hamburg kandidieren würde und Peter Daschner als 4. Vorsitzender. (Es gab damals drei stellvertretende Vorsitzende). Sie traten an gegen Vertreter einer konservativen sozialdemokratischen Linie, die bisher im Landesvorstand der GEW Hamburg die Mehrheit hatte. Die Modalitäten für die Wahlen zur Landesvertreterversammlung wurden zwischenzeit-

lich am 12. Juni 1975 in einer außerordentlichen Vertrauensleuteversammlung beschlossen, „die von 9 bis 17 Uhr dauerte, zum Teil mit großer Leidenschaft und Heftigkeit geführt wurde und schon wegen der Hitze zu einer ziemlichen Strapaze wurde.“ (Bericht von der Vertrauensleuteversammlung vom 12.6.1975, in: HLZ 11/12 1975, S. 498.)

Auf dieser Versammlung zeigte sich, dass die von der Gruppe um Dietrich Lemke eingebrachten Vorschläge eine knappe Mehrheit fanden. Mitglieder des Landesvorstandes sollten keine „geborenen Delegierten“ sein, das Mandat wurde für ein Jahr vergeben, die Pensionär_innen wurden wie andere Betriebsgruppen behandelt und bekamen pro 20 Personen ein Delegiertenmandat, was ihnen einen erheblichen Anteil der Delegierten sicherte, nämlich fast 100.

Die neu konstituierte Landesvertreterversammlung in Hamburg konnte nicht alle Fragen und Themen in einer Sitzung behandeln, lösen und entscheidende Wahlen abhalten. Sie musste im Abstand von zwei Monaten zweimal zusammenkommen und fand ein außergewöhnlich großes öffentliches Interesse.

Die erste Landesvertreterversammlung

Am 22.9.1975 begann die erste zweitägige Landesvertreterversammlung in der Geschichte der Hamburger GEW. Etwa 700 der annähernd 760 Hamburger Landesvertreter_innen trafen sich „an einem Montag von 9 Uhr bis 18 Uhr und an einem Dienstag von 17 Uhr bis 22 Uhr mit elf der zwölf Punkte umfassenden Tagesordnung. Nach 13 Stunden – die einstündige Mittagspause nicht mitgerechnet – zum Teil recht lebhafter und kontroverser Debatte waren ca. 70 Redner_innen etwa 220 mal zu Wort gekommen und zahlreiche Beschlüsse gefasst. Fazit:

Die Lage ist (sehr) ernst, aber nicht (ganz) hoffnungslos.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 767.)

Der scheidende 1.Vorsitzende der Hamburger GEW, Dieter Wunder, rief die Delegierten in seiner Eröffnungsrede dazu auf, „das Verhältnis der GEW Hamburg zur GEW Bund unmissverständlich zu regeln und die Satzungsprobleme zu nachgeordneten Problemen zu machen“. Anschließend sprach der Bundesvorsitzende Erich Frister und „informierte die Versammlung darüber, dass 85.000 Mitglieder in den meisten Landesverbänden die Bundessatzung schon ratifiziert hätten und für ein negatives Votum der Hamburger Delegierten ‚kein Verständnis hätten‘. Er bezeichnete die Anerkennung des Vorrangs der Bundessatzung als einen ‚Beitrag zur Glaubwürdigkeit unseres Transformationsprozesses‘ von einer Ständesorganisation zur DGB-Gewerkschaft. Darüber hinaus habe sich die GEW dieser ‚Glaubwürdigkeit als Kampfinstrument‘ zu bedienen, wenn die Bevölkerung für die Ziele der GEW überzeugt werden sollte.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 768)

Es lagen der Landesvertreterversammlung verschiedene Anträge vor, die die Anpassung an die Bundessatzung ermöglichen sollten. Keiner der Anträge erhielt die notwendige Zweidrittelmehrheit. In der HLZ wurde vermerkt:

„Gegenüber den anwesenden Pressevertretern erklärte Frister nach der Abstimmung, für den Hauptvorstand der GEW gebe es jetzt die Möglichkeit, dem Hamburger Landesverband eine ‚Nachfrist‘ einzuräumen oder ihn aus der Bundes-GEW und damit aus dem DGB auszuschließen. Er hoffe aber, dass bis zum Jahrende in Hamburg ‚Besinnung‘

einkehre“. (Bericht von der Landesvertreterversammlung vom 22./23.9.1975, HLZ 17/1975, S. 770)

Das war eine ernstzunehmende Drohung. Im Weiteren wurde dann Dietrich Lemke gegen seinen Gegenkandidaten Jörn Norden mit 370 Stimmen gegen 277 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Lemke hatte sich zuvor für eine „Öffnung nach links, und zwar auch in der Personalpolitik“ ausgesprochen. Sein Ziel sei es, „in der Mitgliedschaft eine Kampfbereitschaft zu erzeugen, um Druck auf Entscheidungsträger auszuüben“, anders als sein Gegenkandidat, der „primär auf Kontakte, Gespräche und Verhandlungen setze. Jede Politik müsse vom Willen der Mitglieder getragen sein.“ (Ebd.)

Sein Gegenkandidat bot nach der Entscheidung weiter an, gemeinsam mit Dietrich Lemke über die Frage der Satzung zu sprechen und die Kollegen aufzufordern, in der GEW zu bleiben.

Im Weiteren setzte sich dann Peter Daschner mit 366 Stimmen als 4. Vorsitzender durch gegen einen Gegenkandidaten, der 297 Stimmen erhielt.

Am Ende wählte die Landesvertreterversammlung Dieter Wunder mit großer Mehrheit als Vertreter der Hamburger GEW in den Hauptausschuss der GEW-Bund. Zum Abschluss wurde Dieter Wunder der Dank der LVV für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Einen Tag nach der Wahl zum Hamburger GEW-Landesvorsitzenden bekam Dietrich Lemke ein Schreiben von Erich Frister, in dem dieser darauf hinwies, dass die LVV nicht, wie von der außerordentlichen Vertreterversammlung der GEW-Bund am 8. März 1975 in Köln gefordert, den Vorrang der Bundes-Satzung gegenüber der Landessatzung beschlossen habe. Dies sei nachzuziehen. Das Schreiben war nicht

unfreundlich, aber deutlich, wies auf die anderen Landesverbände hin, die dieses schon vollzogen hätten und gab auch einige Formulierungshilfen. Sollte Hamburg sich nicht eindeutig äußern, wäre die Konsequenz das Ausscheiden der GEW Hamburg aus der Bundesorganisation. (Schreiben von Erich Frister an Dietrich Lemke vom 24.9.1975, HLZ 16/1975, S. 713.)

Im neuen Landesvorstand wurde eine Kommission gebildet, der alle Richtungen in der Hamburger GEW angehörten sowie Dietrich Lemke und Dieter Wunder, die dann einen Vorschlag vorlegten. (HLZ 18/1975, S. 822 f.)

Dietrich Lemke erläuterte, „dass die Aufgabe der Kommission darin bestand, Regelungen zu suchen, die folgende Forderungen erfüllen:

- Dem Landesverband muss der in einer demokratischen Organisation notwendige Spielraum belassen bleiben.

- Die mit den Beschlüssen der Hauptversammlung vom 22. Mai 1975 eingegangenen Verpflichtungen müssen erfüllt werden.

- Dem Beschluss der Bundesvertreterversammlung von Köln zur Frage des Vorrangs der Bundessatzung muss entsprochen werden.“

Unverzichtbare Positionen blieben für Dietrich Lemke:

- „Es darf kein ‚Hineinregieren‘ in die Angelegenheiten des Landesverbandes geben, d.h. Kompetenzen sind abzugrenzen.

- Organe des Landesverbandes müssen durch Wahl besetzt werden, d.h. kein Bundesgremium darf befugt sein, Mitglieder des Landesverbandes ihrer Funktion zu entheben, auch nicht bei unbequemen Mehrheitsverhältnissen.

- Vermögen und Beiträge müssen vom Landesverband verwaltet werden. Andernfalls ließe sich jede Aktivität durch Mittelentzug lahmlegen.

- Pauschale Ausschlussver-

fahren nach §8 (4d) der Bundesatzung (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) sind zu revidieren.

• Über eine Auflösung des Landesverbandes kann nur die LVV entsprechend unserer Satzung mit einer Dreiviertelmehrheit entscheiden.“

(Dietrich Lemke: Satzungsprobleme lösen – GEW Hamburg stärken, HLZ 18/1975, S. 820f.)

Die 5er-Kommission unterstützte diese Punkte und bereitete konkrete Vorschläge vor, die am 24.10.1975 in einem Gespräch der Bundes-GEW-Spitze vorgestellt wurden. Aus Hamburg nahmen an dem Gespräch Dietrich Lemke, Dieter Wunder und Karl Schmitz teil, der sich als Vertreter der Basisinteressen verstand.

„Die Delegation kehrte mit einem positiven Ergebnis zurück. Trotz vieler Einwände von Bundeseite steht heute fest: Bei Annahme des folgenden Antragspaketes ist der Verbleib des Landesverbandes in der Bundesorganisation abgesichert.“ (Ebd.)

Drei Klarstellungen sollten der Landesvertreterversammlung vorgelegt werden:

• „Ein Eingreifen von Hauptvorstand oder Hauptausschuss in die Zuständigkeiten eines Landesverbandes ist nicht zulässig.

• Die GEW, Landesverband Hamburg, verwaltet ihr Eigentum und ihren Beitragsanteil selbst. Die GEW, Landesverband Hamburg, bestellt die in der Satzung der GEW, Landesverband Hamburg, vorgesehenen Organe oder Mitglieder von Organen sowie die Landesschiedskommission selbstständig.

• Anträge auf Ausschluss von Mitgliedern der GEW im Landesverband Hamburg der GEW nach § 8, 4d der Satzung der GEW werden von einer von der LVV zu wählenden Fünfer-Kommission vorbereitet. Diese Kommission prüft jeden Einzelfall.“

Satzungsstreit beendet

Mit diesem gut vorbereiteten und mit Erich Frister und der GEW-Bundesspitze abgestimmten Vorgehen fand die Fortsetzung der Landesvertreterversammlung am 26.11.1975 statt. „Nach einer recht zügig und von allen Beteiligten mit erfreulicher Disziplin geführten Debatte, beschloss die LVV im großen Saal des Curio-Haus mit 539 Stimmen der etwa 680 anwesenden Landesvertreter eine entsprechende Satzungsänderung.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 909.)

Damit hatte es der Landesverband Hamburg geschafft, einen anderen Weg zu gehen als Berlin. Dietrich Lemke erklärte anschließend: „Wir sollten das Interesse aller unserer Mitglieder berücksichtigen bei unserer Entscheidung und niemand kann doch im Ernst meinen, dass ein Hamburger Landesverband außerhalb des DGB wirksam das Interesse der Mitglieder vertreten könnte.“ (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 910)

Auch Dieter Wunder hatte für die Annahme dieses Kompromisses geworben. Er ging in seiner Stellungnahme auch auf den Satzungsstreit der letzten eininhalb Jahre ein. „Dieser Satzungsstreit habe die Politik der GEW ‚außerordentlich stark behindert‘. Man müsse sich sogar fragen, ob die Rolle, die die GEW zur Zeit bildungspolitisch in Hamburg spiele, nicht zum Teil das Ergebnis dessen sei, ‚was wir uns intern mit diesem Satzungsstreit geleistet haben‘.“ (Ebd.)

Öffnung nach links

Die von Dietrich Lemke angekündigte „Öffnung nach links“ fand dann auch bei einer anderen Wahlentscheidung in dieser Landesvertreterversammlung statt. Bei der Nachwahl des 1.

Schriftführers für den Geschäftsführenden Landesvorstand setzte sich der bisherige Vorsitzende der Fachgruppe Gymnasien, Thomas Erdner, gegen den Mitkandidaten Peter Struck mit 345 zu 274 Stimmen durch. (Bericht von der Landesvertreterversammlung (II) vom 26.11.1975, HLZ 20/1975, S. 912.)

Das war insofern brisant, als der Hamburger Senat gerade gegen Erdner ein Berufsverbotsverfahren initiiert hatte. Dieter Wunder hatte dazu am 22.9.1975 in seinem Bericht als 1. Vorsitzender eindeutig Stellung bezogen:

„Anhaltenden Beifall erhielt Wunder, als er die Praxis des Hamburger Senats bei der Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses verurteilte. In seiner Kritik würdigte er ausdrücklich die gewerkschaftliche Arbeit von Thomas Erdner, der aufgrund seiner DKP-Mitgliedschaft nicht in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen werden soll. Ein Verstoß gegen die Verfassung könne Erdner nicht nachgewiesen werden, und der Senat mache sich mit dieser ‚bedrückenden Entscheidung‘ unglaublich. Trotz dieser unmissverständlichen Haltung Erdner gegenüber, die manchmal zu Missdeutung oder zu Missbrauch führen könnte, entsprach es nicht den Intentionen Wunders, über die DKP ein positives Urteil zu fällen. Die vordringliche Aufgabe sähe die GEW in diesem Falle darin, auf die Erweiterung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zu drängen. Dieser Staat zeige seine Bewährung darin, ‚wenn er aus dem Selbstbewusstsein eines demokratischen Staates jeden geeigneten Bewerber in seinen Dienst aufnimmt‘, außer wenn ihm ein konkreter Verstoß gegen die Verfassung nachzuweisen sei. Es gelte, die Probleme des Ministerpräsidentenbeschlusses offensiv anzugehen.“ (HLZ 17/1975, S. 768.)

Das hatte Dieter Wunder noch in Anwesenheit von Erich Frister vorgetragen.

Nach dieser LVV war erst einmal das Satzungsverhältnis zwischen der GEW Bund und dem Landesverband Hamburg geklärt. Aber damit war die Auseinandersetzung im Landesverband nicht beendet. Die Zahl derjenigen, die aus den Universitäten und der Lehrerausbildung in die GEW eintraten, stieg erheblich an. Das wirkte sich bei allen Wahlen auf allen Ebenen aus. Galt der Ausschuss junger Lehrer und Erzieher (AjLE) bei der Auseinandersetzung um die Hauptversammlung als das Eldorado und der Tummelplatz für Mitglieder der K-Gruppen, so wurde am 18.11.1974 von knapp 500 GEW-Mitgliedern ein neuer Junglehrerausschuss gewählt. Der Hamburger Landesvorsitzende Dieter Wunder fungierte als Versammlungsleiter. Die Redaktionsleiterin der HLZ, Monika Bistram, schrieb einen Bericht, in dem sie die Gruppe, die bei der abschließenden Wahl deutlich die meisten Stimmen erhielt, als „in der Mehrheit aus Jusos bestehend“ bezeichnete. (Monika Bistram: Neuer AjLE gewählt, HLZ, 19/1974, S. 705)

Eklat bei Personalratsliste VR

Zum Eklat kam es dann, als in der größten Fachgruppe Volks- und Realschulen mit über 6000 Mitgliedern bei der Aufstellung der GEW-Liste für die Personalratswahl die auf Nummer 1 vorgesehene langjährige Personalratsvorsitzende Ursula Koppe ohne Gegenkandidatin nicht gewählt wurde.

Daraufhin zogen alle Personen, die zur vormaligen Mehrheitsgruppe in der GEW Hamburg gehörten, ihre Kandidatur zurück. Auf einer späteren Fachgruppenversammlung wurden neue Kandidat_innen gewählt und die Gruppe um Ursula Koppe bildete ihrerseits eine neue Liste von bisherigen GEW-

Mitgliedern. Das konnte auch durch Vermittlungsversuche von Dietrich Lemke nicht verändert werden.

Zu dieser Gruppe gehörte auch die verantwortliche Schriftleiterin der HLZ, Monika Bistram, die am 17.4.1976 ihren Rücktritt von dieser Funktion erklärte. Als Argumente nannte sie die Listenaufstellung zu den Personalratswahlen und die zunehmende Einflussnahme des neuen 1. Vorsitzenden oder des Vorstandes auf die Arbeit der HLZ-Redaktion. (Monika Bistram: In eigener Sache, HLZ 7/1976, S. 266.) Ihre politischen Freund_innen, die eine Erklärung des Bedauerns zu ihrem Rücktritt abgaben, stellten fest: „Wer von Freunden den Spitznamen ‚Schroffi‘ erhält, wird darum wissen, dass die Behandlung anderer nicht eben zu seinen unbedingten Stärken gehört. Wenn Schwierigkeiten auf diesem Feld zeitweilig überhandnahmen, die vielen gar nicht schroffen Seiten Bistrams überdeckten, so war dies aber immer auch Ergebnis des ungeheuren Stresses und der zunehmenden Belastung, die mit dem Amt des Schriftleiters verbunden sind. Zu wenige machen sich davon eine realistische Vorstellung.“ Nun denn. Bei Trennungen gibt es immer zwei Sichten.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass Monika Bistram ein sehr gutes Verhältnis zu Erich Frister pflegte. Schon nicht mehr Mitglied der GEW gab sie 1978 unter dem Titel „Die Jahre der Hoffnung. Gesellschaft – Bildung. Gewerkschaften in der Reformperiode. Dargestellt an Texten von Erich Frister“ heraus. („Die Jahre der Hoffnung. Gesellschaft-Bildung. Gewerkschaften der Reformperiode, dargestellt an Texten von Erich Frister durch Monika Bistram, Köln-Frankfurt am Main 1978.)

Erich Frister nun schrieb an Ursula Koppe und ihre Mitstreiter_innen am 19.3.1976, wies darauf hin, dass sich auch der

Hauptausschuss der GEW bemüht habe, Empfehlungen für eine repräsentative und attraktive GEW-Liste zu geben, was sich nicht verwirklichen ließ. „Dies kann man bedauern, es ändert aber nichts an der Tatsache, dass die GEW-Liste für die Wahl zum Personalrat der Volks-, Real- und Sonderschulen verfahrensmäßig korrekt und demokratisch legitimiert zustande gekommen ist. Diejenigen GEW-Mitglieder, die sich für eine andere Zusammensetzung der GEW-Liste engagiert haben, sind sowohl in den einberufenen Fachgruppenversammlungen als auch im Landesvorstand in der Minderheit geblieben.“ (Erich Frister in einem Schreiben vom 19.3.1976, abgedruckt in: HLZ 17/1976, S. 271.)

Frister wies darauf hin, dass sich Ursula Koppe und ihre Gruppe „außerhalb der gewerkschaftlichen Disziplin und Solidarität bewegen und dass, auch nach einmütiger Auffassung des Hauptausschusses, ein solches Verhalten als gewerkschaftsschädigend gewertet werden muss. (Ebenda, S. 271 f.)

Auch Dieter Wunder schrieb einen Offenen Brief an die Kollegin Koppe und ihre Mitstreiter_innen, in dem es hieß:

„Sie bieten bei den Personalratswahlen eine ‚Alternative‘ zur GEW-Liste an. Ich kenne und schätze Sie aus langjähriger Zusammenarbeit; umso mehr bin ich von Ihrem Verhalten betroffen. Sie geben eine Scheinalternative, die niemandem hilft. Sie mögen viele Einwände gegen die GEW-Liste haben, Sie mögen auf mangelnde Kompromissbereitschaft – allerdings auf allen Seiten – bei der Erstellung der GEW-Liste hinweisen – dies gibt aber keinen vernünftigen Grund, eine Liste gegen die GEW zu schaffen. Sie handeln gegen die Beschlüsse aller zuständigen Gremien der GEW. Damit schießt Ihre Kritik an der GEW-Liste über das vertretbare



Drei Jahre später, 1979, sah auch GEW-Bundesvorsitzender Erich Frister, dass die GEW-Hamburg den richtigen Weg gegangen war.

Maß hinaus; weder ist Ihre Personalratsarbeit so sehr über jede Kritik erhaben noch die Liste der GEW so einseitig, dass Ihr Schritt zu rechtfertigen wäre.“ (Dieter Wunder: Offener Brief an die Kollegen Koppe und den Kollegen Depenau, abgedruckt in: HLZ 8/1976, S. 323.)

Dieter Wunder ergänzte noch: „Die GEW-Liste spiegelt die tatsächliche Meinungsvielfalt unserer Gewerkschaft wider. Sie ermöglicht Kontinuität der Arbeit und personale Erneuerung. Auch ich hätte es begrüßt, wenn auf ihr keine DKP-Kollegen an aussichtsreicher Stelle stünden; aber weder ist Ihr Vorwurf kommunistischer Steuerung gerechtfertigt – das wissen Sie auch selbst – noch können Sie die Tatsache hinwegwischen, dass auch diese Kollegen von nicht wenigen GEW-Mitgliedern aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Arbeit als Repräsentanten anerkannt werden. Indem Sie sich gegen Ihre Gewerkschaft wenden, dämpfen Sie den kommunistischen Einfluss jedenfalls nicht ein.“ (Ebd.)

Bei den Personalratswahlen im Mai 1976 konnte die GEW ihren hohen Stimmenanteil im Bereich der Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen halten,

im gymnasialen Bereich ausweiten. Im Bereich der Volks-, Real- und Sonderschulen erreichte die GEW zwölf Sitze, die „Alternative“ zehn Sitze und der Deutsche Lehrerverband (DL) zwei Sitze. Somit wurde Ursula Koppe durch das Zusammengehen mit dem DL wieder Personalratsvorsitzende, allerdings zum letzten Mal. (HLZ 13/1976, S. 474) Später verschmolzen beide Gruppierungen und verloren immer weiter an Bedeutung. Bei den Lehrerkammer-Wahlen 1977 erreichten der DL und die sogenannte Alternative zum letzten Mal zusammen eine Mehrheit. (HLZ 16/1977, S. 3)

Nachbemerkung:

Worum ging es in dieser Zeit? Wie äußerte sich die Auseinandersetzung zwischen den Generationen, welche Möglichkeit bestand, integrierend zu wirken?

Ein Mitglied der HLZ-Redaktion aus der Zeit von Monika Bistram schrieb auch nach ihrem Rücktritt weiter für die HLZ. Karlheinz Lutzmann, geboren 1937, persönlich umgänglich und intellektuell, mitunter ironisch, einige pädagogische Aufsätze vorweisend, Experte in sexualpädagogischen Fragen. Er kommentierte die miterleb-

ten Auseinandersetzungen in der Hamburger GEW. Überhöhte aus meiner Sicht die reale Bedeutung der K-Gruppen, deren Mitglieder in der Hamburger GEW zwar wortgewaltig, aber ohne nennenswerten Einfluss waren. Es waren zumeist junge und wortgewaltige Personen, die aus der Universität kamen, wo sie gegenüber dem Bündnis aus dem MSB Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) zumindest in Hamburg stets in der Minderheit waren. Lutzmann bezeichnete diese Strömung als „eine Art Teenager-Ethnozentrismus“, die „alle jene Kollegen, die Kontinuität für ein bewährtes Mittel gewerkschaftlicher Politik halten, aus allen wichtigen Funktionen hinausgrault. Dass politischer Konsens auf der Basis von Kompromissen nichts mehr zählt, lassen die linken Ethnozentriker vor allem jene Sozialdemokraten wissen, die sich noch um Kompromisse bemühen. Konfrontation statt Integration – und das um jeden Preis – ist also die Parole, unter der die Diadochenkämpfe ablaufen. So werden Zug um Zug Machtpositionen erobert, die, sobald man sie hat, keine mehr sind. Sie werden häufig im Handumdrehen entwertet, weil sie allein aus politischer Überzeugung und nicht aufgrund nennenswerter Qualifikation okkupiert werden. So endet für viele Ethnozentriker der ‚lange Marsch‘ unversehens in einer Sackgasse.“ (Karlheinz Lutzmann: Pressenotizen mitten im Chaos, (HLZ 9/1976, S. 358))

Als ein Beispiel für seine These nannte er die Kandidatur von einem Kollegen (Karl Fisher) für die von Monika Bistram freigemachte Schriftleiter-Funktion der HLZ-Redaktion. Diesem Kollegen bescheinigte er, „nicht nur ein Neuling im Schuldienst“ zu sein, „er hat auch keine journalistischen Etiketten vorzuweisen. Seine Kandidatur, egal von wem sie favorisiert wird, ist ein personalpolitisches Armutszeug-

nis.“ (HLZ 9/1976, S. 358f.)

Der Witz der Geschichte bestand darin, dass der von Dietrich Lemke favorisierte Karl Fisher am Ende nicht kandidierte, aber in der nächsten HLZ-Redaktion stellvertretender Schriftleiter wurde. Auf der kommenden Landesvertreterversammlung am 8.11.1976 kandidierte nun der scharfzüngige Karlheinz Lutzmann, selbst ohne große „journalistische Etiketten“, mit Ausnahme seiner bisherigen Redaktionszugehörigkeit und der Veröffentlichung einiger pädagogischer Aufsätze. Als Kandidat präsentierte sich gegen ihn ein Kollege, Udo Hergenröder, ein ausgewiesener langjähriger Redakteur, der angeben konnte, „leitender Redakteur beim Wirtschaftsmagazin ‚Capital‘, geschäftsführender Redakteur beim ‚Manager-Magazin‘ des Spiegel-Verlages und schließlich Redakteur bei ‚Konkret‘ gewesen zu sein. Der war nach seiner Journalistentätigkeit und vorliegendem Diplom als Elektroingenieur nach dreijähriger Tätigkeit an der Hochschule, bei AEG und Siemens in den pädagogischen Bereich gewechselt, hatte das Referendariat absolviert und war nunmehr seit 1975 ‚Lehrer für Technologie und Mathematik an einer Gewerbeschule für Energietechnik“. Was für eine Konstellation!

Der Clou bei der Geschichte war Udo Hergenröders damalige Mitgliedschaft in der DKP. Hergenröder wurde bei vier Kandidaten im zweiten Wahlgang mit deutlicher absoluter Mehrheit gewählt. (Bericht von der ordentlichen Landesvertreterversammlung, 8.11.1976, Klares Votum: Bildung nach vorn, HLZ 19/1976, S. 732ff.)

Man könnte sagen: Manchmal ist in einer Geschichte mehr drin, als man von außen vermutet. Und diese Geschichte mit ihrer Pointe wäre an dieser Stelle gar nicht erwähnt worden, hätte sie nicht ein überregionales Nach-

spiel gehabt.

Karlheinz Lutzmann, nunmehr ohne Funktion in der GEW, wurde ein wichtiger Kronzeuge für „den Radikalen-Konflikt in der Lehrer-Gewerkschaft“. Im SPIEGEL 16/1977 schrieb er als „GEW-Mitglied Karlheinz Lutzmann“ einen ausführlichen Artikel unter der Überschrift „Härte, Hektik, Volksfront“. Damit sollte die Frage beantwortet werden: „Ist die Einheitsgewerkschaft, Kern westdeutscher Arbeitnehmer-Ideologie, von Extremisten bedroht?“. Im Vorspann wurde behauptet, dass diese Frage sich stelle, „seit in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft linke Lehrer auf

dem Weg zur Macht sind. GEW-Mitglied Karlheinz Lutzmann analysiert den bislang größten Infiltrationserfolg kommunistischer Gruppen.“ (Karlheinz Lutzmann: Härte, Hektik, Volksfront, DER SPIEGEL 16/1977 vom 11.4.1977)

Lutzmann, gefrustet von seinem persönlichen Scheitern, bot ein Sammelsurium von Halbwahrheiten und Deutungen an. Er begann mit Zitaten aus der „Frankfurter Rundschau“, in der von einem „denkwürdigen Akt“ und „absurdem Spektakel“ gesprochen wurde, weil zum ersten Mal „ein Landesverband aus der Gewerkschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund



fliegt“ (Lutzmann, SPIEGEL 16/1977, S. 52)

Lutzmann behauptete, die GEW Berlin mit 13.000 Mitglieder, „die Ausgebooteten“ hätten „die Partnerschaft mit dem DGB mit allen Mitteln zu sabotieren versucht. Wie berichtet ein Nachrichtenmagazin wie der „SPIEGEL“? „Jahrelang hatten die Sektierer – oft miteinander, ebenso oft gegeneinander – sich darum bemüht, den Machtap-

parat ihrer ‚bürgerlichen Gewerkschaft‘ zu erobern. Erreicht haben sie schließlich nur die totale Liquidierung. Nach etlichen Rechtszügen um eine einstweilige Verfügung, mit der die Chaoten eine GEW-Neugründung in der geteilten Stadt zu verhindern suchten, gab Ende Januar das Berliner Kammergericht den Weg frei zu einer bereinigten Lehrer-Organisation.“ (Ebd.)

Und dann wurden Behauptun-

gen aufgestellt über die GEW Bremen, „wo nur die Gründung eines separaten Ortsvereins innerhalb der GEW verhinderte, dass mehrere hundert Gewerkschaftsmitglieder austraten – die Linksextremen waren ihnen zu stark geworden“. (Ebd.)

Von Hamburg aus konstatierte Lutzmann, dass nach der Vorsitzenden-Wahl des „linken Sozialdemokraten Dietrich Lemke“ sowohl in Berlin „binnen kurzem

Kommunisten eine Reihe wichtiger Vorstandsämter eroberten und so im Zentrum des gewerkschaftlichen Machtapparat eine Politik betreiben konnten, die sich vehement gegen das klassische Gewerkschaftsverständnis des DGB richtete.“ In Hamburg „begünstigte das Linksbewusstsein des Vorsitzenden Lemke die Kommunisten so stark, dass sie innerhalb eines Jahres im etwa 40-köpfigen Gewerkschaftsvor-

stand ein gutes Dutzend wichtiger Ämter besetzen konnten. In Berlin verlief der Vormarsch auf einer noch breiteren Front.“ (Ebd.)

Aussagen, die durch die Realität nicht bestätigt wurden. Das Szenario musste im „SPIEGEL“ aufgebaut werden, auch, um plausibel zu machen:

„Diese Volksfrontgefahr aber erklärt Härte und Hektik, mit der die GEW und ihr Vorsitzen-

der Frister gegen die aufsässigen Hauptstädter zu Felde zogen.“ (Ebd.)

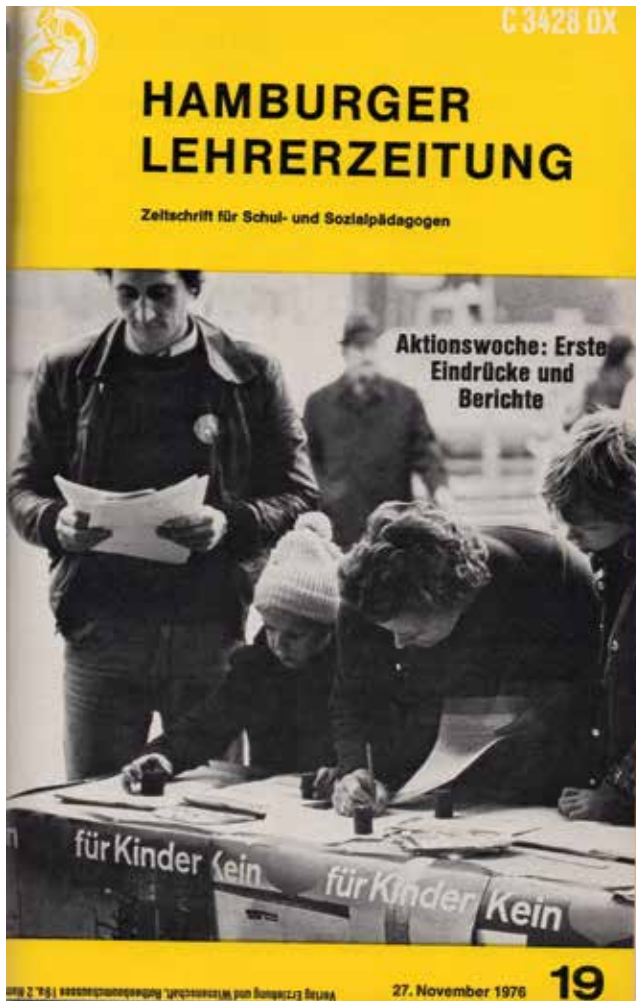
Mit einem mehr als zweifelhaften Ergebnis, wie sich anhand des Landesverbands Berlin gezeigt hatte.

(Dies ist ein bearbeiteter Auszug aus:
HANS-PETER DE LORENT:
ERICH FRISTER, Biografie des
Vorsitzenden der GEW 1968-1981,
BeltzJuventa 2021)



Erfolgreiche Ankunft in den Institutionen – auch in der HLZ-Redaktion

Die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen nicht nur in der GEW Hamburg, sondern ebenso in den Stadtstaaten Berlin und Bremen, aber auch in den GEW-Landesverbänden mit großen Universitäten und Hochschulen erschütterten die Organisation und brachten sie an den Rand der Spaltung. Sie führten bei den Wahlen in der GEW zu einem Vorsitzenden und einer neuen HLZ Redaktion mit einem neuen Schriftleiter.



Die allererste HLZ regelhaft mit Foto oder einer Illustration auf dem Titel.

Eigentlich ein ganz normaler Prozess der Generationswechsel, in diesem Fall aber mit deutlichen Unterschieden des Politikverständnisses. Die Generation der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung war bei ihrem Gang durch die Institutionen mittlerweile selbst in den Schuldienst geschwappt; angesichts der erheblich gestiegenen Zahlen von Schülerinnen und Schülern auch neue Junglehrer_innen in nennenswerter Größenordnung. Das hatte die Kollegien verändert, den Diskussionsbedarf in den Schulen und auch in der GEW erhöht. Hinzu kam, dass in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die vorher angeworbenen Lehramtsstudierenden nach erfolgter Ablegung beider Staatsexamen zu großen Teilen in die Lehrerarbeitslosigkeit entlassen wurden. Daraus entstand für die GEW-Vorstände, die vielfach aus Schulleitungsmitgliedern des Bereiches der Volks- und Realschulen bestanden, eine Verpflichtung die jenseits ihres Erfahrungshorizontes lag.

In dieser Zeit hatte die GEW-Bundesorganisation ein sarkastisch-ironisches Plakat in Auftrag gegeben, auf dem eine leicht gealterte Runde im Lehrerzimmer um eine Torte herum saß, Überschrift: „Große Freude



Es fehlt Dagmar Prüve auf der Fotoleiste.

im Lehrerzimmer“ und unter der Torte: „Unser Jüngster wird 50!“ Und darunter: „Über 40.000 arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer gratulieren.“

Auch dank gewerkschaftlicher Aktivitäten in den nächsten Jahren veränderte sich die Altersstruktur der Hamburger Lehrerschaft gewaltig. Über ein Drittel der Lehrkräfte ist seit 1976 in den Hamburger Schuldienst gekommen. Und das ging so weiter. Als ich 1981 Redaktionsleiter der HLZ wurde, konnte ich feststellen, dass mittlerweile fast zwei Drittel aller Hamburger Pädagoginnen und Pädagogen jünger als 40 Jahre waren. (HLZ 12/81, S.3)

Im Zuge der innergewerkschaftlichen Konflikte 1976 trat die damalige HLZ-Schriftleiterin Monika Bistram zurück. Es erwies sich als Glücksfall, dass ein gelernter Journalist, der gerade vor einem Jahr als Seiteneinsteiger und Lehrer an einer Hamburger Gewerbeschule eingestiegen war, sich für diese Funktion bewarb: Udo Hergenröder. Er hatte sich vorher bereit erklärt, in einer neu gegründeten Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit (AGÖ) mitzuhelfen, das öffentliche Profil der GEW nach der Wahl von Dietrich Lemke und Peter Daschner zu schärfen. Die AGÖ schlug den Öffentlichkeits-Profi Hergenröder vor, sich als HLZ-Schriftleiter zur Verfü-

gung zu stellen.

Damit geriet Udo Hergenröder in eine vehemente innergewerkschaftliche Auseinandersetzung. Die rechtssozialdemokratischen Gegner, die schon mit der Wahl von Lemke und Daschner ihre Pfründe entschwinden sahen, konnten ihre Kandidaten dagegen nicht durchbringen. Nun spießten sie auf, dass der ehemalige Redakteur von „Capital“, „Manager-Magazin“ und der „konkret“ Mitglied der DKP geworden war. Das wurde so sehr in den Mittelpunkt gestellt, dass gegen Udo Hergenröder schon im Dezember 1977 von der Schulbehörde ein Berufsverbotsverfahren in Gang gesetzt wurde.

Udo Hergenröder

Trotz alledem: Udo Hergenröder war ein Glücksfall für die GEW. Nur seiner Expertise und seiner unbändigen Arbeitskraft in dieser ehrenamtlichen Funktion ist es zu verdanken, dass die HLZ sich spürbar veränderte für eine Mitgliedschaft, die andere Lesegewohnheiten hatte und sich stärker in die gewerkschaftlichen Aktivitäten einbinden lassen wollte. Nach der Wahl von Dietrich Lemke und Peter Daschner veränderte die GEW ihre Politik und mit der Entscheidung für Udo Hergenröder die HLZ ihre äußere Erscheinung. Mit der Ausgabe 19/1976 startete die Zeitung mit einem großen Foto auf der ersten

Seite. Das sollte von nun an bis heute so bleiben, alternierend mit Zeichnungen oder anders gestaltetem Cover. Und auch im Innenteil wurden nach und nach immer stärker die Bleiwüsten durch andere Gestaltungen aufgelockert. Noch in den 1980er Jahren mussten wir permanent Diskussionen insbesondere mit Vertretern der Betriebsgruppe Ruheständler darüber führen. Ich kann mich an einige Gespräche mit Prof. Walter Jeziorsky erinnern, der das für unnötige Platzverschwendung hielt und sagte: „Die Mitglieder sind doch Lehrer und Intellektuelle und intelligente Menschen, die lesen wollen und lesen können. Die brauchen doch zur Stimulation keine Fotos und Zeichnungen wie die Bild-Zeitung!“

Die neue Redaktion hatte mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen. Udo konnte zwar eine engagierte und politisch ausgewogene Redaktion bilden, in deren Impressum ich nach knapp einem Jahr auch aufgenommen wurde, obwohl ich trotz meiner sehr aktiven Mitarbeit nach außen die Ausgewogenheit hätte sprengen können.

In seiner ersten HLZ Notiz schrieb er: „Tragt auch etwas bei!“ Die deutliche Aufforderung, von aktiven Betriebsgruppen zu berichten, so wie es in dieser Ausgabe schon geschah, für mehr Lehrer_inneneinstellungen und Verbesserung der

Arbeitsbedingungen aktiv zu werden. In der Folgezeit gelang diese Aktivierung und die Berichterstattung darüber. Wir hatten einen Zeichner, Gordon Rennie, der zu HLZ-Artikeln Illustrationen erstellte und unserem Fotografen Michael Meyborg, ein mobiler Profi, der schon in der Studentenbewegung mit seiner Kamera die wesentlichen Aktivitäten dokumentiert hatte. Hinzu kam eine Redaktion, die alle Schulformen und die Hochschule repräsentierte, das Institut für Lehrerfortbildung, die Schülerhilfe. Und auch der neue GEW-Pressesprecher war einbezogen. Die HLZ bekam eine neue Struktur und Udo Hergenröder's Leben veränderte sich rasant.

In HLZ 13/1979 schrieb er: „Dies ist das letzte Heft, dass ich als Redaktionsleiter verantwortete. Nach 42 Ausgaben endet eine Amtszeit, die mit Wahlanfechtung, öffentlicher Diffamierung, Gegendarstellungen, einstweiligen Verfügungen, gerichtlichen Drohungen und Klagen vor drei Jahren begonnen hatte. Das alles ist durchgegangen und hat mit



Munter 45 Jahre später auf seinem Bauernhof: Udo und delo.

meinem Entschluss, nicht wieder für die HLZ zu kandidieren, nichts zu tun. Mit breiter Unterstützung aus der Mitgliedschaft ist die HLZ-Redaktion ganz schön vorangekommen in ihrem Bemühen, diese „Zeitschrift für Schul- und Sozialpädagogen“ zu einem basis-orientierten und kämpferischen GEW-Organ, zu einer lebendigen und nichts vernebelnden Gewerkschaftszeitung zu entwickeln, die ein kleines Stück Gegen-Öffentlichkeit zur Übermacht der Konzernpresse herstellt.“

Nachdem Karl Fisher auf der Landesvertreterversammlung am 15.10.1979 ohne Gegenkandidat zum neuen HLZ-Schriftleiter gewählt wurde, schrieb er mit mir in HLZ 14/79, S. 27f. ein Porträt über Udo Hergenröder. Unter der Überschrift: „Kollege, das war stark!“ würdigten wir seine Verdienste und beschrieben die Widrigkeiten unter denen sie entstanden:

„Am schlimmsten für Udo Hergenröder die Erkenntnis, mit seiner bisherigen redaktionellen Arbeit radikal brechen zu müssen. Mit voller Unterrichtsverpflichtung zum Hobby-Journalismus gezwungen, mit eingeschränkten technischen Möglichkeiten. Dazu die Einsicht, dass bei einer gewerkschaftlichen Mitgliederzeitung ein Großteil der Artikel nicht von der Redaktion ausgewählt werden: Beschlüsse müssen abgedruckt werden, Vorstandsmitteilungen, Rechenschaftsberichte – unabhängig von journalistischer Kürze oder Ansprechbarkeit – mussten rein ins Heft. Dazu kam die Kritik, wenn regelmäßig ‚heiße Eisen‘ wie ‚Berufs-

verbote‘ oder ‚Atomenergie‘ angepackt wurden, einzelne wütende Proteste, als die ‚Bleiwüsten‘ durch Fotos und Karikaturen aufgelockert wurden. Gegendarstellungen, einstweilige Verfügungen, gerichtliche Drohungen und Klagen. Auf merkwürdigen Pfaden waren Artikel bzw. Titelbilder schon vor der Drucklegung nach außen gelangt, so dass im Vorweihen schon mit juristischen Sanktionen gedroht wurde. Auch da hätte Udo Hergenröder manches Mal mehr gewerkschaftliche Solidarität erwartet, von der Unterstützung durch den Verlag, in dem führende ‚Alternative‘-Mitglieder mitbestimmten, ganz zu schweigen.

Zu allen Schwierigkeiten kamen unendliche Termine. Redaktionssitzungen, Vorstand, Geschäftsführender Ausschuss waren nur ein kleiner Teil. Wer basisnah arbeiten und berichten will, muss auf allen Veranstaltungen präsent sein.

Kaum auszuhalten für den Profjournalisten Hergenröder, wenn schlampig gearbeitet wurde, Artikel angekündigt waren, aber nicht kamen, Schreiber sich an den abgesprochenen Umfang nicht hielten oder beim Umbruch noch vieles gestrichen bzw. ausgewechselt werden musste. Dann regierte Hektik und Anspannung, Schimpfen und Geschrei die Redaktionsstube – darin war die HLZ-Redaktion schon zu Beginn manchmal professionell. Udos Impulsivität trug dazu bei. Aber was akzeptiert man nicht alles zur Prophylaxe von Magengeschwüren, selbst die laut verkündete Vermutung des Schriftleiters, es nur mit ‚Korinthenkackern‘ zu tun zu haben. Sympathisch an Udo Hergenröder die Bereitschaft, sich sofort wieder zu verständigen, wenn die Hektik vorbei ist. Nachtragend ist er nicht, dafür einsichtig, wenn er mal zu aufbrausend gewesen war. Angenehm und befriedigend an der HLZ-Arbeit war dann auch im-

mer die Zeit nach dem Umbruch, wenn eine neue Nummer fertig für die Druckerei bereit lag und sich die Anspannung im freundschaftlichen Gespräch wieder lösen konnte.

Schlimm für Udo Hergenröder die Zeit, als zur Belastung mit der HLZ noch der Kampf gegen das Berufsverbot hinzukam. Neben der Angst vor dem Entzug der materiellen Existenz bedeutet Berufsverbot für den Betroffenen auch immer eine ungeheure physische Belastung. Gespräche mit Kollegen, Eltern, Schülern, Rechtsanwalt. Schriftsätze, Anhörungen. Veranstaltungen und Artikel gegen Berufsverbote. Die Belastung konnte sie nicht nehmen, aber die Solidarität, die Udo Hergenröder in der GEW zum Ausdruck gebracht wurde (hauptsächlich von Betriebsgruppen und Schulkreis-Konferenzen, aber auch spontan immer wieder von einzelnen Kollegen), das war ihm schon eine große Hilfe. Die Ovationen auf der LVV, auf der er sich als Schriftleiter verabschiedete, der gerechte Lohn für den ehrlichen Kämpfer Hergenröder, der bei allen Schwierigkeiten aufrecht durchgehalten hat.“ (HLZ 14/1979, S. 27f.)

Gedruckt eingebaut in dieses Portrait haben wir eine handschriftliche Karte von der HLZ-Leserin und Kollegin Rosvitha Bulle. Sie dankte dem scheidenden HLZ-Schriftleiter mit dem Bekenntnis: „Wenn es Sie tröstet: Erst seit Sie die HLZ machen, lese ich sie überhaupt, vorher wanderte sie ungenesen in den Papierkorb. Alles Gute!“

Der 1935 geborene Udo Hergenröder blieb Lehrer an der Gewerbeschule G10. Das Berufsverboteverfahren endete 1979 mit seiner Verbeamtung auf Lebenszeit. 1981 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Alternativen Liste (AL). Aus der DKP trat er im Frühjahr 1981 aus. Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg im Juni 1982 gab es einen Zu-



Foto: Michael Meyborg

HLZ-Schriftleiter mit Berufsverboteverfahren, die auch mit HLZ-Artikeln und HLZ-Tätigkeit begründet waren. Udo Hergenröder und Antje Frese begleiteten Hans-Peter de Lorent zu einer Anhörung in der Behörde am 29.9.1980

sammenschluss der AL und des grünen Landesverbandes. Die neugebildete Grün-Alternativen Liste (GAL) erreichte erstmalig acht Bürgerschaftsmandate, eines davon Udo Hergenröder. Da zu diesem Zeitpunkt bei der GAL in der Bürgerschaft das Rotationsprinzip galt, schieden Udo Hergenröder und der Lehrkollege Klaus Gärtner aus der Bürgerschaft wieder aus und die HLZ machte dazu ein Interview. Auf die Frage, was sie jetzt als nächstes machen werden, erklärte Udo Hergenröder: „Bei mir ist es noch nicht so klar. Ich werde auf jeden Fall nicht nahtlos in irgendeine andere Funktion überwechseln, sei es in der GAL oder in der GEW. Ich werde mich stärker mit The-

orie- und Strategieentwicklung bei der grün-alternativen Bewegung, möglicherweise auch mit Bundespolitik beschäftigen. Und ansonsten werde ich mich wieder verstärkt der Familie und der Schule widmen.“ (HLZ 6/7-1984, S. 43)

Udo blieb aktiv in der Anti-Kernkraftbewegung und bis heute einer der heftigsten Kämpfer gegen die Castor-Transporte im Wendland, wo er seit vielen Jahren auf einem Bauernhof lebt. Dort besuchten Jochen Geffers und ich Udo Hergenröder am 31. August 2021, also 42 (!) Jahre nach seinem Ausscheiden aus der HLZ, um mit ihm ein Gespräch zu führen über seine HLZ-Reaktionszeit.

HANS-PETER DE LORENT

„Wir waren ganz nah an der Basis“

Gespräch mit dem damaligen HLZ-Schriftleiter Udo Hergenröder

Hergenröder: Meine Wahl damals war ein richtiger Aufstand.

Ich war kurz vorher in den Schuldienst gekommen, als Quereinsteiger. Nachdem ich vorher ein Ingenieursstudium absolviert hatte und jahrelang als Journalist und Redakteur gearbeitet hatte, absolvierte ich in Hamburg das Referendariat als Gewerbelehrer. Mein Uni-



Karikatur: Gordon Rennie

Diplom als Ingenieur galt als Erstes Staatsexamen. Und es wurden händeringend Leute gesucht für die Gewerbeschulen; ich für Nachrichten- oder Energietechnik, wie das damals hieß. Vorher hatte ich bei ‚Konkret‘ gearbeitet, bei dem damaligen Chefredakteur Klaus Rainer Röhl. Ein echter Kotzbrocken, der Hermann Gremliza und mich entlassen wollte. Wir waren damals leitende Redakteure bei ‚Konkret‘. Vorher hatte ich als Redakteur bei ‚Capital‘ gearbeitet in Bonn und davor auch beim ‚Manager-Magazin‘ vom Spiegel-Verlag.

Ich war aktiv in der dju gewesen, der „deutschen journalisten-

union“ und es war für mich klar, mich dann auch in der GEW zu organisieren.

Frage: Bei deiner Wahl zum HLZ-Redaktionsleiter, früher Schriftleiter genannt, gab es ja ziemliche Auseinandersetzungen, da sie in der Umbruchphase der Hamburger GEW stattfand, nachdem die Berliner GEW schon gespalten war und auch in Hamburg so etwas drohte.

Hergenröder: Ja, es fand eine unheimliche Auseinandersetzung auf der Delegiertenversammlung statt. Vier Leute kandidierten als Schriftleiter. Und es gab eine intensive Diskussion, nach der ich am Ende gewählt wurde. Wahrscheinlich, weil ich über intensive journalistische Erfahrungen verfügte und einiges vorzuweisen hatte. Der große Saal des Curio-Hauses war bis auf den letzten Platz gefüllt und ich wundere mich heute noch, dass ich dies damals durchgehalten habe. Nicht lange danach bekam ich ein Berufsverbote-Verfahren. Formal wegen meiner DKP-Mitgliedschaft, aber sicherlich war es auch eine Racheaktion der rechten Sozialdemokraten wegen meines Erfolges bei der Wahl als Redaktionsleiter. Es ging nach meiner Einstellung um die endgültige Verbeamtung und die sogenannte Prüfung meiner Verfassungstreue.

Frage: Und wie war die HLZ-Arbeit nach deiner Wahl?

Hergenröder: Es fing damit an, dass man uns keine Räume

gegeben hat für die Redaktionsarbeit im Curio-Haus. Der Vorstand war ja noch durchsetzt mit Leuten, die den neuen Kurs nach der Wahl von Dietrich Lemke nicht mitmachen wollten. Geschäftsführer war einer von denen, die unsere Arbeit boykottierten: Ingo Wolkenhaar. Wir haben die Zeitung in der ersten Zeit bei mir zu Hause gemacht. Erst als Peter Göbel Geschäftsführer der GEW-Hamburg wurde, bekamen wir nach einiger Zeit einen Raum parterre rechts im Vordergebäude des Curio-Hauses, wo später Ärzte und Rechtsanwälte ihre Praxen und Büros hatten. Es waren extrem erschwerte Bedingungen, weil wir auch keine technische Unterstützung vorfanden. Und auch bei der Redaktions-Zusammensetzung wurden einige Vorgaben gemacht. Zumindest offiziell musste eine Redaktion aufgeführt werden im Impressum, die eine große Ausgewogenheit repräsentierte und nicht identisch war mit den Personen, die wirklich die Arbeit machten. Das war ein Zugeständnis, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Volksfront hätte die Redaktion übernommen. Erst nach etwa einem Dreivierteljahr entsprach die Redaktions-Zusammensetzung der Realität. Es gab damals eine ungeheure Bewegung innerhalb der GEW.

Frage: Wie war die Resonanz der Kolleginnen und Kollegen?

Hergenröder: Es wurde unheimlich viel geschrieben. Wir hatten eigentlich immer ein Überangebot an Artikeln, viele

Berichte von Aktivitäten aus den Betriebsgruppen und immer das Problem, begründen zu müssen, warum Beiträge geschoben wurden und nicht sofort veröffentlicht werden konnten. Und für viele war es wie eine kleine Revolution, dass die HLZ nicht mehr nur eine einzige Bleiwüste darstellte. Wir beschäftigten Zeichner, Karikaturisten und Fotografen und dadurch hatte auch die äußere Erscheinung der HLZ sich nach 54 Jahren ihres Erscheinens äußerlich verändert. Es gab ein Titelblatt, das nicht, wie bisher, mit dem Hauptartikel begann, sondern ein Foto oder eine Karikatur anbot.

Es begann eine Zeit der Aktionen durch die GEW, von der Delegiertenversammlung beschlossen oder dem Vorstand und mit großer Unterstützung der Betriebsgruppen und der Kreis-Vertrauensleute-Konferenzen. Das führte natürlich dazu, dass von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort für die HLZ davon berichtet wurde. Wir waren ganz nah an der Basis.

Der Kreis der Autorinnen und Autoren vergrößerte sich dadurch immens und das führte auch zu einer ganz anderen Verbundenheit mit der Zeitung.

Es hatten sich in den siebziger Jahren einige neue pädagogische Zeitschriften gegründet. Aus unserer Sicht brauchte man kein Organ mehr, das vornehmlich pädagogische oder erziehungswissenschaftliche Beiträge veröffentlichte, sondern die HLZ



Vielleicht nicht altersmilde, aber durchs Alter relativierende Blicke auf Schriftleiter-Zeiten: Udo Hergenröder (links) vor 43 Jahren ausgeschieden – Joachim Geffers jetzt

sollte mehr die Aktivitäten der GEW aus allen Ebenen lesbar anbieten. Und darum haben wir auch das Layout völlig verändert und damit zusätzlich Leseanreize geboten. Auch für eine Leserschaft, die durch eine „Schwemme“ von neu eingestellten Pädagog_innen für die geburtenstarken SchülerInnenjahrgänge deutlich verändert war.

Frage: Deine Wahl ist ja formal angefochten worden und ein halbes Jahr warst du „kommisarischer Schriftleiter“.

Hergenröder: Es waren bewegte Zeiten. Die andere Seite, die so genannte „Alternative“, die später austrat und einen eigenen Verein gründete, konnte sich mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der GEW nicht abfinden. Das zweite Wahl-

ergebnis war noch besser als beim ersten Mal. Ich glaube, dass die neue Konzeption der HLZ sehr schnell Anerkennung gefunden hatte.

Die HLZ war basisnäher, betriebsgruppennäher geworden und das haben die Leute natürlich auch gemerkt und goutiert. Die Zeitung ist richtig gelesen worden und es spiegelte sich auch darin wider, dass immer mehr Leute Artikel abgeliefert haben. Nach den Auseinandersetzungen waren auch alle Kolleginnen und Kollegen gespannt, ob wir das hinbekommen würden.

Aber das war natürlich auch ein ungeheurer Stress für mich. Und das alles

neben der vollen beruflichen Tätigkeit als Lehrer. Das galt auch für die gesamte Redaktion, von denen alle voll beruflich tätig waren.

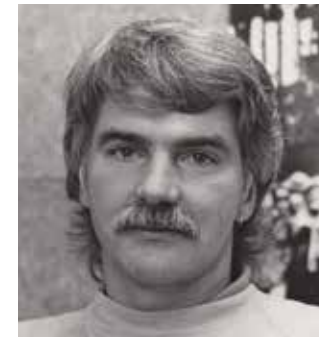
Wir hatten damals 18 Ausgaben im Jahr.

Dass ich nicht noch für eine weitere Amtszeit kandidierte, hatte auch damit zu tun, dass ich mich stärker allgemeinpolitisch orientierte, mich in der grünen Alternativen Liste organisierte, lieber für die Bürgerschaft kandidierte und Aktivist gegen die Atomkraftwerke wurde und mich hier im Wendland bis heute insbesondere am Boykott der Castortransporte schwerpunktmäßig engagierte.

Das Gespräch führten
JOCHEN GEFFERS und
HANS-PETER DE LORENT

Karl Fisher heute: „HLZ – Vor vielen Jahren, doch nicht vergessen“

Nach so langer Zeit kommen die Erinnerungen nicht mehr sehr chronologisch. Vor allem erinnere ich mich an lange, zum Teil lebhaftere Redaktionssitzungen und an einen dann noch oft um Mitternacht friedlichen Abschluss in einem gemütlichen griechischen Lokal – erschöpft, aber zufrieden



Karl Fisher als Schulleiter der GS Meerweinstraße 1984

Nach drei kämpferischen Jahren (1976-1979) unter der Leitung von Udo Hergenröder, in denen ich als Stellvertreter von ihm, dem professionellen und ambitionierten Journalisten, viel gelernt hatte, war ich – nicht ohne Widerstände, aber dann doch deutlich – zum neuen Schriftleiter der HLZ gewählt worden.

In der GEW – Bund wechselte in den 5 Jahren meiner Tätigkeit in der HLZ-Redaktion der Bundesvorsitz von Erich Frister (1968-1981) zu Dieter Wunder (1981-1997) und im Landesverband Hamburg der Landesvorsitz von Dietrich Lemke (1976-1981) zu Rainer Griep.

In der Zusammensetzung der HLZ-Redaktion – mit ständiger Mitarbeit ca. 15 Personen – spiegelten sich ebenfalls die politischen Kräfteverhältnisse in der GEW Hamburg zu der Zeit durch entsprechende Akteure

und Gruppen wider. Im Klartext heißt das: die Zusammensetzung der Redaktion war vom Landesvorstand abhängig und so gab es in der Redaktion natürlich Redakteur_innen mit unterschiedlicher politischer Heimat innerhalb der Gewerkschaft. Wobei die Bandbreite dieser Heimat nur ein überschaubares gesellschaftspolitisches Spektrum repräsentierte.

Bei vielen bildungspolitischen und anderen Themen stießen die gewerkschaftsinternen Strömungen aufeinander und verursachten mal mehr und mal weniger angenehme Diskussionen. Dies spielte bei der Debatte um die Ausweitung des Gesamtschulangebots oder um Berufsverbote ebenso eine Rolle wie bei den aufkommenden Kampagnen gegen Umweltverschmutzung, um Frauenrechte oder der respektvollen Wahrnehmung von sozialen und ethnischen Minderheiten. Ein stetiger Konflikt war auch die Beurteilung von internationalen Ereignissen, z.B. in der Sowjetunion, in China oder den USA.

Manchmal nahm die Diskussion sogar skurrile Züge an.

Ich erinnere mich an die Frage, ob wir nicht – wegen des Verbots von politischen Wandzeitungen von Kritikern der Regierung in Peking – einen geharnischten Brief an Deng Xiaoping schreiben sollten.

Die Redaktion war gespalten.

Die Frage war natürlich, was wir damit ernsthaft bewegen könnten. Harri Rusch, der dem Vorhaben – wegen der möglichen Sinnlosigkeit – skeptisch gegenüberstand, schlug vor: wenn schon einen Brief, dann aber einen mit angekündigten Konsequenzen. Der Vorschlag war, dass wir androhen sollten, uns nach 14 Tagen erneut zu melden, falls Deng Xiaoping das Verbot nicht sofort aufheben würde. Der Brief wurde dann nicht geschrieben.

Diese Art Kontroversen war aber selten. Meist ging es um Praktisches: um die Länge von Beiträgen, die mit den Autor_innen dann mühsam gekürzt werden mussten, um die Größe und Art der Illustrationen, um Schwerpunktthemen, um die Seitenzahl und einmal jährlich – auch sehr wichtig – um die Farbe des Umschlages der HLZ, die damals jedes Jahr wechselte. Das war immer eine längere ausführliche Debatte, die insofern etwas schräg geriet, als es eigentlich keine sachlichen Argumente für die eine oder andere Farbe gab, denn es kamen letztlich im Laufe der Jahre alle möglichen Varianten dran. Auch die Frage, ob es besser wäre, wie die GEW Berlin ein Format in Spiegelabmessungen zu bevorzugen, spielte kurz eine Rolle, hatte aber keine Auswirkungen.

Viel weniger spektakulär war die normale Arbeit: Sichtung,



Die letzte HLZ in Blei

Seit Januar 1922 bis zur Ausgabe 3/1979 wurde die HLZ in Bleisatz und Buchdruck hergestellt: Die Manuskript-Texte wurden vom Setzer in die kompliziert konstruierte und schwierig bedienbare Setzmaschine eingetippt und hier spiegelbildlich in Bleizeilen gegossen (Fotos 1–3); der Handsetzer fügte die Überschriften aus einzelnen Buchstaben zusammen und »umbrach« den Bleitext zu ganzen Seiten (Fotos 4–6); mehrere umbrochene Seiten wurden zu einer »Form« für die Buchdruckmaschine zusammengebaut, dann wurden die bedruckten Papierbögen maschinell gefaltet, zusammengelegt, geheftet und schließlich beschnitten (Fotos 7–11). Um Gelder für andere gewerkschaftliche Aufgaben einzusparen, wird die HLZ ab Ausgabe 4/1979 mit computergesteuerten Fotosatzgeräten und mit Offsetdruckmaschinen hergestellt.
U.H./Fotos: Dirk Becker

Hamburger Lehrerzeitung 4/1979

41

Auswahl, Bearbeitung der Beiträge, die bei der Redaktion von Mitgliedern zu verschiedenen Themen des Arbeitsplatzes oder der Fachbereiche vor allem der Schulen und Sozialbereiche eintrudelten.

Insgesamt habe ich die Zeit als spannend und inspirierend in Erinnerung. Die Welt – auch Deutschland – hat sich inzwischen ordentlich verändert, die Bildungslandschaft auch. Aber die Konflikte leben weiter. Eine Reihe von Wörtern, die man damals noch sagen und schreiben durfte, sind längst völlig unsagbar. Andere Dinge gerade in der sozialen Agenda sind längst Normalität – ich denke da z.B. an das umfängliche Gendern oder die lebhaftige Diskussion um die umweltschonenden Änderungen im Bereich der Mobilität.

Eine Sache will ich gern noch erwähnen, auch wenn sie heute beinahe wie aus der Zeit gefallen anmutet, die gemäßigte Kleinschreibung, auch gemäßigte Großschreibung genannt. Das hatten wir 1980 – leider partiell – kurze Zeit praktiziert. Das ist dann aber bald durch die Kraft des Faktischen verschwunden. Schade, ich bin heute immer noch dafür, dass man das machen sollte!

Seit 30 Jahren bin ich nun in Brandenburg. Ich habe in diesen Jahren noch ein Studium an der Universität Potsdam im Fach Pädagogik abgeschlossen, in der Bildungsverwaltung gearbeitet, eine Schule mitgegründet, in deutschen Schulen im Ausland das Abitur mit abgenommen, mich bei der Sorbischen Bevölkerung in der Niederlausitz in verschiedenen Gruppen engagiert, Projekte in der Zusammenarbeit mit polnischen Partnern begleitet und einiges mehr. Diese Zeit war aufregend und fordernd. Die beste Zeit waren vielleicht die Jahre bei der Gründung und dem Aufbau einer deutsch-polnischen Schule an der Grenze zu Polen.

Jetzt unterrichte ich noch mehrfach in der Woche Deutsch bei Menschen, die aus anderen Ländern zu uns nach Deutschland gekommen sind. Das ist eine spannende Tätigkeit, die mir immer wieder den Zugang zu Verhalten, Gedanken und Ideen anderer Kulturen öffnet.

Die Nachfrage für einen Beitrag für die Jubiläums HLZ zum 100. Jahrestag des Erscheinens hat mich wieder intensiver an die Zeit vor 40 Jahren denken lassen. Dazu gehörte auch ein Treffen mit meinem damaligen Nachfolger in der Leitung der Redaktion, Hans-Peter de Lorent. Das war ein sehr schönes Wiedersehen, dabei sind doch noch einige Erinnerungen wieder gekommen, von denen ich hier einige aufgeschrieben habe.

Nach mehr als 40 Jahren in Schule und Bildungsinstitutionen sehe ich als wichtigsten Anspruch an Schule und Bildung, dass Motivation zu fördern und respektvolle Zuwendung zu den Lernenden der Dreh- und Angelpunkt der pädagogischen Arbeit ist. Insofern bin ich auch immer noch der Meinung, dass die Hamburger Lehrer_innen-Zeitung auch für Diskussionen über Bildung, Unterricht, Pädagogik Raum lassen sollte. Bildung und gesellschaftliches, auch gewerkschaftliches Engagement gehören zusammen.

Karl Fisher schrieb in der letzten von ihm verantworteten HLZ zu seiner Schriftleiter-Tätigkeit:

„Mit dieser HLZ ist meine Amtszeit beendet. Ich verabschiede mich hiermit als Schriftleiter von den Lesern und in der Redaktion, die sich jetzt ebenfalls auflöst. Mit den meisten Redakteuren und Mitarbeitern habe ich seit über fünf Jahren gemeinsam in der Redaktion anfangs unter dem Schriftleiter Udo Hergenröder, mit dem wir drei Jahre lang eine neue Ära der HLZ einleiteten, zusam-



Karl Fisher in Hamburg 2021

mengearbeitet. Während meiner Amtszeit, die im Oktober 1979 begann, wechselten nach ca. einem Jahr zwei Redakteure aus persönlichen (Harri Rusch konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr die große zusätzliche Belastung der Redaktionsarbeit leisten) und aus beruflichen (Gerd Koch ging als Erziehungswissenschaftler nach Berlin) Erwägungen die Redaktion. Nachfolger für Harri Rusch wurde der Kollege Stephan Albrecht und später für Gerd der Kollege Gerhard Lein, der zuvor schon Mitarbeiter der Redaktion war und gleichzeitig Kollege Peter Pape als Pressesprecher ersetzte. Ich bedanke mich für die kollegiale Zusammenarbeit bei allen Kollegen. Wir haben uns oft ganz schön gegürtet, auch wenn wir – wie der Kollege de Lorent in seiner Kandidaten-Begründung zum Schriftleiter-Amt selbstkritisch anführt – nicht immer mit der Sorgfalt arbeiten konnten, die wir uns gewünscht hätten. Mit mir gleichzeitig verlässt auch die langjährige HLZ-Sekretärin, die Kollegin Gisela Schopmeyer, die Redaktion, da sie mit ihrem Mann und ihren Kindern nach München zieht. Ihre Nachfolgerin, die Kollegin Gunnel Haensel, hat ihren Dienst bereits aufgenommen. Es ist mir ein Anliegen, mich hiermit bei allen Mitsreitern – besonders auch bei unserem ständigen Karikaturisten Gordon Rennie – zu bedanken.“ (HLZ 11/1981, S. 3)

KARL FISHER

1981-1986

Hans-Peter de Lorent

Weiter auf dem Weg zum lesenswerten Magazin

Nach fünfjähriger HLZ-Redaktionsarbeit mit den Schriftleitern Udo Hergenröder und danach Karl Fisher, dessen Stellvertreter ich zwei Jahre gewesen war, kandidierte ich am 9.11.1981 für die Funktion des HLZ-Schriftleiters.

Das erste Heft, das ich verantwortete, die HLZ 12/1981, war die 66. Ausgabe nach dem von uns 1976 entwickelten Konzept. Aber es war auch eine Zäsur, da außer mir von der bisherigen Redaktion nur noch Brigitte Holstein und als ständiger Mitarbeiter Stephan Albrecht weiterarbeiteten und Hajo Sassenscheidt sowie Gerhard Lein, der als Pressesprecher der GEW Peter Pape ablöste. Die anderen bisherigen Redaktionsmitglieder wollten andere gewerkschaftliche Arbeitsschwerpunkte setzen.

Ich musste also eine weitgehend neue Redaktion bilden und hatte dafür drei Monate Zeit. Das Ergebnis war ein erheblicher Generationswechsel und deutlich mehr Frauen in der Redaktion. Es waren jetzt alle Schul- und Beschäftigungs-Bereiche in der Redaktion vertreten und neben dem bewährten Fotografen Michael Meyborg gehörten nach kurzer Übergangszeit drei Zeichner- und Karikaturist_innen der Redaktion an, die an jeder wöchentlichen Redaktionssitzung beteiligt waren: Claus Voß, Cindy Gates und Till Schröder. Wenn wir uns auf den Planungssitzungen entschieden, einen Artikel in dem nächsten Heft zu platzieren, übernahmen die Zeichner_innen Kopien der Manuskripte, um zur nächsten Woche dazu etwas Kreatives vorzulegen. Wir waren in Hochzeiten knapp 20 Personen.

„Trau keinem über 30“ hieß es in Studienzeiten. Nun waren



Hans-Peter de Lorent
November 1981

die meisten von uns zwischen 27 und 38 Jahre alt und aktive Vertreter_in ihrer Betriebs- und Fachgruppen. Wir arbeiteten weiter an der Gestaltung der Zeitung und gingen grundsätzlich zur Dreispaltigkeit über, um größere Spielräume für Illustrationen und Fotos zu bekommen. In den Redaktionsräumen im Curio-Haus hatten wir zwischenzeitlich ein großes Archiv für Fotos und Zeichnungen angelegt und der Sitzungsraum platzte aus allen Nähten. Mehrfach hatten wir journalistische Profis für Rückmeldungen zu unserer Zeitungsarbeit eingeladen, zwei Workshops fanden mit Hermann Gremliza statt, Chefredakteur der „konkret“.

Dabei war meine Wahl als HLZ-Schriftleiter keine Selbstverständlichkeit gewesen. Das Berufsverboteverfahren gegen mich seit 1974 hatte immer wieder zu Schlagzeilen geführt.

1980 war ein deutlich autobiografischer Roman, „Die Hexenjagd“, erschienen, der die ganze Erbärmlichkeit dieser Verfahren beschrieb. Das führte dazu, dass ein Strafverfahren gegen mich eingeleitet worden war. Mitarbeiter der Schulbehörde und des Personalamtes hatten sich in nur begrenzt verfremdeten Romanfiguren wiedererkannt und ihren Dienstvorgesetzten gegenüber behauptet, es handle sich um tendenziöse Schilderungen und unwahre Beschreibungen, die Beleidigungen und Diffamierungen enthielten. Und just zum Zeitpunkt der Schriftleiter-Wahl in der GEW fand die Zuspitzung eines wochenlangen Prozesses vor dem Amtsgericht Altona statt, der einen Monat später mit einem Urteil enden sollte. Zu meinen Gunsten sprach, dass der Prozessverlauf gezeigt hatte, mit welchen Machenschaften gegen den fiktiven Lehrer Christian Günther agiert worden war. Darüber war von der überregionalen Presse, im Spiegel, im Stern und im NDR-Fernsehen berichtet worden, mit einer verheerenden Resonanz für die Berufsverbote. Einen Monat nach meiner Wahl im Curio-Haus wurde ich freigesprochen. Und die Richterin betonte in ihrer 71-seitigen Urteilsbegründung, dass die von mir erlebte Realität schlimmer gewesen sei, als die romanhaft dargestellte fiktive Handlung. Das Ende des Prozesses kann-

te man am 9.11.1981 nicht, als ich auf der LVV zur Wahl stand. Und insbesondere aus den Reihen der Pensionär_innen wurde ich intensiv befragt. Es wurde gefragt, ob man tatsächlich einen Kollegen in ein so öffentlich wichtiges GEW-Amt wählen könne, der in einem juristischen Streit auch mit dem Dienstherrn und der Schulbehörde stünde.

Das ginge durchaus, urteilte die Landesvertreterversammlung. Ich erhielt 291 Ja-Stimmen, 52 Vertreter_innen stimmten mit Nein bei zehn Enthaltungen.

Wir hatten uns schon in den Jahren zuvor in der HLZ gegen jegliche Form der Einschüchterung, Disziplinierung und Diffamierung geäußert.

Zur Empörung hatte auch beigetragen, dass der Vertreter

des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst in den Prozess einen HLZ – Artikel mit eingebracht hatte, den ich zusammen mit dem AJLE-Vorsitzenden Rainer Griep für die HLZ 10/1976 geschrieben hatte, die noch von dem kommissarischen HLZ-Schriftleiter Otfried Börner herausgegeben worden war. Darin hatten wir den Stand der Berufsverbotspolitik in Hamburg und der Bundesrepublik dargestellt mit der Einleitung: „Berufsverbotepraxis im Zeichen von Kritik, Besorgnis und Widersprüchen“. Der Leitende Regierungsdirektor Delius vom Senatsamt für den Verwaltungsdienst brachte einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in mein Verfahren ein und schrieb an das Verwaltungsgericht: „In der Verwal-

tungsrechts-Sache Hans-Peter de Lorent /. Freie und Hansestadt Hamburg hält es die Beklagte für erwähnenswert, dass sich der Kläger als Mitverfasser über ‚Berufsverbote: Stand der Auseinandersetzung‘ in der ‚Hamburger Lehrerzeitung‘ Nummer 18 vom 13.11.1976 ausgelassen hat.“ Und der Leitende Regierungsdirektor Delius zitierte dazu den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, in dem es hieß: „Das politische Schlag- und Reizwort ‚Berufsverbot‘ für Radikale ist völlig fehl am Platz und soll offensichtlich nur politische Emotionen wecken. Die Verfassung und die sie konkretisierende Regelung des Beamtenrechts statuiert kein Berufsverbot. Sie stellen nur eine legitime Zulassungsvoraussetzung auf, die zum Schutze der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung nötig ist und von jedem, der den Staatsdienst anstrebt, erfüllt werden kann, wenn er will.“

Der GEW-Vorsitzende Dietrich Lemke schrieb daraufhin an das Senatsamt für den Verwaltungsdienst:

„Ich habe mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass in dem vor dem Verwaltungsgericht Hamburg anhängigen Einstellungsverfahren Hans-Peter de Lorent die Behörde einen Artikel de Lorents in der Hamburger Lehrerzeitung vom 13. November 1976 belastend vorhält und in das Verfahren einführt. Die GEW protestiert dagegen, dass Meinungsäußerungen in Gewerkschaftsorganen Betroffenen überhaupt vorgehalten werden. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass es zur Meinungsäußerungsfreiheit auch von Beamten gehört, in Artikeln auch polemische Ausdrücke zu verwenden. Im Interesse unserer Mitglieder fordere ich Sie auf, jede Behinderung gewerkschaftlicher Arbeiten in Zukunft einzustellen.“ (HLZ 1/1977, S. 36)

Dem Co-Autoren Rainer Griep (SPD) wurde dieser Ar-



1984/85. hatte sich die Zusammensetzung geändert: Jeweils von links, erste Reihe: Rolf Freitag, Gunnel Haensel, Bettina Pries, Hedda Steiner, Ilona Ebinall. 2. Reihe: Claus Voß, Cindy Gates (Zeichnerin), Stephanie Odenwald, Evelin Moews, Beate Hansel, Karl -Heinz Reinecke. 3. Reihe: Till Schröder (Zeichner), Herbert Sass, delo, Benno Finkelmeyer, Mathias Schildt.

Auf dem Foto fehlt Brigitte Holstein. Die Frauen waren in der Mehrheit in der Redaktion. Hinzu kamen später noch Armin Joop, Reiner Scholz, Jörn Tiedemann, Detlef Zunker, Thomas Lamm und Peter May.

tikel nicht vorgehalten. Wobei es damals durchaus auch gegen sozialdemokratische Kolleg_innen Schmutzkampagnen gab, so zum Beispiel von der CDU über die Bild-Zeitung gegen den neuen stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Hamburg, Peter Daschner, der mit Dietrich Lemke zusammen einer der Verantwortlichen für die erfolgreiche Urabstimmung und eine Arbeitsniederlegung der Beschäftigten 1979 gewesen war. Als Daschner mit großer Unterstützung und Votum des Kollegiums zum Schulleiter des Gymnasiums Ohmoor aufgestellt worden war, hatte die CDU und ein CDU-Mitglied in der Deputation, der gleichsam Elternratsmitglied der Schule war, über die Bild-Zeitung gegen den neuen Schulleiter Peter Daschner polemisiert. Die Bild-Zeitung hatte in Niendorf und um die Schule herum am 27. Januar 1982 Plakate aushängen lassen, auf denen stand: „Gymnasium Ohmoor: Krach! Eltern wollen keinen Streik-Lehrer“. Das verhinderte zwar die erfolgreiche Arbeit von Peter Daschner als Schulleiter am Gymnasium Ohmoor nicht, zeigte aber, wie

in diesen Zeiten agitiert und gehetzt wurde. (HLZ 3/82, S. 29) Unsere Redaktion arbeitete emsig und mit Freude. Wir verstärkten Interviews mit interessanten Gesprächspartnern auch aus angrenzenden Bereichen der Kultur und Politik, um noch mehr Leseanreize zu schaffen. So etwa mit Franz Josef Degenhardt, Udo Lindenberg und Hannes Wader, aber auch mit Anibal Palma, dem letzten Erziehungsminister in Chile der Regierung von Salvador Allende.

Berichtet wurde über die zahlreichen Aktivitäten der GEW und insbesondere auch der Betriebsgruppen. Es gab Gelbe Seiten zu praktisch-pädagogischen Themen. Wir führten neue Rubriken ein: Unter Kollegen, Beiträge von anderen Gewerkschaften, Kommentare von Bürgerschaftsabgeordneten. Wir begannen eine Serie: „Schule unterm Hakenkreuz“, die später zu einem Sammelband führte, gemeinsam herausgegeben von HLZ und der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten). Es gab ein HLZ – esprit mit Karikaturen und Scherzen, die wir lustig

und verbreitbar fanden. Und ich hatte eine Seite HLZ-express, „Gegen-Welt-BILD“, wo ich Meldungen und Nachrichten aus der Springer-Presse zitierte und kommentierte. Ziel war, die HLZ lesbarer zu machen. Dann führten wir ein HLZ-inteam ein, in dem aus der Redaktionsarbeit berichtet wurde. Das hat dann alle Redaktionszeiten überdauert.

Wir versuchten uns an der Brechtschen Maxime zu orientieren: „Nicht an das gute Alte anknüpfen, sondern an das schlechte Neue.“

Und dem langjährigen, ständigen kritischen Blick der Betriebsgruppe Pensionär_innen antworteten wir mit dem Angebot: „Wir sind bereit, ein bis zwei Pensionäre in die Redaktion als ständige Beobachter und Besucher aufzunehmen.“ Gesagt, getan. Mit dem Effekt, dass unsere Arbeit in den Mühen der Ebene transparenter wurde und in den Kreis der Ruheständler transportiert wurde.

Zur Arbeit noch ein Letztes: Wir haben die HLZ-Nummern im Laufe der Zeit von 20 HLZ-Ausgaben im Jahr auf 12 redu-

Fotos: Michael Meyborg



Die neue Redaktion: Von links unten: Stephan Albrecht, Rainer Lücht, Gunnel Haensel HLZ-Sekretärin, Claus Voß (Zeichner) 2. Reihe: Evelin Moews, Sabine Wenzel, Hedda Steiner. 3. Reihe: Hajo Sassenscheidt, Brigitte Holstein, Helmut Voigt, letzte Reihe: Hans-Peter de Lorent, Benno Finkelmeyer, Barbara Tscheslog, Herbert Sass, Wolfgang Senff: Nicht auf dem Foto: Karl-Friedrich Beck, Beate Hansel und Gerhard Lein.

ziert (eigentlich 11, weil es im Sommer traditionell eine Doppelnummer gab). Im Schnitt mit 68-74 Seiten. Und wir hatten durchweg auch viel handwerkliche Arbeit zu leisten. Die HLZ wurde anfangs noch im Bleisatz produziert, d. h., wir mussten für jede Ausgabe einen Umbruch erstellen, die gesetzten Artikel spaltenmäßig zuschneiden, mit Illustrationen auf Umbruchseiten kleben und der Druckerei zumeist sonntags nachts anliefern. In der Regel die Arbeit der Redaktionsleitung. Und diese musste dann am Montagmorgen das Gespräch mit dem für die HLZ Verantwortlichen bei der Druckerei Paul Hartung führen, Herrn Feldmann, um Fragen und Unstimmigkeiten zu klären.

Nach zehn Jahren HLZ-Arbeit entschied ich mich, einen Schnitt zu machen. Ich hatte parallel dazu mit Ursel Hochmuth und Reiner Lehberger jeweils ein Buch produziert zum Thema „Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz“ und „Die Fahne hoch“. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz“. Und mit Volker Ullrich zusammen: „Der Traum von der Freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik“. Dem waren Serien in der HLZ

vorausgegangen, die wir in den Büchern bündelten. Danach war ich von Reiner Lehberger motiviert worden, eine Dissertation zu einem schulgeschichtlichen Thema zu schreiben. Und alles zusammen, wissenschaftliche Arbeit, HLZ und Schule, familiäre Freuden und Verpflichtungen – das passte nicht mehr zusammen.

Nach dem in erster Instanz gewonnenen Prozess wegen meines Romans „Die Hexenjagd“ musste ich mich parallel zur Redaktionsarbeit auf ein weiteres Gerichtsverfahren vorbereiten. Auf Betreiben des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst wurde Revision gegen meinen Freispruch eingelegt. Ausgerechnet am 10. Mai 1983, dem Jahrestag der Bücherverbrennung, fand der Revisionsprozess statt und die zweite Instanz bestätigte den Freispruch. Kurz danach wurde meine Verbeamtung eingeleitet.

Mit HLZ 3/1986 gab es die letzte Ausgabe unter meiner Verantwortung. Ich schrieb: „Die HLZ-Redaktion dankt mit ihrer letzten Ausgabe ihren Autor (inn)en und den Leserbriefschreiber(inne)n für die selbstkritische und solidarische Zusammenarbeit. Lehrer(innen) und andere Pädagog(inn)en sind eine schwierige Klientel. Auf jedes

Komma bestehend, hinter allem Intrige und Verrat witternd, mindestens aber Zensur, unerschütterlich selbstbewusst („Von meinem zwölfseitigen Manuskript kann keine Zeile gekürzt werden“), den Fehler immer beim anderen suchend, extrem ignorant gegenüber hlz-inteams, in denen selten genug auf die Arbeitsbelastungen einer Feierabendredaktion ...

Ist gut jetzt. Ganz so schlimm ward Ihr auch wieder nicht. In den letzten zehn Jahren haben sich zumeist gute und fruchtbare Arbeitskontakte ergeben. Es gab im Impressum nicht genannte Mitarbeiter, ohne die die HLZ nicht hätte erscheinen können. Dank dafür. Meinen ewigen Traum, einmal wie in der „Titanic“ „Briefe an die Leser“ zu schreiben, schminke ich mir ab. Auch in der letzten HLZ, an der ich verantwortlich beteiligt bin. Es war die 111. Ausgabe seit 1976, in den Nach-Bistram-Zeiten.

Der neuen Redaktion wünsche ich zuverlässige und wenig neurotische Autor (inn)en. Und natürlich interessierte, solidarische und schreibende Leser. Zu denen werde ich mich nun gesellen.“

delo



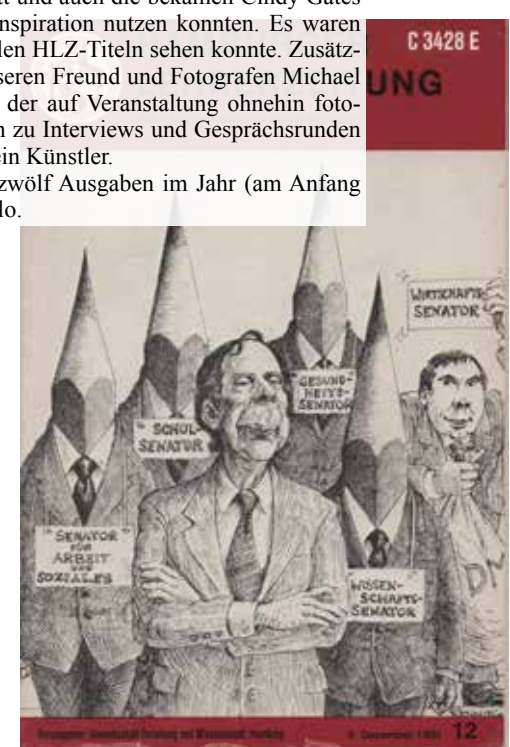
Volles Haus jeden Mittwoch in der HLZ-Redaktion!



Künstler in der Redaktion

Unser Redaktionsraum platzte zumeist aus allen Nähten. Jeden Mittwoch um 17:00 Uhr trafen sich fast 20 Personen, davon in der Regel drei Zeichner_innen. Das waren Till Schröder (oben re.), Cindy Gates und Claus Voss (oben li.). In der Hergenröder Redaktion arbeiteten wir auch zusammen mit dem Zeichner Gordon Rennie (unten re.). Der Komfort war, dass wir ihnen eingetroffene Artikel geben konnten mit der Bitte, sich dazu Zeichnungen zu überlegen. In der Regel hatten wir auch eine Idee für ein Thema für das Titelblatt und auch die bekamen Cindy Gates und die Zeichner, die sie für die Inspiration nutzen konnten. Es waren wirkliche Künstler, wie man an vielen HLZ-Titeln sehen konnte. Zusätzlich hatten wir die Möglichkeit, unseren Freund und Fotografen Michael Meyborg (unten li.) anzusprechen, der auf Veranstaltung ohnehin fotografierend anwesend war, aber auch zu Interviews und Gesprächsrunden mitkam und fotografierte. Auch er ein Künstler.

Stellvertretend für in der Regel zwölf Ausgaben im Jahr (am Anfang waren es 16) hier vier Beispiele: delo.



1986-1990

Brigitte Holstein

Die Kontinuität der hlz-Arbeit sollte gewahrt werden

Nach langen Überlegungen und Diskussionen innerhalb der HLZ-Redaktion wurde der Wunsch geäußert, dass ein Großteil der Redaktion zusammenbliebe und Brigitte Holstein für die Redaktionsleitung kandidieren sollte.

Sie wurde dann auf der LVV am 24.2.1986 gewählt, „um die bisherige Arbeit fortzusetzen.“ (HLZ.2/1986, S. 52) Das grafische Konzept blieb bestehen ebenso wie die Serie: „Schule unterm Hakenkreuz“, auch die gelben Seiten im Innenteil mit zumeist schulpraktischen Themen und die auflockernden Rubriken.

Die Arbeit der Redaktion lief produktiv weiter, wobei sich nach einiger Zeit Risse im Redaktionsteam ergaben. Es hatte intern immer wieder Diskussio-

nen und Auseinandersetzungen zum Konzept und zur Planungsarbeit der Redaktion gegeben. Auch die stets bestehenden Fragen zum Thema „Eigenständigkeit der Redaktion“ und „Kooperation mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der GEW“ spitzten sich zu. Bei den Diskussionen um den weiteren Kurs der GEW Hamburg polarisierten die leitenden HLZ-Redakteure, mit dem Ergebnis, dass auch intern heftig diskutiert wurde und sich im Laufe der Zeit die Redaktion „ausdünnte“. Und das in Zeiten

der zunehmenden GEW-Aktivitäten mit erfreulich öffentlicher Wahrnehmung.

Die HLZ-Redaktion befand sich auch in persönlich schwierigen Bedingungen, behielt zwar die drei Zeichner_innen in ihrem Kreis, hatte sich aber weitgehend auf wenige aktive Kolleg_innen einer Schule reduziert. Die Redaktion trat nach dem Aktionstag 4.10.1990 zurück, wo es der GEW gelang, im Bündnis mit der Hamburger Schüler_innenkammer und den Elternorganisationen eine spektakuläre Demon-



Erste Reihe von links: Cindy Gates, Evelin Moews, Bettina Pries, Hedda Steiner, Rolf Freitag, 2. Reihe: Benno Finkelmeyer, Peter May, Brigitte Holstein, Jürgen Naujoks, Detlef Zunker, Karl-Heinz Reinecke, 3. Reihe: Mathias Schildt, Till Schröder, Reiner Scholz, Jörn Tiedemann.

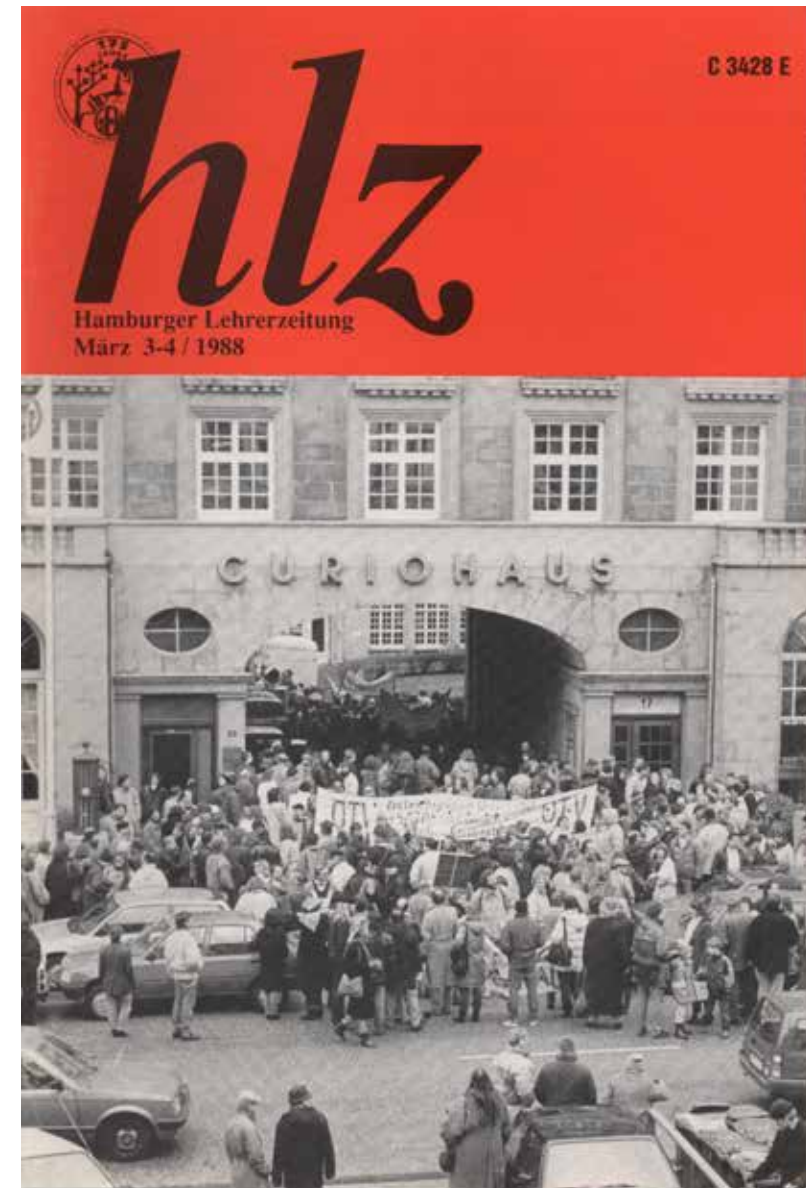
stration mit 40.000 Menschen zu organisieren die auf einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt ihre Forderungen präsentierten.

Die Auseinandersetzungen mit Brigitte Holstein und Jörn Tiedemann haben leider langjährige persönliche Freundschaften beendet und beide traten später sogar aus der GEW aus.

Nach einer kurzen Diskussion über die Gründe des Rücktritts in der HLZ wurde dafür geworben, sich für eine breit angelegte Redaktionsarbeit zu melden. Es fanden sich neue Kolleginnen zusammen, ergänzt durch vorher schon ausgeschiedene HLZ-Redakteure 1991 ging es weiter mit einer kommissarischen

HLZ-Redaktion und 1992 mit einer HLZ-Redaktion, für die die vorher schon kommissarisch tätigen Kollegen Frieder Bachteler und Jürgen Schlaflos als Redaktionsleiter von der LVV gewählt wurden, ohne Gegenstimme. (HLZ1/1992, S.10f.)

delo



25. Feb. 1988, 12 Uhr, Lehrer_innenstreik für AZV: Polizei sperrt die Rothenbaumchausee für den Autoverkehr. Viele Kolleg_innen kommen wegen Überfüllung nicht ins Curio-Haus rein, mit 3000 marschieren wir zum Senatsamt/Steckelhörn

Ringen um gewerkschaftliche Positionen

„Reformen“ und ein Spardiktat der Bildungsbehörde führten zu harten Auseinandersetzungen und zu einer Zerreißprobe innerhalb der GEW

Was für ein Wort: Schriftleiter! In der hlz selbst war es in jenen Jahren schon nicht mehr in Gebrauch, aber es geisterte weiterhin durch alle GEW-Dokumente und -Protokolle. Und noch so ein Wort: „Umbruch“ - klingt brutal, und ein bisschen war es auch so.

Redaktionssitzung war immer mittwochs ab 18 Uhr. Um alles passend zu machen, also die meist zu langen Artikel auf die Seiten zu bekommen, waren die wesentlichen Arbeitsmittel: Schere und Klebstoff, die zentrale Layouttechnik: Zeilen zählen und mit Buchstaben pro Zeile multiplizieren; aus den von der Setzerin schon mal ausgedruckten Artikeln mit der Schere Absätze herausschneiden, handschriftlich Übergänge formulieren, dann alles entsprechend zusammenkleben.

Bilder einzufügen war geradezu ein Kinderspiel, denn da sie eh nur Briefmarkengröße,

nämlich Spaltenbreite hatten, musste der Platzbedarf für einen Text nur um die entsprechende Zeilenzahl erhöht werden – oder es wurden eben nochmal einige Zeilen herausgeschnippelt. Und „schon“ stand die Seite Frieder Bachteler. Pro Ausgabe waren es sechzig, und es gab zehn Ausgaben pro Jahr.

In der Regel war es kurz vor Mitternacht, wenn die Ausgabe dann fertig war. Es kam der nächste Akt: Der zusammengeschnippelte und -geklebte Stapel musste zur Setzerei Dunz-Wolff in den Bunker auf dem Heiliggeistfeld gebracht werden, wo Setzerin Viola sich sofort an die Arbeit machte - sie war eine Nachteule, arbeitete immer vom Abend bis in den frühen Morgen und passte insofern perfekt zu unserer Feierabendredaktion.

Viola brachte die Texte erneut ins Reine - war gut gezählt worden und hatte man noch ein

bisschen Glück, dann passte nun alles. Bei der Schlussredaktion durch die Redaktionsleiter am anschließenden Wochenende gab es dennoch immer wieder böse Überraschungen und aller-

Themen 1991

- Schulzeitverkürzung: 12 vs. 13 Jahre
- Erzieher_innennotstand
- Integrationsklassen
- Schulentwicklung
- Frauenpolitische Thesen
- Golfkrieg
- Kienbaum-Gutachten: Vorschläge für Kürzungen im Bildungsbereich

hand auszubügeln.

Am Anfang jedenfalls war es so. Im Lauf der Jahre tauchte dann bei dem einen oder der anderen ein erster Computer auf, die Redaktion freilich besaß noch keinen. Und als echte Sensation bleibt mir in Erinnerung, dass einer der Zeichner, die Karikaturen für die hlz erstellten, eines Tages dazu überging, diese in die Setzerei zu „beamen“. Das war nun eine wirklich brandneue Technik - die digitale Übermittlung von Bildern!

Krise als Chance

Der Start der Redaktion, die im Januar 1991 die Arbeit aufnahm, war kein glücklicher. Die Vorgängerredaktion war im Unfrieden gegangen, zwischen ihr und dem Geschäftsführenden Ausschuss gingen Vorwürfe hin und her, die Redakteure und Redakteurinnen traten geschlossen

zurück, und Knall auf Fall stand die GEW ohne eine Redaktion für ihre Mitgliederzeitschrift da.

Bei einem Krisentreffen fand sich eine von der Motivation und vom Temperament wie vom gewerkschaftspolitischen Hintergrund her sehr heterogene Truppe zusammen, die als kommissarische Redaktion elf Ausgaben stemmte, bis dann im Dezember 1991 die beiden neuen „Schriftleiter“ von der LVV gewählt wurden.

Aber schon in ihrem „kommissarischen“ Jahr fehlte es der Redaktion nicht an dringlichen Themen. Ich möchte in den diesem Artikel beigefügten Kästen einige der zahllosen Themen anführen, die jeweils im betreffenden Jahr die GEW und damit die hlz-Redaktion beschäftigt haben. Es können dabei nur Themen und Stichworte genannt werden; die eingehende Lektüre des einen oder anderen Themenkomplexes in den alten hlz-Ausgaben lohnt aber die Mühe!

Es wird an dieser Zusammenstellung deutlich, dass es zum einen GEW – und somit hlz-Themen gibt, die sich in den 30 Jahren bis heute nicht erledigt haben – mit denen die GEW permanent zu tun hat und weiter zu tun haben wird; in erster Linie betrifft das Arbeitszeit- und Stellenprobleme sowie den Kampf

Themen 1992

- Berichtszeugnisse
- Streichung von „Entlastungsstunden“
- Darstellendes Spiel als Schulfach
- Integrierte HR-Schulen
- Schulautonomie
- Produktionsschule
- Container für Nicaragua

um Bildungsgerechtigkeit, aber auch Fragen der internationalen Solidarität.

Andererseits mag es für heutige GEW-Mitglieder überraschend sein festzustellen,



Frieder Bachteler

dass dies oder jenes, was ihnen selbstverständlich scheint, nicht „schon immer“ so war; die Schul- und Bildungslandschaft hat sich über die Jahrzehnte erheblich verändert, Errungenschaften mussten mühsam erkämpft werden, Rückschritte konnten längst nicht immer abgewehrt werden.

Spardiktat und Widerstand

Die dramatischste Zeit „unserer“ sieben Jahre Redaktionsarbeit waren sicherlich die Jahre 1994 und 1995. Bereits 1993 war bekannt geworden, dass Senat und Schulbehörde Sparmaßnahmen in bisher unbekanntem Ausmaß planten; im Gespräch waren Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Streichung der sogenannten Poolstunden, Nullrunde beim Gehalt, Erhöhung der Klassenfrequenzen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Etwa zur gleichen Zeit war in Schulen und in der GEW eine Debatte über Bildungsreformen, pädagogische Innovationen, neue Unterrichtsformen aufgekommen.

Zu Beginn des Jahres 1994 wurden die Senats- und Behördenpläne konkretisiert: Begrenzung der Schulbaukosten, Englisch in der Grundschule finanziert durch Umschichtungen, weniger Personal in Kitas und Schulen, Überprüfung von „teuren“ Systemen wie etwa Berufs-

vorbereitungsklassen, Kürzung der Gesamtschul-Ausstattung, Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichts durch Referendardarinnen. Alles in allem ergab sich ein „Paket“ von mehr als 1000 Lehrerstellen, die durch diese Maßnahmen eingespart werden sollten.

Es bestand Konsens in der GEW, dass man sich nicht auf Gespräche mit der Behörde darüber einlassen werde, wie vor dem Hintergrund dieser Sparmaßnahmen Schulentwicklung und pädagogische Reformen vorangetrieben werden könnten.

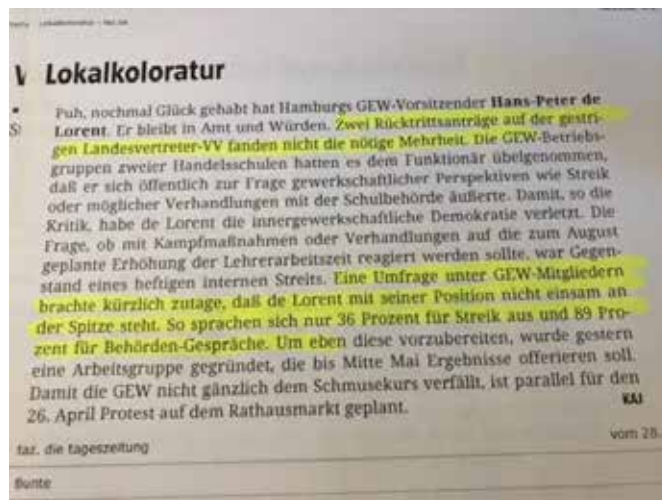
Am 27.4.1994, dem Beginn der Senatsberatungen über die

Themen 1993

- Jugendliche Flüchtlinge
- Frauenbeauftragte
- Profiloberstufe
- Krieg auf dem Balkan
- Integration beruflicher und allgemeiner Bildung
- Armut in Deutschland
- Aktion „Autofreie Schule“

Haushalte 1995-97, fand die vermutlich größte GEW-Demonstration aller Zeiten statt: Ab 11 Uhr wurden in den Schulen Schüler_innen- und Lehrer_innen-Versammlungen durchgeführt. Ab 11.30 Uhr traf man sich auf der Moorweide. Ab 12.30 Uhr zogen 60.000 Schüler_innen, Studierende und Pädagog_innen, letztere „entgegen der Anweisung der Behörde“ und „unter Verletzung der ihnen obliegenden Dienstverpflichtung“, in die Innenstadt.

Einen Aufruf Hamburger Schulleitungen mit u. a. den Forderungen „Keine Eingriffe in die Bedarfsgrundlagen bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an das Bildungswesen“ oder „Verbesserung der Ausbildungssituation für ReferendarInnen statt bedarfsdeckendem Unterricht“ unterzeichneten 496 Schulleitungsmitglieder.



taz vom 28.3.1995

Uneins...

Zu einer innergewerkschaftlichen Krise, die sich schnell zu einem „Kampf zweier Linien“ entwickelte, kam es dann, als der GEW-Vorsitzende Hans-Peter de

Themen 1994

- 60.000 beim GEW-Aktionstag 27.4.
- Bedarfsdeckender Unterricht für Referendar_innen
- Sparmaßnahmen im Hochschulsbereich
- Schule und Eltern
- Nicht nur Lehrer_innen in der GEW!
- Bremer Arbeitszeitmodell
- Richtungsstreit in der GEW

Lorent in einem Zeitungsinterview direkt nach einer LVV öffentlich deutlich machte, dass er den dort gefassten Beschluss – es ging eben um die Ablehnung von Verhandlungen mit der Schulbehörde über Schulentwicklung in Zeiten der Sparmaßnahmen - für falsch halte und dass er weiter für seine Position eintreten werde, also den LVV-Beschluss so nicht mittrage.

Die gesamte Auseinandersetzung soll hier nicht nachgezeichnet werden. Es kam zu heftigen Diskussionen in den GEW-Gremien, zu schweren Zerwürfnissen innerhalb der Führung der GEW und zu erbitterten Debatten auf vielen Seiten der hlz (nachzulesen im gesamten Jahrgang 1994). Langjährige politische Bündnisse und sogar Freundschaften zerbrachen, im Streit mit dem Vorsitzenden trat die Pressesprecherin Anna Ammon zurück, Beschlüsse der Gremien widersprachen sich teilweise, eine Mitgliederbefragung über Fragebogen wurde organisiert, wobei allein der Fragebogen Anlass für neue Kontroversen bot und seine Ergebnisse weder Klarheit über die Ziele noch eine eindeutige Auskunft über die Kampfbereitschaft der

Mitgliedschaft erbrachten.

Die GEW organisierte dennoch weitere öffentliche Protestaktion: „Über 5.000 LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern folgten am 26.4.1995 dem Aufruf der GEW, der Arbeitsgemeinschaft der Elternräte an Gesamtschulen (ARGE) und der SchülerInnenkammer, gegen die Senatspolitik des Bildungsabbaus zu protestieren“, berichtete die hlz 5/95. Gegen Kürzungen bei den Kindertagesstätten protestierten am 18.5.95 10.000 Demonstrationsteilnehmer_innen auf dem Rathausmarkt (hlz 6/95).

Auf der LVV vom 16.5.95 fand die erbitterte Debatte über die Frage „Trotz Sparmaßnahmen mit dem Senat verhandeln oder nicht?“ ihre Fortsetzung. Letztlich beschloss das Gremium, eventuelle Gespräch mit dem Senat erst nach Abschluss einer Mitgliederdiskussion und nicht vor November zu führen. Über Arbeitszeitmodelle sollte GEW-intern informiert und

Themen 1995

- Schulgesetznovellierung
- Umweltverträgliche Schule
- Volle Halbtagsgrundschule
- Neue Rechte
- Alternative Enquêtekommision
- Nach 14 Jahren Kampf gegen Berufsverbot: Erfolg beim europäischen Gerichtshof
- Kindertagesheime

diskutiert, aber nicht verhandelt werden. Der bedarfsdeckende Unterricht für Referendar_innen wurde weiterhin entschieden abgelehnt.

Die LVV vom 13.11.95 schließlich beschloss, dass für eventuelle Verhandlungen mit der Behörde vor allem gelten sollte: Keine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und keine weitere Verschlechterung der Lehrer-/Schüler-

Relation. Des Weiteren wurden Rahmenbedingungen für die Erprobung von Arbeitszeitmodellen festgelegt.

...in eine neue Ära

Die unterschiedlichen Formen von Arbeitszeitmodellen sowie die Diskussion über die Vor- und Nachteile des Pflichtstundenmodells gegenüber diesen Arbeitszeitmodellen – etwa die Chance

„Die Redaktion hat sich technisch verstärkt: Seit wenigen Tagen verfügen wir über ein Faxgerät!“ (hlz Jan. 94)

der stärkeren Anerkennung von bisher nicht beachteten Aspekten der Arbeit von Lehrkräften – bestimmten die Debatte in den Gremien und in der hlz in den folgenden Monaten. Zur Diskussion stand ebenfalls, und nicht zum ersten Mal, die unterschiedliche Pflichtstundenzahl von Gymnasial- und Haupt- und Realschulkolleg_innen, die etwa an Gesamtschulen zu ungerechten und offensichtlich widersinnigen Regelungen führte.

Ein Blick von 1995 nach vorn zeigt, dass an den Hamburger Schulen ein Arbeitszeitmodell eingeführt wurde, das neben einer gewissen Umverteilung spezieller Belastungen eine allgemeine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung mit sich brachte, und dass die Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendar_innen nicht verhindert werden konnte.

Die auf der LVV vom 15.4.1996 neu gewählte Vorsitzende Anna Ammon kritisierte in ihrer Vorstellungsrede noch einmal, dass durch die öffentliche Diskreditierung eines LVV-Beschlusses der GEW eine „strapaziöse Debatte“ aufgezwungen worden sei, wies aber zugleich auf die großen Leistungen ihres Vorgängers in der Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit hin und erklärte, dass die Diskussionen um die

Themen 1996

- Tribunal gegen die Flüchtlingspolitik Hamburgs
- Sabbatjahr-Regelung in Aussicht
- Gewalt an Schulen
- Öffentliche Armut - privater Reichtum
- 2000 Tage Gleichstellungsgesetz
- Schulen und Internet: Schulen ans Netz?
- Gründung der AG „Lesbisch-schwule GEW in Hamburg“

gewerkschaftliche Linie keineswegs abgeschlossen sei: „Wir befinden uns am Scheidepunkt derartiger gesellschaftlicher Umwälzungen, dass wir verpflichtet sind, um gewerkschaftliche Positionen zu ringen, sachlich und fair.“

An gesellschaftlichen Umwälzungen fehlt es bis heute nicht – das Ringen um gewerkschaftliche Positionen wird andauern müssen.

Frieder Bachteler, hlz-Redaktionsleiter 1991-97 1991-93 zusammen mit Jür-



Immer noch im Auftrag der GEW unterwegs: Fahrraddemo August 2021

gen Schlalos, 1994-97 zusammen mit Bernhard Nette

In der hlz-Redaktion waren von 1991-1997 die folgenden Kolleginnen und Kollegen durchgehend oder zeitweilig tätig:
Frieder Bachteler
Willi Bartels
Gabriele Brockmann
Helga Dörwald
Friedrich Großmann
Detlev Isterling
Hermann Kahle
Andreas Köpke
Peter Krug
Bärbel Lienau
Brigitte Moritz
Bernhard Nette
Karl-Heinz Reineke
Herbert Sass
Jürgen Schlalos
Matias Töpfer
Hans Tschirschnitz
Barbara Wischniewski

Karikaturen zeichneten:
Matthias Kunze
Corinna Paech
Gordon Rennie

Für die hlz fotografierte:
Michael Meyborg

Themen 1997

- Berufsbildungspolitik in der Krise
- 25 Jahre Radikalenerlass
- Projektlernen
- Schulentwicklung
- Demontage des Sozialstaats
- Hort und Schule
- Fächerübergreifender Unterricht

„Auf der Wochenendtagung haben wir schon festgestellt, daß wir nicht mehr diejenigen sind, die für alle inhaltlich die richtigen Schreiber sind. Junge GEW-Mitglieder müssen in der hlz-Arbeit mitmachen und irgendwann mal auch die ganze Redaktion übernehmen. Neben den beiden Pensionären sind wir nämlich zwischen 36 und 46 Jahre alt. Man stelle sich nur mal vor, in zehn Jahren wäre das zwischen 46 und 56 Jahren.“ (hlz-inteam 7-8/91)

hlz-Redakteur_innen zwischen 46 und 56 Jahren? So alt?? Unvorstellbar ...!

FRIEDER BACHTELER

Unten:
In prominenter Gesellschaft mit Anna Ammon und Ilona Wilhelm





Härteste Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen und auf die Lernbedingungen unserer SchülerInnen, so nannte Frieder Bachteler die Sparbeschlüsse des Hamburger Senats vor den Sommerferien (hlz 6/94, S. 9). Neben Mehrarbeit für LehrerInnen gehe es dem Senat um eine Abkehr von der Idee der Chancengleichheit, um Elitebildung. Über diesen Umbau unseres Bildungssystems hat Manfred Klingele (hlz 6/94, S. 40ff) einen lezenswerten Artikel vorgelegt.

Am 27. April 1994 haben 50.000 Menschen auf Hamburgs Straßen gegen den Bildungsabbau protestiert. Die GEW erklärte, sie werde nicht kampfflos hinnehmen, wenn die Arbeitszeit verlängert werde. Wo – so fragen wir uns – bleibt der Kampf?

Der Vorsitzende der GEW Hamburg, Hans Peter de Lorent (Delo), fand neulich ein neues Wort: Paradigmenwechsel. Ich hab im Lexikon nachgeschaut: »Paradigma (griech.)« ist ein Beispiel, ein Muster, ein Musterbeispiel. Dieses Wort synonym für politisches Denk- und Handlungsmuster benutzend, fordert Delo jetzt einen Richtungswechsel der GEW Hamburg: »Anstatt auf nicht zu gewinnende und somit perspektivlose Abwehrkämpfe zu setzen, sollten wir den Versuch machen, auszuloten, inwieweit auch die Verantwortlichen in der Schulbehörde tatsächlich bereit sind, sich auf einen solchen Paradigmenwechsel einzulassen.« »Solch Paradigmenwechsel« bedeutet bei Delo: weg von Ab-

wehr kämpfen und hin zu neuen LehrerInnen-Arbeitszeitmodellen und zur Autonomie der Schulen. Innere Schulreform also im Tausch gegen unsere Sparakzeptanz.

Nun hat selbstverständlich auch der GEW-Vorsitzende das Recht, seine Meinung zu ändern und dafür Mehrheiten in den Reihen der GEW zu suchen. Ob es aber nicht doch zu fintenreich war, daß die taz Delos neue Position am 27.8.1994 nach einem Hintergrundgespräch mit ihm bereits veröffentlichten konnte, bevor die überraschten GEW-Gremien auch nur Zeit hatten, im Lexikon nachzugucken, was Paradigmenwechsel eigentlich heißt?

Harte Worte fielen daraufhin in den führenden Gremien der Hamburger GEW, über die Sache und über den Stil.

Die hlz dokumentiert in dieser Ausgabe Standpunkte und Analy-

Bernhard Nette

Richtungswechsel?

sen. Es geht nicht nur einfach um »Schulreform statt Abwehrkampf«, wie die taz etwas plakativ titelte. Es geht vor allem um das Selbstverständnis von Gewerkschaften. Will die GEW den Kampf um unsere Rechte, aber auch um eine sozial gerechtere Gesellschaft aufgeben, um zu einem pädagogischen Reformzirkel, ja, zu einem Standesverein zu mutieren? Es geht aber auch um Kampfziele, um die eigene Kampfbereitschaft. Es geht um die Beurteilung der finanziellen Lage Hamburgs und das Senats-Sparpaket. Es geht um Bündnispartner und unsere Wirkung in der Öffentlichkeit.

Für die GEW geht es – seien wir ehrlich – um eine Zerreißprobe und um die Zukunft der Organisation. Diskutieren wir, streiten wir. Aber spalten wir nicht.

*

Nachtrag

Kurz nach den Ferien hockte der Geschäftsführende Ausschuß der GEW Hamburg einen langen Tag zusammen. Thema: Paradigmenwechsel. Während einer der raren Pausen bummelte ich über den Uni-Campus. Ich traf vor dem Abaton eine Studentin, die an unserer Schule ihr Praktikum gemacht hatte. Freudestrahlend erzählte sie, daß sie schwanger sei, gerade das Erste Staatsexamen abschließe, sie war vergnügt und voller Lebenslust. Referendariat in Hamburg oder in Hessen, wo ihr Freund arbeite, das wisse sie zwar noch nicht, aber wie aus GEW-Sicht die Hamburger Lage denn so sei für eine zukünftige Lehrerin? Sie lachte bei dem Gedanken, wie offen das Leben ist, und sie erwartete eine Antwort. Ich verrate nicht, was ich ihr erwiderte, aber: »Liebe junge, liebe zukünftige Kollegin«, hätte ich

antworten sollen. »die Pause ist gleich vorüber, ich muß zurück zu den anderen GEW-Menschen ins Curio-Haus, und dann knabbern wir weiter am Paradigmenwechsel. Über 1.000 LehrerInnenstellen sollen in den nächsten drei Jahren abgebaut werden, und wir streiten uns, ob es sich denn noch lohne, dagegen anzurennen. Junge Menschen werden arbeitslos, und deshalb betreiben wir Nabelschau und bereden mit roten Köpfen und grauen Haaren, wie wir wenigstens die Schule und unsere Arbeitsbedingungen in den Zeiten des Sparschweins reformieren können. Und das wird die Arbeitslosen freuen, und wenn du im Lexikon nachschaust, wirst du sehen: gleich nach »Paradigma« kommt das Wörtchen »paradox«, und das heißt an sich »widersinnig«, manchmal aber auch einfach »sonderbar.«

— AUS DER HLZ-WAHLPARTY —

Samstag, 20. September. Bernhard will morgen den Sekt mitbringen, Hermann die Schreibmaschine, Bärbel das Radio und Willi ein 20 Jahre altes TV-Gerät. Es geht um den Sonntag, an dem diese hlz fertig gemacht werden soll. Am 21.9.1997 ist mal wieder Schlußredaktion. Redlich werden wir uns im sonst völlig leeren Curio-Haus abmühen, Druckfehler zu finden – später wird man das Heft nur aufzuschlagen brauchen und mit einem Blick mindestens drei üble Trennungen pro Seite finden – und die letzten Kürzungen vorzunehmen an den heiligen Textlängen. Egon – um nur mal ein besonders produktives Beispiel zu nennen – kämpfte seit zwei Wochen wie ein Löwe um seine Anmerkungen, die zusammen allein eine hlz-Seite ausgemacht hätten, wenn wir sie nicht längst mit kühnen Zickzackstrichen weggepusht hätten. Insofern wird alles wie immer sein. Aber diesmal ist der Sonntag auch Wahltag. Jawohl, tout Hamburg wird morgen vor dem Fernseher hocken und sich über die PolitikerInnenprüche amüsieren, nur wir sollen arbeiten. Hart, aber ungerecht! Aber deswegen wird da ja noch, siehe oben, morgen der Sekt und das Radio sein. Wir wollen nämlich auch Wahlparty feiern.

Kurz nach mal vorher: Wer wird's werden? Willi versprach seit langem auszuwandern, wenn Frau Knipper neue Schulsenatorin

werden sollte. Bernhard bot jedem und jeder eine Wette an, daß Frau Raab es weiter treiben werde. Hermann schwankte, ob nun Delo oder vielleicht doch von Ilsemann oder etwa Didi Lemke, von dem in letzter Zeit so wenig zu hören war, und das sei immer gefährlich, obwohl er, Hermann, ansich der Pogo-Partei seine Gunst geschenkt habe. Und Bärbel warnte vor voreiligem und müßigen Gestocher in ungelegten Eiern, sowieso.

Schnitt. Jetzt ist Sonntag, es ist 19.00 Uhr, und flugs schalten wir in diesem Text um auf live aus dem großen hlz-Machersaal. Ab sofort hat das geneigte hlz-LeserInnenpublikum die einmalige, ja, geradezu die historische Chance zu erfahren, wie ein Teil ihrer Redaktionsliebliche bzw. -feinde auf die ersten Hochrechnungen und auf Ärmel-hoch!-Voscherau und auf Man-muß-die-Bürgerängsternstnehmen!-Krista und auf Jedem-Stadtteil-seine-Pinkelbude-oder-so-ähnlich!-Ole reagierten. Nämlich so:

19.00 Uhr: Eine nach dem anderen kommt rein und hat es schon im Autoradio gehört: Die DVU ist drin. KeineR hat mehr Lust, Witze zu machen. Der Sekt bleibt im Kühlschrank.

20.00 Uhr: Aus Bärbels Kofferradio kommt die Nachricht: Voscherau tritt zurück: »Meine Schmerzgrenze ist unterschritten. Meiner Heimatstadt wünsche ich Glück. Sie wird es brauchen.«

Henning rutschen die Metaphern weg, der CDU purzeln sie nur so zu: »Voscherau ist von der Fahne gegangen.« und »Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.« Hermann sagt: »Nach einem Wahlkampf – der streckenweise dümmere war als die New Yorker Polizei erlaubt, zieht der Bürgermeister die richtige Konsequenz.«

21.00 Uhr: DVU-Frey schwebt in Hamburg ein, fordert Polizeischutz an und tobt im CCH: »Ich weise Lügen zurück und bleibe auf dem Boden der Wahrheit.« So, wie er spricht, muß er die gesamten Kreidelfelsen von Rügen auf einmal verschluckt haben. Traudl ruft an und sagt, vor dem CCH bilde sich eine Protestdemo.

21.30 Uhr: Die Hochrechnungszahlen für die DVU gehen ganz langsam zurück und nähern sich der 4,9% Marke. Willi: »Jetzt kommt es nur noch auf Promille an.« Das ist das Stichwort. Wir holen den Sekt von der Tankstelle aus dem Kühlschrank. Der bessere von Bärbel bleibt drin, weil fast 10% der Wähler rechte Parteien gewählt haben.

22.00 Uhr: Wir sind mit dem Korrekturlesen fertig. Die DVU liegt bei 4,8%. Von Voscherau haben wir seit 20.00 Uhr nichts mehr gehört. Rittershaus ist auf dem Weg zu ihm: er will ihn trösten. Nun holen wir doch den zweiten, den besseren Sekt heraus.

Alle: »Und wer wird nun SchulsenatorIn?«

li, Nt, Ka, Wb

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Internet: <http://members.aol.com/>

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 44 73 49 (mittwochs ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Gunnel Haensel. Tel. 41 46 33-24 bzw. -0, Fax 44 08 77.

1997: Die hlz-Redaktion feiert auf ihrer Wahlparty die knappe (!) Niederlage der DVU. Aus: hlz 10/97, S. 55

1994: Paradigmenwechsel? In der Hamburger GEW tobt ein heftiger Richtungsstreit. Aus: hlz 9/94, S. 3

Mitternachtsspitzen

Nicht nur aufgrund der Arbeitszeiten der Redaktion ein treffender Titel



Bernhard Nette heute, Redaktionsleiter der hlz, von Heft 1/1994 bis 5/1997 zusammen mit Frieder Bachteler; von Heft 6/1997 bis 11/1997 ohne Frieder. Immer inmitten einer legendär gleichberechtigten und diskussionsbereiten Redaktion mit Willi Bartels, Helga Dörwald, Detlev Isterling, Andreas Köpke, Bärbel Lienau, Matias Töpfer, Hans Tschirnschitz, dazu die Zeichnerin Clara (Corinna Pelch) und der Fotograf Michael Meyborg (Signum). Später kamen noch Britta Erhardt, Eyke Greve und Ulf Leuhn dazu. (Anmerkung der Redaktion: Laut Impressum waren ab hlz 11/1997, auch Michael Kratz und Manni Heede dabei.)

Bei vielen Leserinnen und Lesern in der GEW und in der Behörde waren meine scharfzüngigen hlz-Glossen unbeliebt. Der damalige GEW-Vorsitzende Hans-Peter de Lorent fand meine Texte „niveaulos und einseitig“. Viele andere freilich warteten schon darauf. Wie dem auch sei, es waren bildungs- und finanzpolitisch wilde Zeiten mit besonders erbitterten Richtungs-

kämpfen innerhalb der Hamburger GEW. Die auf den nächsten Seiten abgedruckten Faksimiles einiger Glossen aus meiner Feder sind heute nur noch ein fernes Echo jener Auseinandersetzungen. Freilich habe viele Themen und Probleme, die die gegenwärtig aktiven Kolleginnen und Kollegen beschäftigen, in der damaligen Zeit ihren Ursprung.

Es folgt in loser Reihe eine kleine Auswahl von hlz-Splittern aus einer längst vergangenen Epoche. Was waren die Themen in den 1990er Jahren? Sparmaßnahmen der damaligen Bildungssenatorin Rosemarie Raab, Einführung des bedarfsdeckenden Unterrichts für Referendarinnen und Referendare, riesige Bildungs-Demos, Krieg der Nato gegen Serbien, Streit über die richtige Antwort auf die Sparmaßnahmen, Stichworte: „Paradigmenwechsel“, so de Lorent, oder „Kämpfe und Visionen“, so

Anna Ammann, seine Stellvertreterin und Nachfolgerin als GEW-Vorsitzende. Delo möge zurücktreten, meinte Anna; wieso, fragte Delo, irgendwas müsse doch auch von der Lehrerschaft im Kampf gegen die Hamburgische Schuldenflut beigesteuert werden. Abwehrkampf also oder zähneknirschende Akzeptanz? Weiter: „selbstverwaltete Schule“ (Stichwort Autonomie),

ein bewusst dilettantischer (?) Fragebogen für die GEW-Mitgliedschaft, neues Arbeitszeitmodell – Delo: das „dänische Modell“ sei ein „neuer strategischer Ansatz“. Anna: „Nein!“. Dazu Arbeit mit Mädchen in den Schulen, Wehrmachaussstellung, volle Halbtageschule, keine Neueinstellungen für 30.000 neue Schülerinnen und Schüler bis 2005! Würden wirklich bald 17.000 Kinder in der Luft hängen und nicht nur allegorisch von der GEW auf dem Rathausmarkt arrangiert? Weiter: Abbau von Verwaltungs- und Koordinationsstunden, Kürzungen im Kita-Bereich, umstrittene Lehrerbedarfsrechnungen, Verlässliche Halbtagsgrundschule, Frühpensionierungen, Rechtschreibreform, Vorschulen, „LAU“, geplatztes Bündnis für Ausbildung, Oberstufenreform der KMK, Zwangsteilzeit, Dreigliedrigkeit, erster Angriff auf die Gesamtschulen. Und immer dabei Ilona Wilhelm, blitzgescheit und quecksilbrig, die beste Pressesprecherin, die die GEW Hamburg je hatte.

Aber auch das: Die Lübecker Brandnacht! Es waren nicht die ausländischen Flüchtlinge selber, Dummkopf, es waren Neonazis aus Meck-Pom.

Viel zu früh starben Jan Schwarz (1996) und Udo Wibben (1997). An sie werden sich alle, die damals für die GEW und die Personalräte und in der Behörde Verantwortung trugen, schmerzlich erinnern.

Der kurze Rückblick auf fast vier Jahre hlz endet anlässlich der Bürgerschaftswahl 1997 mit: „Aus der hlz-Wahlparty“. Versöhnlich, versteht sich.

BERNHARD NETTE

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung untersagt der GEW etwas. Was fällt uns dazu ein? Der Mond ist eine Scheibe, die Sonne kreist um die Erde, Kolumbus hat Indien auf dem Seeweg erreicht und die Behörde untersagt der Hamburger Bildungsgewerkschaft lästerliche Aufrufe. Da sind wir denn doch ziemlich erstaunt und – Verzeihung, Herr Franck, der Sie das Behördenpapier unterzeichnet haben – amüsiert. Mit einem gewissen Gefühl des déjà-vu, um nicht zu sagen mit einem gewissen geschichtseligen Erinnern an frühere pickelhäubig-deutsche Verwaltungsjuristen lesen wir Dröhnendes und – ach – nur Allzubekanntes wie »obliegende Dienstverpflichtungen« oder »entgegen der angeführten Anweisungen der Behörde« oder »die sofortige Vollziehung« und das so bekannte, das scheinanfte, das mit der angemessenen Autorität: »wird angeordnet«.

Worum es geht? Unter »Betr.: »Aktionstag« am 27.4.1994« erhielt die GEW am 21.4.1994 einen Brief von der Rechtsabteilung der Behörde, in der diese der GEW untersagt, (=hiermit!), die LehrerInnen zur Teilnahme an dem Aktionstag aufzurufen. Wenn nicht gehorcht würde: Zwangsgeld von DM 50.000,-! Tja, welches Jahr schreiben wir eigentlich?

Es ist das Jahr, in dem ungestraft – nein! – in dem bei Strafe des Sich-Lächerlich-Machens der Aufruf zur Teilnahme an einer 12.00-Uhr-Demonstration gegen Bildungsabbau eine »Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« genannt wird, weil die »Schüler ... bei einem Unterrichtsausfall sich selbst überlassen wären«, während gleichzeitig Senat und Behörde den permanenten Unterrichtsausfall größtmöglich erweitern wollen. Es ist das Jahr, in dem der Aufruf der GEW ungestraft zur »Verletzung der Rechte von Eltern und Schülern« umgelogen werden kann, während gleichzeitig Senat und Behörde Sprenglöcher in die Fundamente eines Bildungswesens für alle und ohne Ansehen von Papas Geldbörse bohren. »Haltet den Dieb!« rufen die Rechtsabteilung dieser Behörde und ihre Auftraggeber im Hamburger Rathaus. Und was sie alles verbieten wollen in ihrer gemühtlichen Obrigkeitstrottelei: LehrerInnen dürfen nicht einmal die Stunden ver-

Gelächter

legen, die am Aktionstag ausfallen würden, »um eine Teilnahme am »Aktionstag« zu ermöglichen«! Was, so fragt sich selbst der untertänigste Untertan, hat das denn noch mit Verhindern von Unterrichtsausfall am 27.4.1994 zu tun? Oder dies nun: Es wird angewiesen, daß »alle Lehrerinnen und Lehrer während ihrer im Stundenplan vorgesehenen Stunden in der Schule verbleiben« sollen. (Wunderschön, dieses »verbleiben«!) Und wenn gar keine SchülerInnen mehr da sind? Macht nichts, es wird dageblieben! Und dürfen gehorsame Staatsdiener wenigstens die an diesem Tag stark geschrumpften Klassen zusammensetzen, damit zumindest einige an der Demonstration... Halt!!! Ist verboten.

Warum nur werden Dusseligkeiten, die sich schon einmal als solche herausgestellt haben, immer wieder hervorgekramt und wie Hundeschiet breitgetreten? Ach, ihr lieben Menschen in der Hamburger Straße und im Hamburger Rathaus, wißt Ihr denn gar nicht, daß es nichts Schlimmeres gibt, als sich für die Erinnerung der Menschen unsterblich zu blamieren? Denn gerade das, worü-

ber wir alle herzlich lachen können, vergessen wir nie mehr. Mal ehrlich, was fällt Euch denn so spontan bei dem Namen von Günther Willrodt ein? Gib es zu, Peter Daschner, der Du ja schlauserweise diesen neuen Brief nicht unterzeichnet hast, auch Du grinst und sagst, leise, wenn gerade mal niemand zuhört, das war doch doch mit der schriftlichen Anweisung vor leeren Bänken zu unterrichten. Und nun dasselbe noch mal! Und war's schon beim ersten Mal keine Tragödie, so ist's diesmal nur die billige Kopie einer Farce. Gibt es Schlimmeres für das kollektive Gedächtnis der Hamburger Bildungs-

landschaft? Der Behördenbrief erinnert an eine Karikatur von Heartfield aus dem Jahre 1932: Brüning, damals Reichskanzler, steht mit Cut und aufgekrempten nadelgestreiften Hosenbeinen auf einem Steinklotz am Meer, eine Schöpfkelle in der Hand, Unterschrift: Mein Gott, Brüning, was machen Sie denn da? »Ich versuche den roten Sumpf trockenenzulegen.« Am 27.4.1994 strömten jedenfalls aus dem Dammtorbahnhof immer neue und immer mehr SchülerInnen und LehrerInnen und Eltern auf die Straße in den Sonnenschein, und es wollte alles gar kein Ende nehmen. Und auf der Dag-Hammarskjöld-Brücke stehend, den Demonstrationszug unter und vor und hinter mir beobachtend, stellte ich mir einen Augenblick Herrn Franck und Herrn Daschner und Frau Raab vor, auch stehend auf der Dag-Hammarskjöld-Brücke, auch herabblickend auf die winkenden Menschen, und auf einen Raab'schen Wink hin holt Herr Franck einen leicht zerknitterten Brief heraus und ruft – doing his very best – den Menschen zu: »Die Behörde für Schule und Jugend und Berufsbildung untersagt Ihnen, ...«. Siehste! Jetzt haben alle gelacht.

BERNHARD NETTE

„Jetzt erst recht!“ Demo gegen Sparen in der Bildung am 27. April 1994 und die Behörde verbietet Teilnahme.
Aus: hlz 5/94, S. 14

Rebellion ist gerechtfertigt

Die Redaktionsleitung der hz war einer der arbeitsintensivsten, aber auch interessantesten ehrenamtlichen Posten, die die Hamburger GEW zu vergeben hatte

Als wir auf der LVV im November 1997 als neue Redaktionsleitung gewählt wurden, hatte die GEW gerade einige turbulente Jahre hinter sich mit teils heftigen Kontroversen auch in der hz-Redaktion. Das konnte auch nicht anders sein. Die hz unterschied sich nach unserer Wahrnehmung von manchen anderen Landeszeitungen nicht nur durch ihr drolliges DIN A5-Format, sondern auch dadurch, dass sie einerseits Organ der Gewerkschaft war, aber ebenso streitbare Mitgestalterin der Gewerkschaftspolitik. Das war auch unser Verständnis. Und natürlich sollte die Zeitung informativ sein, über den Tellerrand gucken, wenn's geht, spannend sein und gut lesbar und ja: auch unterhaltsam.

Dass wir es in unserer Zeit innerhalb der Redaktion dann weniger turbulent hatten, mag zum Teil am Naturell der Beteiligten gelegen haben – zum ändern aber war nach der Bürgerschafts-

wahl 1997 auch die "Feindlage" übersichtlicher. Rot-grün unter Ortwin Runde und Krista Sager stellten den Senat.

Zwei Besonderheiten wies die neu zusammengestellte Redaktion auf. Mit 10 neuen Kolleg_innen und vier Kollegen, die schon länger dabei waren, war es die zahlenmäßig stärkste hz-Mannschaft seit langem. Und die Grundschulpädagog_innen stellten die größte Gruppe. Das gab es vorher noch nie und war vielleicht auch dem Umstand geschuldet, dass Grundschulthemen wie die Integration in den 90er Jahren Konjunktur hatten. Die hz-Redaktion war wohl eine der arbeitsintensivsten ehrenamtlichen Gruppierungen in der Hamburger GEW, von einer geringen GEW-finanzierten Freistellung für die Redaktionsleitung abgesehen. Kaum vorstellbar, dass sich bei der ständig steigenden Arbeitsbelastung der letzten zwanzig Jahre und dem geänderten Berufsbild heu-

te noch 14 Kolleg_innen finden könnten, die die Zeit und das politische Verständnis von ihrem Beruf haben, um nach Feierabend eine Zeitung zu machen.

Als eine nicht unwichtige Aufgabe zum Start der neuen Redaktion sahen wir eine Verbesserung des in den Vorjahren eher durchwachsenen Betriebsklimas. Wir bemühten uns um eine weitestgehende Demokratisierung der Redaktionsarbeit, bei Planung, Schwerpunkten, Artikeln und Gestaltung der jeweiligen Ausgabe, die für alle immer transparent und diskutierbar sein sollten. Bei Letztverantwortung der Redaktionsleiter, die – selten – am Telefon mit der GEW-Chefetage über einen Beitrag diskutieren mussten.

Unabhängig vom immer noch ziemlich „vorsintflutlichen“ technischen Ablauf hatte die Produktionsweise der hz in der Erstellung einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Wir konnten bis zum letzten Schliff in der Setzerei am darauffolgenden Montag noch Korrekturen und Ergänzungen machen und gegebenenfalls sogar noch ganze Artikel einsetzen. Die Zeitung ging dann in den Druck und war fünf Tage später bei den Leser_innen. Das heißt, die hz konnte im Vergleich zu anderen Landeszeitungen ziemlich aktuell sein. Und das fanden wir besonders in den ereignisreichen Jahren Ende der 90er nicht unwichtig – mit einer „zeitnahen“ Berichterstattung über die Ankündigungen drastischer Sparmaßnahmen durch die Bildungsbehörde und die zahlreichen GEW-Aktionen, Streiks und Demos dagegen. Pläne, die

hz aus Kostengründen wie manche anderen Landeszeitungen als Einlage der E&W zu drucken und zu verschicken, konnten wir abwenden. Dann wären zwischen Erstellung und Erscheinen ungefähr drei Wochen vergangen. Wir waren manchmal schneller als die Wochenblätter.

Angesichts von 100 Jahren hz waren wir vorüberhuschende Passanten in der hz-Redaktion, immerhin Zeugen der Zeitenwende von 2000. Wir, Hermann und Willi, betreuten gut dreißig hz-Nummern von Nr. 12/1997 bis Nr. 12/2000.

Sparorgie ohne absehbares Ende

Das große Sparen im Schulwesen begann unter der SPD-Schulsenatorin Rosemarie Raab Ende der 80er Jahre und setzte sich über 7 Legislaturperioden mit den nachfolgenden Schulsenatoren fort: Ute Pape (SPD) mit einer kurzen Dienstzeit, dem Konteradmiral Lange (FDP), dann dem Interims-Senator Soltau (FDP) und Dinges-Dierig (CDU). Die 90er Jahre waren das Protestjahrzehnt gegen diese erbarmungslose, scheinbar alternativlose Sparorgie in der Bildungspolitik. Schon im Jahr 1994 protestierten als Reaktion darauf am 27. April ab 11.30 auf der Moorweide 60 000 Schüler_innen, Studierende, Eltern und Lehrer_innen unter der ironischen Parole: „Schafft die Schule ab – Die kostet nur Geld!“.

Die GEW errechnete für das Schuljahr 98/99 eine zweiprozentige Unterversorgung von 13 500 Schüler_innen mit Lehrkräften. Schulsenatorin Raab rechtfertigte sich in einem Interview in der Aprilnummer 98 der hz für diese Sparpolitik. Das achtprozentige Sparpaket der Schulsenatorin vom März 1998, die Unterversorgung der Schüler_innen mit Unterrichtsstunden, die Frequenzerhöhung in den Klassen, die ¼ Zwangszeit für Neueingestellte im



Foto: hz / Auf der Streikversammlung für die Wiedereinführung der Altersentlastung im Jahr 2009

... Willi Bartels die Redaktionsleitung

Angestelltenverhältnis, die Angleichung der Unterrichtsverpflichtungen der Gym-Lehrer_innen an die der Haupt- und Realschullehrer_innen auf 26 Stunden und die Streichung der Altersentlastung für die Lehrkräfte brachte das Fass zum Überlaufen. Das Jahr 1998 war das Jahr mit den größten und ausdauerndsten Massenprotesten in der Hamburger Schulgeschichte.

Am 28.5.1998 kam es zum Aufbäumen gegen diese Sparorgie. 80 000 Schüler_innen aller Altersstufen mit ihren Eltern und Lehrer_innen versammelten sich ab 11.00 auf der Moorweide nach der 4. Unterrichtsstunde. Diese Demo toppte noch den Protest vom April 1994. Es war die größte Demonstration im Bildungsbereich in der Hamburger Geschichte.

Viele fantasiereiche Aktionen hatten im Vorfeld diese Massenkundgebung vom 28.5. vorbereitet.

hz-Schlagzeilen

4/98 Rot-grün steigt aus der Bildung aus. Gute Nacht Hamburg!
5/98 Gegen Bildungsabbau – Aktionstag 28.5.98
1/99 Rekorddemo der SchülerInnen – 168 Stunden Stafettenlauf
4/99 Visionen entwickeln – Bildungskongress der GEW Hamburg
5/99 Arbeitszeit – Neue Steuerungsmodelle
5/00 Arbeitsniederlegung beschlossen am 6.7.
7/00 Junge einstellen – Alte entlasten
10/00 Gesamtschule – wie weiter?

Am 29.4.1998 wurde publikumswirksam das Schiffmodell der „Bildungs-Titanic“ in der Binnenalster bei der Reesendambrücke in Sichtweite des Rathauses versenkt.

In den Wanten des Museumssegelschiffes Rickmer-Rickmers im Hafen wurde am 3.3.1998 ein riesiges Spruchbanner entrollt „Willkommen in der Bildungsfreien und Hansestadt Hamburg“. In der Hamburger Straße an der Außenfassade wurde ein weiteres Spruchbanner enthüllt „Rot-grün steigt aus der Bildung aus. Gute Nacht Hamburg“. Vier Titelbilder von diesen Aktionen zierte 1998 die hz. Es gab Schlagzeilen wie „Unruhe in der Stadt“ und „GEW goes Greenpeace – The Show goes on“. Bildunterschriften wie „Brutal gerammt vom rot-grünen Eisberg sinkt die Hamburger Bildungstitanic“ prägten die Artikel.

Die Gesamtschüler_innen legten in ihrem Widerstand am 19.11. 98 noch einmal nach und



Hermann Kahle übernimmt mit ...

strömten mit 3000 Schüler_innen unter dem Motto „Gesamtschule verteidigen – Gegen rot-grüne Kahlschlagpolitik“ vor der SPD-Zentrale im Kurt-Schumacher-Haus zusammen. Die damalige Sprecherin der Schüler_innenkammer Julia Liedtke kritisierte die Einsparung von 900 Lehrstellen für die nächsten drei Jahre und die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit scharf.

Die Lehrer_innen zogen am 9.12.98 als Weihnachtsmänner verkleidet vor die Hamburger Schulbehörde unter dem Motto „Ruten für Frau Raab“. Das Anliegen wurde vor dem Eingang der Schulbehörde vom leitenden Oberschulrat Schmitz abgewimmelt.

Die Schüler_innenkammer gab keine Ruhe. Sie organisierte noch im Dezember die längste Demo für das Guinness-Buch der Rekorde: Sieben Tage, 24 Stunden am Tag, 168 Stunden lang eine Dauer-Demo vom 14 bis 21 Dezember 1998 als Staffettenlauf zwischen Schulbehörde und Rathaus. Mit Feuereifer unter dem Motto „Schule in Not- 168 Stunden gegen den Bildungsabbau“ hielten die Schüler_innen die Aktion durch.

Aufregende Zeiten damals! Es hat Spaß gemacht – die hlz Redaktion war immer live und aktuell dabei.

Hat der Massenprotest etwas

gebracht? Nicht viel! Vom Senat und der Schulbehörde wurde der Widerstand ignoriert und ausgesessen. Die GEW-Mitglieder der grünen Fraktion in der Bürgerschaft Hans-Peter de Lorent und Christa Goetsch, die spätere Schulsenatorin im grün-schwarzen Senat unter Ole von Beust, äußerten zwar Verständnis in dem hlz-Interview 11/99 für die Proteste, aber sie reihten sich ein in den Fraktionszwang des rot-grünen Bündnisses in der Bürgerschaft für das Sparen. Sie nahmen für sich in Anspruch, die Sparquote gemildert zu haben. Die angekündigten Kürzungen von 900 Lehrstellen wurden auf 600 reduziert und auf die Streichung der Altersermäßigung für Kolleg_innen wurde vorerst verzichtet, um sie dann 2000 anzuordnen.

Ging es der GEW, die Aufhebung der Altersermäßigung und eine Erhöhung der Arbeitszeit der Gymnasiallehrer_innen von 23 auf 26 Stunden zu verhindern, so kam die Schulbehörde unter Führung des leitenden Oberschulrates Schmitz mit einer neuen Idee um die Ecke: das berüchtigte Arbeitszeitmodell, unter dem die Hamburger Lehrerschaft heute noch leidet. Für die minutengenaue Abrechnung der Lehrerarbeitszeit wollte die Behörde die GEW einspannen. Die GEW wurde aufgefordert,

Schulen ausfindig zu machen, die das Modell als Versuch zunächst freiwillig ausprobieren sollten.

Am 27./28.9.99 fand eine zweitägige Fachtagung der Schulbehörde über „Neue Wege in der Arbeitszeitberechnung – Fluch oder Segen?“ statt. In der Abschlussveranstaltung im Fishbowl-Format prallten die Positionen unter den 300 Teilnehmenden aus der Behörde, aus Schulleitungen, aus den Kammern und von GEW-Vertreter_innen unversöhnlich aufeinander. Die Behördenvertreter behaupteten die Existenz einer Gerechtigkeitslücke in der unterschiedlichen Belastung von Kolleg_innen in den Fächern Kunst, Sport und den korrekturintensiven Hauptfächern. Die GEW lehnte das AZM ab. Daraufhin verschwand das Lehrerarbeitszeitmodell zunächst bis 2003 in der Schublade der Behörde. Die September- und Oktobernummern 1999 der hlz berichteten ausführlich.

Welch ein Pyrrhus-Sieg! 2003 wurde das Lehrerarbeitszeitmodell vom FDP-Schulsenator Lange in dem CDU-Schill-FDP-Senat unter Ole von Beust aus der Schublade gezaubert. Nun wurde es topdown mit wesentlich schlechteren Faktoren im Vergleich zu 1999 durchgesetzt. Durch die Einführung des Arbeitszeitmodells wurden rund 1000 Lehrstellen eingespart. Eine tiefe Zäsur für die GEW-Hamburg, die bis heute andauert. Fortan herrscht tiefes Misstrauen zwischen GEW und Behörde. Der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements für gewerkschaftliche Arbeit ist u. a. in der hohen Arbeitsbelastung mit 48 Wochenarbeitsstunden seit im AZM von 2003 begründet.

Im Juni 2000 eskalierten die Auseinandersetzungen mit der neuen SPD-Schulsenatorin Ute Papa erneut, um die wiederholt angekündigte Streichung der Altersentlastung für Kolleg_innen

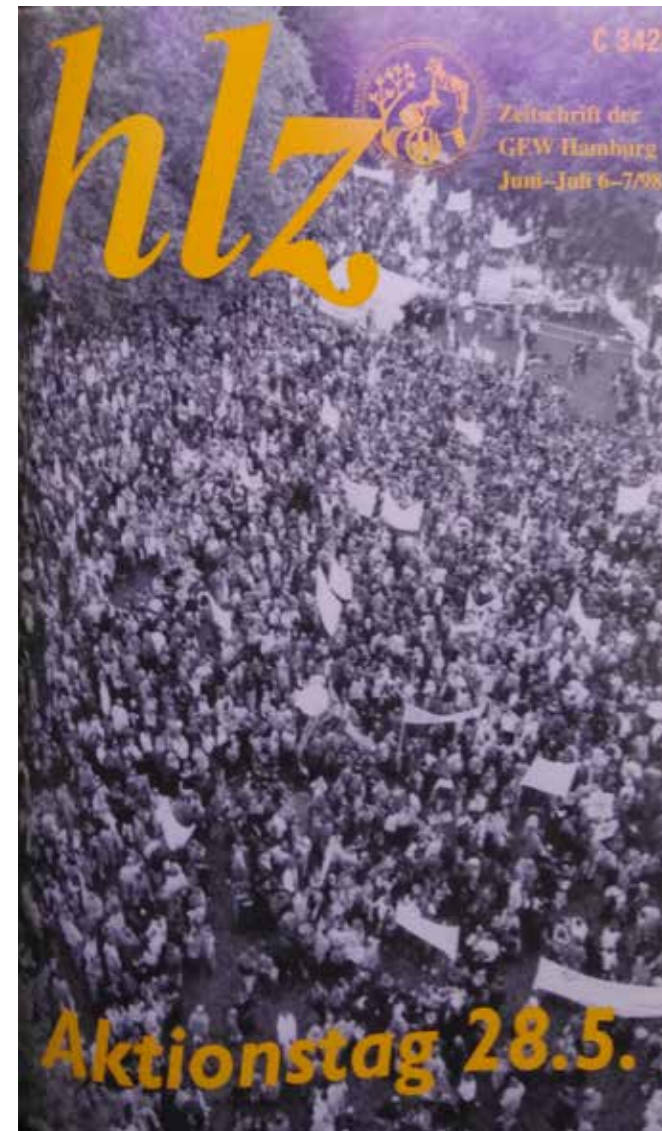
ab 55 und 60. Es kam am 6.7.2000 ab 12.00 zu einer Arbeitsniederlegung, an der sich 3000 überwiegend verbeamtete Kolleg_innen trotz Verbotes durch die Schulbehörde unter der Forderung: „Junge einstellen - Alte entlasten“ auf dem Rathausmarkt beteiligten. SPD-Schulsenatorin Ute Pape und Bürgermeister Ortwin Runde blieben stur und verfügten die Streichung der Altersermäßigung mit Beginn des Schuljahres 2000/2001.

Reform: Integrative Regelklassen in den Grundschulen

Ein Grundschulthema in diesen Jahren war die Zukunft der Integrativen Regelschulen (IR). Die hlz schrieb: „Der Schulversuch IR ist eine Reform, die von vielen Kolleg_innen aus Überzeugung mitgetragen und vorangetrieben wird.“ Eine Besonderheit: Die vornehmlich an „sozialen Brennpunktschulen“ eingerichteten IR-Klassen wurden mit Personal (1/2 Sonderpädagog_in- bzw. Erzieher_innen pro Klasse) und Fortbildungsstunden vergleichsweise gut ausgestattet und es wurden keine I-Kinder etikettiert. Man ging von der Heterogenität einer Klasse aus, die förderbedürftige Kinder mit einschloss. Die Nichtetikettierung sorgte vor allem bei der CDU und beim Rechnungshof für heftige Kritik. Sie forderten die Beendigung des Modells. Aber auch die SPD verfolgte nach ihrer „empirischen Wende in der Bildungspolitik“ diesen Versuch nur noch halbherzig und verschob die Durchsetzung des Modells immer wieder. Auf einer GEW-Fachtagung wurde die Umwandlung des Versuchs in den Regelstatus gefordert und es bildete sich die AG Integration. Nach der Bürgerschaftswahl 2001 ging der Streit für IR unter „Schwarz-Schill“ weiter.

Gesamtschule am Ende?

Ein weiteres Thema plöpte



1998 – 80 000 auf der Moorweide gegen die Sparpolitik des Senats

im Jahre 2000 in allen hlz-Nummern der Jahrtausend-Wende auf: 30 Jahre Gesamtschule – wie weiter? Hat sie ihren Zenit überschritten? Schon im Jahr 1978 hatte sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der FDP von der Durchsetzung der Gesamtschule als Regelschule in Hamburg verabschiedet. Dennoch gelang der Gesamtschulbewegung ab 1980 über das im Schulgesetz verankerte Elternwahlrecht, viele Schulen zu

Gesamtschulen umzuwandeln. Viele aktive Elterninitiativen erreichten es, Gesamtschulen in allen Stadtteilen Hamburgs zu gründen. Die Anzahl der Gesamtschulen stieg von 4 Versuchsschulen in den 70er Jahren auf über 30. Aber die Konkurrenz, das Gymnasium, behauptete sich durch eben das gleiche Elternwahlrecht mit mehr als 50 Prozent Anmeldungen von Schüler_innen in den fünften Klassen durch ihre Eltern. Die Zahl der





Aktion auf der Alster 1998

Haupt- und Realschulen sank kontinuierlich. Die ersten Gesamtschulen, Bruno Tesch in Altona und Grellkamp in Langenhorn, erreichten in mehreren Schuljahren hintereinander nicht die von der Behörde verlangte Dreizügigkeit in der 5.Klasse. Sie waren die ersten Schulen, die von der Schließung bedroht waren.

Die CDU begann schon in den 80er Jahren ihre Kampagne gegen die Gesamtschulen. Die CDU behauptete, die Gesamtschule sei im Vergleich zum Gymnasium und zu den Haupt- und Realschulen zu gut ausgestattet. Im Jahr 2000 hatte die CDU Erfolg: Der rot-grüne Senat änderte das Schulgesetz, das sicherstellen sollte, dass die Gesamtschulen wegen ihrer besonderen Aufgabe – der sozialen Integration von benachteiligten Schülerschichten, angemessen (besser) ausgestattet werden müssen. Der scheidende Oberschulrat der Gesamtschulab-

teilung Riekmann wies wehmütig in seinem Interview in der hLz 5-2000 darauf hin, dass das Elternwahlrecht sich gegen die Gesamtschule auswirke. Er führte aus: „... Eltern mögen theoretisch für Integration sein, wenn es aber um das eigene leistungsstarke Kind geht, entscheiden sich viele nicht für den sozialerzieherisch wertvolleren Weg über die Gesamtschulen.“ Besser konnte nach 30 Jahren das Scheitern der Gesamtschulbewegung nicht zusammengefasst werden. An dieser

sozialen Schranke scheiterten dann in den folgenden Jahren die Volksinitiative „Eine Schule für Alle“ und das Referendum für die sechsjährige Primarschule, angeschoben von der grünen



Willi plädiert für die Durchführung eines Russell-Tribunals gegen Rüstungsexporte auf dem Gewerkschaftstag am 25.4. d.J.

Schulsenatorin Christa Goetsch in der grün-schwarzen Koalition. Eine Einheitsschule für alle Bevölkerungsschichten will in Deutschland seit 1848 nicht gelingen. Die Namenskreationen für das gegliederte Schulwesen in Deutschland scheinen unerschöpflich. In dem ersten Jahrgang der hLz von 1922 gab es die Volksschule, die Aufbauschule, die Realschule, die Oberschule, das Gymnasium – die Oberschule. In Hamburg existierten 2022 fast gleich viele Schularten: die Grundschulen, die RBBZen, die Stadtteilschulen, die Gymnasien und demnächst neugebaute Campusschulen. Seit geraumer Zeit unter SPD-Schulsenator Rabe herrscht „Schulfrieden“ und wir Pensionär_innen haben die gescheiterte Schulreform mit in den Ruhestand genommen.

War sonst noch was in unserer Redaktionszeit? Der Blick über den Tellerrand

Am 18./19. Mai 1999 wurde auf dem bundesweiten Gewerkschaftstag der GEW in Würzburg die Neustrukturierung vieler Einzelgewerkschaften unter dem Dach der späteren ver.di heftig debattiert. Die hLz 6/99 berichtete unter der Schlagzeile „Quadratur des Kreises“. Die GEW lehnte den Beitritt zu ver.di ab.

In der gleichen Nummer wurde der sofortige Stopp der Nato-Bombardierung im Kosovokrieg gefordert. Die Bundeswehr mischte das erste Mal nach der Wiedervereinigung im Ausland mit. Unter der Überschrift „Dialog statt Bomben“ setzte sich die GEW für zivile Konfliktlösungen ein.

Schulen ans Netz – Das war seit 1996 eine Kampagne der Schulbehörde, des Bildungsministeriums und der Telekom zur Beschaffung von neueren internetfähigen, untereinander vernetzten Computern. Mit den Parolen: „Ohne Computer

geht nichts mehr“, „Ein Multimediacomputer in jede Klasse“ wurde der Aufbruch ins neue Medienzeitalter in der hLz 7-8/99 propagiert. Bezuschusst wurde das Programm „Alle Schulen ans Netz“ durch Bundesmittel der Bundesregierung. Hamburg bekam davon 32 Millionen DM. Die Geräte von damals sind heute längst verschrottet. Vielleicht recycelt? Damals wie heute ein Problem: Wohin mit den technisch überholten Geräten?

Die Euromärsche, Demos von Arbeitslosen quer durch Europa, waren 1997 eine gemeinsame Initiative französischer, italienischer und spanischer Gewerkschaften für „ein anderes Europa von unten“, für soziale Mindeststandards für die arbeitenden Bevölkerungen. Es wurde für Demos in Brüssel, in Amsterdam, in Köln und in Genua international mit guter Resonanz mobilisiert. Der DGB hielt sich bei diesen Aktionen eher bedeckt. Die Bewegung brachte das Vorhaben einer neoliberalen EU-Verfassung durch Volksabstimmungen in einigen EU-Ländern zu Fall. Der gescheiterte Verfassungsentwurf wurde stattdessen von den EU-Staaten als Lissabon-Verträge mit einer dürftigen Sozialcharta unterzeichnet. Soll's mit der EU mit einer besseren Akzeptanz der arbeitenden Bevölkerung mal vorangehen, gehört die Forderung nach sozialen



Hermann am 1. Mai d. J. auf dem Fischmarkt

Mindeststandards wieder die auf die Agenda.

Gibt es verglichen mit den Themen in der hLz von 1922 gegenüber dem Heute Fortschritte?


Ja, die gibt es. Ein großes Problem im Jahr 1922 war die Beschäftigung von Frauen als verbeamtete Lehrerinnen. Eine alleinerziehende Mutter wurde aus dem Schuldienst wegen verwerflicher Moral und mangelndem Vorbild entlassen. Die hLz kritisierte diese Maßnahmen 1922 scharf. Aber auch die im Beamtenverhältnis beschäftigte verheiratete Frau bereitete dem Staat Probleme. Hat die verheiratete Frau und Mutter einen Anspruch auf eine volle Stelle? Immerhin – bei diesen Proble-

men sind Fortschritte erkennbar.

Im September 1922 mit der hLz Nr.39 begann die Hyperinflation, der Staat konnte die erforderlichen Geldmassen nicht mehr besorgen, so dass teilweise verspätet oder gar nicht gezahlt wurde. Das Grundgehalt mit Ortszuschlag betrug im September 25 600 Mark, der allgemeine Teuerungszuschlag bei einer Inflation von 677 Prozent wurde mit 173 312 RM beziffert. Dann gab es noch einen Kopfzuschlag und Wirtschaftsbefreiung von 15 000 RM, ausbezahlt wurden 213 287 RM in der Lohntüte/im Waschkorb. Auch das ist uns bisher erspart geblieben, insofern Fortschritt.

WILLI BARTELS
HERMANN KAHLE
Chefredakteure von Oktober 1997
bis Oktober 2000

Atmosphäre vortrefflich, Kamera leider nicht; Weihnachtsfeier der Redaktion 1998
V.l.n.r.: Willi Bartels, Britta Erhardt, Fritz Patzelt, Sabine Roever, Ulf Lebuhn, Hans Tschirschnitz, Joachim Geffers, Eyke Greve, Herrmann Kahle

An aerial photograph showing a large area of deforestation. The ground is brown and heavily eroded, with a blue excavator visible in the upper center. A stream flows through the lower part of the image, surrounded by a dense forest of green trees on the right side.

2000-2022

**Globalisierung ist die Umwandlung
der Erde in eine Kapitalgesellschaft.**

Andreas Tenzer (*1954),
deutscher Philosoph und
Pädagoge

Rückblick in die Zukunft

Eine veränderte politische Kultur, in der der Protest auf der Straße abnahm, führte dazu, dass der Anteil feuilletonistischer Beiträge sich vergrößerte

Das Ganze begann mit einem Paukenschlag: Pisa! Nicht, dass der Turm umgefallen war, schlimmer: eine vergleichende Untersuchung über die Leistungen der Schüler_innen weltweit mit dem Akronym PISA, also wortgleich mit der italienischen Stadt, hatte unmissverständlich offenbart, dass es aus war mit dem Deutschland der Dichter und Denker! Und dies bezog sich noch nicht einmal allein auf den reinen Leistungsstand, sondern zeigte zugleich, dass das gegliederte Schulsystem höchst unsoziale Verhältnisse produziert, perpetuiert und zementiert. Genauer: Fortan konnte man alle Jahre wieder nachlesen, dass in keinem anderen Land der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland!

Das Thema Bildung rutschte daraufhin für eine Weile ganz nach oben auf der Agenda der politischen Parteien. Und die GEW als Bildungsgewerkschaft und somit auch die hlz waren mitdendrin. Vieles hat sich daraufhin getan, allerdings ohne dass sich an den zentralen desaströsen Ergebnissen von damals grundlegend etwas geändert hätte. Nach wie vor haben wir diese soziale Ungleichheit, die sich trotz sektoraler Erfolge gerade durch die Beibehaltung des gegliederten Schulsystems zementiert hat. Nach wie vor sind es mehr als 20 Prozent der Schüler_innen, die den niedrigsten Bildungsstandard nicht erreichen. Böse Zungen sprechen mehr oder weniger von strukturellen Analphabeten, die das Schulsystem verlassen. Und, was früher oder später den sozialen Frieden gefährden wird:

Nach wie vor erfährt über die Hälfte der Kinder im Alter von zehn Jahren, dass sie nur Zweite Wahl sind.

Ein vergiftetes Geschenk

Gegen all dies haben wir angeschrieben. Gegen all dies haben wir den Widerstand, der sich über all die Jahre dagegen aufgebaut hat, publizistisch unterstützt. Die Antwort, die alle Parteien bis auf die Linke auf das desaströse Ergebnis zu bieten hatten, war das Zwei-Säulen-Modell, mittels dessen man versuchte, die Wogen der Empörung über die soziale Ungleichheit zu glätten.



Für Viele galt dieses 2-gliedrige Schulsystem schließlich gegenüber der seit dem Kaiserreich in Deutschland bestehenden 3-Gliedrigkeit als Fortschritt, wobei es richtiger wäre, noch ein weiteres Glied hinzuzufügen, nämlich das der Sonderschulen. Für uns war dies von dem CDU-Politiker Heinemann entworfene

Modell ein vergiftetes Geschenk von Anfang an. Andere sahen es zumindest als ‚Spatz in der Hand‘, nachdem alle Versuche, ein einheitlicheres System zu etablieren, gescheitert waren.

Und Versuche gab es viele. Getragen von der durch Pisa ans Licht gebrachten skandalösen Chancengleichheit entwickelte sich ein Bündnis für die Schaffung ‚einer Schule für alle‘, in dem die GEW eine zentrale Rolle einnahm. Man hoffte, sie durch eine Volksabstimmung durchsetzen zu können und – scheiterte! Parallel versuchten die Grünen mit der Kampagne ‚9 macht klug‘ die Einheitsschule über den parlamentarischen Weg durchzusetzen – auch sie scheiterten. Übrig blieb eine gemeinsame Beschulung aller Kinder wenigstens für sechs Jahre – ein Rohrkrepierer! Und das, obwohl eine Regierung unter Schwarz-Grün nebst Opposition dachte, dieses Vorhaben unter dem Label Primarschule einführen zu können. Wir erinnern uns: Das Votum einer von Teilen der sogenannten Oberschicht initiierten Gegenkampagne mit dem Rechtsanwalt Scheuerl an der Spitze gelang es, Teile vor allem der sozial aufgestiegenen Mittelschichten davon zu überzeugen, dass es besser sei, ihre Kinder nicht mit sozial schlechter gestellten und migrantischen Kindern zusammen länger als vier Jahre lernen zu lassen.

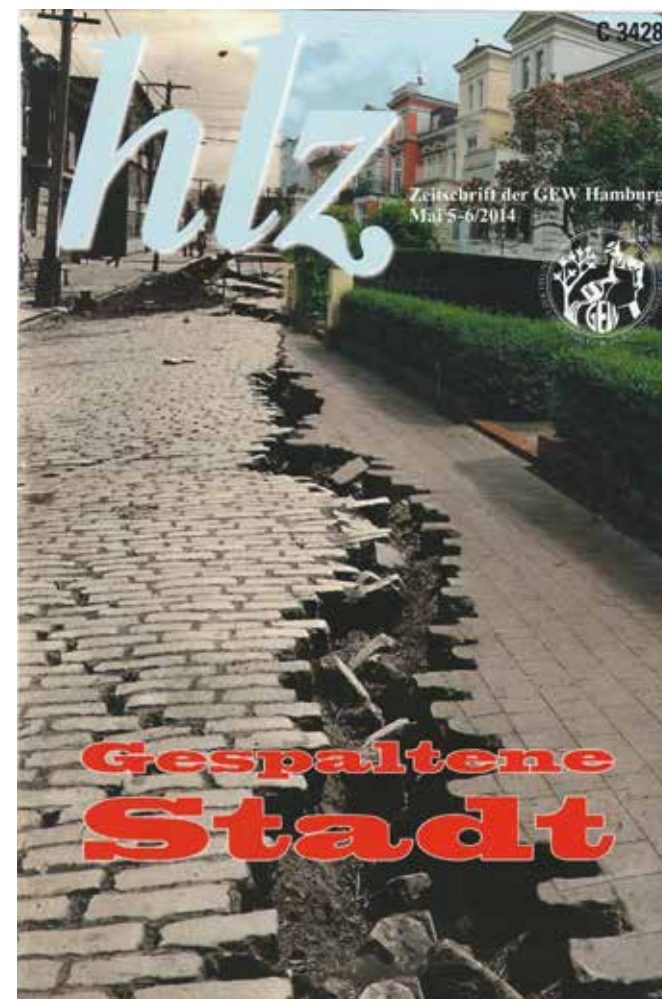
Was dann geschah, überschrrieben wir in der hlz mit dem Schiller – Zitat: „Alles rennet, rettet, flüchtet“. Denn die Schaffung dieses Modells hatte auch Folgen auf die Stadtentwicklung. Die Mieten und

Immobilienpreise entwickelten sich stärker als jemals zuvor in Abhängigkeit von den jeweils nachgefragten Bildungseinrichtungen. Trotz aller Erfolge, die die Kolleg_innen an den Stadtteilschulen erzielten, hörten wir nicht auf, das Modell der 2-Säulen als „Brandbeschleuniger der sozialen Segregation“ zu geißeln. Ein sozialpolitischer Skandal, der nur noch getoppt wurde von der Übereinkunft der Mehrheitsparteien, im Parlament und auch in der Öffentlichkeit über die Schulstruktur nicht mehr reden zu dürfen. Ein sogenannter Schulfrieden wurde ausgerufen. Ein für ein demokratisches System wohl bisher einmaliger Vorgang!

Auch dies wurden wir nicht müde anzuklagen, allerdings folgten wir dabei nicht der kommerziellen Logik „bad news are good news“, sondern aus Überzeugung, weil dies jeglichen demokratischen Ansprüchen hohnspricht.

Was gut ist für die Wirtschaft...

Wenn man das 2-Säulen-Modell als geschmeidige Reform betrachtet, mit der man nach außen seinen guten Willen demonstrieren kann, doch etwas für mehr Bildungsgerechtigkeit getan zu haben, dann wurde das Ganze noch getoppt von einer inneren Schulreform, die ebenfalls mit dem Anspruch antrat, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit in diesem Fall durch gesteigerte Effizienz erreichen zu wollen. Die mit Beginn des neuen Jahrtausends alles überwältigende Ideologie des Neoliberalismus machte auch vor dem Bildungssektor nicht halt. Plötzlich gab es bildungsbehördliche Vorgaben in Form von Kennzahlen, begleitet von Vergleichsgrößen, so genannter Benchmarks, die zeigen sollten, wie man im Verhältnis zu anderen dasteht. Eine perfide Methode vor dem Hintergrund der völlig verschiedenen



Ausgangsbedingungen an den Bildungseinrichtungen aufgrund der sozialen Ungleichheit! Aber es ging noch weiter: Hatte man für die bis dahin in staatlicher Trägerschaft wirtschaftenden Krankenhäuser bereits deren Verkauf an private Investoren durchgezogen – trotz gegenteiligem Ergebnis beim Volksentscheid –, so stand plötzlich der gesamte Bereich der staatlichen beruflichen Bildung auf dem Einkaufszettel der Wirtschaft. Und die Politik war bereit, willfährig auf diese Angebote einzugehen.

Diesmal hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Der Widerstand unter dem Mot-

to „Bildung ist keine Ware“, der maßgeblich von der GEW initiiert worden war und den wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln redaktionell unterstützt haben, hatte Erfolg! Ein Volksbegehren brachte das Vorhaben schließlich zu Fall. Im Gegensatz zu der von der Politik trotzdem durchgezogenen Privatisierung der Krankenhäuser – andere Bereiche wie Altenpflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten u.v.a.m. sollten folgen – gelang es, den Bereich der beruflichen Bildung vor den Klauen der Wirtschaft zu bewahren.

Das, was jetzt nicht mehr umstritten klingen mag, dass die Privatisierung der öffentlichen



Die Schüler_innen hauten nicht ab – stattdessen protestierten sie zu Tausenden vor dem Rathaus gegen die Schulpolitik des Schwarz-Gelb-Schill-Senats mit FDP-Schulsenator Konteradmiral Lange



Daseinsvorsorge der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung anheimfallen sollte, musste gegen Widerstände auch im eigenen Lager erstritten werden. Die GEW und gerade auch wir als hlz waren nicht selten die Bühnmänner, die diese schönen Versprechen der neoliberalen Ideologen, die sich nicht nur bei den Konservativen, sondern auch bei den Grünen und der SPD ein Stelldichein gaben, immer wieder infrage stellten. Es gab Austritte.

Verbunden mit dem Erbe dieser neoliberalen Manie ist das, was heute unter selbstverwalteter Schule (SVS) verstanden wird. In dem Maße, wie eine von der Zentrale zu verantwortende schlechte Politik die Schulen trifft, wächst die Phantasie, dass man es eigenverantwortlich besser machen kann. In Teilen mag das seine Richtigkeit haben, vor allem, wenn es dazu führt, das Engagement vieler Kolleg_innen zu steigern. Als hlz haben wir dies aber trotzdem eher kritisch gesehen. Unsere Befürchtung, dass Schulen in sozial herausfordernden Lagen in Hinblick auf die Personalversorgung vor der Schwierigkeit stehen, genügend engagierte wie fachlich qualifizierte Kolleg_innen zu finden, hat sich leider in Teilen bestätigt. Zum anderen gehen viele Ressourcen für unterrichtsbezogene Tätigkeiten verloren, wenn jede Schule meint, das Rad in vielerlei Hinsicht neu erfinden zu müssen und gar der Auffassung ist, sich in Konkurrenz zu anderen Schulen profilieren zu müssen.

Streut Erbsen hin in dieser Nacht...

Verstärkt in Konkurrenz sahen sich auch viele Kolleg_innen, als es nunmehr vor 19 Jahren zu einem Wechsel des Pflichtstundenmodells kam, das wir lange als Arbeitszeitmodell, kurz AZM, seit seiner Einführung nicht müde wurden anzuprangern. Seit damals bis zum Ende unserer Redaktionsarbeit heute stand dieses AZM im Zentrum der Arbeit.



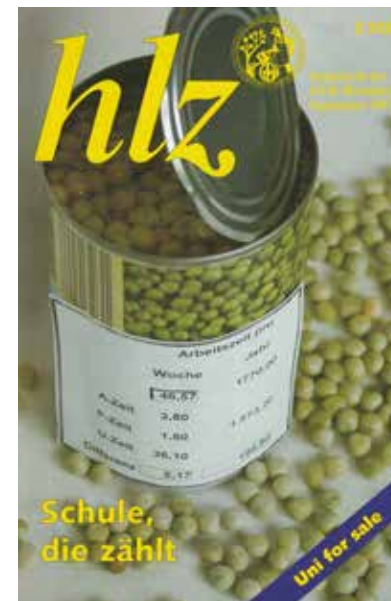
auch als AZM, aber mit der Bedeutung einer Anleitung Zur Mehrarbeit!

Nicht genug damit, dass wir es als Sparmodell entlarven konnten, um Mehrarbeit durchzusetzen, war es doch vor allem ein Mittel, um Neid und Missgunst unter die Kolleg_innen zu bringen. Plötzlich wurden die studierten Fächer, die man ja nicht ohne Grund gewählt hatte und für die man sich mit viel Mühe und nervlichem Aufwand seine Unterrichts befähigung erarbeitet, um nicht zu sagen: erkämpft hatte, ungleich bewertet. Die Faktorisierung der Fächer führte auf diese Weise nicht nur zu immenser Mehrarbeit für bestimmte Kolleg_innen, sondern auch zu ihrer Abwertung. Ein Graus für Kolleg_innen, die Sport und musische Fächer unterrichten, Fächer, von denen Verantwortliche in Sonntagsreden bis heute nicht müde werden zu betonen, wie wichtig sie seien!

Um das Fazit an dieser Stelle vorwegzunehmen: Die Politik zeigte sich zu keiner Zeit bereit, ernsthaft auf den zum Teil mächtigen Widerstand der Kolleg_innen einzugehen. Selbst Versuche seitens der Behördenleitung, den Umgang mit dem Modell etwas erträglicher zu machen, entpuppten sich als schöner Schein. Als diejenigen, die das aus einem gewissen Abstand publizistisch begleiteten, mussten wir bis heute mit ansehen, wie statt entlastende Maßnahmen festzulegen immer mehr Aufgaben von den Kolleg_innen zu bewältigen sind.

Fortschritt mit Bremsklötzen

Die gewachsene Arbeitsbelastung betrifft auch die mit der Inklusion auf den Weg gebrachte Strukturveränderung. Das an sich wegweisende Modell, das ja sogar etwas überraschend von allen Fraktionen der Bürgerschaft befürwortet wurde, hatte allerdings seit Anbeginn seine Tücken. Und wieder einmal lag es am Geld. Hatte die eine oder der andere Politiker_in vielleicht davon geträumt, dass man damit Haushaltsmittel einsparen könne, wurden sie schnell eines Besseren belehrt. Hatte man den Standard einer durchgehenden Doppelbesetzung so, wie man es in so genannten I-Klassen modellhaft vorgemacht hatte, aufrechterhalten wollen, dann hätte es deutlich mehr Finanzmittel bedurft. Unterhalb dieses Standards entpuppte sich das Ganze als Sparmodell auf Kosten der Kolleg_innen und Schüler_innen. Man ahnt die Belastung für alle Beteiligten, wobei die Kolleg_innen und Schüler_innen der Gymnasien hiervon weitgehend ausgenommen sind. Ein Ergebnis des Strukturfehlers in Hinblick auf unser gegliedertes Schulsystem.



Hätte es nicht das engagierte Auftreten und Aufbegehren vieler Kolleg_innen gegeben, die sich in der Volksinitiative *Gute Inklusion* lautstark zu Wort meldeten, wäre mglw. das ganze Vorhaben schon gescheitert. Die Initiative, die wesentlich auch von der GEW getragen wurde, konnte immerhin durch den politischen Druck, den sie mittels der Volksinitiative entfacht hatte, die Politik dazu bewegen, Mittel im Umfang von weiteren 350 Stellen zu bewilligen. Ein grandioser Erfolg, zu dem wir unseren Teil publizistisch beitragen konnten.

Satter Erfolg

Und wenn wir über Erfolge sprechen, an denen wir beteiligt waren, darf die Kampagne JA13 nicht unerwähnt bleiben. Die strukturelle Benachteiligung der Lehrämter für die Grund- und Mittelstufe ist überwunden! Der jahrzehntelange Kampf hat sich gelohnt! Dabei ging es ja nicht nur um die gleiche Bezahlung, sondern auch um die damit unmittelbar verbundene Wertschätzung unterschiedlicher Tätigkeiten. Endlich wurde erkannt und anerkannt, dass das Fundament, auf dem Bildung aufbaut, genauso wichtig ist wie ein guter fachlicher Unterricht am Gymnasium. Endlich wurde damit anerkannt, dass die Herausforderungen im Unterricht in den Mittelstufen der Stadtteilschulen absolut gleichzusetzen sind mit dem Unterrichten von Schüler_innen an Gymnasien einschließlich der Oberstufe. Mit unserem Sieg können wir darüber hinaus bundesweit beispielgebend



den Kolleg_innen Mut machen, den Kampf dafür aufzunehmen. Unser Anteil als hlz-Redaktion, die wir das Thema über Jahre propagandistisch begleitet haben – nicht zuletzt durch unserer Fotostrecken – dürfte allen übrigen 15 Redaktionen der GEW-Landesverbandszeitungen nicht verborgen geblieben sein.

Leichen im Keller

Was nicht beispielgebend sein sollte, sind die Formen der Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Immobilie Ro19. Das Nachbargebäude des Curio-Hauses war bekanntermaßen 1935 vom Nachfolger der Gesellschaft der Freunde (GdF), dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), jüdischen Eigentümern unter Preis, so diejenigen, die für eine Umwidmung des vermieteten Komplexes eintraten, abgekauft worden. Nach dem Krieg wurde es auf Betreiben des damaligen Vorsitzenden Max Traeger von den englischen Besatzern an die Nachfolgeorganisation der GdF, also die GEW, zurückgegeben. Fortan erzielte die GEW daraus Mieteinnahmen. Plötzlich geriet die GEW in



BILDUNG IST KEINE WARE
VOLKSBEGEHERN 23. Aug. - 6 Sept 2004

BILDUNG IST KEINE WARE

C 3428

hlz

Zeitschrift der
LGV Hamburg
Oktober 1983

BILDUNG IST KEINE WARE.
Volksinitiative gegen die Privatisierung der öffentlichen Schulen in Hamburg

AN DER
WIKI-WIKI-VERSAMMLUNG

2004 – Protest und Volksinitiative zeitigte Erfolg!



Es bedurfte noch drei Jahre zähen Ringens bis wir das Angebot annehmen konnten

den Verdacht, Arisierungsfritzeur zu sein. Natürlich erhielt dies bundesweite Aufmerksamkeit. Aber wie so oft sitzt der Teufel im Detail. Und so stritt man über Jahre, ob und inwieweit dieser Vorwurf der Arisierung gerechtfertigt sei. Ohne an dieser Stelle den gesamten Komplex noch einmal darzustellen – auch die hlz geriet dabei immer wieder ins Kreuzfeuer. Kaum brachten wir Argumente der Gegner der Arisierungsthese, wurden wir verdächtigt, Parteigänger dieser Gruppe zu sein. Umgekehrt allerdings genauso. Ich erinnere mich, dass ich mich

haben weichkochen lassen, den Druckvorgang der hlz stoppen zu lassen, weil ich sonst – so der Tenor im Geschäftsführenden Ausschuss (GA) damals – den innergewerkschaftlichen Frieden gänzlich aufs Spiel setzen würde. Unabhängig von den finanziellen Konsequenzen erinnere ich mich aber vor allem an die unruhigen Nächte, die ich grübelnd verbrachte. Damit war ich angesichts der jeweiligen Vorwürfe, die da im Raum standen, sicherlich nicht allein.

Einen nicht unmittelbar damit in Zusammenhang stehenden Konflikt, aber eben auch einer,

der die NS-Geschichte unseres Verbandes berührt, bot lange Zeit der Text auf der Tafel an der Frontseite des Curio-Hauses. Der besagte, dass der Übergang von der GdF zum NSLB „zwangsweise“ erfolgt sei. Diese Charakterisierung bezog sich auf die Entscheidungen der letzten Hauptversammlung der GdF am 27.4.1933 qua Abstimmung der Mitglieder. Dagegen sprach aber das, was wir – und da ist vor allem unser Redaktionsmitglied Manni Heede zu nennen – den Quellen, auch den damaligen Ausgaben der hlz, entnehmen konnten. Danach wollte man, wie es der damalige Vorsitzende Küchler in seiner Rede formulierte, „das bewährte Alte mit dem Neuen .. vermählen“. (...) „Wenn“, fuhr er fort, „im Nationalsozialistischen Lehrerbund Nichtnationalsozialisten und Nationalsozialisten als Pole mit gegenseitigem Funkenaustausch sich gegenüberstehen, nicht wie zwei Heerlager, sondern bewußt, zwei lebendige Kraftzentren zu sein, um sich wechselseitig zu befruchten, dann liegt darin ein ungemein förderndes Moment beschlossen, das zu glückhafter Synthese führen kann, zu geschlossenem deutschem Volkstum.“ Man darf wohl sagen, dass sich diese Annahmen als folgenschwere Fehleinschätzung herausstellten. Aber es erklärt ein wenig, warum mit drei, andere Quellen nennen sieben, Gegenstimmen dieser nahtlose Übergang in den NSLB beschlossen wurde, nachdem eine ebenso große Mehrheit einen Antrag zur Aussprache zu diesem Thema abgelehnt hatte. Ein Umstand, der uns veranlasste, in der Jubiläumsschrift zu 200 Jahre Gesellschaft der Freunde in der hlz 10-11/2005 einen Vorschlag für eine neue Formulierung zu machen. Danach sollte es statt des „zwangsweise“ heißen: „Vom Widerstand eines nennenswerten Anteils der Mitgliedschaft ist nichts bekannt.“

Gemeinsam stark

Die hlz war immer ein Gemeinschaftswerk, auch wenn sich die Arbeit in den letzten Jahren stärker auf den Redaktionsleiter konzentriert hat. Zu Beginn waren wir noch stattliche sieben Kolleg_innen. Alle mit viel Engagement und je nach Eingebundenheit in Schule und Familie mit unterschiedlichem Zeitaufwand dabei. Auffällig ist schon, dass wir am Schluss, bis auf Susanne, die „nur“ das Korrekturlesen bewerkstelligte, nur noch Männer waren. Hoffen wir mal, dass das andere Gründe hatte als etwa männliches Dominanzgehabe.

Unabhängig davon, dass ich an dieser Stelle allein, die mitgemacht haben, noch einmal meinen Dank aussprechen möchte, so ist doch das außerordentliche Engagement Einiger hervorzuheben. Das betrifft vor allem auch die Dauer der Zugehörigkeit in der Redaktion. So ist Manni noch etwas länger dabei als ich, also mehr als ein viertel Jahrhundert (!), aber auch Susanne, Stefan, (erwähnt seien auch seine hervorragenden Fotos!) und Wolfgang haben, wenn auch z.T. nicht vom ersten Tag an, an die zwei Jahrzehnte (!) dazu beigetragen, dass die hlz zu dem wurde, was ihr jeweils in den Briefkästen vorgefunden habt.

Von Anbeginn unser Redaktionsarbeit konnten wir die Arbeit dank engagierter Redaktionsassistenten verbessern. Sie waren nicht nur jung und konnten uns von daher immer wieder authentische Hinweise liefern, wie man denn in der jün-

geren Generation über die Dinge denkt, die wir anstoßen wollten, sondern brachten auch ganz unterschiedliche Begabungen mit ein.

Was uns an dieser Stelle, liebe Leser_innen, bleibt, ist, euch Dank zu sagen, dass ihr uns über diesen langen Zeitraum das Vertrauen geschenkt habt, um die politischen Spielräume zu nutzen, die aus unserer Überzeugung notwendig waren, um einen lebendigen Diskurs führen zu können. Ganz besonders gilt der Dank natürlich den vielen, vielen Autor_innen und Interviewpartner_innen, die unserem Anspruch, nicht nur eine Mitgliederzeitschrift für, sondern auch von Mitgliedern zu sein, zur Umsetzung verhalfen. In den Dank mit eingeschlossen seien auch alle, ganz besonders unser immer geduldiger Setzer Christian Albers, die im Hintergrund zur technischen Erstellung eurer hlz beigetragen haben. JG

Und hier sind sie alle genannt, die im Laufe meiner 22 Jahre in der Redaktion mit dabei waren:
Susanne Berg, Astrid Bull-Scherer, Britta Erhardt Joachim Geffers, Stefan Gierlich, Eyke Greve, Manni Heede, Michael Kratz, Ulf Leubuh, Antje Liening, Fritz Patzelt, Sabine Röver, Wolfgang Svensson, Hans Tschirschnitz, Stephan Willers; und in chronologischer Abfolge unsere Redaktionsassistenten: Steven Galling, Jakob Jäger, Joscha Rosenbusch, Roland von Selzam, Max Lill, Peter Weissenburger und Jason Tsiakas.



Auf einer der ersten Jahresklausurtagungen (2001) der Redaktion mit deutlich weiblichem Übergewicht, aber... (v.l.n.r.: Britta, Sabine, Joachim und Eyke)

Rinnen muss der Schweiß

Wenn ich mir vorstelle, wie wir bis zum Schluss in unseren Texten rumfuhrwerken, was sich ja i.d.R. durch wenige Mausclicks bewerkstelligen lässt, dann steigt parallel dazu die Hochachtung gegenüber vergangenen Redaktionen. Kaum vorstellbar, was es für einen Aufwand bedeutete, etwas zu korrigieren, als die hlz noch im Bleisatz erstellt wurde – ganz abgesehen von Fotos, die nicht ohne Grund nur spärlich in den Ausgaben vor dem Krieg, aber auch noch lange danach zu finden sind. Das änderte sich erst in den 1970er Jahren. Und dass sie in Farbe erscheinen, haben wir ja erst seit 10 Jahren realisiert.

Wir konnten aber von Anbeginn elektronische Medien nutzen. Anhand der immer schnelleren Hardware und perfekteren Software und der Selbstverständlichkeit, mit der Daten elektronisch übermittelt werden, vereinfachten sich viele ehemals mühevoll und damit auch zeitaufwändige Arbeitsvorgänge. Lässt sich heutzutage alles schneller bewerkstelligen? Mitnichten! Es ist ein Phänomen, dass es trotz der genannten Arbeiterleichterungen in der Summe gar nicht schneller geht. Wenn ich einmal davon absehe, dass mensch mit zunehmendem Alter langsamer in seinen Arbeitsabläufen wird, was sicherlich auch bei mir der Fall ist, so scheinen die zusätzlichen Möglichkeiten und damit einhergehenden Ansprüche und Erwartungen an die Zeitschrift im selben Maße gewachsen zu sein, wie umgekehrt der Umgang mit den neuen Medien eine Zeitersparnis verspricht. Vor allem aber ist es



...aber begleitet von wenig amüsierten Blicken der männlichen Redakteurkollegen Manni und Wolfgang

die Informationsflut, die es zu bewältigen gilt. Stand der seit 2011 eingegangenen Mails auf meinem Laptop: 55902 (Stand heute, 2.5.). Die gelöschten Eingänge nicht mitgerechnet. Davor sind es ähnlich viele gewesen, die archiviert zum Schlummern gebracht wurden. Das Gleiche hat sich noch einmal auf dem hlz-Rechner abgespielt. Willkommen im Wahnsinn also! JG

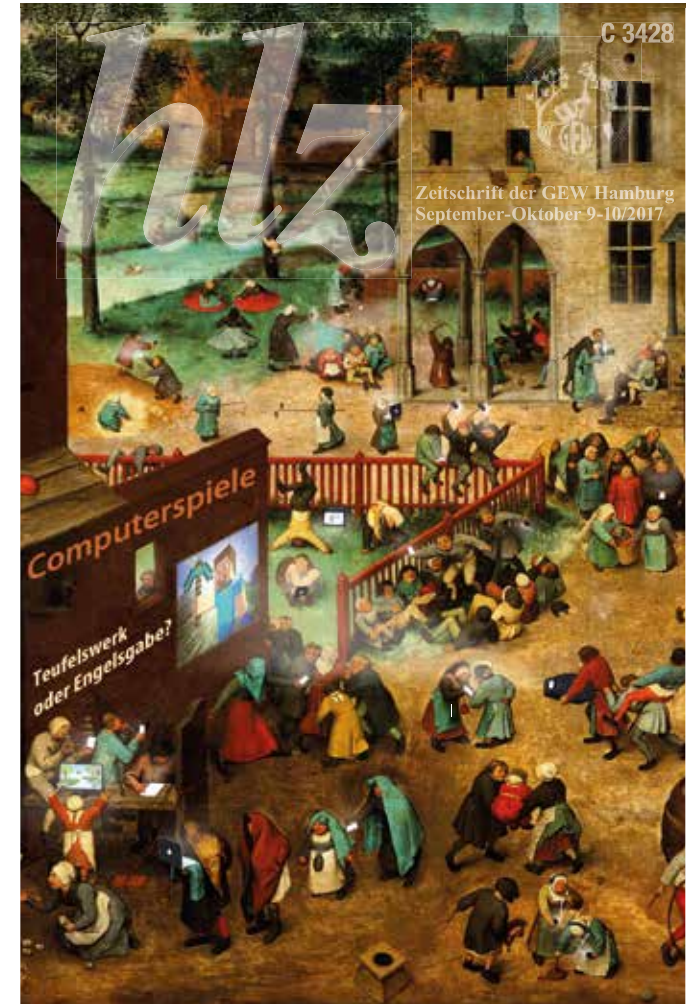


Die kleinen Dinge, auf die es ankommt - Eyke vor der Tür der ehemaligen Reaktionsräume

Der Vorschlag wurde nie wieder aufgegriffen. Vielleicht auch, weil wir ihn nicht vehement genug eingebracht hatten. Erst im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Rolle Max Traegers ab 2005 kam die Sache wieder ins Gespräch. Die jetzt gefundene Formulierung stellt wohl einen Kompromiss dar zwischen denen, die an der alten Formulierung festhalten wollen, insbesondere vertreten durch Jörg Berlin und jenen, zu denen auch die hlz-Redaktion gehört, die in der jetzt behaupteten Opposition eher eine Beschönigung des Vorgangs sehen. Die historische Expertise, die der Historiker Marcel Bois im Auftrag der GEW dazu vor zwei Jahren vorlegte, um die Geschichte unseres Landesverbandes insgesamt genauer unter die Lupe zu nehmen, ist in Buchform erschienen und trägt den Untertitel: „Zwischen Anpassung und Opposition“. Dies war vielleicht die Vorlage für einen Beschlussantrag im Landesvorstand am 9. November 2021, worin es zunächst aber in umgekehrter Reihenfolge hieß: „Zwischen Opposition und Anpassung“. Erst nach Intervention wurde dann die Formulierung verabschiedet: „Die Haltung des Vorstandes schwankte ... zwischen Anpassung und Opposition.“ Unser Vorschlag, einfach nur das Wort „zwangsweise“ zu streichen, unterlag. Wir sind gespannt, wofür sich die Kulturbehörde entscheidet.

Maschinenstürmer_innen?

Ebenfalls kontrovers, bis heute, wenn auch weniger emphatisch vorgebracht, ist die Einschätzung der Redaktion, welche Bedeutung die digitalen Medien in der Pädagogik einnehmen sollen. Die Fronten laufen dabei quer zu allen Parteien und somit finden wir auch keine einheitliche Position in den GEW-Gremien und/oder -Medien. Während wir die Ambivalenz betonen, nehmen wir seitens der



Bundesebene eher durchgehend affirmative Meinungen wahr. Ich denke, entscheidend ist, welches Gewicht digitale Medien im Schulalltag einnehmen sollten. Natürlich sehen auch wir digitale Technik als Fortschritt in nahezu allen Lebensbereichen. Den Kindern und Jugendlichen einen kritischen Umgang damit zu vermitteln, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber unser Erziehungsauftrag umfasst mehr: Da geht es um Partizipation an einem demokratischen Gemeinwesen, da geht es um kommunikative Kompetenz, um sich aktiv an der Gestaltung der Lebensumstände beteiligen zu können. Eine

Gestaltung, die mehr erfordert, als ein durch die digitalen Medien gefördertes uniformiertes Denken. Was als bunte Vielfalt daher kommt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen oft nur als immer wiederkehrende Muster und Schemata, die sicherlich dazu taugen, einerseits standardisierte Arbeitsvorgänge zu erleichtern, auf der anderen Seite aber eher zu einer sinnlichen Verarmung beitragen. Es gibt Aufrufe, ja – auch dazu wieder Sonntagsreden, die die kreative Kompetenz beschwören, aber wenn es um entsprechende Ausweitung der diesbezüglichen Schulfächer geht, dann sehen wir eher Res-

STREIK



Streik und massiver Protest 2009 – die uns in den 1980er Jahren geklaute Altersentlastung konnte in Teilen zurückgekämpft werden



Übers Einnorden und so...

Obwohl wir in der Redaktion wenig arbeits- teilig vorgegangen sind, also jede und jeder alles machte, kristallisierten sich doch Arbeitsfelder heraus. Wolfgang konnte in Hinblick auf sein



Susanne – das strenge Auge der Korrekturleserin blickt amüsiert – wichtiger Ausgleich in dem ansonsten sehr anstrengenden Job

jahrzehntelanges antifaschistisches Engagement, auch schon vor seinem Eintritt in die Redaktion, ein profundes Wissen über die rechtsradikale Szene einbringen. Darüber hinaus war Wolfgang als engagierter Verfechter der Inklusion jemand,

der sich allerdings in Hinblick auf die von Senat- seite dargestellten Erfolge oft sehr kritisch zeig- te. Er wusste, was er schrieb, weil er die Realität des Umbaus des Sonderschulwesens hautnah als Lehrer miterlebt hatte. Mannis Interesse galt seit Studientagen bereits der Geschichte der organi- sierten Lehrer_innenschaft in Hamburg, das weit über das Bestehen der GEW hinausging. Und natürlich gilt Manni ganz großer Dank, und da sei ausdrücklich mit eingeschlossen das langjäh- rige Redaktionsmitglied Michael Kratz, für das Rätsel! Es ist nämlich fast rätselhaft, wie es den beiden über Jahre hinweg immer wieder gelang, auf diese wunderbaren, manchmal schrägen Ein- fälle zu kommen. Wenn ein Leser bei der letzten Umfrage die hlz mit den Worten charakterisier- te: „Ich mag den Humor“, dann ist auch dies den beiden Urhebern des Rätselspaßes zu verdanken. Und Stefan Gierlich, der ebenfalls viele Jahre wichtige Arbeit in unserer Redaktion leistete, war in seiner Beharrlichkeit, seine Positionen durchzusetzen, oft unerbittlich und brachte uns als Kollektiv nicht selten an die Grenze des Zu- mutbaren. Das Ergebnis sprach aber oft für ihn: Was vielen von uns zu Beginn der Sitzung noch abstrus erschien, offenbarte sich durch Stefans Beharrlichkeit nicht selten als Gewinn.

Beharrlichkeit zeichnete auch Susanne in Hin- blick nicht nur auf das Gendern der Texte aus – die hlz war wohl das erste Gewerkschaftsorgan, dass dies konsequent durchgängig betrieb –, sie war auch diejenige, die uns Männer nicht selten diesbezüglich inhaltlich „einnordete“. Vor allem repräsentierte sie in persona unsere kollektive Sprachkompetenz: Dank dieser begradigte sie nicht selten meinen wenig journalistischen Stil und bewahrte mich vor manch peinlichem Fehler. Manuskripte von mir, die von anderen ohne wei- tere sprachliche Anmerkungen „durchgegangen“ sind, erhielten viele „Vorschläge“. Immer vor- sichtig formuliert, wissend, wie solche Hinweise auch immer einschüchternd wirken können. JG

triktionen. Ganz im Gegensatz dazu steht ein von interessierter Seite ausgemachtes tausendfach über alle Medienkanäle gestreutes angebliches digitales Anal- phabetentum, das es mit mehr Technik und mehr Programmen zu bekämpfen gilt. Und die Poli- tik reagiert. Ein Blick in die aktuellen Bildungsplanentwürfe genügt! Stattdessen sollte man die Warnungen derjenigen ernst nehmen, die ihre Kinder bewusst

– auf jeden Fall die in jungen Jahren – davon fernhalten. Dass darunter Viele sind, die das Ganze im Silicon Valley auf den Weg gebracht haben, lässt den Gedanken aufkommen, dass da einstmals gerufene Geister nicht mehr zu bändigen sind.

Wir wissen zum Glück, dass auch unsere Nachfolger_innen sich nicht von der schönen immer wieder frisch daherkom- menden Glitzerfassade der Di-

gitalkonzerne blenden lassen und stattdessen sich eher als die- jenigen sehen, die diesen – we- nigstens argumentativ – Grenzen setzen.

Ideologische Schleier

Grenzen setzen wollte man auch Schüler_innen in Eims- büttel, als diese sich vor zwei Jahren mit antifaschistischen Parolen gegen das Auftreten der völkischen Politik der AfD an

den Schulen zur Wehr setzten. Der Fall eskalierte und war ein dankbares Thema für die loka- le Presse. Der Senator sah sich gefordert einzugreifen, maßre- gelte die Schüler_innen aber mit Augenmaß. Er bezog sich dabei

auf das von den Kultusmin- ter_innen 1976 im so genann- ten Beutelsbacher Konsens u.a. beschlossene Kontroversitäts- gebot, dem Schule bezogen auf gesellschaftspolitischen Unter- richt zu folgen habe. Wir wiesen

daraufhin auf die Begrenztheit dieses Beschlusses hin und wer- teten die Reaktion des Senators als adäquates Verhalten, das sich zwingend aus seiner Rolle heraus erklären ließe. Das mag, wie wir aus sicherer Quelle er-

Kleine Brötchen

Wie viele unruhige Nächte es waren, die ich im Zusammenhang mit der hlz verbracht habe, weiß ich nicht. Es waren viele. Denn auch, wenn das Credo lautet: Auseinandersetzung muss sein, sie ist das Salz, das nicht nur den Geschmack bringt, sondern bestenfalls das, worum es geht: Erkenntnis, Klarheit, Orientierung zu bringen, geht das Ganze nicht ohne Stress ab. Oft ist es quälerisch, weil man getrieben ist von der Vor- stellung, seine_n Kontrahent_in vom Gegenteil dessen, was diese_r für die Wahrheit hält, zu überzeugen, aber gleichzeitig, wenn Selbstzwei- fel aufkommen, die Größe haben muss, seine Position ggf. zu ändern. Da bei all diesen Ausein- andersetzungen auch immer eine Portion Eitelkeit mit im Spiel ist, verbraucht dieses Eingeständnis viel Energie.

Zu den unangenehmen Seiten der Arbeit gehört auch, Kolleg_innen zurückzuweisen, weil die zu- geschickten Manuskripte – aus welchen Gründen auch immer – nicht so recht ins Konzept passen.

Also, warum tut man sich das an? Wenn man nüchtern schaut, was denn unsere Arbeit wirk- lich dazu beiträgt, die Welt in unserem Sinn zu verändern, dann ist das Ergebnis doch eher er- nüchternd. Ist das Ganze also ein Trugbild, ein Engagement, das in erster Linie narzisstische Bedürfnisse befriedigt? Auszuschließen ist auch das nicht.

So bleibt am Schluss nur die Hoffnung, dass man mit seiner Arbeit dazu hat beitragen können, die Welt ein bisschen erträglicher zu machen. Oder, um es mit der Überschrift zu verbinden: Kleine Brötchen sind immerhin besser als nur Krümel. JG



Stundenlanges konzentriertes Arbeiten an der letzten Ausgabe mit der Vorfriede auf einen guten Tropfen danach (Vordergrund: Manni und Wolfgang; hinten: Joachim, Christian und Susanne)

Laufende Meter

Man glaubt es manchmal selbst nicht, was die Redaktion in 22 Jahren alles zusammengebracht hat. Sie stehen aber immer vor bzw. im Regal hinter uns: die gesammelten Werke. Das sind für diesen Zeitraum immerhin ein guter halber Meter. Das multipliziert mit 10 000 (durchschnittliche Auflage) wären schon mal fünf km.



Wolfgang zieht Bilanz und rechnet in Kilometern und Tonnage

Hört sich gar nicht so viel an, aber man stelle sich einen solch hohen Baum vor! Gewogen sind das ca. 200 t Papier. Wir verneigen uns vor den Opfern, hier Bäume, die aus diesem Grund sterben mussten! Wenn ich allein meine Artikel hochrechne, dann lande ich wohl bei ca. 2000 Seiten. Wenn ich darin querlese, was ich im Zusammenhang mit der Erstellung dieser Ausgabe erstmals gemacht habe, fällt mir auf, dass ich nicht ohne Wiederholungen ausgekommen bin.

Das war auch der Grund, weshalb ich nach gefühlten 10 Jahren zunehmend den Vorsitzenden das Schreiben des Editorials überlassen habe, was eigentlich nicht ganz zu unserem Anspruch passte, eine vom Vorstand unabhängige Redaktion

zu sein. Mal sehn, wie unsere Nachfolger_in sich auf diesem Terrain bewegen.

Für manche_n – ich könnte es verstehen – könnte meine Dominanz, was meine Artikel angeht, eine Zumutung gewesen sein! Nicht selten waren diese aber aus der Not geboren, da wir zu wenig Beiträge von Mitgliedern hatten.

allen Nächten im Curio-Haus noch Licht brannte. Das Curio-Haus bleibt in Erinnerung als Ort, an dem die Redaktion die Texte redigierte und sich die Köpfe dabei heiß redete.

Als ich noch im aktiven Dienst war, verhalf mir eine Liege in den Redaktionsräumen dazu, mich zwischen Personalratssitzungen, Konferenzen in der Schule und Sitzungen im Geschäftsführenden Ausschuss (GA), jeweils durch ein Nickerchen wieder aufnahmefähig zu machen. (Die Japaner sagen dazu „Inemuri“, was so viel bedeutet wie „i = anwesend sein“ und „nemuri = Schlaf“.) Das klappte nicht immer. Ich erinnere, dass manche GA-Kolleg_innen etwas verwundert blickten, wenn ich zwischendurch immer mal die Augen geschlossen hielt.

Übrigens GA: Ich habe dort immerhin vier verschiedene Vorsitzende erlebt. Es begann mit Anna Ammon, abgelöst von Stephanie Odenwald, deren Nachfolger Klaus Bullan wurde, bevor

Anja-Bensiger-Stolze das Zepher in die Hand nahm. Aktuell durfte ich mich jetzt von Sven Quiring verabschieden, dem ich an dieser Stelle weiterhin ein glückliches Händchen wünsche!

So unterschiedlich die Vorsitzenden gewesen sein mögen, so war die Zusammenarbeit in allen Fällen von gegenseitiger Achtung geprägt und die redaktionelle Unabhängigkeit von allen als hohes Gut anerkannt. Wie sich in diesen ganz unterschiedlichen Zusammensetzungen die Veränderungen der politischen Kultur insgesamt widerspiegelte, bedürfte allerdings einer extra Abhandlung. JG



Stefan war nicht nur nahezu zwei Jahrzehnte Redaktionsmitglied, sondern auch bei allen Aktionen der GEW mit der Kamera dabei

führen, ihm nicht gefallen haben. Deshalb sei an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung unseres Selbstverständnisses als Redaktion eingefügt: Wir sagen nicht, dass nur eine hlz, die den Senator ärgert, eine gute hlz ist, aber wir sehen uns in der Rolle des Störenfrieds, der immer wieder die Grenze oppositioneller Positionen sucht, die den politischen Gegenspieler – und als solchen sehen wird den Senator – herausfordert. Nicht als Selbstzweck, sondern als Chance, damit eine Auseinandersetzung in Gang zu setzen, die letztendlich der Sache dient.

Hinter dem Konflikt bezüglich des Einschreitens des Senators in Sachen Antifa an Schulen steht allerdings eine jahrelange wissenschaftstheoretische Debatte aus den 1960/70er Jahren, die unter dem Begriff ‚Positivismusstreit‘ bekannt ist. Dem mit dem Namen Karl Popper in enger Verbindung stehenden ‚Kritischen Rationalismus‘, das ist das, was wissenschaftstheoretisch unter der herrschenden Meinung verstanden wird, steht nach wie vor unverwundlich die ‚Kritische Theorie‘ der Frankfurter Schule, verbunden vor allem mit dem Namen Theodor Adorno, gegenüber.

Im Gegensatz zu Popper, der der Auffassung ist, dass es ein

wertfreies Urteil geben kann, solange es nicht als falsch bewiesen ist, gibt es Adornos Position nach nur eine behauptete wertneutrale Position. Er sieht darin das Motiv, das jeweilige dahinterstehende Interesse zu verschleiern. Entsprechend kann auch der oder die Lehrende nicht wertneutral agieren. Das fängt bei der Themenwahl an, setzt



Es mag im Zeitalter der Digitalisierung etwas vorsintflutlich anmuten, wenn ich die Planung der jeweiligen Ausgabe bis zum Schluss an einer kleinen Tafel vorgenommen habe, die schon manche Jahre vor meiner Übernahme als Redaktionsleiter in Gebrauch war. Aber, so meine Erfahrung, ohne es jemals digital versucht zu haben – dafür gibt es sicherlich elegante Lösungen –, hat sich die Methode über diesen langen Zeitraum bis jetzt (!) bewährt. Man kann relativ schnell mittels der Klebezettel Rochaden vornehmen, um die jeweiligen Beiträge inhaltlich in eine halbwegs nachvollziehbare sinnvolle Reihenfolge zu bringen, ohne dabei den Überblick zu verlieren. Aber ich ahne, dass diese Methode wohl schon bald der Vergangenheit angehören wird. Ein Relikt, mehr nicht. Nostalgie wäre unangebracht. JG

sich fort über die Auswahl des Materials und endet bei der direkten Vermittlung. Dies steht aber nicht im Widerspruch – wie oft behauptet – zum Anspruch und der Notwendigkeit, andere Positionen in das Unterrichtsgeschehen einzubringen. Bloß sollte man sich hüten, von einem werturteilsfreien Unterricht zu sprechen.

Wenn man dies vertritt, macht man sich allerdings angreifbar. Nicht von ungefähr schrieb uns jemand in unserer zuletzt durchgeführten Umfrage, unsere Artikel seien tendenziös. Wenn der Begriff nicht schon negativ konnotiert wäre, würde ich ihm zustimmen. Nur, dass wir eben auch gar nicht das Gegenteil behaupten. Unsere Vorgehensweise war – und ist – als direkte Einladung zur Diskussion zu verstehen.

Alles fließt

Dass eine solche in der hlz vertretene Position bei Manchen erst einmal Stirnrunzeln



Ein letzter gemeinsamer kritischer korrigierender Blick auf die 180 Seiten dieser Ausgabe (v.l.n.r.: Joachim, Delo, Mani, Christian, Wolfgang, Susanne)

erzeugt, ist nachvollziehbar, weil aus unserer Sicht diese Art von Grundsatzdebatten in den letzten Jahren insgesamt in der Öffentlichkeit nur noch sehr wenig Raum einnahmen. Diesen Raum wollten wir wieder schaffen und mit Leben füllen. Das hieß: Weg von den ausgetretenen Pfaden, hin zu Fragestellungen, deren Beantwortung nicht eindeutig ist und damit zu einer Debatte einlädt.

Dass die hLz mit diesem Ansatz immer mehr ins Feuilletonistische geriet, war aber auch der veränderten politischen Kultur geschuldet. Ob es allein die Mehrbelastung der Kolleg_innen durch die neue Arbeitszeitverordnung war oder sich insgesamt das Bedürfnis, seinen Unmut auf der Straße kundzutun, zurückgebildet hatte, lässt sich nicht genau beantworten. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass es schon seit Längerem keine Demonstrationen für den Bildungsbereich mit Teilnehmer_innen im fünfstelligen Bereich gab, wie wir es noch im ausgehenden vorherigen Jahrtausend erleben konnten. Da wir aber überzeugt sind, dass Geschichte nicht kontinuierlich verläuft, gibt es auch keinen Zweifel daran, dass sich

dies wieder ändern wird. Die Klima-Demonstrationen sind wohl das beste Beispiel dafür.

Hinzu kommt, dass die Redaktion mittlerweile mit den Online-Medien der GEW kooperiert. Sich gegenseitig zu ergänzen ist der Anspruch. Wenn wir mit unseren Annahmen nicht gänzlich falsch liegen und unsere Umfrage bestätigt dies, dann sind die Lesegewohnheiten gegenwärtig nicht so, dass man längere Artikel gern online liest. Insofern hat das Print-Medium, anders als von vielen gedacht, noch nicht seine Bedeutung verloren. Aber natürlich sind die elektronischen Medien im Vorteil, wenn es um die Übermittlung aktueller Nachrichten geht. Entsprechend entfällt dieses Segment im Printmedium. Auch deshalb haben wir diese Lücke mit grundsätzlicheren Artikeln gefüllt, die Diskussionen aufgriffen, die auf den ersten Blick nur peripher in einer Gewerkschaftszeitung traditioneller Provenienz auftauchen. Ich denke bspw. an Artikel, die sich mit der Jugendkultur auseinandergesetzt haben. Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere an das, was wir über Gangster-Rap gesagt haben. Manche mögen dazu auch rech-

nen, wenn wir uns ausführlich den Genderthemen, der Cancel Culture, institutionellem Rassismus hierzulande oder überhaupt dem Thema Rassismus widmen oder Schlüsse aus dem ziehen, was mit ‚white privileges‘ gemeint ist.

Ein Thema, zu dem wir uns ebenfalls geäußert haben, möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben: Das der kulturellen Identität. Ich bin überzeugt davon, dass dies vor dem Hintergrund auch zukünftiger Auseinandersetzungen mit der rechten Szene immer wieder eine Rolle spielen wird, weil diese nichts unversucht lassen wird, den dahinter stehenden komplexen Zusammenhang nationalistisch zu färben. Die Existenz einer deutschen Identität zu leugnen oder auf eine internationalistische Identität auszuweichen, hieß quasi ein Geschichtsbewusstsein zu leugnen. Stattdessen gilt es doch, sich in seinem politischen Handeln an den emanzipatorischen Elementen deutscher Geschichte zu orientieren. In einem solchen Kontext von nationaler Identität zu sprechen, machte deutlich, dass man sich in Gegnerschaft zu allen nationalistisch Gesinnten befände.

Was den geschichtlichen Teil, insbesondere die Nazibiografien von in die Schulpolitik Verstrickter angeht, habe ich mich im Editorial dazu geäußert. Ergänzend kann ich an dieser Stelle sagen, dass beim Lesen dieser Lebensläufe für mich immer wieder der innere Monolog die Frage aufwarf: Wie hätte ich gehandelt? Was kann spannender sein? Dass wir darüber hinaus uns immer wieder der Verbandsgeschichte gewidmet haben, war nicht, wie es in einem Kommentar eines Lesers hieß, der Eitelkeit einzelner weißhaariger Autoren geschuldet, sondern mit der Hoffnung verbunden, Schlüsse für das Hier und Jetzt daraus ziehen zu können.

Auch die vielen ökonomischen

Themen mögen für Manche eine Zumutung gewesen sein. Andererseits geht es letztendlich dabei aber auch immer um die Finanzierung des Bildungsbereichs. Wie heißt es so schön: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts.

Der Vorwurf, dass dabei traditionelle gewerkschaftliche Themen nur stiefmütterlich behandelt wurden, traf uns unerwartet. Ich kann guten Gewissens sagen, dass das nie unsere Absicht war. Wir haben aber auf die Kritik reagiert, indem wir diesen Bereich mit mehr und größeren Fotos illustriert haben.

Schönheit kommt von innen

Dabei sind wir beim Gestalterischen der hLz angelangt. Für uns galt immer: Inhalt vor Form oder besser: der Inhalt bestimmt die Form. Seit wir den Job machen, stand auf jeder Jahresklausur das Thema Layout bzw. äußere Gestalt ganz oben auf der Tagesordnung. Dabei haben wir die Ausgaben des vergangenen Jahres vor uns ausgebreitet und sie mit vielen anderen Publikationen verglichen. Natürlich stand immer wieder das ungewöhnliche Format zur Disposition. Und es war verführerisch sich vorzustellen, was man bei der Wahl eines größeren Formats grafisch alles machen könnte. Am Ende solcher Debatten siegte aber immer das Argument des Alleinstellungsmerkmals das Format betreffend. Jede Ähnlichkeit zur Apothekenrundschaue war damit auf jeden Fall ausgeschlossen!

Aber natürlich nehmen wir solche Argumente, wie sie bei unserer Umfrage ans Licht kamen, ernst bzw. geben dies unseren Nachfolger_innen

mit auf den Weg, wenn man sich – wie es in einem Kommentar zur Umfrage hieß – schämt, die Zeitung ob seines verstaubten Layouts weiterzureichen.

Vielleicht ist es Betriebsblindheit, aber wir denken, dass es uns gelungen ist, mit der Wahl der allermeisten unserer Titelbilder die Neugier auf den Inhalt der Ausgabe geweckt zu haben! Die darüber geführten Diskussionen in der Redaktion gehörten zu den lebhaftesten. Auch das Inhaltsverzeichnis nehme ich gar nicht als so altbacken wahr wie andere. Es gleicht übrigens Publikationen wie der ZEIT, die, wenn ihr Layout verändert wurde, dies nur sehr vorsichtig angegangen sind. Man nennt das: Das Ganze einem Relaunch unterziehen, um die Identifikation mit dem Medium nicht zu opfern. Deshalb auch immer noch der nicht gegenderte Titel. Aber nach 100 Jahren ist es wohl an der Zeit zu sagen, dass das „L“ für Lehrer einem „B“ für Bildung weichen sollte, mit dem sich dann alle Mitglieder identifizieren können. Ich bin mir sicher, dass – verbunden mit dem Generationenwech-

sel in der Redaktion – unsere Nachfolger_innen auch in dieser Hinsicht die richtigen Entscheidungen treffen werden.

Ein glänzendes Staffelholz

Die erste richtige Entscheidung hat die frisch gewählte Redaktionsleitung unserer Ansicht nach natürlich schon getroffen, indem sie das einstimmige (!) Votum der Delegierten zu ihrer Wahl angenommen hat. Der Job ist ambitioniert und herausfordernd. Es wird phasenweise auch sehr anstrengend sein, insbesondere dann, wenn man seine redaktionelle Unabhängigkeit verteidigen muss, die einem laut Satzung garantiert ist. Der Lohn aller Mühen ist aber, dessen bin ich mir nach einem viertel Jahrhundert Redaktionsarbeit sicher, jedes Mal nach Fertigstellung einer Zeitung etwas als sein Werk betrachten zu können, mit dessen Hilfe man vielleicht einen kleinen Beitrag liefert, die Welt ein bisschen gerechter zu machen. Ein erhebendes Gefühl!

JOACHIM GEFFERS



Unsere Nachfolger_innen bei ihrer Vorstellung auf dem Gewerkschaftstag am 25. April (Antje Géra, dahinter Mark Lütthof und Sebastian Schreull)



Das HLZ-Rätsel

Als Erster der Letzte

Die Ersten werden die Letzten sein – das trifft auch auf unser Rätsel zu. Christian Samsche war 2004 unser erster Gewinner und ist auch der aktuelle und letzte Gewinner der bisherigen Redaktion! Er wusste diesmal als Einziger alle richtigen Antworten und bekommt als Preis ein Musikalbum eigener Wahl.

Christian führt damit die Hitliste unserer Top-Gewinner_innen an. Dazu gehören außerdem Werner Haertel und Norbert Fortmann mit mindestens 5 Gewinnen sowie Mihriban Elleri, die als einzige zweimal hintereinander gewann.

Unser Rätsel sollte ab 2004 etwas zur Auflockerung der hLZ beitragen – mal ironisch, mal unernst, mal provozierend. Thematisch mit Bezug zu Hamburg/ Nordeutschland, Musik, Kunst, Politik – etwas wie Yellow Press in der hLZ.

Christian Samsche hat sich „vornehmlich dann beteiligt, wenn als Gewinn Tonträger der gehobenen Unterhaltung lockten, zu denen ich auch die eine oder andere Anekdote beisteuern konnte“. Insgesamt erreichten wir besonderes Interesse durch attraktive Gewinne wie seltene Konzert-CDs von Jimi Hendrix oder Grateful Dead, einem Wochenende auf Rügen oder dem hLZ-Saunatuch. Manchmal zeigte sich das Interesse aber auch an der mit unseren Aufgaben ausgelösten Empörung.



Foto: Stefan Gierlich

Christian Samsche – er gewann bereits 2004 bei unserem ersten Rätsel eine Ulysses-Sonderausgabe. Aber: „Der selbstgemachte Apfelgelee von Sabine (aus der hLZ-Redaktion) war der schönste Gewinn, der mir je zuteil wurde!“



Des letzten Rätsels Lösung...

... war einfach und schwer zugleich. Endlich konnte mal niemand etwas falsch machen! Denn von allen genannten Künstler_innen gibt es eine Version von *A Whiter Shade of Pale* („Weißer als bleich“): zuerst von Procol Harum mit dem kürzlich verstorbenen Gary Brooker, aber auch von Deep Purple, Joe Cocker, Nicole und den Puhdys.

Unsere letzte Aufgabe

Welche Rätselfrage fehlt noch in der hLZ?

Sendet euer Rätsel ein. Wer gewinnt entscheidet eine Kommission der Redaktion. Als Gewinn winkt wieder ein Buchgutschein sowie – wenn die neue Redaktion mitspielt – die Veröffentlichung in der hLZ. Einsendungen wie immer an hlz@gew-hamburg.de. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

MANNI HEEDE / MICHAEL KRATZ



Cover der von unserem Gewinner erstandenen französischen Auflage von *A Whiter Shade of Pale*: „Die rätselhaften Texte von Keith Reid bieten sich für die Rätseldecke an!“

Aus der Redaktion...

Die Arbeit der Redaktion besteht nicht nur aus Planung, Auswahl und Bearbeiten von Artikeln. Bei den Korrekturen lernten wir nebenbei etwas über mehr oder weniger schwere Satzfehler mit merkwürdigen Namen wie „Schusterjunge“ oder „Hurenkind“.

Besonders interessant, manchmal auch kontrovers sind die Diskussionen zur zukünftigen Titelseite einer hLZ: Eine oder einer von uns präsentiert eine Bild-Idee, die die von uns festgelegte politische Aussage der Titelseite illustrieren soll. Ist die Ironie für Leserinnen und Leser verständlich? Beschreiben wir mit dem ausgewählten Bild unsere politische Aussage? Häufig wurden wir uns erst nach langen Diskussionen einig.

Was dabei alles zu berücksichtigen ist, zeigt unsere Diskussion von 2015 über die Titelseite nach dem Terroranschlag auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Für die Aktion und die Toten wurden zwei Täter aus dem Al-Qaida-Umfeld in Jemen verantwortlich gemacht. Wir wollten in der hLZ die Täter benennen und die Tat klar verurteilen. Aber vor dem Druck kamen uns Bedenken, auch die Geschäftsstelle der GEW äußerte sich in diesem Sinne.

Da wir als Redaktion laut Satzung eigenständig und autonom sind, hätten wir unsere Idee

trotzdem verwirklichen können. Vor allem aus Rücksicht auf die Mitarbeiter_innen der Geschäftsstelle, die unsere politische Einstellung vielleicht nicht teilen, haben wir dann ein anderes Titelbild erstellt. Wir wollten eine Gefährdung des GEW-Personals durch nicht völlig auszuschließende „Racheaktionen“ vermeiden.



Foto: hLZ

Fotoplist / PD

Antje Géra, die neue verantwortliche Redakteurin der hLZ, mit dem Modell einer Blei-gegossenen Druckform für die erste HLZ von 1922

Es gab Fälle, in denen wir die Unabhängigkeit der Redaktion gefährdet sahen, wie etwa in einem (abgelehnten) Antrag an den letzten Gewerkschaftstag. Dank der Delegierten wurden jedoch die betreffenden Passagen gestrichen

bzw. von den Urhebern zurückgezogen.

Unsere Autonomie als Redaktion steht in der Tradition der ersten hLZ von 1922. Denn die Zeitung sollte ein Forum für den „freien Meinungskampf unter gemeinsamer Flagge“ bieten. Das bedeutet, dass in der hLZ kontroverse Ansichten zu verschiedenen Themen diskutiert werden können und gleichzeitig über offizielle Positionen der GEW informiert wird (siehe dazu auch den Text unseres GEW-Vorsitzenden auf S. 7).

Unsere Redaktion arbeitet nach wie vor ehrenamtlich – lediglich für die Redaktionsleitung gibt es eine von der GEW finanzierte Teilfreistellung. Außerdem haben wir einen Assistenten, der uns als Honorarkraft bei der Arbeit wertvoll unterstützt.

Die hLZ unterscheidet sich heutzutage – nicht nur wegen ihres besonderen Formats – von den meisten anderen Gewerkschaftszeitungen. Diese sind oft Verlautbarungsorgane des Vorstands und/oder werden in zwischen von beauftragten Journalist_innen erstellt. Aber auch die hLZ wird sich weiterentwickeln

müssen und sich veränderten Lesegewohnheiten anpassen.

In diesem Sinne freuen wir uns, dass die jetzt gewählte neue hLZ-Redaktion diese Aufgabe anpacken möchte.

MANNI HEEDE / WOLFGANG SVENSSON



Foto: SASH/SPASH

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kinder in Bathore (Albanien) beim Schrottsammeln

Kinderarbeit bekämpfen, Bildung ermöglichen!

Unterstütze die Projekte für „Bildung statt Kinderarbeit“!

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

Informationen und Kontakt unter: www.gew.de/internationales/fair-childhood
fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

Ja, ich möchte mehr über *fair childhood* erfahren. Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

_____ Name, Vorname	_____ Straße, Hausnummer
_____ PLZ, Ort	_____ Telefon (optional)
_____ E-Mail	_____ Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:
fair childhood · GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit · Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main



Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Konzept: Hans-Peter de Lorent

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson, unter besonderer Mitarbeit von Antje Géra und Hans-Peter de Lorent

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg, Otfrid Börner, Evelin de Lorent

Titel und Rückseite: Jason Tsiakas

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz, Gestaltung und Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 7-8/2022: 1.6.2022

ANZEIGE



Die DebeKa-Gruppe

**TRADITIONELL GUT
ABGESICHERT**



www.debeka.de

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

Debeka

Das **Füreinander** zählt.

Debeka-Landesgeschäftsstelle
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (0 40) 2482 18-0



Der Schweriner See liegt euch zu Füßen

Lassen Sie uns gemeinsam im Oktober durchstarten. Bei einer Klassenfahrt am Schweriner See.

Auf unserem 4 ha großem Areal bieten wir Ihnen viele kostenlose Aktionen.

- ★ Der See liegt Ihnen zu Füßen und lädt ein die Seele – bei VP und einem tollen Programm – baumeln zu lassen
- ★ Von uns für Sie organisiert
- ★ Sie buchen ohne Risiko bei uns
- ★ Fragen Sie nach freien Plätzen

Ulis Kinderland e.V., Tel. 038423 365, Fax 038423 51 359, info@ulis-kinderland.de

ANZEIGE



Deutscher Fairness-Preis 2021: Debeka erneut in drei Kategorien ausgezeichnet

Das Deutsche Institut für Service-Qualität und der Fernsehsender n-tv haben zum achten Mal die fairsten Unternehmen in Deutschland ausgezeichnet. Die Debeka gehört erneut zu den Preisträgern des Awards. Sie konnte in gleich drei Kategorien der Branche überzeugen: „Private Krankenversicherer“, „Bausparkassen“ und „Versicherer mit Vermittlernetz“. Dem Urteil liegen insgesamt rund 63.500 Kundenstimmen im Rahmen einer großangelegten Befragung zugrunde. Dabei bewerteten die Verbraucher rund 800 Unternehmen aus 61 Branchen.

„Fairness ist bei der Debeka seit jeher das Fundament unseres Selbstverständnisses. Als genossenschaftlich geprägtes Unternehmen sind wir nur unseren Mitgliedern verpflichtet. Sie fair zu behandeln, ist unser Auftrag, dem wir nachkommen. Durch unseren festangestellten Außendienst schaffen wir eine optimale Kundenbetreuung. Die erneute Auszeichnung – in gleich drei Kategorien – zeigt, dass wir den Vereinsgedanken leben“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka Versicherungsgruppe.

Die bevölkerungsrepräsentativ angelegte Verbraucherbefragung erfolgte über ein Online-Panel vom 22. April bis zum 1. Juli 2021. Die Verbraucher wurden dabei speziell nach ihrer Zufriedenheit in drei Leistungsbereichen befragt: Preis-Leistungs-Verhältnis, Transparenz und Zuverlässigkeit. Diese wurden anhand mehrerer Unterkriterien analysiert: von der Transparenz der Produkteigenschaften, Vertragsleistungen und Preise bis hin zur Zuverlässigkeit bei Produkten und Dienstleistungen sowie bei Reaktionen auf Probleme und Reklamationen.

Wohnung gesucht

Unser freier Mitarbeiter Jamil, Filmemacher aus Afghanistan, sucht dringend eine bezahlbare Wohnung. Er wäre glücklich, wenn sich jemand melden würde unter jamil.jalla@gmail.com oder per Anruf unter **0170 5789471**




Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de



albersdesign

Media-Agentur
Mediengestaltung
+ Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung
Horn 33 . 25421 Pinneberg
ca@albers.design . www.albers.design

Haben Sie weitere Anliegen – sprechen Sie mich gerne an!

Hier könnte Ihre private oder gewerbliche Anzeige stehen!



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2022 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / info@h-l-f.de



GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt